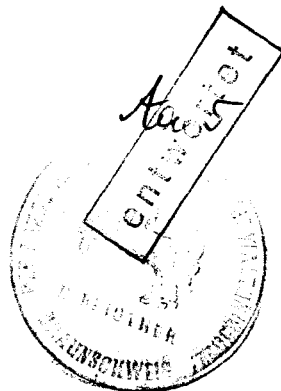


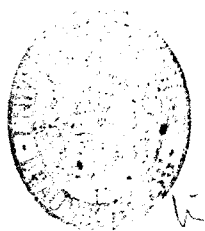


UB Braunschweig 84



4725-958-4





425-2584

(Beilage zu N. 49 der Braunschw. Anzeigen.)

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig

im Jahre 1883.

105 123 28

Register.

A. Nach der Zeitfolge.

Januar 18.

Öeffentlich:

- | | |
|--|----------|
| 1. Wahl der Vorsitzenden und Commissionen | Seite 3. |
| 2. Selbstständiger Antrag des Herrn Munte, das Eigenthumsrecht des zur Campestraße und Salzdhulmerstraße gehörigen Terrains betreffend | 6. |

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

Vertraulich:

- | | |
|--|----|
| 3. Wahl der Mitglieder der Ersaz-Commission | 7. |
| 4. Erledigung von Gemeindesteuer-Reclamationen | 7. |

Sitzung der Stadtverordneten.

- | | |
|---|----|
| 5. Wahl der Beisitzer zu den Einkommensteuer-Einschätzungs-Commissionen | 7. |
|---|----|

Februar 8.

Öeffentlich:

- | | |
|--|-----|
| 6. Verbreiterung der Verbindung zwischen Schuhstraße und kleiner Burg | 10. |
| 7. Neues Regulativ wegen Organisation der städtischen Realschule . . . | 22. |
| 8. Ermächtigung zur Erhebung einer Klage wegen Testaments-Abgabe . . | 22. |
| 9. Statut gegen Belästigungen durch Rauch | 23. |
| 10. Bewilligung von Prämien für die landwirthschaftliche Ausstellung . . | 24. |
| 11. Interpellation des Herrn du Roi, betreffend die zur Ermöglichung einer rechtzeitigen Entleerung des großen Saals im Hotel d'Angleterre bei ausbrechender Feuersgefahr getroffenen Maßregeln. | 25. |
| 12. Selbstständiger Antrag des Herrn Winter, betreffend die Denkschrift des Stadtbauraths Winter bezüglich der Ueberreste der Burg Dankwarderode | 26. |

Vertraulich:

- | | |
|---|-----|
| 13. Anstellung eines Lehrers an der städtischen Mädchenschule | 27. |
| 14. Anstellung eines Magistratsdieners für die Armenverwaltung u. s. w. | 27. |

Februar 19.

Öffentlich:

- | | |
|---|-----|
| 15. Die Burg Dankwarderode betreffend | 30. |
| 16. Anlage von Wegen u. s. w. im f. g. Fasanenhölzchen | 46. |
| 17. Verkauf eines Theiles eines städtischen Grundstücks neben der Schule am Wültenwege | 47. |
| 18. Bewilligung einer Entschädigung für Theilnahme an den Arbeiten der Grundsteuer-Einschätzung | 47. |
| 19. Feststellung von Baulinien bezw. Verkauf von verfügbaren Straßenflächen: | |
| a. am Steinweg, | |
| b. an der Ecke von Poststraße und Kohlmarkt, | |
| c. in der Verlängerung der Adolfsstraße | 47. |
| 20. Weitere Bewilligungen aus den Ueberschüssen von Gas- und Wasserwerken für deren neues Dienstgebäude | 48. |
| 21. Anschaffung zweier, (statt einer,) Dampfmaschinen beim Wasserwerke | 48. |
| 22. Interpellation des Herrn Wolff, betreffend den Bau einer Eisenbahn von Braunschweig nach Hildesheim | 49. |
| 23. Selbstständiger Antrag des Herrn Wille, die Verbreiterung der Schuhstraße am Kohlmarkt betreffend | 50. |

März 15.

Öffentlich:

- | | |
|--|-----|
| 24. Erlass eines Statuts wegen Aufhebung des die städtische Realschule betreffenden alten Statuts | 53. |
| 25. Remuneration des die Erweiterungsbauten beim Wasserwerke leitenden Beamten | 54. |
| 26. Genehmigung der Anlage von Straßen Seitens der Braunschweigischen Eisenbahn-Gesellschaft | 54. |
| 27. Schul-Erweiterungs- und Neubauten | 55. |
| 28. Mobilien-Anschaffungen bei der Armenverwaltung | 65. |
| 29. Einrichtung einer Anstaltsklasse für städtische Schulzwecke | 65. |
| 30. Unterstützung der Knabenbewahranstalt | 65. |
| 31. Beschaffung von Bürgerbriefsformularen | 65. |
| 32. Verpachtung einer städtischen Wiese zu Eisbahnzwecken | 66. |
| 33. Vermietung von Räumen im ehemaligen Stadtcassengebäude | 66. |
| 34. Genehmigung einer Ueberschreitung der Etatsumme für Unterhaltung des ehemaligen Catharinen Schulgebäudes | 66. |

Vertraulich:

- | | |
|--|-----|
| 35. Pensionirung einer Lehrerin | 66. |
| 36. Entscheidung über einen Antrag auf Entbindung vom Amte eines Armenpflegers | 66. |
| 37. Steuerreklamationen | 66. |

April 12.

Öffentlich:

- | | |
|---|-----|
| 38. Selbstständiger Antrag des Herrn Wolff, betreffend Einführung allgemeiner Straßensperrung | 68. |
| 39. rev. Regulativ für die Gas- und Wasserwerke | 71. |
| 40. Aenderung des Statuts, betreffend Untersuchung eingeführten Fleisches | 71. |
| 41. Ermächtigung zu Klage-Erhebungen wegen einer der Stadt cedirten Forderung für Inzerate und wegen Testamentsabgabe | 74. |
| 42. Entscheidung über eine gegen Feststellung einer Baulinie in der kleinen Burg erhobene Einsprache | 74. |
| 43. Verkauf von Straßenterrain an der Ecke von Friedrich-Wilhelmsstraße und Rattreppe | 75. |
| 44. Errichtung von Bedürfnisanstalten | 75. |
| 45. Unterstützung des Aufsehers im sog. Hasenholzchen | 75. |
| 46. Bewilligung der Mittel zur Publikation der Arbeit des ersten städtischen Baubeamten über die Burg Dankwarderode | 76. |
| 47. Interpellation des Herrn von Seckendorff, betreffend Canalisirung der Wolfenbüttler Straße, der Spielmannsstraße und der Schleinitzstraße | 76. |
| 48. Selbstständiger Antrag des Herrn Reiche, betreffend die Ueberbrückung der Oker an der Mäsch | 79. |
| 49. Selbstständiger Antrag des Herrn Günther, betreffend die Erweiterung der hiesigen Freibadeanstalt | 80. |

Vertraulich:

- | | |
|--|-----|
| 50. Entscheidung über einen Antrag auf Entbindung vom Amte eines Beisizers einer Steuer-Einschätzungs-Commission | 81. |
| 51. Desgl. über Anträge auf Entbindung vom Amte eines Armenpflegers | 81. |

April 19.

Öffentlich:

- | | |
|---|-----|
| 52. Selbstständiger Antrag des Herrn Munte, betreffend die Fußwege an der Campe- und Salzdhahmer Straße | 84. |
| 53. Herstellung einer Brücke über den östlichen Umfluthgraben im Straßenzuge zwischen Magnithor und Leonhardtstraße | 85. |
| 54. Errichtung eines Bürgerschulgebäudes in der östlichen Außenstadt | 86. |

55.	Antrag der Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft wegen Vorbehalt ihrer Rechte gegenüber den Concessionären der Ringbahn	95.
56.	Vermehrung der Bürgerschul-Lehrkräfte	95.
57.	Verkauf des südlich vom Gebäude der Gas- und Wasserwerke belegenen Bauplatzes	96.
58.	Deckung eines Deficits der städtischen Armenkasse vom Jahre 1883 .	98.
59.	Verpachtung städtischen Terrains an der Casernen- und Giersbergstraße	99.
60.	Änderung des Kaufcontractes wegen des Terrains des früheren Okergrabens am Bruchthore	100.
Vertraulich:		
61.	Steuerreklamationen	100.

Mai 10.

Öeffentlich:

62.	Abänderung des Regulativs über die Gehalts- u. Verhältnisse der Bürgerschullehrer	102.
63.	Ankauf eines Schulbauplatzes	108.
64.	Prüfung des Berichts über Verwaltung des städtischen Gaswerks de 1. Juli 1878 bis 31. December 1881 und daran sich knüpfende finanzielle Maßregeln	108.
65.	Bewilligung extraordinärer Verwendungen beim Gaswerke	109.
66.	Deckung eines durch den etatmäßigen Zuschuß nicht gedeckten Deficits bei der Casse der höheren Mädchenschule de 1882	110.
67.	Ordnung der Verwahrung der Werthpapiere der Stadt und des Kreiscommunalverbandes Braunschweig	110.
68.	Nachträgliche Bewilligung einer Alterszulage für einen neu angestellten Schulinspector	110.
69.	Verkauf eines Bauplatzes an das Herzog-Wilhelm-Ayhl	111.
70.	Selbstständiger Antrag des Herrn Glinther, betreffend Vergrößerung und Verbesserung der Freibadeanstalt	111.
71.	Desgl. des Herrn Reiche, betr. Ueberbrückung der Oker bei der Masch .	112.
72.	Desgl. des Herrn Winter, betr. Aufbesserung der Gehälter der Schulinspectoren	114.
73.	Desgl. des Herrn von Seckendorff, betr. Verbesserung der Zugangswege nach den in der Umgegend der Stadt liegenden Waldpartien .	115.
74.	Desgl. des Herrn Wille, betr. Ankauf des alten Polytechnitums seitens der Stadt	115.
75.	Entbindung eines Armenpflegers vom Amte und Ersatzwahl	116.

Juni 7.

Öeffentlich:

76.	Statut wegen des Transports von Thieren	118.
-----	---	------

	Seite
77. Eintritt eines andern Pächters in den wegen eines Kellners unter dem Schulgebäude an der Wilhelmsstraße abgeschlossenen Pachtvertrag . . .	124.
78. Anschluß des Pflegehauses an die Fernsprecheinrichtung . . .	124.
79. Ankauf eines westlich vom städtischen Wasserwerke belegenen Grundstücks der Braunschweigischen Eisenbahn-Gesellschaft . . .	125.
80. Ueberlassung eines Theils der Wiesenflächen im Gänsewinkel an das städtische Wasserwerk zu Filteranlagen . . .	125.
81. Bewilligung der Kosten der versuchsweisen Einrichtung eines Heilunterrichts für stotternde Schulkinder . . .	125.
82. Verpachtung der Grasnutzung eines Theils der Wiesen im Gänsewinkel . . .	126.
83. Anstellung eines Controleurs beim Wasserwerke . . .	126.
84. Entbindung vom Amte eines Armenpflegers . . .	126.
85. Selbstständiger Antrag des Herrn Wille, betreffend Ankauf des alten Polytechnicums seitens der Stadt . . .	126.
86. Anfrage an den Stadtmagistrat des Herrn Winter, betreffend den event. Verkauf des städtischen Militair-Etablissements auf dem Giersberge . . .	126.
87. Desgl. des Herrn Wolff, betr. die Einführung einer Straßensprengung auf den größeren Plätzen der Stadt und den Promenaden . . .	129.
88. Selbstständiger Antrag des Herrn Winter, betreffend das Eigenthumsrecht der Stadt am H. Exercierplatze und Verbesserungen auf dem St. Leonhardplatze . . .	129.
Gemeinschaftliche Sitzung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten.	
89. Wahl des Ausschusses zur Auswahl der zu Schöffen und Geschworenen geeigneten Personen . . .	132.

Sitzung der Stadtverordneten.

Vertraulich:

90. Wahl des Protokollführers der Stadtverordneten . . .	132.
--	------

Juni 14.

Öffentlich:

91. Selbstständiger Antrag des Herrn Winter, betreffend die Gehaltsverhältnisse der Schulinspektoren . . .	134.
92. Uebernahme von Naturalverpflegung durchreisender Unterstützungsbedürftiger seitens des hiesigen Vereins gegen Bettelei . . .	135.
93. Verkauf von entbehrlichem Straßenterrain am Damme . . .	139.
94. Verfahren bei Auslösung der nach dem ersten und dem zweiten Jahre auscheidenden Armenpfleger u. s. w. . .	139.
95. Bewilligung der Kosten eines Abwelmments des Stadtgebiets . . .	140.
96. Statut über den Betrieb von durch Rauch u. belästigenden Feuerungsanlagen . . .	140.

97. Selbstständiger Antrag des Herrn Winter, betr. die Einquartierungs-
last der hiesigen Stadt 140.

Vertraulich:

98. Steuerreklamationen 142.

Juni 28.

Deffentlich:

99. Beseitigung einer der Erklärung der Bereitwilligkeit zum Verkaufe der
Reste der Burg Dankwarderode an die Regierung hinzugefügten Be-
dingung 144.
100. Aenderung des Entwurfs eines Baustatuts 155.
101. Ueberweisung eines noch zur Verfügung stehenden Ueberschusses aus
dem Jahre 1882 zum Dispositionsfonds vom Jahre 1883 157.
102. Erwerb von auf dem St. Leonhards-Platz zu Gunsten des Klostersguts
St. Leonhard ruhenden Gerechtsamen 157.
103. Uebnahme einiger von Unternehmern auf der östlichen Glacieländerei
hergestellter Straßenstrecken Seitens der Stadt 157.
104. Veränderung der Lage der projectirten Straße zwischen Adolfsstraße
und Steinthor 158.
105. Genehmigung des vorläufig schon gutgeheißenen Ankaufs eines Grund-
stücks für Zwecke des Wasserwerks 158.
106. Grundsätze für Verwaltung der Betriebs- u. j. w. Fonds der Gas-
und Wasserwerke 158.
107. Zeitweilige Verwendung von Beständen der Gas- und Wasserwerke als
Betriebsfonds der Lämmereicasse 161.
108. Bewilligung der Mittel zur Errichtung eines Wirthschaftsgebäudes im
Stadtpark (Fasanenhölzchen) und Verpachtung der Wirthschaft 161.
109. Sprengung der Promenaden 164.
110. Abänderung der §§. 3 und 7 des Statuts *Nr.* 33 vom 18. Juni 1880
über die Unterjuchung des zum Verkaufe und Genuße von Außen her
in die Stadt eingebrachten Fleisches 165.
111. Entnahme von Oerwasser oberhalb des Eisenbüttler Wehrs für das
zu erweiternde städtische Wasserwerk 165.

September 6.

Deffentlich:

112. Selbstständiger Antrag des Herrn von Sedendorf, betr. Ver-
besserung der Zugänge zu benachbarten Waldungen 168.
113. Desgl. des Herrn Winter, betr. Wahrung der städtischen Rechte am
kleinen Exercierplatze 168.
114. Städtische Anleihen 173.

	Seite
115. Deckung einer Anschlagsüberschreitung bei dem Baue des Directions- gebäudes der Gas- und Wasserwerke an der Münzstraße	177.
116. Herabsetzung des Zinsfußes eines Hypothekcapitals der Stadt	178.
117. Ankauf des Wendel'schen Hauses am Eingange des Nickelkultus, vom Geiershagen her	178.
118. Bewilligung der Kosten von Veränderungen in den Beleuchtungs- einrichtungen auf dem Kohlmarcte	180.
119. Rechnungsabschluß des Wasserwerks für das Jahr 1882	180.
120. Anlage neuer Straßenlaternen	181.
121. Vermietungen in dem vormal's Wollemann'schen Hause an der Ecke von der Leonhard- und Vertramstraße	185.
122. Anderweite Belegung von Capitalien der Stadt und des Kreiscom- munalfonds	185.
123. Vermietung der in der kleinen Burg angekauften Häuser	186.
124. Uebernahme von Cassen- und Rechnungsführung bei dem Herzog-Wilhelm- Asth Seitens des Stadtsecretairs	186.

Vertraulich:

125. Niederlegung des Amtes Seitens zweier Armenpfleger	186
---	-----

October 11.

Öffentlich:

126. Anfrage des Herrn Günther an den Stadtmagistrat, betreffend Erhöhung der Fahrpreise der Pferde-Eisenbahn während der landwirth- schaftlichen Ausstellung	190.
127. Verbesserung des Dienst Einkommens der Schulpedellen	191.
128. Statutenentwurf wegen des Transports von Thieren	192.
129. Bewilligung der Kosten einer Bedürfnisanstalt	192.
130. Anlage von 4, statt 3, Filtern beim Wasserwerke	193.
131. Ackerverpachtung der Seitens der Stadt gepachteten Herrschaftlichen Mahlmühle zu Eisenbüttel	194.
132. Wiederbelegung eines bei der Armenkasse eingegangenen Capitals	194.
133. Uebernahme einer von einem Privatunternehmer im Osten auf der fog. Glaciäländerei hergestellten Straße Seitens der Stadt	194.
134. Straßenverzeichnis zum Ortsbaustatute	194.
135. Vertheilung einer Festgabe an die Schüler und Schülerinnen der oberen Bürgerschulclassen zur Erinnerung an die Lutherfeier	196.
136. Selbstständiger Antrag des Herrn Rieke, betreffend Verdoppelung der Dampfkraft der Neustadtmühle	196.
137. Desgl. des Herrn Rieke, betreffend Beseitigung der Wohnungsnoth in hiesiger Stadt	197.
138. Desgl. des Herrn Wolff, betreffend Statut wegen Transports von Thieren	197.

Vertraulich:

139. Erziehung eines Armenpflegers	198.
140. Steuerreklamationen	198.

October 25.

Öffentlich:

141. Ankauf von Länderei des Klostersguts Ribbageshausen zur Anlage eines Central-Friedhofs	200.
142. Einstweilige Pensionirung eines städtischen Unterbeamten	204.
143. Baustatut	204.
144. Interpellation des Herrn Winter, betreffend den Ankauf des Wendelschen Hauses am Nickenkulte	205.

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

Vertraulich:

145. Steuerreklamationen	206.
------------------------------------	------

November 8.

Öffentlich:

146. Selbstständiger Antrag des Herrn Winter, betreffend das hiesige Einquartirungswesen	208.
147. Desgl. des Herrn Riese, betreffend Vermehrung der Dampfkraft der Neustadtmühle	210.
148. Zuschuß zu den Kosten der Drucklegung der Bugenhagen'schen Kirchenordnung	215.
149. Anstellung von Magistratschreibern	216.
150. Selbstständiger Antrag des Herrn Reuter, betreffend Verlängerung der Frist zur Ausfüllung der Listen der Steuerpflichtigen und Wahlberechtigten	216.
151. Desgl. des Herrn Winter, betreffend Schaffung einer besondern Baucommission aus der Mitte der Versammlung neben dem Stadtbauamte	216.

Vertraulich:

152. Steuerreklamationen	218.
------------------------------------	------

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

153. Steuerreklamationen	218.
------------------------------------	------

November 22.**Öeffentlich:**

- | | |
|--|------|
| 154. Selbstständiger Antrag des Herrn Wille, betreffend die Aufnahme der Bergfeld- und Kramerstraße in das Ortsstraßen-Verzeichniß . . . | 219. |
| 155. Ankauf des Rasch'schen Hauses am Langenhofe | 220. |
| 156. Anleihe von Kirchen- und Stiftungscapitalien | 220. |

December 13.**Öeffentlich:**

- | | |
|---|------|
| 157. Stadthaushaltsplan | 222. |
| 158. Anstellung eines Magistratschreibers | 228. |
| 159. Abnahme der Rechnungen vom Jahre 1880 | 228. |
| 160. Selbstständiger Antrag des Herrn Reuter, betreffend Verlängerung einer Frist zur Einreichung statistischer Nachweise | 228. |
| 161. Desgl. des Herrn Winter, betreffend die Wahl einer Bancommission | 228. |

December 17.**Öeffentlich:**

- | | |
|---|------|
| 162. Programm des Centralfriedhofs | 232. |
| 163. Herstellung einer Fußgängerbrücke zwischen Dittmerstraße und Monumentsplatz | 238. |
| 164. Herstellung einer Brücke für Fußgänger und leichtes Fuhrwerk zwischen Leonhardstraße und Promenade am Magnithore | 239. |
| 165. Städtische Anleihe | 249. |
| 166. Bewilligung der Mittel zur Verstärkung des Nachwachgebienstes auf einer städtischen Straße | 250. |
| 167. Desgl. eines Zuschusses zu den Aufwendungen des Vereins gegen Bettel bei Unterstützung Durchreisender | 250. |

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

- | | |
|---|------|
| 168. Wahl zweier Magistratsmitglieder | 251. |
|---|------|

Vertraulich:**Sitzung der Stadtverordneten.**

- | | |
|---|------|
| 169. Wahl von Bezirksvorstehern und Armenpflegern | 252. |
| 170. Anstellung eines Lehrers an der höheren städtischen Mädchenschule | 252. |
| 171. Wahl von Schiedsmännern, erforderlich bei Ausübung des Reichsgesetzes, Viehsuchen betreffend | 252. |

B. Nach den Gegenständen.

Ankauf

eines Grundstücks der Braunschweigischen Eisenbahngesellschaft westlich vom städtischen Wasserwerke 125;
eines Grundstücks für Zwecke des Wasserwerks 158;
des Wendel'schen Hauses am Nideinfuß 178;
des Rasch'schen Hauses am Langenhofe 220.

Anleihe, städtische 173, 249.

Anleihe von Kirchen- und Stiftungscapitalien 220.

Anträge, selbstständige, der Herren

Glinther, die Erweiterung der hiesigen Freibadeanstalt betreffend 80, 111;

Munte, die Eigenthumsverhältnisse bezüglich der Fußwege an der Campe- und Salzbadlumerstraße betreffend 6, 84;

Reiche, die Ueberbrückung der Oker an der Masch betreffend 79, 112;

Reuter, Verlängerung der Frist zur Aufstellung der Listen der Steuerpflichtigen und Wahlberechtigten betreffend 216, 228;

Riese, Verdoppelung der Dampfkraft der Neustadtmühle betreffend 196, 210;

Bekämpfung des Wohnungsmangels in hiesiger Stadt betreffend 197, 210;
von Sedendorff, die Verbesserung der Zugangswege nach den in der Umgegend der Stadt belegenen Waldpartien 115, 168;

Wilke, die Verbreiterung der Schuhstraße am Kohlmarke betreffend 50;

Ankauf des alten Polytechnikums seitens der Stadt betreffend 115, 126;

Aufnahme der Bergfeld- und Kraemerstraße in das Ortsstraßen-Verzeichniß 196, 219;

Winter, betreffend die Denkschrift des Stadtbauraths Winter bezüglich der Ueberreste der Burg Dankwarderode 26;

die Aufbesserung der Gehälter der Schulininspectoren 102, 114, 134;

Eigenthumsrecht der Stadt am kleinen Exercierplatze und Verbesserungen am St. Leonhardplatze 129;

das Einquartirungswesen der Stadt 140, 208;

Schaffung einer Baucommission 216, 228;

Wolff, Einführung einer allgemeinen Straßensprengung betreffend 68, 129;

Änderungen des Statuts wegen Transports von Thieren durch das Stadtgebiet 197.

Armenverwaltung

Anstellung eines Magistratsdieners 27;

Pensionirung zweier Armenboten 27;

Einrichtung des neuen Armenbüreaus 65;

Entbindung verschiedener Armenpfleger vom Amte und Ersatzwahlen 66, 81, 116, 126, 186, 198;

Deckung eines Deficits der Armencaße vom Jahre 1883 98;

Verfahren bei der Ausloosung der Armenpfleger 139;

Wiederbelegung eines Capitals der Armencaße 194;

Wahl von Bezirksvorstehern und Armenpflegern 252.

Badeanstalten

Erweiterung der Freibadeanstalt 80, 111.

Baucommission, Bildung derselben 216, 228.

Baulinien der Straßen

am Steinwege 47;

an der Westseite des Kohlmarkts 47;

in der Adolfsstraße 47;

in der kleinen Burg 74.

Bedürfnisanstalten 75, 192.

Beleuchtung der Straßen

Veränderung in den Beleuchtungseinrichtungen am Kohlmarkte 180;

Anlegung neuer Straßenlaternen 181.

Brücken

Ueberbrückung der Oker an der Mäsch 79, 112;

Erbauung einer Brücke im Straßenzuge zwischen Magnithor und Leonhardstraße 85, 239;

Erbauung einer Fußgängerbrücke zwischen Ottmerstraße und Monumentsplatz 238.

Bürgerchein, Formulare, Verwilligung von Mitteln behufs Anfertigung derselben 65.

Bugenhagen'sche Kirchenordnung, Drucklegung 215.

Canalisirung der Wolfenbüttlerstraße, Spielmannstwee und Schleinitzstraße 76.

Catharinenschulgebäude, ehemaliges, Unterhaltung des Gebäudes 66.

Contracte wegen

Ankaufs von Grundstücken zur Verbreiterung der Verbindungsstraße zwischen Schulstraße und kl. Burg 10;

Verkaufs des Terrains des früheren Okergrabens am Bruchthore 100.

Dankwarderode

Denkschrift des Stadtbauraths Winter 26, 76;

Weitere Verfügung über die Reste der Burg Dankwarderode 30, 144.

Ehrenbürgerrecht, Verleihung desselben 189.

Eingabe der Knochenhauer-Innung, betr. die Aenderung des Statuts wegen Transports von Thieren durch das Stadtgebiet 189, 197.

Einquartirungsweise der Stadt 140, 208.

Eisbahnverein, Verpachtung der Bleicherwiese vor dem Augustthore an denselben 66.

Eisenbahnanlage zwischen Braunschweig und Silbesheim 49.

Eisenbüttel, Ackerverpachtung der seitens der Stadt gepachteten herrschaftlichen Mahlmühle 194.

Etat des Stadthaushalts pro 1884 222.

kl. Exercierplatz, Eigenthumsverhältnisse 129, 168.

Fasanenhölzchen

Instandsetzung der Wege 46;

Unterstützung des Aufsehers 75;

Errichtung eines Wirthschaftsgebäudes und Verpachtung der Wirthschaft 161.

Fernsprecheinrichtung, Anschluß des Pflegehauses 124.

Feuerlöschgebäude in der Münzstraße

Ablführung von Neubaukosten an die Stadtcasse 48;

Deckung einer Anschlagsüberschreitung bei der Erbauung 177.

Feuersgefahr in Versammlungslocalen, Maßregeln zur Sicherung des Publikums 25.

Feuerungsanlagen, durch Rauch belästigende, Statut 23, 140.

Friedhöfe

Anlegung eines Centrafriedhofes vor dem Steinthore 200;

Programm des Centrafriedhofes 232.

Gaswerke

Regulativ 71;

Verwaltung während der Zeit vom 1. Juli 1878 bis 31. December 1881 und extraordinäre Verwendungen betreffend 108;
 Grundsätze für Verwaltung der Betriebsfonds 158;
 Zeitweilige Verwendung von Beständen als Betriebsfonds der Cämmereicasse 161;
 Grundsteuereinschätzung, Begleichung einer Liquidation für Abschätzung von Wohnhäusern 47.

Herzog-Wilhelm-Asyl, Cassen- und Rechnungsführung 186;
 Hypotheken der Stadt, Herabsetzung des Zinsfußes eines Hypothekencapitals 178.

Interpellation des Stadtmagistrats durch Herrn Günther wegen der Erhöhung der Fahrpreise der Pferdeisenbahn während der landwirthschaftlichen Ausstellung 190;
 durch Herrn du Roi wegen zu treffender Maßregeln behuf Sicherung des Publikums bei Feuergefähr in größeren Versammlungslocalen 25;
 durch Herrn von Seefendorff wegen Canalisirung der Wolfenbüttler Straße, der Spielmannstweete und der Schleißstraße 76;
 durch Herrn Winter wegen des event. Verkaufs des städtischen Militäretablissements auf dem Giersberge 126;
 wegen Ankaufs des Wendel'schen Hauses am Nidelntulle 205;
 durch Herrn Wolff wegen des Baues einer Eisenbahn von Braunschweig nach Hildesheim 49;
 wegen der allgemeinen Straßen Sprengung 129.

Kirchhöfe s. Friedhöfe.
 Knabenbewahranstalt, außerordentliche Unterstützung 65.

Landwirthschaftliche Ausstellung, Bewilligung von Prämien 24.

Leonhardplatz
 Verbesserungen 129, 168;
 Erwerb von Gerechtsamen des Kloster-guts St. Leonhard 157;
 Listen der Steuerpflichtigen und Wahlberechtigten, Verlängerung der Frist zur Ausführung derselben 210, 228.
 Lutherfeier, Vertheilung einer Festgabe an die Schüler und Schülerinnen der oberen Bürger Schulclassen 196.

Magistrat

Bericht des Stadtmagistrats über den Zustand und die Verwaltung der städtischen Angelegenheiten 168;
 Pensionirung eines Executors 204;
 Anstellung von Magistratschreibern 216, 228;
 Wahl zweier unbesoldeter Magistratsmitglieder 251.
 Militäretablissement auf dem Giersberge, event. Verkauf desselben 126.

Nachtwache, Verstärkung derselben auf der Bruchstraße 250.

Naturalverpflegung durchreisender Unterstützungsbedürftiger seitens des Vereins gegen Bettelei 135, 250.

Neustadtmühle, Verdoppelung der Dampfkraft 196, 210.

Rivelllement des Stadtgebiets 140.

Ortsbauplan, Aenderung desselben bezüglich der Verlängerung der Adolfsstraße 47.
 Ortsbaustatut s. Statut.

Pferdeisenbahn

Prolongation der Frist zur Anlage der Güterbahn 95;

Erhöhung der Fahrpreise während der landwirthschaftlichen Ausstellung 154, 190.
 Pflgehaus, Anschluß an die Fernsprecheinrichtung 124.
 Polytechnikum, Ankauf seitens der Stadt 115, 126.
 Proceffe 22, 74.

Rasch'sches Haus am Langenhofe, Ankauf desselben 220.

Rechnungen, städtische, von 1880, Abnahme derselben 228.

Regulative

die Orginasation der städtischen Realschule betreffend 22;
 für die Gas- und Wasserwerke 71;
 über die Gehaltsverhältnisse der Bürger-
 schullehrer 102, 114, 134.

Schlachthaus

Untersuchung eingeführten Fleisches 71.

Schulen

Städtische Realschule:

Neues Regulativ wegen Organisation derselben 22;
 Aufhebung des Statuts vom 28. Juni 1873 53.

Höhere Mädchenschule:

Dekung eines Deficits 110;
 Anstellung eines Lehrers 252.

Mittlere Mädchenschule:

Anstellung eines Lehrers 27.

Mittlere und untere Bürgerschulen:

Pensionirung einer Lehrerin 66;
 Ermiethung eines Locals in der Wiesener'schen Musikschule zu Schulzwecken 65;
 Anstellung von Lehrern 95;
 Erhöhung des Dienst Einkommens der Schulinspectoren 102, 114, 134;
 Bewilligung einer Alterszulage für einen Schulinspector 110;

Versuchsweise Einrichtung eines Heilunterrichts für stotternde Kinder 125;

Verbesserung des Dienst Einkommens der Schulbedienen 191;

Sprachheil-Unterricht 234.

Schule an der Sidonienstraße:

Erweiterungsbauten 55.

Erbauung eines neuen Schulgebäudes an der Leonhardstraße 55, 86, 108.

Schule an der Wilhelmsstraße:

Anderweite Verpachtung des Kellers 124.

Stadtcasse

Vermiethung des vormal. Stadtcassengebäudes 66;

Verwahrung der Werthpapiere der Stadt und des Kreiscommunalverbandes 110;

Ueberweisung eines Ueberschusses von 1882 zum Dispositionsfonds pro 1883 157;

Anderweite Belegung von Capitalien der Stadt und des Kreiscommunalfonds 185;

Anleihe von Kirchen- und Stiftungscapitalien 220;

Städtische Anleihe 173, 249.

Stadtverordnetenversammlung

Bericht des Vorsitzenden über die Geschäfte der Versammlung im Jahre 1882 2;

Bildung einer Baucommission 216, 228;

Wahlen s. unter W.

Statut

den Betrieb von durch Rauch oder Ruß belästigenden Feuerungsanlagen betreffend 23, 140;

die Aufhebung des alten Statuts über die städtische Realschule betreffend 53;

die Untersuchung des in die Stadt eingeführten Fleisches betreffend 71, 165;

den Transport von Thieren durch das Stadtgebiet betreffend 118, 192, 197;

Ortsbaustatut 155, 194, 204, 196, 219.

Steuer-Einschätzungs-Commission

Entbindung vom Amte eines Besitzers 81.

Steuer-Reklamationen 7, 66, 100, 142, 198, 206, 218, 218.

Straßen:

Abolffstraße 47;
 Bergfeldstraße 219;
 Bruchstraße 250;
 Al. Burg 10, 74, 186;
 Campestraße 6, 84;
 Damm 139;
 Friedrich-Wilhelmstraße 75;
 Kohlmarkt 47, 180;
 Kramerstraße 219;
 Salzdahlumerstraße 6, 54, 84;
 Schleinitzstraße 76;
 Schuhstraße 50;
 Spielmannswette 76;
 Steinweg 47;
 Wolfenbüttler Straße 76;
 Verbreiterung der Fußwege an der Campe- und Salzdahlumer-Straße 6, 84;
 Verbreiterung der Verbindungsstraße zwischen Schuhstraße und Al. Burg 10, 74;
 Vermietung der in der Al. Burg angekauften Häuser 186;
 Verbreiterung der Schuhstraße 50;
 Straßen-Anlagen seitens der Braunschweigischen Eisenbahn-Gesellschaft an der Salzdahlumer Straße 54.
 Straßen-Sprengung 68, 129, 164;
 Uebernahme von Straßenstrecken auf der östlichen Glacisländerei seitens der Stadt 157, 194;
 Veränderung der Lage der projectirten Straße zwischen Abolffstraße und Steinthor 158;
 Vermehrung der Straßenlaternen 181;
 Straßenverzeichnis zum Ortsbaustatute 194, 196, 219.

Verein gegen Bettelci, Uebernahme der Naturalverpflegung durchreisender Unterstützungsbedürftiger 135, 250:

Verkauf

von städtischem Terrain neben der Schule am Bülterwege 47;
 von Straßenterrain am Steinwege 47; desgl. am Kohlmarke 47;
 desgl. an der Ecke von Friedrich-Wilhelmstraße und Kattreppeln 75;
 des städtischen Bauplatzes südlich vom Gebäude der Gas- und Wasserwerke 96;
 von städtischer Länderei an der Ecke der Casernen- und Husarenstraße an das Herzog-Wilhelm-Asyl 111.
 von Straßenterrain am Damm 139.
 Verpachtung der städtischen Bleicherwiese vor dem Augustthore an den Eisbahnverein 66;
 desgl. städtischen Terrains an der Casernen- und Hiersbergstraße 99;
 desgl. der Grasnutzung eines Theils der Wiesen im Gänsewinkel 126.

Wahlen

zur Stadtverordnetenversammlung 1;
 der Vorsitzenden der Stadtverordneten 3;
 der Commissionen für deren regelmäßigen Geschäfte 4;
 der Mitglieder der Erbschaftscommission 7;
 der Beisitzer zu den Communalsteuer-Einschätzungs-Commissionen 7;
 des Ausschusses zur Auswahl der zu Schöffen und Geschworenen geeigneten Personen 132;
 des Protokollführers der Stadtverordneten 132;
 von Bezirksvorstehern und Armenpflegern 252;
 von Schiedsmännern, erforderlich bei Ausübung des Reichsgesetzes, Abwehr von Viehseuchen betreffend 252.

Wallpromenaden, Sprengung derselben 164.

Wasserwerke, städtische

Erweiterung 48, 54, 193;
 Ankauf eines Grundstücks 158;

Anstellung eines Controleurs 126;
 Regulativ 71;
 Ankauf des westlich belegenen Terrains
 der Braunschweigischen Eisenbahn-
 Gesellschaft 125;
 Ueberlassung einer Wiesenfläche im
 Gänsewinkel an die Wasserwerke 125;
 Grundsätze für Verwaltung der Betriebs-
 fonds 158;
 Zeitweilige Verwendung von Beständen
 als Betriebsfonds der Cämmereicasse
 161;
 Entnahme von Okerwasser oberhalb des
 Eisenblüttler Wehrs 165;

Rechnungsabschluß pro 1882, 180.

Wege:

Instandsetzung der Zugangswege nach
 den in der Umgebung der Stadt
 belegenen Waldpartien 115, 168.

Wendel'sches Haus am Nidelntulke, Ankauf
 178, 205.

Wohnungsmangel in hiesiger Stadt, Be-
 kämpfung desselben 197.

Wollemann'sches Haus an der Ecke der Leon-
 hard- und Bertramstraße, Vermietung
 185.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 18. Januar 1883.

Öffentlich:

I. Wahl der Vorsitzenden und Commissionen.

II. Selbstständiger Antrag des Herrn Munte, das Eigenthumsrecht des zur Campestraße und Salzdhumerstraße gehörigen Terrains betreffend.

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

Vertraulich:

1) Wahl der Mitglieder der Ersatz-Commission.

2) Erledigung von Gemeindesteuer-Reclamationen.

Entschuldigt die Herren Kybik und Sievers. — Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeisters Pockels und Bürgermeister Rittmeyer, sowie die Herren Stadträthe, Haake, Schöttler, Metemeyer und Grote.

Die Sitzung wird vom bisherigen Vorsitzenden Herrn Otto eröffnet.

Derselbe verliest zunächst ein Magistratschreiben vom 6. v. Mts., durch welches die Versammlung benachrichtigt wird, daß bei den am 7., 10., 11. und 24. November sowie am 1. December v. J. stattgehabten Neuwahlen die mit Ende 1882 ausgeschiedenen Herren Stadtverordneten Jasper, Heymann, Kybik, Reuter, Wiske, Ramdohr, Rieke und Rieß wiedergewählt, statt des gleichfalls ausgeschiedenen Herrn Kloss aber, welcher die Annahme der auf ihn fallenen Wieder-

wahl abgelehnt hat, Herr Banquier Carl Hollmann gewählt und von Allen die Wahl angenommen ist.

Der Herr Vorsitzende gedenkt mit anerkennenden Worten der langjährigen Thätigkeit des Herrn Klotz und begrüßt sodann den zum ersten Male in der Versammlung anwesenden Herrn Hollmann, dabei dem Wunsche Ausdruck gebend, daß der neuhinzutretene Colleague in der dem Gemeinwohl unserer Stadt gewidmeten gemeinsamen Thätigkeit mit den übrigen Herren Stadtverordneten gleich diesen Befriedigung finden möge!

Nach Genehmigung der Protokolle *Nr.* 15, 16 und 17 de 1882 erstattet der Herr Vorsitzende Bericht über die Thätigkeit der Versammlung im Jahre 1882.

Es haben im genannten Jahre, wie im Jahre 1881, an 17 Tagen Sitzungen stattgefunden, darunter an 8 Tagen gemeinschaftliche Sitzungen von Magistrat und Stadtverordneten, als auch Sitzungen der Stadtverordneten allein, an 9 Tagen ausschließlich Stadtverordnetensitzungen. Auf die 17 Tage kommen also, wenn man die an einem Tage stattgehabten gemeinschaftlichen und Stadtverordneten-Sitzungen je als besondere Sitzungen ansieht, im Ganzen 25 Sitzungen. An 5 Tagen wurde ausschließlich öffentlich verhandelt, an 12 Tagen theils öffentlich, theils vertraulich. Die verhältnißmäßig große Anzahl vertraulicher Sitzungen erklärt sich daraus, daß viele Steuerreklamationen zu erledigen waren.

Das Tagebuch weist 136 Eingänge (gegen 152 im Jahre 1881) nach; entgegen dem außerordentlich starken Steigen in den früheren Jahren ist hier also ein kleiner Rückgang eingetreten. Dazu kamen 10, welche 1881 unerledigt blieben. Von den 146 Sachen sind 135 erledigt, während 11 Sachen, meist solche, die erst in den letzten Tagen des December eingegangen sind, als unerledigt in das Jahr 1883 übernommen sind.

Von den im vergangenen Jahre erledigten Angelegenheiten, hebt Redner folgende als besonders wichtige, und zwar in der Reihenfolge, wie sie hier zur Verhandlung gekommen, hervor:

Einem Privatunternehmer wurde die Anlegung einer Verbindungsstraße zwischen Poststraße und Bankplatz gestattet und ein Zuschuß zu den Herstellungskosten aus städtischen Mitteln bewilligt.

Andere weniger erhebliche Straßenanlagen und Feststellungen von Baulinien wurden genehmigt.

Der allgemeine Ortsbauplan, aufgestellt unter Berücksichtigung des im Principe schon genehmigten Ringstraßenprojects, fand die Genehmigung der Stadtverordneten; die dagegen erhobenen verhältnißmäßig wenigen Einwendungen führten nur zu einer unbedeutenden Aenderung des Planes.

Die Ausführung eines erheblichen Theils der Canalisation im nordöstlichen und

südöstlichen Theile der Außenstadt wurde, allerdings unter einer die Zeit der Ausführung zunächst noch hinausrückenden, auf die Förderung der Canalisation im Inneren der Stadt gerichteten Bedingung, unter Bewilligung der Kosten beschlossen.

Es wurde, zur Lösung der seit längerer Zeit schwebenden Frage der Beschaffung des Wassers für die Stadt in ausreichender Menge und guter Beschaffenheit, die Erweiterung des bestehenden Wasserwerkes unter Benützung des oberhalb der Stadt der Dfer zu entnehmenden Wassers und bei Einrichtung von Filteranlagen beschlossen.

Die Frage der Anlage neuer Friedhöfe wurde der Lösung entgegengeführt, indem die Versammlung sich gutachtlich im Einverständnisse mit dem Stadtmagistrate für die Einrichtung gemeinschaftlicher Begräbnisplätze der St. Catharinen- und St. Andreas-Kirche einerseits im Norden der Stadt, (auf der Hube,) — der St. Martini, Michaelis-, Brüdern-, Petri-Kirche andererseits im Südwesten der Stadt, ferner für die einstweilige Beibehaltung des Friedhofes von St. Magni erklärte, dabei auch der Beschaffung des Grund und Bodens für die neuen Friedhöfe und der Einrichtung von Leichenhäusern und Capellen daselbst auf Kosten der Stadt im Principe zustimmte.

Eine in Folge einer Verfügung der Aufsichtsbehörde vorgenommene nochmalige Revision des Ortsbaustatuts wurde genehmigt.

Eine auf die neue Armenordnung sich stützende Instruction für die Organe der Armenpflege fand, so weit erforderlich, die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung. Die erste Wahl von Armenpflegern und Bezirksvorstehern wurde der neuen Ordnung gemäß vorgenommen und das Inkrafttreten der letztern zum 1. Januar 1883 damit vorbereitet.

Hiernach übernimmt das an Lebensjahre älteste Mitglied, Herr Ding, den Vorsitz, um die Wahl eines Vorsitzenden und dessen Stellvertreters zu leiten.

Einer Aufforderung des Herrn Alterspräsidenten Folge gebend, erheben sich die Anwesenden zur Anerkennung der Geschäftsführung des bisherigen Herrn Vorsitzenden Otto von ihren Plätzen.

Herr Otto dankt für dieses Zeichen der Anerkennung unter Hinzufügung der Versicherung, daß ihm die Abwicklung seiner Geschäfte nicht so leicht geworden wäre, wenn ihm nicht jeder der Herren, ohne Ausnahme, bei allen Gelegenheiten das größte Wohlwollen entgegengebracht hätte. Nur dadurch sei es ihm auch möglich geworden, ein einträchtiges Zusammenwirken aller Glieder der Versammlung und zugleich eine gleichmäßige, nur die Sache im Auge habende Behandlung und Erledigung der Geschäfte, welche hoffentlich zu einer befriedigenden Lösung der Aufgaben geführt habe, herbeizuführen.

Wie in den Vorjahren, so ist auch diesmal wieder von den ältesten 6 Mitgliedern der Versammlung zufolge erhaltenen Auftrags eine Vorschlagsliste angefertigt, welche bei den nun folgenden Wahlen zu Grunde gelegt wird.

Bei der zunächst erfolgenden Wahl des Vorsitzenden vereinigen sich 21 Stimmen auf Herrn Otto; je eine Stimme entfällt auf die Herren Hasenbalg und Hollmann; 1 Zettel ist unbeschrieben.

Herr Otto ist somit wieder gewählt.

Derselbe nimmt die Wahl unter dem Ausdrücke des Dankes und mit der Versicherung an, daß er bemüht sein werde, die ihm obliegenden Geschäfte auch ferner in der bisher geübten Weise zu leiten.

Es erfolgt sodann die Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden, wobei 20 Stimmen auf den bisherigen Stellvertreter des Vorsitzenden, Herrn Rybiß, 2 auf Herrn Blasius, 1 auf Herrn Reuter und 1 auf Herrn Semler entfallen.

Herr Rybiß (welcher nicht gegenwärtig) ist danach wiedergewählt.

Zum stellvertretenden Protocollführer wird durch Acclamation Herr Semler bestellt.

Sodann werden gewählt

in den Schulvorstand Herr von Seckendorff,

in das Kirchen- und Stiftungssassen-Collegium Herr Meyer,

in den Schulvorstand für die beiden Mädchenschulen die Herren Rybiß und Ramdohr,

in die Deputation für die städtische Realschule die Herren von Seckendorff und Schwarzenberg,

in die Statutencommission die Herren Heymann, Lüderßen, Munte, Otto, Reuter, Schwarzenberg und du Roi;

in die Finanzcommission die Herren Jasper, Rybiß, von Seckendorff, Semler, Sievers, Wolff und Zellgmann.

Als Mitglieder der Baucommission und des Stadtbauamts wurden der Liste nach die Herren Hasenbalg, Reuter und Till vorgeschlagen.

Herr Rieß hält die Wahl des Herrn Till zum Mitgliede des Stadtbauamts nach den noch geltenden Bestimmungen der städtischen Bauordnung vom 12. März 1863 für unzulässig. Es dürften nach jenen Bestimmungen solche Personen, welche selbst das Bauen gewerbsmäßig in hiesiger Stadt betrieben, nicht Mitglieder des Stadtbauamts sein.

Von anderer Seite wurde erwidert, daß der §. 5 der Bauordnung, welcher in Frage komme, nur Maurer- und Zimmermeister nicht zulassen wolle.

Der Herr Vorsitzende verlas, »um den Mitgliedern der Versammlung die Möglichkeit zu geben, sich ein Urtheil in der Sache zu bilden«, die betreffende Bestimmung.

Nachdem Herr Günther an Stelle des Herrn Till Herrn Rieke vorgeschlagen und Herr Reuter noch bemerkt hat, daß die Commission in dem soeben

verlesenen Wortlaute der betreffenden Statutenstelle Bedenken gegen die Wahl des Herrn Till nicht hätte erblicken können, dieser Herr auch nur in Vorschlag gebracht sei, weil Herr Winter eine Wiederwahl nicht gewünscht habe, werden gewählt, wie vorgeschlagen,

in die Baucommission und das Stadtbauamt die Herren Hasenbalg, Reuter und Till;

ferner

in den Gesundheitsrath die Herren Blasius, Nieß und Reuter;

in die Schulcommission die Herren Blasius, Hollmann, Ramdohr, Reiche und Schwarzenberg.

Bei dieser letzten Wahl hatte Herr Günther empfohlen, an Stelle des Herrn Reiche Herrn Rieke zu wählen. Herr Reiche sei gewiß nur deshalb in Vorschlag gebracht, weil er Fachmann sei. Es sei aber seines Erachtens grade nicht gut, wenn ein Fachmann sich in der Schulcommission befinde. Herr Rieke eigne sich zum Mitgliede der Schulcommission am besten, da dieser großes Interesse für die Volksschule habe, indem er seine eigenen Kinder dorthin schicke. Die Volksschule müsse aber auch ihren Vertreter haben.

Ferner werden gewählt

in die Deputation für die Gas- und Wasserwerke die Herren Tasper, du Roi, Sievers und Tellingmann;

in die Deputation für die Erweiterungsbauten des Wasserwerks die Herren Munte und Hollmann;

in die Quartierbehörde die Herren Nieß und Winter, als deren Stellvertreter die Herren Ding und Wilke.

Die Liste schlägt vor,

in die Commission für die Einschätzung der Gewerbesteuer die Herren Tasper, Hollmann, Winter und Wolff zu wählen.

Herr Rieke empfiehlt die Wahl der Herren Winter, Munte, Till und Hasenbalg; es werden jedoch die commissionsseitig vorgeschlagenen Herren gewählt.

In die Deputation für das Schlachthaus werden gewählt die Herren Munte und Wolff;

in die Commission für die Einschätzung der Gebäude behuf Einquartierung, durch Acclamation, die Herren Meyer, Munte, Ramdohr, du Roi, Schwarzenberg und Wolff;

in die Einkommensteuer-Einschätzungs-Commissionen

für den August- und Steinhordistrict die Herren Günther, Heymann, Kybik, Lüderßen, Munte, Ramdohr, Sievers, Till und Winter;

für den Wenden- und Petritthordistrict die Herren Blasius, Ding, Hollmann, Jasper, Reiche, Reuter, Riefe, du Roi und Schwarzenberg;

für den Hohe- und Wilhelmithordistrict die Herren Hasenbalg, Meyer, Nieß, Otto, von Seckendorff, Semler, Tellingmann, Wille und Wolff.

Nach Erledigung der Wahlen verliest der Herr Vorsitzende folgenden selbstständigen Antrag des Herrn Munte:

»Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, das Eigenthumsrecht des zur Campestraße und Salzbadlumer Straße gehörigen Terrains in der ganzen jetzigen Breite der genannten Straßen, also incl. der Fußwege, entweder kostenlos oder event. unter Entschädigung der Anwohner jetzt in Anspruch zu nehmen und sodann ordnungsmäßig zu planiren und in Stand zu setzen.«

Herr Munte motivirt den Antrag folgendermaßen:

Die Angelegenheit sei bereits in dem Augustthor-Districtsvereine zur Sprache gebracht; Redner habe aber den Verhandlungen nicht beiwohnen können, sonst würde er sich auch dort schon darüber ausgesprochen haben.

Der fortwährend zunehmende Verkehr auf diesen Straßen, begründet in der außerordentlich schnellen Entwicklung der Stadt vor dem August- und Steinthore, mache eine gründliche Instandsetzung derselben durchaus erforderlich. Es könne damit nicht solange gewartet werden, bis die allgemeine Canalisation ausgeführt werde, denn das sei noch in weite Ferne hinausgerückt. Mit den Eigenthumsverhältnissen des auf diesen Straßen befindlichen erhöhten Fußweges habe es eine eigenthümliche Bewandniß. Wie das noch vor anderen Thoren bei verschiedenen Wegen ähnlich der Fall sei, hätten die Anwohner ein Anrecht auf diesen Fußweg. So komme es denn auch, daß für diese Straßen, speciell für den Fußweg, nichts geschehe; die Anwohner kümmern sich nicht um eine Instandsetzung und die Gemeinde könne es nicht, da sie kein Eigenthumsrecht daran habe. Man laufe aber, da die Beleuchtung nicht ausreiche, Abends sehr leicht Gefahr, von der Höhe des Fußweges in den Graben zu stürzen. Ferner sei der eine Graben, welcher sich in der Campestraße entlang ziehe, meist im stagnirenden Zustande und verunreinige, namentlich während der Sommerzeit, die Luft in einer den Anwohnern wirklich gesundheitsgefährlichen Weise. Besondere Berücksichtigung verdiene auch noch der Umstand, daß diese Straßen von vielen Kindern auf ihrem Schulwege nach der Dttmerstraße passirt würden; der Fußweg sei aber schon der dort lagernden Haufen von Schutt und Unrath wegen größtentheils unpassirbar und der Fahrweg allein zu schmal, so daß die Kinder bei Benutzung des Letzteren leicht überfahren werden könnten.

Der Hauptgrund aber, der die beantragte Instandsetzung dieser Straßen mit Nachdruck fordere, sei der, daß die Ringstraße auch durch die Campestraße projectirt sei. Was würden wohl Fremde sagen, die doch bei ihrem Besuche Braunschweigs die Ringstraße später vornehmlich passiren würden, wenn sie die jetzigen Zustände dort erblickten?

Die bei Abtragung der erhöhten Fußwege bis auf das Niveau der Fahrbahn in Frage kommenden technischen Schwierigkeiten seien zu überwinden. Das Grundmauerwerk der anliegenden Häuser werde zwar etwas bloß gelegt werden, es lasse sich dann aber leicht eine Verblendung durch Cementmörtel oder sonstiges gutes Steinmaterial anbringen. Ueber die Kosten könne man ja später reden. Er bitte, den Antrag zu berücksichtigen.

Der Antrag wird, nachdem er die nöthige Unterstützung gefunden hat, der Finanz-Commission zur Vorprüfung überwiesen.

Die Sitzung der Stadtverordneten wird darauf geschlossen, und es schreitet die Versammlung unter dem Vorsitze des Herrn Oberbürgermeisters Pockels

in gemeinschaftlicher Sitzung

zur Wahl der Mitglieder der Militair-Ersatzcommission.

Gewählt werden, wie in der Liste vorgeschlagen, die Herren Bürgermeister Rittmeyer und Stadtverordneter Telligmann als Mitglieder, und die Herren Stadtrath Schöttler und Stadtverordneter Ding als Stellvertreter.

Vertraulich wird sodann über eine Gemeindesteuer-Reclamation Beschluß gefaßt.

Ferner werden, wiederum unter dem Vorsitze des Herrn Otto,

in vertraulicher Sitzung der Stadtverordneten

die Beisitzer zu den Einkommensteuer-Einschätzungs-Commissionen gewählt.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 8. Februar 1883.

Öffentlich:

Vorlagen des Stadtmagistrats, betreffend:

- I. Verbreiterung der Verbindung zwischen Schuhstraße und Kleiner Burg;
- II. das neue Regulativ wegen Organisation der städtischen Realschule;
- III. Ermächtigung zur Erhebung einer Klage wegen Testaments-Abgabe;
- IV. Statut gegen Belästigungen durch Rauch;
- V. Bewilligung von Prämien für die bevorstehende landwirthschaftliche Ausstellung.

Interpellation des Herrn du Roi, betreffend:

- VI. die zur Ermöglichung einer rechtzeitigen Entleerung des großen Saals im Hotel d'Angleterre bei ausbrechender Feuergefahr getroffenen Maßregeln.

Selbstständiger Antrag des Herrn Winter, betreffend:

- VII. die Denkschrift des Stadtbauraths Winter bezüglich der Ueberreste der Burg Dankwarkeerde.

Vertraulich:

- 1) Anstellung eines Lehrers an der städtischen Mädchenschule;
- 2) Anstellung eines Magistratsdieners für die Armenverwaltung u. s. w

Entschuldigt die Herren Jasper, Kybik, Lüdersen und von Seckendorff. — Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Götte und Stadtrath Ketemeyer; zeitweilig auch die Herren Stadtbaurath Winter und Schuldirector Krumme

Nachrichtlich wird bemerkt, daß das Ausbleiben des Herrn Wille mit Krankheit durch eine nach der Sitzung eingegangene Zuschrift entschuldigt ist.

Von Herrn du Roi ist folgende Interpellation eingereicht:

»Derselbe richtet an den Stadtmagistrat die Anfrage, ob und welche Vorsichtsmaßregeln seitens des Eigenthümers des großen Saales im Hôtel d'Angleterre getroffen sind, um eine rechtzeitige Entleerung der im Saale anwesenden Personen bei ausbrechender Feuergefähr zu ermöglichen, resp. inwieweit die zuständigen Behörden im Interesse der allgemeinen Sicherheit des Publicums ihren Einfluß zur Abstellung einer derartigen Gefahr bei Veranstaltung von Concerten, Bällen oder anderen Vergnügungen in genanntem Locale geltend gemacht haben.«

deren Beantwortung nach Erledigung der Tagesordnung vom Herrn Referenten des Stadtmagistrats zugesagt ist.

Ferner liegt ein Antrag des Herrn Winter vor:

»den Stadtmagistrat zu ersuchen, die vom Stadtbaurath Winter gearbeitete Denkschrift, die Ueberreste der ehemaligen Burgcaserne betreffend, der Stadtverordnetenversammlung baldmöglichst zugänglich zu machen.«

Der Antrag findet am Schluß der Sitzung seine Motivirung.

Der Tagesordnung gemäß

I. berichtet Herr Heymann namens der vereinigten Statuten- und Finanz-Commission über die Magistratschreiben vom 13. und 18. December v. J., die Verbreiterung der Verbindung zwischen Schuhstraße und Kleine Burg betreffend.

Der Gürtlermeister Meyerding hat um Ertheilung der Genehmigung zu einem Neubau auf seinem in der kleinen Burg *N* 13 belegenen Grundstücke nachgesucht. Dieser Umstand hat dem Stadtbauamte Veranlassung gegeben, dem Stadtmagistrate die Verbreiterung des sehr schmalen Zuganges von der Schuhstraße nach der kleinen Burg dringend zu empfehlen.

Nach dem vorliegenden Situationsplane, welchen Referent circuliren läßt, würden zunächst fünf Grundstücke zu acquiriren sein, als: des Uhrmachers Kohlig, Schuhstraße *N* 6, der Wittwe Heine *N* 5 daselbst, des Gürtlermeisters Meyerding, kleine Burg *N* 13, des Tapetendruckers Gent *N* 12 daselbst und des Schuhmachers Bachmann *N* 11 daselbst. Theile dieser Grundstücke würden zur gedachten Straßenverbreiterung erforderlich sein. Außerdem würden die Grundstücke des Comtoirbieners Lehmann und des Cigarrenfabrikanten Barges, kleine Burg *N* 10 bez. 9 zu erwerben sein. Von diesen beiden Grundstücken wird nichts direct zur Straße gebraucht werden,

der Ankauf derselben ist aber nothwendig bez. zweckmäßig, um für die zu gewinnenden Bauplätze die erforderliche Tiefe zu erhalten. Der Magistrat beabsichtigt daher, die Grundstücke von Lehmann und Barges zuzukaufen, um mit diesen und den zur Straßenverbreiterung nicht erforderlich werdenden Theilen der übrigen 5 Grundstücke angemessen zu verkaufende Bauplätze bilden zu können. Hinsichtlich der Grundstücke von Lehmann und Barges ist es nicht ganz sicher, ob der Stadt die Expropriationsbefugniß verliehen werden würde, weil beide Grundstücke nicht direct zur Anlegung von Straßen dienen. Es hat deshalb der Magistrat mit den Eigenthümern beider Grundstücke vorbehältlich der Genehmigung der Stadtverordneten Kaufverträge abgeschlossen, wonach für das Lehmann'sche Grundstück 15 500 *M.*, für das Barges'sche 36 000 *M.* gezahlt werden sollen. Das erstgedachte Grundstück ist von der städtischen Bauverwaltung auf 12 000 *M.* Nutzungswerth abgeschätzt, bezüglich des letztgedachten Grundstücks hat eine Werthschätzung noch nicht stattgefunden. Die anderen 5 Grundstücke sind von der städtischen Bauverwaltung abgeschätzt nicht bloß nach dem materiellen Werthe, sondern vielmehr nach den Grundzügen, die bei Ermittlung der Entschädigungen beim Expropriationsverfahren als maßgebend betrachtet werden. Der Schätzungswerth beträgt 113 250 *M.* Für sämtliche 7 Grundstücke würden danach zu zahlen sein: 164 750 *M.* Die Einnahmen würden betragen: für 3 Bauplätze incl. Gartenterrain und Abbruchswerth der Häuser zusammen 69 000 *M.* Danach ergibt sich eine Ausgabe von 95 750 *M.* Da man aber nicht genau wissen kann, ob nicht durch das event. einzuschlagende Expropriationsverfahren den Expropriaten etwas höhere Summen als angenommen zugebilligt und ob die erhofften Beträge aus den Bauplätzen gewonnen werden, so kann man die Ausgaben auf rund 100 000 *M.* annehmen.

Der Magistrat empfiehlt das Project zur Genehmigung und bemerkt zur Motivierung Folgendes: »Die beträchtliche Höhe dieser Ausgaben könnte auf den ersten Blick von dem Unternehmen zurückschrecken, erwägt man indeß, daß die in Rede stehende Straße von Tausenden von hiesigen Einwohnern, welche in der Stadtcasse und im Stadthause, auf der Polizei- und im Gerichtsgebäude Geschäfte zu besorgen haben, von zahllosen Personen, welche den Weg von der Schuhstraße nach dem Wohlwege und umgekehrt zurücklegen und endlich von vielen Hunderten von Kindern, welche die städtischen Töchter Schulen besuchen, tagtäglich benutzt wird, erwägt man ferner, daß die nur 3,7 m breite Straße durch ein einziges Fuhrwerk dergestalt beengt wird, daß dieselbe nur mit Gefahr für Leben und Gesundheit zu passiren ist, so wird man zu der Ueberzeugung gelangen, daß selbst das vorbezeichnete erhebliche Geldopfer im Vergleich zu dem angestrebten Vortheile nicht zu groß ist, zumal die aufzuwendende Summe nicht aus der laufenden Einnahme der Stadt, sondern durch eine nach und nach zu amortisirende Anleihe zu decken sein wird.«

Der Magistrat beantragt:

- 1) die Versammlung wolle sich mit der projectirten Verbreiterung der fraglichen Straße einverstanden erklären und demgemäß die Baulinie ab des Situationsplans genehmigen, auch zu dem Ende ihm vorläufig einen Credit von 100 000 M. zu verwilligen, indem er sich wegen Beschaffung dieses Geldes weitere Anträge vorbehält;
- 2) den Ankauf der Grundstücke von Lehmann und Barges für 15 500 M. bez. 36 000 M. und unter den sonstigen in den notariellen Kaufcontracten enthaltenen Bedingungen zu genehmigen;
- 3) ihn zu ermächtigen, die Ankaukspreise für die übrigen Grundstücke, sei es, daß der Ankauf im Wege gütlicher Vereinbarung oder aber im Wege der Expropriation erfolgt, im Einverständnisse mit der Finanzcommission festzustellen.

Außerdem war vom Magistrate beantragt, ihn zu ermächtigen, die Verkaufspreise für die zu gewinnenden Bauplätze und das verbleibende Gartenterrain im Einverständnisse mit der Finanzcommission festzustellen; es hat aber der Plan der projectirten Eintheilung in der Commissionsberathung mehrfache Bedenken erregt, denen sich auch der Herr Referent des Stadtmagistrats nicht verschlossen hat. Demgemäß hat der Stadtmagistrat diesen Antrag jetzt zurückgezogen und erklärt, daß er sich wegen der Eintheilung der zu verkaufenden Bauplätze das Weitere noch vorbehalte.

Referent führt Folgendes dazu aus:

Die Angelegenheit sei zweimal in der vereinigten Finanz- und Statutencommission berathen worden und habe zur eingehenden Debatte Veranlassung gegeben. Das Endergebnis sei gewesen, daß von 11 anwesenden Commissionsmitgliedern sich 9 für und 2 gegen das Project ausgesprochen hätten.

Die erheblichsten Gründe für die Majorität seien im Großen und Ganzen analog den Gründen der Magistratsvorlage. Man habe sich gesagt, daß wenn auch der Wagenverkehr in der gedachten Verbindungsstraße nicht grade bedeutend zu nennen sei, doch öfter Wagen, insbesondere auch große, schwere Bier- und Kohlenwagen an der fraglichen Stelle führen; die Passanten und besonders eine Menge Schulkinder könnten dadurch leicht in große Gefahr kommen, die denn auch thatsächlich schon in einigen Fällen stattgefunden habe, und es sei eigentlich ein Wunder, wenn an der fraglichen Stelle noch kein Unglück passiert sei. Das seien unleidliche Zustände, denen ein Ende gemacht werden müsse, sobald sich dazu Gelegenheit böte. Die Gelegenheit sei nun gegeben; wenn das Project jetzt nicht ausgeführt würde, so würde es später, wenn Meyerding seinen projectirten Neubau ausgeführt, unter Umständen erheblich theurer

zu stehen kommen. Es handle sich hier um eine Verbesserung im Centrum der Stadt. Andere Städte thäten in dieser Beziehung noch viel mehr. Die städtischen Behörden hätten auch für die Weiterentwicklung vor den Thoren sehr viel gethan und das Centrum hätte Berechtigung auf eine gleiche Berücksichtigung. Es seien auch in der Commission noch andere Möglichkeiten zur Beseitigung der vorbereiteten Uebelstände vorgeschlagen, z. B. directe Sperrung der Straße für den Wagenverkehr. Die Majorität habe aber diese Maßregel unter den obwaltenden Umständen für durchaus inopportun gehalten. Man verhehlte sich allerdings nicht, daß ein durchaus wünschenswerther Zustand der ganzen Kleinen Burg durch Verwirklichung dieses Projectes nicht geschaffen würde, weil die Straße weiter nach dem Stadthause zu doch nicht in der wünschenswerthen Beschaffenheit und Breite vorhanden sei; jedenfalls würde aber dieses Project der Anfang sein, die ganze Straße in ordentlichen Stand zu setzen; das Weitere würde sich für spätere Zeiten vorbehalten lassen und zweifelsohne sei dieser Theil der Straße derjenige, der der Verbesserung bei Weitem am dringendsten bedürfe. — Dies seien die hauptsächlichsten Gründe, welche die Majorität der Commission bestimmt hätten, ihr Votum für die Magistratsvorlage abzugeben.

Die Minorität werde ihre Gegengründe selbst entwickeln.

Hiernächst verliest Referent die mit den Grundbesitzern Lehmann und Barges abgeschlossenen notariellen Verträge vom 29. November bez. 18. December v. J. und giebt sodann namens der Majorität der Commission die Genehmigung der Magistratsanträge anheim.

Mit gegenwärtiger Vorlage ist der Versammlung auch eine Skizze des Stadtbauraths Winter, einen Straßendurchbruch von der Schuhstraße nach dem Damme betreffend, überreicht, was Herrn Sievers zur Einbringung des Unterantrags veranlaßt: die zum Ankaufe der mehrerwähnten Grundstücke angeforderten Mittel zu bewilligen, den Magistrat indessen zu ersuchen, die Skizze des Stadtbauraths Winter einer weiteren Ausarbeitung zu unterwerfen und der Stadtverordnetenversammlung einen bezüglichen Kostenanschlag vorlegen zu lassen.

Es entspinnt sich über diesen Antrag eine längere Debatte auf dem Gebiete der Geschäftsordnung zwischen dem Herrn Vorsitzenden, dem Herrn Referenten und den Herren Sievers, Günther, Nieß und Blasius und wird derselbe, nachdem dem Herrn Antragsteller vom Magistratsstische aus angedeutet worden, daß der Stadtmagistrat das Straßenproject von der Schuhstraße nach dem Damme in Ueberlegung nehmen werde, zurückgezogen.

Zur Vorlage selbst nimmt sodann zunächst Herr Schwarzenberg das Wort. Derselbe gehört der Minorität der Commission an und bringt folgende Gründe dafür vor: Wenn man bedenke, daß die fragliche Verbindungsgasse zu einem Stadttheile

führe, der durchaus keinen Geschäftsverkehr aufzuweisen habe, nach dem Stifte St. Aegidii, dem Stadthause und dem Wilhelmsplatze, so schienen die zu erzielenden Vortheile nicht im richtigen Verhältnisse zu dem großen finanziellen Opfer zu stehen, welches gefordert werde. Veranschlagt sei das Project vorläufig zu 100 000 *M.*; diese Summe werde aber wohl nicht reichen, schon weil der Werth der zu verkaufenden Bauplätze zu hoch gegriffen sei. Wagenverkehr sei fast gar nicht vorhanden, wogegen der Fußgängerverkehr, namentlich zu Beginn und Schluß der Schulen allerdings ein ziemlich bedeutender sei. Die Kinder könnten indeß den Weg von und zur Schule zwischen Gerichtsgebäude und Stadthaus oder aber an der Schulze'schen Restauration vorüber nehmen. Die Steuerzahler, welche zu Ende des Quartals die Gasse stark frequentirten, pflegten sich auch nicht grade der Equipagen zu bedienen. Die enge Stelle jener Gasse sei 15 m lang und könne allenfalls für den Fuhrwerksverkehr ganz gesperrt werden. Die Finanzlage der Stadt gestatte nicht, zu Luxus Zwecken 100 000 *M.* auszugeben, zumal ihr noch ganz bedeutende Ausgaben bevorständen. Erst kürzlich sei der Versammlung eine Vorlage zugegangen, in welcher für Erbauung eines neuen Schulgebäudes am Giersberge über 320 000 *M.* angefordert würden. Derartige Ausgaben seien aber wirklich nützlich und verdienten zunächst berücksichtigt zu werden. Er könne die Verantwortung für jene Ausgabe nicht übernehmen und werde daher gegen den Magistratsantrag stimmen.

Herr Munte als Correferent: Der Kostenanschlag sei sorgfältig geprüft und gegen die Ansätze im Allgemeinen nichts einzuwenden. Dagegen sei versäumt, das Pflaster der herzustellenden Straße mit etwa 5000 *M.* in Anrechnung zu bringen, und dann seien seines Erachtens allerdings auch die Einheitsätze für das Quadratmeter der zu verkaufenden Bauplätze etwas hoch gegriffen. Zur Sache selbst wolle er zunächst bemerken, daß unsere Vorfahren gesündigt hätten, indem sie inmitten der Stadt so enge Straßen geschaffen, daß aber auch die Versammlung selbst noch weit mehr gesündigt habe, indem sie in einer solchen engen Winkerei zwei Schulen habe erbauen lassen. Da dieß aber einmal geschehen sei, so müsse auch Abhülfe geschaffen werden. Die Außenstadt blühe auf, es würden dort neue Straßen angelegt und Brücken über die Oker gebaut, die sie mit der Innenstadt verbinden, man möge daher auch die Innenstadt nicht vernachlässigen und die angeforderte Summe bewilligen. Die gedachte Straße für den Fuhrwerksverkehr gänzlich sperren zu lassen, gehe nicht wohl an, weil die Anwohner berechtigt seien, Fuhrwerk an ihre Häuser heranzufahren zu lassen.

In Braunschweig sei stets der Hauptverkehrs zug von Norden nach Süden gewesen. Auch die Schubstraße ziehe von Norden nach Süden, es fehle ihr aber nach Norden hin eine ordentliche Verbindung mit den übrigen Stadttheilen, weil der Zu-

gang zur kleinen Burg zu eng sei. Die Commission habe deshalb die Verbreiterung für nothwendig erachtet.

Es sei allerdings für unsere Stadt noch manches Nothwendige und Wünschenswerthe zu schaffen. Nothwendig sei die Herstellung der Verlängerung des großen neuen Straßentractes Bahnhof-Hagenmarkt, die Canalisation, eine neue Schule, Brücken über die Oker hinter dem Monumentsplatze und Neupflasterung von Straßen. Wünschenswerth sei eine Verbreiterung des Bohlweges, Herstellung der Ringstraße, Restauration der Burg Dankwarderode, ein neues Stadthaus, der Stadtpark und Straßenanlagen vor den Thoren. Ob die Centralisation der Kirchhöfe grade nothwendig, wisse er nicht.

Herr Blasius stellt den Antrag:

die Beschlussfassung über den Antrag zur Verbreiterung der Verbindung zwischen Schuhstraße und Kleine Burg heute auszusprechen bis ein weiterer Antrag des Magistrats in Betreff einer Verbindung der Kleinen Burg mit dem Damme vorliegt, und den Stadtmagistrat zu ersuchen, bis auf Weiteres den Wagenverkehr zwischen Schuhstraße und Kleine Burg zu sperren.

Wenn die angeforderte Summe bewilligt werde, so werde die Kleine Burg bestimmt verbreitert werden, ob dann aber auch das Project von der Schuhstraße nach dem Damme genehmigt werde, sei noch fraglich. Der durch Genehmigung des Magistratsantrags zu erreichende Zweck biete zu wenig Vortheile und Annehmlichkeiten, als daß man eine so bedeutende Summe von 100 000 *M.* dafür ausgeben sollte. Gern würde er dafür stimmen, daß noch mehr verwilligt würde, wenn nur ein größerer Zweck damit verbunden wäre. Den Wagenverkehr in der gedachten Gasse halte er bei dem starken Besuche der Mädchenschulen für höchst gefährlich, er halte deshalb zur momentanen Abhülfe dieses Uebelstandes eine Sperrung der Straßenstrecke für den Wagenverkehr sehr wünschenswerth.

Herr Bürgermeister Rittmeyer: Das Bedürfniß nach Erweiterung von engen Straßen und Plätzen in alten Städten sei nicht neu. Er brauche nur hinzuweisen auf Magdeburg und Köln, wo ganze Häusercarrés niedergeissen wurden, um dem Verkehr Erleichterung zu verschaffen. Von Luxus könne auch im vorliegenden Falle keine Rede sein. In Braunschweig seien die Verhältnisse ähnlich wie in den genannten Städten. Braunschweig sei eine 1000 jährige Stadt, die leider viel schlechte Straßen besitze und zwar mitten im Verkehre. Sollten wir da nicht ebensowohl das Bedürfniß fühlen, bessernd einzugreifen, wie andere Städte? Auch die Landesgesetzgebung habe darauf hingewiesen und es den Gemeinden gewissermaßen zur Pflicht gemacht, da, wo Bedürfniß und geeigneter Anlaß vorliegen, die Straßen zu erweitern.

Liegen diese beiden Factoren hier vielleicht nicht vor? Der Magistrat habe geglaubt, diese Frage bejahen zu müssen. Man könne zugeben, daß eine absolute Nothwendigkeit vielleicht nicht bestehe, wenigstens nicht in dem Maße, wie Jemand ein abgebranntes Haus wiederaufbauen müsse. Solcher Maßstab sei aber im vorliegenden Falle nicht anzulegen. Es handle sich immer nur darum, ob für den Verkehr ein derartiges Bedürfniß vorliege, und diese Frage müsse entschieden bejaht werden. Er erinnere daran, daß alle diejenigen Personen, welche auf der Schuhstraße, dem Kohlmarkte, der Poststraße, der Südstraße und den dahinter belegenen Straßen wohnen, als nächsten Weg zum Stadthause, zur Polizei und zum Gerichtsgebäude den Weg durch die Schuhstraße und Kleine Burg nehmen. Außer von Erwachsenen werde die Kleine Burg aber auch von allen Kindern der genannten Straßen häufig frequentirt. Die Kinder müssen viermal täglich den Schulweg passiren. Herr Schwarzenberg meine, die Kinder könnten auch einen anderen Weg gehen. Daß sei richtig. Die Kinder thuen das aber nicht, sie nehmen den nächsten richtigen Weg wie jeder Erwachsene, auch das strengste Verbot würde sie nicht dahin bringen, Umwege zu machen. Wenn auch ein starker Wagenverkehr in jener Verbindungsstraße nicht stattfinden, so sei doch ein sehr lebhafter Fußgängerverkehr vorhanden, der ab und zu von durchfahrenden und haltenden Wagen gehemmt werde. Die Anwohner ließen ihren Bedarf ansfahren, die Apotheke lasse häufig an- und abfahren und die betreffenden Fuhrwerke hielten oft stundenlang und machten dadurch ein Passiren der Straße fast unmöglich. Erst kürzlich sei es einigen Herren aus der Versammlung passiert, daß sie gradezu in ein Haus haben treten müssen, weil sie einem entgegenkommenden Fuhrwerke nicht anders ausweichen konnten. Wenn dieser Zustand auch schon lange bestehe und noch kein Unglücksfall vorgekommen sei, so sei das ein schlechter Trost, der Einen jeden Augenblick im Stiche lassen könne. Eine absolute Sperrung der Straße für den Fuhrwerksverkehr halte er für unausführbar. Man könnte den durchgehenden Wagenverkehr untersagen, aber den Leuten das Hineinfahren zu verbieten, sei ohne Entschädigungen und Klagen nicht möglich.

Wenn Herr Munte hervorgehoben habe, daß im Kostenanschlage kein Ansatz für die Pflasterung gemacht sei, so sei das richtig. Der Ansatz sei aber unerheblich. Die Kosten würden nach wie vor vom allgemeinen Pflasterfonds bestritten und nur das durch die Verbreiterung hervorgerufene Plus werde der Stadt zu zahlen aufgebürdet werden.

Was den Antrag des Herrn Blasius anlange, so müsse Redner entschieden rathen, denselben abzulehnen; eine Annahme würde einer Ablehnung der Magistratevorlage gleichkommen. Die flüchtig hingeworfene Winter'sche Skizze so zur Vorlage auszuarbeiten, daß die Versammlung darüber berathen und beschließen könne, erfordere

eine Zeit von Monaten. Der Contract mit Barges verlange aber eine Beschlußfassung vor dem 1. März. Die Angelegenheit müsse also heute erledigt werden. Lehne die Versammlung die Vorlage ab, dann habe der Magistrat wenigstens das Bewußtsein, seine Pflicht gethan zu haben. Die Neue werde dann aber über kurz oder lang kommen, woran der Magistrat nicht schuld sein werde. Die Kosten seien allerdings nicht unerheblich, man könne dem Magistrate aber wohl das Zutrauen schenken, daß er sich die Sache reiflich überlegt habe und nicht 100 000 *M.* für Luxus auszugeben beabsichtige. Der Magistrat habe sich gesagt, daß für solche Straßenverbreiterung inmitten der lebhaftesten Stadttheile die Summe nicht zu hoch sei, namentlich, wenn erwogen werde, daß das Geld nicht aus den laufenden Einnahmen zu bestreiten und nicht lediglich der jetzt lebenden Welt zur Last zu legen, sondern durch eine Anleihe, die erst nach längeren Jahren zu amortisiren sei, so daß die jährliche Ausgabe etwa 5000 *M.* betrage, zu beschaffen sein werde. Er bitte den Magistratsantrag anzunehmen.

Herr R i e k e: So lange nicht solche Straßen gehörig in Stand gesetzt seien, die in größerem Verkehre liegen, werde er gegen die Ausführung von Projecten wie das vorliegende stimmen. Bei Anlegung der Friedrich-Wilhelmstraße habe man als wesentlichsten Zweck eine Entlastung der Schuhstraße im Auge gehabt; dieser Zweck sei aber nicht erreicht worden. Ueberhaupt seien die Gründe für Ausführung jenes Projectes hinfällig gewesen. Die Gründe für die heutige Vorlage seien aber noch weit hinfälliger. Der rege Verkehr von Fußgängern in jener Gegend bringe keine Gefahren mit sich; erst dann würde er solches anerkennen, wenn eine Statistik über dort vorgekommene Unglücksfälle vorgelegt werden könne. Die Stadt zu zieren, sei ein anerkennenswerth Vorhaben, das Geld sei aber zu wichtigeren Zwecken nöthig. Die Ansicht des Herrn Munte, daß es seiner Zeit ein Fehler gewesen sei, die Mädchenschulen in jene Gegend zu legen, könne er nicht theilen: Schulen bringe man am besten dahin, wo Stille herrsche und das sei hier der Fall. Bei Ausführung der nothwendigen Ausgaben habe Herr Munte die Pflasterung der Fallerblebersstraße und der Wilhelmsstraße vergessen. Sei eine Verbreiterung der gedachten Verbindungsstraße erforderlich, so möchten diejenigen Opfer bringen, die Interesse daran hätten. Wenn aber der Stadt alle Kosten aufgebürdet werden sollten, könne er sich für das vorliegende Project nicht erwärmen.

Herr Winter erachtet die beantragte Straßenverbreiterung für sehr wünschenswerth, ja nothwendig. Die angeforderte Summe sei aber ein bißchen hoch gegriffen, er glaube nicht, daß dieselbe ganz erforderlich sei. Unbedingt nothwendig zur Verbreiterung seien nur 5 Häuser. Die Grundstücke von Barges und Lehmann, deren Ankauf beinahe die Hälfte der ganzen Kosten ausmache, seien zur Straßenverbreite-

rung nicht unbedingt erforderlich. Auch ohne sie würden die Baupläze von den übrigen 5 Grundstücken immer noch solche Form behalten, daß sie auch als Baupläze anzubringen seien. Die Ausgaben würden aber alsdann erheblich vermindert werden. Besser sei es natürlich, wenn auch der Straßendurchbruch nach dem Damme mit vorliegendem Projecte zur Ausführung gelangte und er bitte deshalb, dem Antrage des Herrn Blasius zuzustimmen.

Herr Reiche möchte für seine Person gern noch verschiedene Straßen vom Plane Braunschweigs verschwinden sehen, namentlich diejenigen, welche den berühmten Namen »Twete« tragen, von denen man sich erzähle, daß sie das Alter krumm gezogen habe. Zu diesen gehöre auch die Kleine Burg. Den Hausbesitzern würde das Neubauen ihrer Häuser im Allgemeinen zu schwer, es müßten daher derartige Verbesserungen der Stadt von den städtischen Behörden in die Hand genommen werden. An Stelle der Mahl- und Schlachtsteuer sei die Grundsteuer getreten, welche den Hausbesitzern allein aufgebürdet sei; die seien jetzt wahrlich nicht zu beneiden. Von den 4000 Hausbesitzern Braunschweigs würden denn auch verhältnißmäßig nur sehr wenige in der Lage sein, ihr Haus niederzulegen und neu zu bauen. Wenn also die städtischen Behörden nicht Hand anlegten, würden die schlechten Straßen nach 100 Jahren noch bestehen. Auch der Gesundheitsrath werde noch zu dem Beschlusse kommen, sich dahin zu äußern, daß es durchaus wünschenswerth sei, die licht- und luftleeren Häuser Braunschweigs hinwegzuräumen und gute und gesunde Häuser an deren Stelle zu setzen. Gerade die Häuser in der Kleinen Burg gehörten auch zu denjenigen, die nicht mehr als gesund erachtet werden könnten. Den Kostenpunkt anlangend, so könne nicht genug betont werden, daß, wenn für die Nachwelt Annehmlichkeiten geschaffen werden sollten, dieser auch ein Theil der Last mit aufgebürdet werden müsse. Das geschehe durch Aufnahme einer Anleihe, deren allmähliche Amortisation nur wenig genire. Der Ansicht des Herrn Winter, daß der Ankauf der Grundstücke von Lehmann und Varges nicht erforderlich sei, könne er nicht beitreten, da die übrigen Grundstücke allein zur Aufnahme angemessener Häuser zu schmal sein würden. Er sei aus diesen Gründen und den des Herrn Referenten für den Commissionsantrag und werde für denselben stimmen.

Herr Winter: Das vorliegende Project könnte möglicherweise daran scheitern, daß Lehmann und Varges an die mit denselben abgeschlossenen Contracte nur bis zum 1. März gebunden seien. Vielleicht seien die gedachten Grundbesitzer bereit, diese Frist noch bis zum 1. Juni zu verlängern, bis wohin das Project des Durchbruchs von der Schuhstraße nach dem Damme genügend ventilirt sein könnte. Er stelle deshalb den Antrag:

die Magistratsproposition abzulehnen, dagegen den Magistrat zu ersuchen, das Project, soweit dasselbe die 5 erstgenannten Häuser betrifft, zur Aus-

führung zu bringen und den Ankauf der Häuser von Lehmann und Barges bei Einbringung der Vorlage betreffs des Durchbruchs nach dem Damme wieder vorzuschlagen.

Herr Bürgermeister Rittmeyer ist der Ansicht, daß man wahrscheinlich eine schlechtere Rechnung machen würde, wenn man die Barges- und Lehmann'schen Grundstücke nicht ankaupte, da die Grundstücke von Koblig und Heine sehr beschränkt seien, man also möglicherweise überall dort keine Häuser hinkommen könne.

Herr Rieß: Er werde sich stets bereit finden lassen, einer Magistratsvorlage zuzustimmen, welche die Verschönerung der Stadt zum Zweck habe. In anderen Städten, z. B. Düsseldorf und Cassel würden noch ganz andere Anstrengungen gemacht, um sich in dem der Einwohnerzahl entsprechenden Range zu halten; man brauche nur an den zoologischen Garten in Düsseldorf zu denken.

Redner wendet sich sodann mit einigen Worten gegen die Auslassungen des Herrn Rieße, dabei die Nothwendigkeit der beantragten Verbreiterung betonend. Er hält es nicht für angezeigt, erst abzuwarten bis Unglücksfälle statistisch nachgewiesen werden könnten. Es könne sehr bald etwas passiren. Wenn an jener engen Stelle ein Wagen stehe, sei die Passage fast unmöglich; man müsse sich an den Pferden durchdrängen und riskiren, von diesen geschlagen zu werden.

Herr Wolff: Auch er habe die angeforderte Summe anfänglich für zu hoch gehalten und es sei ihm schwer geworden, sich für deren Bewilligung zu entscheiden. Er finde aber, daß das vorliegende Project dasjenige über den Durchbruch von der Schuhstraße nach dem Damme, wie ihn die Winter'sche Skizze andeute, wesentlich zu fördern geeignet sei. Er würde sich auch gern dem Antrage des Herrn Blasius anschließen, wenn er nicht befürchten müßte, daß vielleicht das Gute über dem Bessern unmöglich gemacht werden könnte. Durch Annahme der heutigen Magistratsproposition sei der Durchbruch nach dem Damme schon in ziemlich sichere Aussicht gestellt und durch eine derartige neue Verbindungsstraße würde dann auch in Wirklichkeit eine Entlastung der Schuhstraße herbeigeführt werden. Ein großer Theil des Verkehrs würde von der Neustadt nach der Altstadt durch diese neue Straße geleitet werden. Zur Anlegung dieser neuen Straße seien aber die Grundstücke von Barges und Lehmann unbedingt nöthig. In der bestimmten Erwartung, daß auch das Project über Anlegung einer Verbindungsstraße von der Schuhstraße nach dem Damme zur Vorlage kommen werde, entscheide er sich für den Commissionantrag.

Herr Blasius stimmt den ideellen Anschauungen der Herren Reiche und Rieß vollkommen bei: möglichst breite Straßen und lauter gesunde Wohnungen. Braunschweig habe leider viele enge Straßen, und es wäre zu wünschen, daß einmal ordentlich damit aufgeräumt würde. Er erinnere nur an die Mauernstraße, die Sonnen-

straße und den Meinhardshof. Es frage sich aber, an welchen Stellen das Bedürfniß am meisten zu Tage trete. Wenn man keinen größeren Zweck dabei verfolgen könne, so sei, wie schon bemerkt, eine Ausgabe von 100 000 *M.*, nur zur Schaffung eines bessern Eingangs zur Kleinen Burg, zu groß. Die Grundbesitzer Lehmann und Barges würden gewiß nichts dawider haben, wenn die in den Contracten vorgesehene Frist bis zum 1. April hinausgeschoben würde. Er bitte deshalb, seinen Antrag anzunehmen.

Herr Bürgermeister Rittmeyer: Ob die genannten Grundbesitzer noch ferner hingehalten werden könnten, vermöge er nicht zu beurtheilen, er befürchte aber, daß dieselben, wenn sie von dem neuen Projecte erführen, auch höhere Kaufpreise stellen würden. Herrn Blasius, der sich so sehr für die Beseitigung ungesunder Wohnungen interessire, bitte er, doch auch dem vorliegenden Plane nicht so sehr entgegenzutreten, denn durch dessen Ausführung sollten grade Wohnungen beseitigt werden, die das ganze Jahr über kein Sonnenstrahl treffe und in denen danach auch die Luft eine sehr ungenügende sein müsse.

Herr Semler glaubt, daß die Gesichtspunkte über ungesunde Wohnungen hier nicht in Frage kommen könnten, denn sonst müßte man an eine Niederlegung des größten Theils von Braunschweig denken. Der Antrag des Herrn Blasius, welcher von der Minorität der Commission ausgehe, habe durchaus Redners Sympathien. Seiner Ansicht nach würde die gedachte Verbreiterung die Gefahr für die Passanten, namentlich für die Schulkinder, noch vergrößern, denn durch die Verbreiterung würde ein künstlicher Wagenverkehr veranlaßt werden, der grade für die Kinder gefährlich sei, während jetzt ein durchgehender Wagenverkehr gar nicht vorhanden sei. Man werde die Kinder, statt sie zu schützen, nur noch mehr gefährden. Also nur, wenn der Durchbruch nach dem Damme bestimmt zu Stande komme, sei er für das vorliegende Project. Daß das Geld nicht baar bezahlt, sondern durch eine Anleihe beschafft werden solle, mache ihm die Verwilligung nicht leichter.

Herr Hasenbalg bittet, da seines Wissens der Magistrat die Absicht habe, eine Vorlage bezüglich des Straßendurchbruchs von der Schuhstraße nach dem Damme einzubringen, dem vorliegenden Projecte zuzustimmen. Es sei wünschenswerth, den Ankauf der Häuser von Barges und Lehmann heute zum Abschluß zu bringen, weil man sich sonst der Gefahr aussetze, noch größere Opfer bringen zu müssen. Ohne Zuziehung dieser Grundstücke würden aber keine oder nur solche der Stadt unwürdige Häuser hingebaut werden können. Der Behauptung des Herrn Semler, daß durch die gedachte Verbreiterung die Gefahr für die Passanten noch vergrößert werden würde, müsse er widersprechen. Wenn der Wagenverkehr auch ein größerer werde, so könne aber auch das Trottoir, welches sich jetzt in der Mitte befinde, an die Seite gelegt werden, und man habe dann also Trottoir und Fahrweg für sich.

Herr Bürgermeister Rittmeyer giebt hierauf im Namen des Stadtmagistrats die Erklärung ab, daß letzterer, wenn die in Rede stehende Straßenverbreiterung heute genehmigt werde, das Straßenproject bezüglich des Durchbruchs von der Schuhstraße nach dem Damme bearbeiten lassen und das Ergebnis der Bearbeitung demnächst zur Kenntniß der Versammlung bringen werde.

Herr du Roi bittet, sich mit dieser Erklärung zu bescheiden und aus den von Herrn Bürgermeister Rittmeyer dargelegten Gründen dem Magistratsantrage beizutreten.

Herr Winter beharrt, entgegen den Einwänden der Herren Bürgermeister Rittmeyer und Hasenbalg, bei seiner Ansicht, daß auch ohne die Grundstücke von Barges und Lehmann die Baupläze verwerthet werden könnten; mehrere Häuser würden dort überhaupt nicht errichtet werden können, jedenfalls aber würde durch die Kohlig und Heine'schen Grundstücke ein Bauplatz mit genügender Tiefe geschaffen und die übrigen 3 Häuser würden wiederum einen Bauplatz ergeben, welcher, da das darauf zu erbauende Haus ein Eckhaus werden müsse, auf alle Fälle genügenden Raum haben würde. Die ganze Längsfronte dieser 5 Häuser betrage ja nicht mehr als die der gegenüber liegenden Hof-Apotheke. Da könne man doch unmöglich mehr Häuser als zwei erbauen wollen.

Nachdem Herr Riecke Herrn Nieß gegenüber seine principielle Stellung zur vorliegenden Angelegenheit vertheidigt und hervorgehoben hat, daß eine Entlastung der Schuhstraße nur erzielt werden könne, wenn dieselbe durch Niederlegung einer Seite Häuser verbreitert würde,

und nachdem Herr Blasius Herrn Bürgermeister Rittmeyer gegenüber noch besonders betont hat, daß er Vorlagen des Stadtmagistrats, welche die Verbesserung von Wohnungen zur Hebung des Gesundheitszustandes unserer Stadt anstrebten, stets mit Freuden begrüßen würde, sobald die erwachsenden Ausgaben mit dem Nutzen in besserem Verhältnisse zu einander ständen, wie im vorliegenden Falle, auch seinen Antrag nochmals unter dem Bemerken empfohlen hat, daß die Hinausschiebung einer Beschlußfassung bis zur Fertigstellung des ganzen Projects sehr wohl angehe, da man bei erhöhten übermäßigen Ansprüchen der betreffenden Grundbesitzer allenfalls auf Expropriation provociren könne,

wird zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag des Herrn Blasius entfernt sich, als ein dilatorischer, am weitesten von der Magistratsvorlage und gelangt deshalb zunächst zur Abstimmung.

Derselbe wird mit 13 gegen 8 Stimmen abgelehnt, wogegen

die Magistratsanträge mit 14 gegen 7 Stimmen, unter eventueller Feststellung der Baulinie ab angenommen werden.

Der Herr Vorsitzende constatirt noch, daß seitens des Stadtmagistrats die Zusage ertheilt ist, das Straßenproject bezüglich des Durchbruchs von der Schuhstraße nach dem Damme bearbeiten zu lassen und das Ergebniß der Bearbeitung demnächst zur Kenntniß der Versammlung zu bringen.

Danach

II. referirt Herr Schwarzenberg namens der vereinigten Schul- und Statutencommission über ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 13. December v. J., das neue Regulativ wegen Organisation der städtischen Realschule betreffend.

Die städtischen Behörden haben, zur Ausführung ihres Beschlusses, den Lehrgang der städtischen Realschule von 7 Jahren auf 9 Jahre durch Einrichtung einer neuen Classe zu verlängern, unterm 3. November 1881 ein Statut festgestellt, welches die Verhältnisse der Schule nach statutarischer Aufhebung des Statuts vom 28. Juni 1873 resp. vom 20. Juli 1878 ordnen soll. Herzogl. Staatsministerium, um Bestätigung dieses Regulativs ersucht, hat darüber ein Gutachten der Herzogl. Oberschul-Commission eingeholt und solches dem Magistrate mit der Aufforderung vorgelegt, den Organisationsplan auf Grund der in jenem Gutachten geltend gemachten Bedenken nochmals zu prüfen. Der Schuldirektor Krumme hat jene Bedenken nach allen Richtungen hin beleuchtet und nach Erachten des Stadtmagistrats vollständig widerlegt, und ist letzterer zu dem Entschlusse gelangt, auf dem beschlossenen Organisationsplane leiblich zu beharren. Der Stadtmagistrat ersucht die Versammlung, diesem Entschlusse beizutreten.

Referent — welcher zunächst constatirt, daß er in den früheren Verhandlungen ein Gegner der Erweiterung des Lehrganges der städt. Realschule von 7 Jahren auf 9 Jahre gewesen sei und für seine Person auch jetzt noch der gleichen Ansicht zuneige, — verliest die umfangreichen Gutachten der Herzogl. Oberschul-Commission und des Directors Krumme unter Erläuterung der der näheren Auseinandersetzung bedürftigen Stellen, dabei specieller eingehend auf die in dieser Beziehung am 24. Juni 1880 gepflogenen Verhandlungen der Versammlung und giebt schließlich Namens der Commission die Annahme des Magistratsantrags anheim.

Es wird darauf wie beantragt beschloffen.

III. Die Erben des Oberstlieutenant von Wolfradt haben sich geweigert, vom angetretenen Nachlasse die der Armencaße gebührende Hälfte der an die Armen- und Begebefferungscasse, resp. nach dem Gesetze *M.* 80 vom 17. December 1873 an die Kreiscommunalcaße zu zahlende, auf 108 *M.* 83 *S.* (= $\frac{1}{6}$ %) festgesetzte Abgabe

zu entrichten, auch hat Herzogliches Staatsministerium dem bezüglichlichen Recurse, welcher damit motivirt ist, daß in dem Testamente schon das Marienstift mit 60 *M.* und die Löbbbeck'sche Stiftung mit 90 *M.* bedacht seien, Folge gegeben. Um nicht durch den Verzicht auf den fraglichen Betrag von 54 *M.* 42 *S.* für spätere Fälle ein bedenkliches Präjudiz zu schaffen, hält der Magistrat für geboten, diese Principienfrage im Wege des Processus zum Austrage zu bringen und ersucht, ihn dazu zu ermächtigen.

Herr Heymann giebt als Referent der Statutencommission, unter näherer Beleuchtung der formellen wie materiellen Seite der Angelegenheit, in besonderer Rücksicht darauf, daß dieselbe Frage in anderen Fällen wiederkehren werde und deshalb endlich der principiellen Lösung bedürfe, die Genehmigung des Magistratsantrags anheim, welche nach einigen kurzen Bemerkungen der Herren Schwarzenberg, Blasius und Semler ausgesprochen wird.

IV. Mit dem Magistratschreiben vom 29. October v. J. ist der Versammlung der Entwurf eines Statuts, betreffend den Betrieb von durch Rauch oder Ruß belästigenden Feuerungsanlagen, welcher auch die Zustimmung der Herzoglichen Polizei-Direction gefunden hat, zur Genehmigung unterbreitet. Der Entwurf ist den Stadtverordneten schon früher in autographischen Abzügen zugestellt worden.

In den Verhandlungen der Statutencommission, für welche Herr Reuter berichtet, ist für angemessen erachtet, das Statut in einigen Punkten anders zu fassen. Die Commission hat deshalb mit den Stadtmagistrate, im Einverständnisse mit der Herzoglichen Polizei-Direction, eine neue Fassung vereinbart, welche vom Herrn Referenten unter Einschaltung der nöthigen Erläuterungen verlesen und zur Genehmigung empfohlen wird.

Nach Eröffnung der Discussion stellt Herr Wolff den Antrag, an betreffender Stelle statt »Bewartung« aus sprachlichen Rücksichten zu sagen »Wartung«. Der Antrag wird indeß nach kurzer Debatte zwischen den Herren Semler, Blasius, Tellymann und dem Herrn Stadtrath Rittmeyer, welche sämmtlich darauf hinweisen, daß dieser Ausdruck auch in einem, ähnliche Verhältnisse regelnden Landesgesetze gebraucht sei, abgelehnt.

Herr Winter giebt den Wunsch zu erkennen, daß im Statute nicht bloß ein Verbot des irrationellen Betriebes von Feuerungsanlagen ausgedrückt, sondern daß auch vorgeschrieben werden möchte, in welcher Weise die Feuerungsanlagen zur Vermeidung von Uebelständen in jedem einzelnen Falle herzustellen seien. So sei z. B. in einem hannoverschen Gesetze vorgeschrieben, daß bei näher bestimmten Feuerungsanlagen das Feuer der zu heizenden Stelle nicht in grader Richtung, sondern schräg

zugeführt werden solle, wodurch eine Belästigung der Straßen durch Kohlenruß und Dampf vermieden würde.

Nachdem die Herren Nieß und Hasenbalg sowie der Herr Referent die Aufstellung derartiger Vorschriften im Statute für unthunlich erklärt haben, wird der Entwurf in der Fassung der Commission genehmigt.

Sodann

V. berichtet Herr Tellingmann namens der Finanzcommission über ein Magistratschreiben vom 8. v. Mts., die Bewilligung von Prämien für die bevorstehende landwirthschaftliche Ausstellung betreffend.

Der Vorstand des Landwirthschaftlichen Centralvereins für das Herzogthum Braunschweig hat beim Stadtmagistrate die Frage angeregt, ob nicht bei dem innigen Zusammenhange zwischen der Hebung der Landwirthschaft und dem Wohlergehen der ländlichen Bevölkerung mit dem Aufblühen und Gedeihen der Städte die Stiftung eines Ehrenpreises auch seitens der hiesigen Stadt für die vom 22. bis 26. Juni d. J. auf der Charlottenhöhe stattfindende landwirthschaftliche Ausstellung angemessen erscheinen dürfte. Der Magistrat glaubt diese Frage ohne Weiteres bejahen zu können und hält die Stiftung von 2 oder 3 Ehrenpreisen — etwa Vocalen — im Gesammtpreise von bis zu 750 *M.* für durchaus angemessen; er beabsichtigt jedoch, im Falle einer Bewilligung dieser Summe, dem gedachten Vorstande den Wunsch auszusprechen, diese Ehrenpreise nicht sowohl für Gegenstände der Abtheilungen A. und B. (Thiere und Producte des Garten- und Obstbaues sowie der Landwirthschaft) als vielmehr, wenn thunlich, für Stücke der Abtheilungen C. und D. (hauswirthschaftliche Geräthe und Erzeugnisse der der Landwirthschaft in hervorragender Weise dienenden Gewerbe und landwirthschaftliche Maschinen und Geräthe) zu bestimmen. Der Magistrat ersucht, die gedachten 750 *M.* zu verwilligen.

Die Commission empfiehlt, die angeforderte Summe zu verwilligen, dem Stadtmagistrat indessen anheimzugeben, dem landwirthschaftlichen Centralvereine eine Beschränkung bei der Verwendung der in Aussicht genommenen Ehrenpreise, wie vorgeschlagen, nicht aufzuerlegen.

Herr Nieß beantragt 1000 *M.* zu verwilligen. Seinem Gefühle nach mache diese Summe einen bessern Eindruck als 750 *M.* Da kommt, daß die Provinzialstädte sich mit verhältnißmäßig größeren Summen betheiligten. So zahle z. B. Helmstedt mit etwa 8000 Einwohnern allein 150 *M.*

Herr du Roi tritt für diesen Antrag ein unter dem Hinzufügen, daß alsdann für jede der 4 Abtheilungen ein Ehrenpreis von 250 *M.* ausgesetzt werden könne. Die vom Magistrate vorgeschlagene Beschränkung könne auch er nicht befürworten.

Herrn Winter erscheinen die Gründe des Herrn Nieß nicht vollwichtig genug, als daß er sich für eine Erhöhung der beantragten Summe auf 1000 *M.* entscheiden könnte. Daß Helmstedt verhältnißmäßig hoch beitrage, habe seinen Grund darin, daß sich dort die landwirthschaftliche Schule befinde. Die Stadt Schöppenstedt habe gar nichts gegeben, weil ihr die Schule durch den landwirthschaftlichen Verein genommen sei.

Herr Schwarzenberg spricht sich für den Antrag des Herrn Nieß aus, jedoch mit der vom Magistrate empfohlenen Beschränkung.

Referent befürwortet nochmals den Commissionsantrag. Gegen eine Erhöhung des Beitrags auf 1000 *M.* sei in der Commission allerdings kein principieller Widerspruch erhoben, es liege aber kein Grund vor, über die Summe, die der Magistrat für angemessen erachte, hinauszugehen. Ferner müsse man sich nicht um die internen Angelegenheiten des Vereins kümmern, indem man demselben die freie Disposition über die zu stiftenden Prämien entziehe. Wenn man geben wolle, müsse man keine zwingenden Bedingungen daran knüpfen.

Herr Stadtrath Ketemeyer bemerkt, daß der Magistrat nur einen Wunsch in dieser Richtung habe aussprechen zu sollen geglaubt, womit auch der Secretair des Vereins einverstanden gewesen sei.

Herr Semler spricht sich gegen den Antrag Nieß aus. Es sei in diesem Falle, wo es sich weniger um die Höhe der Ausgabe, als um Erfüllung einer Repräsentationspflicht, einer Ehrenpflicht handle, gar nicht Sache der Versammlung, die Angemessenheit der vom Magistrate vorgeschlagenen Summe zu discutiren. Ob ein Beitrag von 750 *M.* einen genügend schönen Eindruck mache, das zu ermessen sei allein Sache des Stadtmagistrats. Wenn letzterer diese Summe für genügend halte, so würde man es als Vertreter der Steuerzahler nicht verantworten können, mehr zu verwilligen.

Nachdem noch die Herren Wolff und Heymann sich für den Commissionsantrag verwandt haben, wird bei der nun folgenden Abstimmung zunächst beschloffen, dem Magistrate anheimzugeben, den am Schlusse seines Schreibens erwähnten Wunsch fallen zu lassen, sodann einstimmig, die angeforderten 750 *M.* zu bewilligen.

Letzterer Beschluß schließt die Möglichkeit einer Mehrbewilligung nicht aus; es wird deshalb auch der Antrag des Herrn Nieß, 1000 *M.* zu verwilligen, zur Abstimmung gestellt. Für die² Antrag werden jedoch nur 5 Stimmen von 21 abgegeben.

Der vorgelickten Zeit wegen wird hier die Tagesordnung abgebrochen, und

VI. Herrn du Roi das Wort zur Begründung seiner Eingangs erwähnten Interpellation ertheilt:

Herr Ramdohr habe bei Stellung seines Antrags in der Sitzung vom 15. December 1881, betreffend die Prüfung der baulichen Einrichtungen der zur Aufnahme einer großen Anzahl von Personen bestimmten Localitäten bezüglich der schnellen und sicheren Entleerung im Falle drohender Feuergefähr, hauptsächlich den großen Saal im Hotel d'Angleterre im Auge gehabt. Es sei nun leider seit jener Zeit noch nichts darüber in die Oeffentlichkeit gedrungen, ob und welche Vorsichtsmaßregeln durch Einwirkung der zuständigen Behörden von dem Eigenthümer des Hotel d'Angleterre getroffen seien. Fast bei jedem Concerte und jeder andern Lustbarkeit würden in dieser Beziehung Fragen seitens des Publikums laut. Er halte es deshalb für erforderlich, diese Angelegenheit heute hier zur Sprache zu bringen und bitte den Magistrat, ihm die nöthige Auskunft zu ertheilen. Er beabsichtige nicht, über die etwa getroffenen Einrichtungen eine Besprechung zu veranlassen, er werde sich aber vorbehalten, eventuell darauf zurückzukommen.

Herr Bürgermeister Rittmeyer erwidert, daß verschiedene Sicherheitsmaßregeln, wie Herstellung eines Nothausganges aus dem gedachten Saale u. dergl., in Vorschlag gebracht seien und die Eigenthümer des Hotel d'Angleterre sich auch gern bereit erklärt hätten, derartige Baulichkeiten vornehmen zu lassen. Dennoch sei die Ausführung bislang auf Schwierigkeiten gestoßen, die wesentlich in finanziellen Punkten ihren Grund hätten. Das Stadtbauamt habe daher vorgeschlagen, sich einstweilen mit Schaffung zweier Nothausgänge, des einen nach der Regelbahn des großen Klubs, des anderen nach Süden, nach dem benachbarten Diedrich'schen Grundstück zu, zu begnügen. Außerdem sei die Umänderung der Thüren beschloffen dergestalt, daß diejenigen, die im Vorzimmer nach Außen hingehen, sich nach Außen, und die Thüren zwischen Saal und Vorzimmer sich nach beiden Seiten hin öffneten, so daß beim Hinausgehen des Publikums keine Störungen vorkommen könnten. Die beiden Nothausgänge seien bereits hergestellt, wegen Aenderung der Thüren werde bald das Erforderliche vorgenommen werden.

Schließlich

VII. motivirt Herr Winter seinen Eingangs erwähnten Antrag.

Durch Annahme des Antrags des Herrn Oberbürgermeisters Pockels in der Ständerversammlung: »an das Herzogliche Staatsministerium das Ersuchen zu richten, mit dem Magistrate der Stadt Braunschweig wegen Wiederherstellung der Reste der Burg Dankwarderode in Verhandlung zu treten und von deren Resultate der Landesversammlung eventuell unter Beifügung geeigneter Vorschläge zur würdigen Conservirung des Bauwerks Kenntniß zu geben« sei die Frage wegen der Ueberreste der ehemaligen Burg Dankwarderode in ein anderes Stadium getreten. Leider sei nicht abzusehen, wann in der Sache vorgegangen werde,

obgleich der Herr Oberbürgermeister bei Begründung seines Antrags hervorgehoben habe, daß der jetzige unleidliche Zustand der Burg endlich beseitigt werden müsse. Da die Angelegenheit auch die Versammlung über kurz oder lang wieder beschäftigen werde, so werde es im Interesse der Herren liegen, daß ihnen die vom Stadtbaurathe Winter im Auftrage des Stadtmagistrats ausgearbeitete Denkschrift über die Burg Dankwarderode zugänglich gemacht würde.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und wird der Finanzcommission zur Vorprüfung überwiesen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

Vertraulich wird die Anstellung eines Lehrers an der städtischen Mädchenschule, und die Anstellung eines Magistratsdieners für die Armenverwaltung, sowie die Pensionirung zweier Armenboten beschlossen.

Verhandlungen
der
Stadtverordneten zu Braunschweig.
Sitzung am 19. Februar 1883.

Öffentlich:

Vorlagen des Stadtmagistrats, betreffend:

- I. die Burg Dankwarderode,
- II. Bewilligung von Mitteln zur Anlage von Wegen u. s. w. im f. g. Kasinenhölzchen,
- III. Verkauf eines Theiles eines städtischen Grundstücks neben der Schule am Bültenwege,
- IV. Bewilligung einer Entschädigung für Theilnahme an den Arbeiten der Grundsteuer-Einschätzung,
- V. Feststellung von Baulinien bezw. Verkauf von verfügbaren Straßenflächen:
 - a. am Steinweg,
 - b. an der Ecke von Poststraße und Kohlmarkt,
 - c. in der Verlängerung der Adolfsstraße,
- VI. weitere Bewilligungen aus den Ueberschüssen von Gas- und Wasserwerken für deren neues Dienstgebäude,
- VII. Anschaffung zweier, (statt einer,) Dampfpumpmaschinen beim Wasserwerke.
- VIII. Interpellation des Herrn Wolff, betreffend den Bau einer Eisenbahn von Braunschweig nach Hildesheim.
- IX. Selbstständiger Antrag des Herrn Wille, die Verbreiterung der Schuhstraße am Kohlmarkt betreffend.

Entschuldigt die Herren Lüderßen und von Seckendorff. — Am Magistrats-tische die Herren Oberbürgermeister Vockels und Bürgermeister Rittmeyer sowie die Herren Stadträthe Haake, Schöttler, Ketemeyer und Grote.

Nach Genehmigung des Protokolles. 12. 1, zu welchem bemerkt wird, daß in die Militär-Ersatzcommission nicht, wie auf Seite 7 irrthümlich angegeben, Herr Bürgermeister Rittmeyer, sondern Herr Stadtrath Ketemeyer gewählt ist,

theilt der Herr Vorsitzende mit, daß Herr Wolff folgende Anfrage an den Stadtmagistrat überreicht habe:

Mit Bezug auf die unlängst im preussischen Abgeordnetenhaus erfolgte Erklärung des Eisenbahn-Ministers Maybach, den Bau der Eisenbahn von Braunschweig nach Hildesheim betreffend, erlaube ich mir die Anfrage:

ob dem Stadtmagistrat Einzelheiten über den Stand dieser Angelegenheit bekannt geworden sind, welche die Behauptung des Herrn Minister Maybach, es fehle auf braunschweigischer Seite an jeder Kundgebung eines Interesses für die fragliche Bahnanlage, als eine gegründete erscheinen lassen.

Der Herr Vorsitzende fügte hinzu, daß Seitens des Stadtmagistrats die Beantwortung für heute bereits zugesagt sei.

I. Sodann berichtet, der Tagesordnung gemäß, Herr Heymann namens der vereinigten Statuten- und Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 12. d. Mts., die weitere Verfügung über die Reste der ehemaligen Burgcaserne bezw. der Burg Dankwarderode betreffend.

Vor einer Reihe von Jahren hat die Stadt die Burgcaserne vom Reichsmilitärfiskus für die Summe von 105000 *M.* zu dem Zwecke angekauft, um dieselbe abbrechen zu lassen und hierdurch eine bessere Verbindung zwischen dem Osten und Westen der Stadt herzustellen. Die Landesregierung hat zum Ankauf einen Zuschuß von 30000 *M.* unter dem Vorbehalte verwilligt, daß die Stadt über das fragliche Gebäude nicht ohne Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums verfügen darf. Nachdem in der östlichen Umfangsmauer des Gebäudes werthvolle Architecturtheile entdeckt worden, ist von dem Abbruche desselben Abstand genommen und im Einverständnisse mit dem Herzoglichen Staatsministerium die Hinwegräumung der werthlosen und abgängigen Fachwerksanbauten, sowie eine Untersuchung des Massivbaues auf seine historisch, architectonisch und kunstgeschichtlich werthvollen Theile durch den Stadtbaurath Winter veranlaßt. Diese Untersuchung hat zu einem Resultate geführt, welches bei einer großen Anzahl von Architekten und Kunsthistorikern zu der Ansicht und dem dringenden Wunsche geführt hat, daß die Burg Dankwarde-

rode als in historischer wie architectonischer Hinsicht eines der interessantesten älteren Bauwerke Deutschlands erhalten bleiben und in angemessener Weise wieder hergestellt werden möchte.

»Diese Anschauung hat — wie es im Magistratschreiben heißt — in neuester Zeit immer mehr Boden gewonnen und gewinnt es den Anschein, als ob auch das Herzogliche Staats-Ministerium und die Landesversammlung die zu der Wiederherstellung der Burg erforderlichen Geldmittel zu verwilligen geneigt seien.

Bei dieser Sachlage liegt die Frage nahe, ob es sich nicht empfiehlt, daß die staatsseitig zu verwilligenden Mittel der Stadt zu überweisen seien und daß die Stadt unter Hinzunahme einer mäßigen Summe aus städtischen Mitteln den Ausbau der Burg Dankwarderode übernehme. Wenn für diese Maßnahme zunächst der Umstand spricht, daß die Stadt zur Zeit Eigenthümerin des fr. Gebäudes ist und daß die äußerst mühevollen und allseitig als vortrefflich anerkannte Arbeit, durch welche die architectonisch und historisch werthvollen Gebäudetheile der Burg aufgedeckt und klar gelegt sind, von dem städtischen, ersten Baubeamten ausgeführt ist, so dürfte zu deren Gunsten noch folgende Erwägung Platz greifen.

Das städtische Archiv und die städtische Bibliothek, deren hoher Werth außer Zweifel steht, befinden sich zur Zeit in Räumen des Neustadtrathhauses, welche dem Zwecke keineswegs entsprechen. Die betr. Räumlichkeiten sind viel zu beschränkt, um eine übersichtliche Aufbewahrung der Acten, Documente und Bücher zu gestatten und der Stadtarchivar hat nicht selten gerechte Klage darüber geführt, daß die Aufindung begehrter Actenstücke und Documente mit großer Mühe und erheblichem Zeitaufwande verbunden sei. Abgesehen hiervon erscheint aber auch die Lage des Neustadtrathhauses an verhältnißmäßig engen Straßen und in der Nähe von Wohngebäuden wegen der damit verbundenen Feuergefährdung zur Aufbewahrung hochwichtiger Acten und Documente u. nicht sehr geeignet. Schon seit längerer Zeit ist daher der Wunsch bei uns rege geworden, für die genannten Sammlungen an einer günstiger gelegenen, gefahrlosen Stelle geeignete Räumlichkeiten zu schaffen. Dieser Wunsch ließe sich dadurch erfüllen, daß die Burg Dankwarderode restaurirt und zugleich das Innere derselben zur Aufnahme des städtischen Archivs und der städtischen Bibliothek eingerichtet würde. Durch eine solche Maßnahme würde einerseits den Wünschen der Architekten und Kunsthistoriker Rechnung getragen, andererseits aber einem dringenden Bedürfnisse der Stadt Abhülfe gewährt werden und ließe sich von diesen Gesichtspunkten aus einerseits die Beihülfe aus Staatsmitteln und andererseits der erforderliche Kostenaufwand aus städtischen Mitteln rechtfertigen.

Was sodann den Kostenpunkt und das beiderseitige Beitragsverhältniß des Staats und der Stadt zu diesen Kosten anlangt, so würde sich nach unserm Dafürhalten solches wie folgt zu gestalten haben;

Nach dem vorläufigen, aber keinesfalls zu geringen Anschlage des Stadtbauraths Winter würde die Wiederherstellung der Burg in einer den beiderseitigen, im Vorstehenden angedeuteten Ansprüchen entsprechenden Weise einen Kostenaufwand von 200 000 *M.* verursachen. Zu diesen Kosten würden aus Staatsmitteln 150 000 *M.* zu leisten sein, wogegen die Stadt an noch 50 000 *M.* baar aufzubringen haben würde, so daß die Letztere unter Hinzurechnung der für den Ankauf der Burg bereits bezahlten 75 000 *M.* im Ganzen 125 000 *M.* aufzuwenden hätte.

Dieser Vertheilungsmodus dürfte sich für beide zahlenden Theile rechtfertigen lassen, wenn man erwägt, daß die Herzogliche Landesregierung, wenn diese die Wiederherstellung der Burg zu dem in Aussicht genommenen Zwecke der Errichtung eines Museums für Braunschweigische Alterthümer übernehmen wollte, an Restaurationskosten nach dem Voranschlage des Bauraths Wiehe 100 000 *M.* aufzuwenden und für den Ankauf der Burg — nach Absatz des Werths des zur Straßenanlage zu verwendenden Terrains der vormaligen Burgcaserne — 50 000 *M.* an die Stadt zu vergüten, außerdem aber noch die Kosten der Unterhaltung des Gebäudes, sowie der Herbeischaffung und Beaufsichtigung der Alterthümer zu tragen haben, daß die Stadt dagegen, wenn diese zur Unterbringung ihres Archivs und ihrer Bibliothek einen Neubau ausführen wollte, muthmaßlich ebenfalls eine Summe von 125 000 *M.* aufzuwenden haben würde. Dem Einwande, daß bei dem vorgedachten Vertheilungsmodus der Staat um 25 000 *M.* stärker belastet werde, als die Stadt, würde die Erwägung entgegen stehen, daß einerseits die Erhaltung der Stammburg des Braunschweigischen Fürstenhauses in erster Linie nicht sowohl Sache der Stadt, als vielmehr eine Ehrenpflicht des Staats sei und daß andererseits aber die Stadt, wenn sie zur Unterbringung ihrer vorgedachten Sammlungen einen Neubau ausführen würde, solchen vielleicht in noch zweckmäßigerer Weise herrichten könnte, als dies in den einmal gegebenen Räumen der Burg möglich sein wird.

Der Stadtmagistrat hat die Winter'sche Ausarbeitung dem Herzoglichen Staatsministerium zur weiteren Entschließung überreicht und vor wenigen Tagen zurück erhalten.

Inzwischen hat die Landesversammlung am 30. Januar d. Js. an Herzogliches Staatsministerium das Ersuchen gerichtet, mit dem Stadtmagistrate wegen Wiederherstellung der Reste der Burg Dankwarderode in Verhandlung zu treten und von deren Resultaten der Landesversammlung, eventuell unter Beifügung geeigneter Vorschläge zur würdigen Conservirung des Bauwerks, Kenntniß zu geben. Demgemäß hat nun auch über diese Angelegenheit bereits eine Besprechung zwischen dem Vertreter der Landesregierung und den Magistratsmitgliedern stattgefunden, auf Grund welcher der Magistrat der Versammlung verschiedene Vorschläge macht.

Der Magistrat führt hierüber in seinem Schreiben Folgendes aus :

»Dem Vorstehenden nach beabsichtigen wir, dem Herzoglichen Staatsministerium in erster Linie folgenden Vorschlag zu machen:

- 1) die Stadt verpflichtet sich, die Burg Dankwarderode zum Zwecke der Unterbringung des städtischen Archivs und der städtischen Bibliothek nach einem von der Herzoglichen Landesregierung zu genehmigenden Bauplane dergestalt restauriren und ausbauen zu lassen, daß die in derselben aufgefundenen, historisch, architectonisch und kunstgeschichtlich werthvollen Gebäudetheile erhalten resp. wiederhergestellt werden, unter der Voraussetzung jedoch, daß der Stadt zu diesem Ausbau aus Staatsmitteln die Summe von 150 000 *M.* zur Verfügung gestellt werde;

und ersuchen die geehrten Herren wir, Sich mit diesem Vorschlage einverstanden erklären zu wollen.

Sollte dieser Vorschlag die Billigung entweder der geehrten Herren oder aber der Herzoglichen Landesregierung nicht finden, so würden wir

- 2) eventuell bereit sein, der Herzogl. Landesregierung das Gebäude in seiner gegenwärtigen Gestalt mit der area, worauf dasselbe steht und einer kleinen area für den Seitens der Regierung eventuell zum zweckmäßigen Schluß des Gebäudes nach Süden hin beabsichtigten Anbau, jedoch exclusive des sonstigen, vormalis zur Burgaserne gehörigen, demnächst eventuell zum Straßenterrain zu verwendenden Terrains, sowie mit der Befürwortung, daß an der Südseite des Gebäudes ein mindestens 16 Meter breites Terrain der Stadt für Straßenzwecke verbleibe, zum Zwecke der Wiederherstellung und würdigen Erhaltung in der unter *Nr.* 1 angeedeuteten Weise zum Preise von 50 000 *M.* käuflich abzutreten;

und bitten wir die geehrten Herren, diesen event. Vorschlag genehmigen zu wollen.

(Nachrichtlich wird hier bemerkt, daß Vorschlag 2 ursprünglich etwas anders lautete, und vorstehende Fassung später zwischen Commission und Magistrat vereinbart ist.)

Würde auch diese Proposition von der Herzoglichen Landesregierung nicht angenommen werden, so würde nach unserm Dafürhalten

- 3) es sich empfehlen, die baufälligen und werthlosen Gebäudetheile der Burg abzubauen, die werthvollen Theile derselben dagegen als Ruine bestehen zu lassen, in geeigneter Weise gegen den Einfluß der Witterung zu schützen und mit angemessenen Parkanlagen zu umgeben, zu welcher Maßregel jedoch die Herzogliche Landesregierung ebenfalls ihre Zustimmung zu ertheilen haben würde.

Indem wir die geehrten Herren ersuchen, Sich auch über diesen dritten eventuellen Antrag schlüssig machen zu wollen, fügen wir die auf die vorstehenden Anträge *Nris.* 1 und 3 bezüglichen Zeichnungen bei.

Endlich würde bei den mit der Herzoglichen Landesregierung zu führenden Verhandlungen noch wegen Übernahme der durch die stattgehabte Untersuchung der Burg erwachsenen Kosten eine Vereinbarung zu treffen sein. Dieselben betragen nach der Liquidation des Stadtbauraths Winter vom 14. April 1882 nach Abzug des aus dem Verkaufe alter Baumaterialien erzielten Erlöses 2125 *M.* 44 *S.*

Wir schlagen vor, daß, wenn unser Vorschlag sub 1 oder sub 3 zur Ausführung gelangt, die Stadt diese Kosten übernimmt, indem wir zugleich bemerken, daß im Falle sub 3 ein Theil der Kosten noch durch den Verkauf des Abbruchmaterials gedeckt werden wird, wogegen in dem Falle, daß die Herzogliche Landesregierung die Burg ankauft, diese auch die fr. Kosten übernehmen müßte und ersuchen die geehrten Herren wir, Sich auch hiermit einverstanden erklären zu wollen, indem wir noch bemerken, daß der Ersatz der Kosten der provisorischen Instandsetzung des Daches aus Staatsmitteln vom Herzoglichen Staatsministerium bereits zugefagt ist.»

Referent bemerkt dazu Folgendes: Bei Berathung der Vorlage in der Commission sei das 3. Project verhältnißmäßig nur oberflächlich behandelt worden, einmal weil es nur ein eventuelles Project sei, dann aber auch, weil ein specieller Kostenanschlag darüber noch nicht vorliege. Die ungefähren Kosten seien vom Stadtbaurath Winter auf 15 bis 20 000 *M.* angegeben. Die Commission schlage daher im Einverständnisse mit dem Stadtmagistrate vor, daß die Versammlung sich im Principe mit dem eventuellen Projecte einverstanden erklären, sich jedoch eine definitive Beschlußfassung darüber, falls es dazu kommen sollte, vorbehalten möge.

Dagegen sei ausführlich in der Commission über die Projecte 1 und 2 verhandelt worden, und seien dabei die verschiedensten Ansichten zu Tage getreten. Ein Theil der Commissionsmitglieder habe sich gegen beide Projecte ausgesprochen, wesentlich aus dem Grunde, weil der Zweck, welchen die Stadt beim Ankaufe der Burgcaferne im Auge gehabt habe, Herstellung einer besseren Verbindung zwischen dem westlichen und östlichen Stadttheile i. sp. die Schaffung einer möglichst graden Linie vom Burgplatze nach dem Wohlwege, bei beiden Projecten nicht erreicht werde. Die betreffenden Commissionsmitglieder stellten sich auf den Standpunkt, daß dieser Zweck, ohne welchen die Burgcaferne niemals von der Stadt angekauft sein würde, auch heute noch entscheidend sein müsse. Es wurde darauf hingewiesen, daß bei Ausführung eines dieser beiden Projecte die jetzt enge Passage zwischen der Nordseite der Burg und der Dienstbotenanstalt, die an der engsten Stelle nur 5 m breit sei, bestehen bleiben würde; man müßte daher unter allen Umständen eine Beseitigung der Burg anstreben, sich jedenfalls aber gegen die vorgeschlagene Restaurirung aussprechen, einerlei ob dieselbe seitens der Regierung oder seitens der Stadt ausgeführt werden solle.

Dagegen sei von anderer Seite wieder darauf hingewiesen — abgesehen von der Frage, ob Project 1 oder 2 zur Annahme gelange — daß die Frage der vollständigen Beseitigung der Burg undiscutirbar sei, weil man bei Lage der Sache durchaus keine

Aussicht habe, diesen Erfolg durchzusetzen. Dann sei aber auch hervorgehoben, daß es sich hier um einen wirklich idealen Zweck handle, der den ursprünglichen Stand der Sache durch die mehr oder minder überraschenden Resultate der Untersuchungen wesentlich verschoben habe und daß man sich diesem idealen Zwecke nicht verschließen dürfe, indem derselbe wohl ein Opfer werth sei.

Dann sei darauf hingewiesen, daß man den anzustrebenden Zweck der ordnungsmäßigen Straßenverbindung i. sp. der Verbreiterung der gedachten engen Passage vielleicht auch durch den Ankauf der Gebäude der Dienstbotenanstalt erreichen könne. Hierüber sei indeß nur oberflächlich verhandelt. Bei dieser Gelegenheit sei auch noch die Frage angeregt, ob man nicht den obengenannten Zweck auf die Weise erreichen könne, daß man von der Nordseite der Burg ein Stück abschneide und so die Passage verbreitere. Vom Stadtbaurath Winter, welcher in der Commissionsfikung gegenwärtig gewesen, sei indeß bemerkt worden, daß dieses sich nicht mit dem vorliegenden Plane verträge, man habe deshalb in der Commission die Sache nach dieser Richtung hin nicht weiter verfolgt.

Bezüglich der Frage, welches Project für den Fall einer Restauration der Burg vorzuschlagen sei, sei die Mehrheit der auch vom Magistrat adoptirten Ansicht gewesen, daß, wenn man sich auch für eine Restauration Seitens der Stadt entscheide, doch die Projecte 1 und 2 der Regierung alternativ zur Auswahl zu stellen seien.

Wende er sich nun zu den speciellen Erörterungen der Commissionen über die einzelnen Projecte, so habe er dazu noch Folgendes zu bemerken:

Gegen Project 1 habe sich eine Anzahl von Mitgliebern aus folgenden Gründen ausgesprochen: Man könne sich auf den hervorgehobenen künstlerischen oder idealen Standpunkt stellen, ohne Project 1 zu befürworten, weil der Zweck durch Ausführung des Projectes 2 ebenso gut erreicht würde. Es sei in der Beziehung gleich, ob der Staat oder die Stadt die Restauration ausführe. Auch bei Ausführung des Projectes 2 würden seitens der Stadt insofern Opfer gebracht, als sie den Zweck der Verbindung zwischen dem Osten und Westen der Stadt nicht in dem ursprünglich beabsichtigten Umfange erreiche. Weitere Opfer seien von der Stadt nicht zu verlangen, weil die Restauration der Burg nicht Sache der Stadt, sondern Sache des Landes sei, wie das der Vertreter der Landesregierung auch im Landtage ausdrücklich hervorgehoben habe. Man würde sich daher für Project 1 nur in dem Falle aussprechen können, daß wirklich ein ausreichend praktischer Zweck vorliege, der das in Rede stehende Opfer rechtfertigen würde. Dieses Opfer, die Differenz zwischen dem 1. und 2. Projecte, 100000 M., sei nach Ansicht der betreffenden Herren für den angestrebten Zweck, Unterbringung des städtischen Archivs und der Bibliothek, zu groß. Für beides lasse sich vielleicht besser noch in anderer Weise sorgen. Es sei auf die Möglichkeit der demnächstigen Acquirirung des alten Landesmuseums und des Neubaus eines Stadthauses hingewiesen. In letzterer Richtung habe Stadtbaurath Winter erklärt, daß in

dem demnächstigen neuen Stadthause Archiv und Bibliothek sehr gut unterzubringen sein würden. Ferner sei hervorgehoben, daß eine Unterbringung von Archiv und Bibliothek in der restaurirten Burg dem Wunsche der Bauverständigen vielleicht nicht einmal entsprechen würde.

Gegen diese Gründe sei zu Gunsten des Projectes 1 hervorgehoben, daß die Stadt Eigenthümerin der Burg sei und sie daher auch folgerichtig den Bau ausführen müsse. Dazu kämen die berechtigten Rücksichten auf den Stadtbaurath Winter, der mit der allergrößten Mühe sich den schwierigsten Ausarbeitungen unterzogen habe. Es sei ihm wohl zu gönnen, daß er den Bau ausführe. In der Commission sei auch die Frage angeregt, ob es nicht zweckmäßig und aus schuldigen Rücksichten gegen Herrn Winter geboten sei, dessen Arbeiten auf Kosten der Stadt zu publiciren. Ein dahin gehender Wunsch sei in der Commission allseitig getheilt und habe sich auch der Magistrat demselben angeschlossen. Die Commission habe aber deshalb Abstand genommen, der Versammlung einen hierauf bezüglichen Antrag zu unterbreiten, weil der Magistrat eine baldige Vorlage in der Richtung in Aussicht gestellt habe. — Ferner sei von den Verteidigern des Projectes 1 noch hervorgehoben, daß der in Rede stehende practische Zweck auch die bezeichnete Ausgabe wirklich rechtfertige, da nach einem Berichte des Stadtarchivars Hänfelmann eine anderweite Unterbringung von Archiv und Bibliothek in hohem Grade wünschenswerth sei. Referent schildert die Uebelstände näher, mit welchen der Archivar bei Unterbringung der älteren werthvollen Acten zu kämpfen hat und welche die Geschäfterschwerungen von Tag zu Tag mehrten, ganz abgesehen von der Feuergefähr, in welcher sich die hochwichtigen Acten und Documente bei der Lage des Neustadtrathhauses in engen Straßen befänden. Die Erwerbung des Landesmuseums sei sehr problematisch und der Neubau eines Stadthauses stände noch in weitem Felde. Herr Winter habe auch betont, daß bei Unterbringung von Bibliothek und Archiv im restaurirten Gebäude sich ein in Betreff der Feuer-sicherheit allen Anforderungen entsprechender Zustand erreichen ließe.

Das seien die wesentlichsten, bei den Commissionsverhandlungen vorgebrachten Gründe.

Die Commissionen beantragen:

- 1) die Versammlung wolle sich damit einverstanden erklären, daß die in der Magistratsvorlage sub 1 und 2 bezeichneten Projecte dem Herzogl. Staats-Ministerio als alternative Vorschläge Seitens des Stadtmagistrates unterbreitet würden;
- 2) die Versammlung wolle sich mit dem eventuellen dritten Projecte der Magistratsvorlage im Principe einverstanden erklären, jedoch sich die definitive Beschlußfassung über dieses Project vorbehalten;
- 3) die Versammlung wolle sich mit dem, die durch die stattgehabte Unter-

suchung der Burg erwachsenen Kosten betreffenden Magistratsantrage einverstanden erklären.

Zu Antrag 1 bemerkt Referent noch, daß der Beschluß hierüber in der Commission mit 7 gegen 6 Stimmen gefaßt sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Nachdem bereits die Regierung und die Landesversammlung, wenn auch noch nicht in bindender Form, anerkannt hätten, daß die Wiederherstellung der Burg Dankwarderode als eine Landesangelegenheit aufzufassen sei, liege wohl kein Anlaß vor, die Frage zu erwägen, ob die Stadt selbst diese Restauration, sei es mit oder ohne Staatssubvention, lediglich oder doch vorwiegend im historischen oder architectonischen Interesse in die Hand nehmen solle. Für die Stadt komme vielmehr bei Lage der Sache nur in Frage, ob sie sich selbst der Restauration des Bauwerks mit der Staatssubvention als einer Ehrenpflicht gegenüber dem Stadtbaurath Winter oder aus Rücksichten der Nützlichkeit unterziehen wolle. Herr Winter habe ja bekanntlich mit höchst anerkennenswerthem Fleiße und außerordentlicher Umsicht die umfassendsten Studien und Untersuchungen in Bezug auf Geschichte und Architectur der Burg angestellt und habe daneben mancherlei Unbill von außen her erfahren, die hier zu characterisiren sich Redner ersparen wolle. Wenn die Stadt die Restauration der Burg selbst in die Hand nehme und Herr Winter übertrage, so würde sie demselben eine große Genugthuung gewähren und er (Redner) persönlich wünsche diese Genugthuung Herrn Winter von ganzem Herzen. Redner wolle sich aber gern bescheiden, daß man nicht in der Lage sei, diese Genugthuung durch verhältnißmäßig große Geldopfer erkaufen zu können. Es bleibe danach für die Versammlung nur die nüchterne Frage übrig, ob die Stadt die Burg aus Nützlichkeitssrücksichten restauriren solle. Die Magistratsvorlage bejahe diese Frage; sie weise darauf hin, daß das städtische Museum, Archiv und Bibliothek augenblicklich im Neustadtrathhause sehr mangelhaft untergebracht seien, sie weise ferner darauf hin, daß durch eine Dislocirung des Archivs und der Bibliothek für das Museum hinlänglich Lust geschaffen werde, und daß Archiv und Bibliothek im restaurirten alten Burggebäude zweckmäßig mit einem Aufwande von 100 000 *M.* incl. Bauplatz nicht zu theuer untergebracht werden könnten. In einem neuen Gebäude von entsprechender Größe möchten wohl Archiv und Bibliothek besser untergebracht sein, allein ein solcher Neubau, als ein selbstständiger ausgeführt, würde auch unverhältnißmäßig mehr Geld kosten. Nun sei in den Commissionsverhandlungen darauf hingewiesen, daß man ja in nicht gar ferner Zeit in die Nothwendigkeit versetzt sein würde, die Frage des Neubaus eines Stadthauses zu discutiren und daß sich alsdann die Möglichkeit biete, Archiv und Bibliothek, wie es ja auch an sich zweckmäßig sei, mit dem Stadthause zu vereinigen. Er wolle für seine Person gern anerkennen, daß eine räumliche Vereinigung von Bibliothek und Archiv mit dem Stadthause im dienstlichen Interesse wünschenswerth erscheine. Die Kosten für den erforderlichen

Raum würden sich auch weit niedriger stellen als 100000 M. Allein, man habe eben kein neues Stadthaus und der Magistrat sei augenblicklich noch nicht in der Lage, einem bezüglichen Wunsche hier Ausdruck zu geben. Er habe allerdings schon vor 3 Jahren, als es sich darum handelte, das Stadthaus durch den inzwischen bereits ausgeführten Anbau zu erweitern und dabei gleichzeitig die Frage angeregt wurde, ob im Anbau sich nicht ein geeigneter Sitzungsaal für die Herren Stadtverordneten schaffen ließe, darauf hingewiesen, daß auch bei dem nun ausgeführten Anbau sich doch schon nach 10 bis 15 Jahren ein empfindlicher Raummangel bemerkbar machen werde, und diese Behauptung müsse er nach der inzwischen stattgehabten Entwicklung des Geschäftsverkehrs des Magistrats heute noch als richtig hinstellen: in 10 Jahren müsse spätestens an einen Neubau gedacht werden. Ständen alsdann die Mittel zu Gebote, so müsse ein neues Stadthaus hingestellt, wenn nicht, dann müsse ein Interimisticum durch Ermietlung von Räumen geschaffen werden. Es würde also in Bezug auf den Vorschlag 1 des Magistrats die Stellung maßgebend sein, welche die Versammlung zu der Eventualität des Neubaus eines Stadthauses einnehme. Halte die Versammlung für wünschenswerth oder gar nöthig, daß demnächst ein neues Stadthaus gebaut werde, dann möge sie Vorschlag 1 ablehnen. Immerhin möchte er in diesem Fall doch dringend bitten, die Propositionen der vereinigten Commissionen, sei es in der einen oder andern Richtung, anzunehmen, so daß die Wiederherstellung der Burg, der sich die Versammlung auch ihrerseits nicht widersetzen könne, gesichert erscheine.

Der Herr Referent fügt seinem Berichte noch seine persönliche Meinung über die vorliegende Angelegenheit hinzu: daß er sich nicht für Project 1 erwärmen könne. Für die Versammlung sei lediglich der praktische Gesichtspunkt maßgebend. Daß die Stadt Eigenthümerin sei, sei gleichgültig; sie habe das Gebäude nicht gekauft, um es restauriren, sondern um es, im Gegentheil, abtragen zu lassen. Es scheine also der natürlichen Sachlage entsprechend zu sein, wenn das Gebäude niedergerissen werde. Sollte es aber restaurirt werden, dann müsse es seitens des Landes geschehen, denn das sei offenbar Landesangelegenheit, und wenn die Vertreter des Landes nicht so viel Interesse hätten, daß sie sämtliche Kosten verwilligen wollten, so habe auch die Stadt keine besondere Veranlassung, Opfer zu bringen. Ein neues Stadthaus müsse über kurz oder lang doch gebaut werden und dann könne man dort Archiv und Bibliothek besser und billiger unterbringen als in der restaurirten Burg. Er beantrage daher persönlich, die Versammlung wolle, anstatt A 1 der Commissionsanträge, das erste Project ablehnen, dagegen sich mit dem zweiten Projecte einverstanden erklären.

Herr Schöttler giebt zunächst seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß seine Ansichten über den in Rede stehenden Gegenstand, soweit dieselben in die Oeffentlichkeit gedrungen, vielleicht aus mißverständlicher Auffassung, in verschiedener Weise ausgelegt seien, und fährt dann fort: Bei dem Gedanken an eine Wiederherstellung

der Burg habe man zwei Zwecke im Auge gehabt, einmal habe man dem Pietätsgefühl gegenüber unserm Herrscherhause Ausdruck geben, dann aber auch Rücksichten auf die in dem Gebäude entdeckten architectonisch-kunstgeschichtlichen Werthfachen nehmen wollen. Seines Erachtens bestche der historische wie architectonische Werth allerdings nur in den Fenstern, welche sich in der Ostfacade der jetzigen Ruine befänden; die im Innern der Parterre-Etage befindliche Säulenreihe, welche stets als Arkaden oder Colonnaden bezeichnet zu werden pflegten, hätten bei alleiniger Berücksichtigung ihres architectonischen Werths keine Berechtigung auf Erhaltung, es könne höchstens ihr historischer Werth ins Gewicht fallen. Redner begründet seine Ansicht durch eine nähere Beschreibung der gedachten Säulenreihe und des Parterre-Raums, sowie des vermuthlichen ursprünglichen Zweckes des letzteren, sich dabei beziehend auf Aeußerungen des Herrn von Schmidt-Whiseldack im Landtage. Er (Redner) sei nun weder Architect noch Kunsthistoriker in genügendem Maße, um genau beurtheilen zu können, ob eine Erhaltung jener Fenster in der Ostfacade an Ort und Stelle anzustreben erforderlich sei. Seiner Meinung nach würde der Pietät und dem Kunstwerthe dieser Reste vollständig Rechnung getragen, wenn sie vorsichtig aus dem Mauerwerke herausgelöst und in dem neu zu erbauenden Museum untergebracht würden, wo sie von Kennern genauer besichtigt und gründlicher untersucht werden könnten, als an ihrer jetzigen Stelle. Auch die sog. Colonnaden könnten, wenn man sie durchaus erhalten wolle, als angenehme Decoration hinter dem Museum im Garten aufgestellt werden. Dies sei seine persönliche Ansicht, die er jedoch Niemandem aufdringen wolle. — Er sei indeß auch vollkommen zufrieden, wenn anders beschloffen werde, wie er denn überhaupt mit seinen Collegen über die Vorlage völlig einverstanden gewesen sei. Man möge dann aber wenigstens in der Richtung beschließen, daß die jahrelange mühevollen Arbeit des Stadtbauraths Winter für diesen nicht verloren gehen könne, was der Fall sein würde, wenn Anderen die Wiederherstellung übertragen würde. Dazu komme noch, daß letztere Flückwerk anstreben, während Winter die Westfront wegzunehmen und den größten Theil des Giebels, um dem Einfallen vorzubeugen, neu aufzubauen beabsichtige. Werde hier der Beschluß gefaßt, die Burg an die Landesregierung zu verkaufen, wodurch dieser die Wiederherstellung überlassen werde, so werde er mit vielen anderen Collegen im Landtage gegen eine Bewilligung der nöthigen Mittel stimmen, so daß, wenn heute Project 1 zur Seite geworfen werde, Project 2 hoffentlich im Landtage fallen werde. Er bitte daher die Versammlung, wenn sie sich nicht für Project 1 entscheiden wolle, dem vom Magistrate in letzter Linie empfohlenen Projecte, die werthvollen Gebäudetheile als Ruine bestehen zu lassen und zu conserviren, zuzustimmen. Redner bittet schließlich nochmals die Versammlung, sich den Interessen und dem wohlervorbenen Rechte des Stadtbauraths Winter anzunehmen und soweit es in ihren Kräften stehe, zu verhindern, daß Andere an dem Bauwerke herumflüchten und stückelten.

Herr Rietz zollt zunächst den schwierigen Arbeiten des Stadtbauraths Winter seine volle Anerkennung und beleuchtet sodann seinen Standpunkt zur Sache selbst. Dieser sei heute noch derselbe wie damals, als es sich um den Ankauf der Burgcaserne handelte. Man wolle eine bessere Verkehrsader von Westen nach Osten der Stadt schaffen und dazu sei eine Beseitigung der Burg Dankwarderode und des ehemals von Wethheim'schen Hauses oder des Mosthofes erforderlich. Er schlage vor, die Burg abzureißen, die als werthvoll erkannten Theile, die Ruinen, im Fasanenhölzchen aufzustellen, und einfach im Archiv eine bezügliche Denkschrift niederzulegen. Herr Stadtrath Schöttler fühle sich durch die Angriffe in der Presse bezüglich seines Verhaltens in der Landesversammlung verletzt. Wenn sich derselbe aber schon dort im gleichen Sinne wie in der heutigen Versammlung ausgesprochen hätte, dann würde es Einem leichter werden, in dessen Verhalten eine sicherere Consequenz zu finden.

Herr Reuter beantragt:

den Anträgen des Magistrats unter der Bedingung zuzustimmen, daß in allen Fällen von der Nordseite des Gebäudes mindestens 4 m abgebrochen werden müssen und nicht wieder bebaut werden dürfen, damit die an dieser Seite vorhandene stellenweise nur 5 m breite Straße, mindestens auf 9 m verbreitert werden kann.

Nachdem Antragsteller bemerkt hat, daß er diesen Antrag auf den Fall der Annahme des Commissionsantrages oder des Projectes 1 oder des Projectes 2 der Magistratsvorlage gestellt haben wolle, während derselbe bei Ablehnung aller dieser Vorschläge überflüssig sein würde, weil dann event. durch Annahme der dritten Proposition (Erhaltung der romanischen Reste als Ruine) der Zweck seines Antrags erreicht werde, verweist derselbe bei der Motivirung auf die ersten Verhandlungen über die Burg Dankwarderode am 30. Juli 1874, und verliest einige Stellen aus dem Protokolle über jene Sitzung, aus welchen hervorgeht, wie dringend schon damals eine Stroßenverbreiterung an der Nordseite der Burgcaserne gewünscht wurde. Jetzt, nachdem nun auch die Pferdebahn durch jene enge Stelle führe, könne man es gar nicht verantworten, dieselbe im gegenwärtigen Zustande zu belassen. Der Stadtbaurath Winter habe sich freilich in der Commissionsitzung dahin ausgesprochen, daß eine Coupirung des Gebäudes an dieser Seite sich mit dem Projecte der Restauration nicht vertrage, er (Redner) glaube aber dennoch, daß Anordnungen getroffen werden könnten, durch welche jenes Project mit Berücksichtigung seines Antrags ausgeführt werden könnte. Er bitte, seinen Antrag anzunehmen.

Herr Hollmann: Als er zum ersten Male die Zeichnungen des Stadtbaurath Winter gesehen, habe er sich sagen müssen, daß es wirklich schade wäre, Alles abzubauen und verloren zu geben, wenn man im Stande sei, ein treues Bild der alten Burg wiederherzustellen. Nachdem er sich jedoch neulich in der Burg genau umgesehen, sei er sehr enttäuscht worden. Was habe er gefunden? Vor allen den Ein-

druck eines trostlosen Verfalls. Er könne sich nicht denken, daß auch nur etwas von den Umfassungsmauern bei einer Restauration stehen bleiben könne, selbst wenn solches der darin enthaltenen alterthümlich-architectonischen Schönheiten wegen wünschenswerth wäre. Was sei denn von solchen Sachen vorhanden? An der innern sog. Arkadenreihe habe er nichts entdecken können, was diese der Erhaltung werth erschienen ließen. Er glaube nicht, daß die Bautechniker durch deren Betrachtung lernen könnten. Für die Erhaltung derselben spreche nur das Alter. Allein dieses Grundes und der paar Fenster an der Ostseite wegen könne man sich aber doch nicht entschließen, so große Summen zu verwilligen, wie nöthig seien, Alles abzureißen und neu wieder aufzubauen. Und was wäre dann vom Alterthum vorhanden? Ein neues Gebäude mit einigen alten Fensteröffnungen aus früherer Zeit. Er sei der Ueberzeugung, daß die Mehrzahl derjenigen Sachverständigen, welche diejenigen, die für den Abbruch der Gebäude seien, Vandalen zu nennen beliebten, die Gebäudereste nicht aus eigener Anschauung kenne. Die gedachten Sachverständigen hätten entweder nur die Zeichnungen gesehen, nach welchen sie sich irrige Vorstellungen von dem Vorhandenen gemacht, oder sie basirten ihren Anspruch auf eine wörtliche Beschreibung, bei welcher der Alterthums-Enthusiasmus zu vorherrschend gewesen sei. Die Nothwendigkeit des Neubaus eines städtischen Archivs sei, wie ihm scheine, erst mit der Verlegenheit darüber, was aus den Casernentrümmern gemacht werden solle, zu Tage getreten. Er sei daher gegen eine Bewilligung der zur Restauration erforderlichen Gelder. —

Redner hat seinen Vortrag bis hierher verlesen, wird aber an dieser Stelle vom Herrn Vorsitzenden mit dem Bemerken unterbrochen, daß ein Ablesen von Vorträgen in der Versammlung der Natur der Sache nach unzulässig sei, und eine abweichende Praxis auch zu unhaltbaren Consequenzen führen würde. Der Herr Redner möge sich im allgemeinen Interesse und zugleich im Interesse der heutigen Verhandlungen kurz fassen.

Herr Hollmann entschuldigt sich damit, daß er als Neuling in der Versammlung den bisherigen Brauch nicht gekannt habe und führt sodann in freier Rede weiter aus, daß er sich auch mit dem Projecte, die Gebäudereste als Ruinen stehen zu lassen, nicht befreunden könne, da sie kaum einen schönen Anblick gewähren würden. Er wünsche aber, daß die entstandene Controverse endlich zum Abschluß kommen möge.

Herr Winter constatirt zunächst, daß es ihn nicht wohlthuend berührt habe, zu hören, daß die Denkschrift des Herrn Stadtbaurath Winter 11 Monate lang in den Händen anderer Behörden gewesen sei. Zur Sache übergehend, bemerkt derselbe, daß er die Ansicht, ein Wunsch auf vollständige Niederlegung der Ruinen sei undiscutirbar, nicht theilen könne. Das Recht des Staats an den Gebäuderesten gleiche seines Erachtens einer Servitut jeder anderen Art, die man bei Ausführung nothwendiger Straßenprojecte nöthigenfalls im Wege der Expropriation beseitigen könne. Stehe also das

Gesetz nicht auf Seiten der höchsten Landesbehörde, so werde das Oberlandesgericht, wie das schon häufig der Fall gewesen, auch nicht anstehen, gegen die Regierung zu entscheiden. Er überlasse jedoch eine Entscheidung über diese Frage den anwesenden Herren Juristen. — In den Verhandlungen der Versammlung über die Burgcaserne sei stets betont worden, daß unter allen Umständen auf Herstellung einer besseren Verbindung zwischen dem Osten und Westen der Stadt Rücksicht genommen werden müsse. Nun wolle man eines Fensters wegen, welches in architectonischer Hinsicht eine Schönheit sein solle, das Interesse der Gesamtheit hintansehen und ein sehnlichst herbeigewünschtes Straßenproject über den Haufen werfen? Das sei nicht der richtige Standpunkt der Stadtverordneten.

In einem längeren Exposé sucht Rebner die Nothwendigkeit nachzuweisen, daß man sich von dem bisher stets geltend gemachten Grundsatz der Schaffung besserer Verkehrswege im Innern der Stadt, namentlich der Herstellung einer besseren Verbindung von Osten nach Westen durchaus nicht abbringen lassen dürfe, er schildert die Weitläufigkeit der Verbindungswege zwischen dem Steinhore und dem Centrum der Stadt, welche so schon hemmend auf die Entwicklung des Verkehrs eingewirkt hätte, ferner die Nachtheile, welche bereits die Anlage der Eisenbahn der Steinhorgegend zugeführt hätte, und bittet schließlich die Versammlung, darauf Bedacht zu nehmen, daß den Bewohnern jenes Stadttheils die schon lange gehegte, ihnen nun seit 10 Jahren näher gerückte Hoffnung auf Herstellung einer besseren Verbindung mit dem Centrum der Stadt nicht wieder verkümmert werden möge. Wenn ein Stadttheil benachtheiligt sei, so sei es der des Steinhors. Man möge gerecht sein und auch hier zur Hebung des Verkehrs beizutragen suchen. Sollte ein Antrag auf gründliche Beseitigung der Gebäudereffe der Burgcaserne nicht discutirbar sein, so wolle er wenigstens beantragen, daß die Anträge des Magistrats nur unter der Bedingung angenommen würden, daß durch Abbruch eines Theil des Gebäudes die auf der Nordseite befindliche Straße mindestens auf 12 m verbreitert werde, und er bitte deshalb dem Antrage des Herrn Reuter, in dieser Weise modificirt, beizutreten.

Herr Bürgermeister Rittmeyer: Es ständen sich in dieser Angelegenheit zwei Parteien extrem gegenüber. Die eine Partei, bestehend aus Kunsthistorikern, Architekten und Kunstfreunden, schätze den Werth der noch vorhandenen Ueberreste so bedeutend, daß sie eine Niederlegung derselben für Vandalismus erkläre. Die andere Partei Männer mehr aus dem practischen Leben, stehe auf dem Standpunkte, daß sie nichts Erhebliches in den Ueberresten erblicke und im Interesse einer Straßenverbreiterung für unbedingte Niederreißung stimme. Der Stadtmagistrat habe sich nicht auf einen extremen, sondern mehr auf einen vermittelnden Standpunkt stellen zu sollen geglaubt. Bei Erwägung seiner Anträge habe sich der Magistrat einmal auf den practischen Standpunkt gestellt und sich gefragt, wieweit bei der Sache das öffentliche Interesse zu berücksichtigen sei, dann aber auch auf den ideellen Standpunkt, indem er die

Pflicht der städtischen Behörden zur Förderung der Cultur betont habe. Wissenschaft und Kunst sind ja die Träger der Cultur; sie sind in keinem Culturstaate zu entbehren und auch wir hegen und pflegen sie nach Kräften. Wie überall in den europäischen Staaten für Museen, Kunstacademien und Förderung der Kunstgewerbe enorme Summen aufgewandt würden, so würden auch in Braunschweig zu ähnlichen Zwecken alljährlich bedeutende Mittel verwandt. Von diesem idealen Standpunkte aus habe denn auch der Magistrat in erster Linie sich für Erhaltung der Burg, unter der Voraussetzung, daß die Opfer nicht zu groß sein würden, ausgesprochen, wobei die Erwägung wohl am Plage gewesen sei, daß das restaurirte Gebäude sich sehr wohl zu städtischen Zwecken verwenden lasse, und wenn vorhin ausgesprochen sei, es sei der Zweck wohl mit den Haaren herbeigezogen, so sei das entschieden unrichtig. In der Statuten- und Finanzcommission sei ein Schreiben des Stadtarchivars Hänselmann verlesen, in welchem schon vor Jahr und Tag auf die hohe Wichtigkeit und Bedeutung hingewiesen sei, andere Räume für Archiv und Bibliothek zu schaffen. Es liege also sehr nahe, daß das restaurirte Gebäude für diese Zwecke verwandt werden könne. Falls die Burg, dann werde der Platz an Schönheit nicht gewinnen. Den Anträgen der Herren Reuter und Winter bitte er nicht zuzustimmen. Eine Abschneidung würde nicht möglich sein, ohne den Character des ganzen zu alteriren, auch würde die Landesregierung solches in keinem Falle zugeben, da stets hervorgehoben sei, daß das Gebäude in keiner Weise verändert werden dürfe. Wenn Herr Winter aber der Ansicht sei, daß die Stadt im vorliegenden Falle auf Expropriation provociren könne, so sei er im Irrthum. Der Magistrat könne einen Antrag auf Expropriation stellen; derselbe unterliege aber der Genehmigung des Ministeriums, die durch Proceß in keiner Weise erzwungen werden könne. Er bitte dem Commissionsantrage unter 1 zuzustimmen.

Herr Blasius steht auf dem Standpunkte des Herrn Vorredners und warnt, sich für das dritte Project, Erhaltung der Ruinen, zu entschließen. Für das Project 2 könne auch er sich aus den bereits vom Herrn Oberbürgermeister Pockels hervorgehobenen Gründen nicht begeistern. Zu seiner Freude höre er, daß die Arbeit des Stadtbauraths Winter durch Publication allen wissenschaftlichen Kreisen zugänglich gemacht werden solle. Der Architect lebe aber nicht in den Büchern, sondern in den Bauwerken. Man möge daher im Falle der Annahme des Project's 2, wenn es möglich sei, dem Herzoglichen Staatsministerium gegenüber den Wunsch ausdrücken, daß Herrn Winter auch die Restauration übertragen werden möge, selbst wenn sie auf Kosten des Landes vorgenommen werden sollte. Er plaidire indeß warm für Project 1, unberücksichtigt des Reuter'schen Antrags. Er stimme dem Wunsche nach Verbreiterung der Straße an der Nordseite der Burgcaserne vollständig bei, es lasse sich diese Verbreiterung aber auch nach der andern Seite hin durch Ankauf und Abbruch des Gebäudes der Diensthöfenanstalt erzielen.

Herr Till bittet die Magistratspropositionen unter 1 und 2 abzulehnen und sich für Project 3 zu entscheiden. Wenn Archiv und Bibliothek im gegenwärtigen Gebäude nicht mehr bleiben könnten, dann möge man ein neues Gebäude an anderer Stelle dafür errichten. Verkaufe man die Burg wieder an die Regierung, so werde der Stadt die Macht genommen, bei der Restauration mitzusprechen. Es bleibe also nur die Conservirung der Ruinen in vorgeschlagener Weise übrig.

Herr Rybiß ist der Ansicht, daß man den Kostenpunkt nochmals in nähere Erwägung ziehen und event. von der Regierung einen größeren Zuschuß zu erlangen suchen müsse, da die Wiederherstellung, wie nicht zu verkennen, vorzugsweise Landessache sei. Der Wunsch der Herren Reuter und Winter auf Verbreiterung der Straße an der Nordseite sei ein berechtigter. Er beantrage daher:

Die Vorlage an den Stadtmagistrat mit dem Ersuchen zurückgehen zu lassen, zunächst ermitteln und feststellen zu lassen,

- 1) mit welchen Kosten eine entsprechende Erweiterung der Straße an der Nordseite der Burg Dankwarderode bei Erwerbung des früher Mehner'schen Hauses oder sonstiger Grundstücke zu beschaffen sein würde,
- 2) welche Kosten die Beschaffung von Räumen für Archiv und Stadtbibliothek im künftig etwa zu bauenden Stadthause erfordern werde.

Nachdem sich noch Herr Nieß für die Erhaltung und Wiederherstellung der Burg ausgesprochen hat, indem er besonders hervorhebt, daß Braunschweig sich mit anderen Städten betreffs großartiger Anlagen nicht messen könne, und daß ihm nur seine kunsthistorischen Alterthümer eine gewisse Bedeutung verschafften, zu denen die Burg Dankwarderode in erster Linie gehöre, daß auch der Platz bei einer Beseitigung der Burg der Niveauverhältnisse wegen einen höchst unschönen Anblick gewähren würde,

wird ein Antrag auf Schluß der Debatte eingereicht, welcher indeß mit 14 gegen 10 Stimmen abgelehnt wird.

In der wiederum eröffneten Debatte nimmt zunächst Herr Günther das Wort. Derselbe spricht sich gegen die Magistratsvorschläge aus. Patriotismus und Pietät dürften erst in zweiter Linie berücksichtigt werden. Das städtische Interesse müsse bei der Beschlussfassung maßgebend sein.

Herr du Roi schließt sich dem Antrage des Herrn Rybiß an, wogegen

Herr Oberbürgermeister Pockels diesen Antrag abzulehnen bittet, da eine Annahme desselben nur zur Folge habe, daß der jetzige unleidliche Zustand noch zwei Jahr fortbestehen würde. Eine Verbreiterung der Straße nördlich der Burg werde durch den Ankauf des Gebäudes der Dienstabotenanstalt etwa 25 bis 30 000 M. kosten. Ueber die Kosten, welche die Unterbringung des Archivs und der Bibliothek im neuen Stadthause erfordere, könne er nichts mittheilen. Stadtbaurath Winter habe aber, wie

schon bemerkt, erklärt, daß sich das weit billiger bewerkstelligen ließe und lange keine 100 000 *M.* koste.

Herr Munte wünscht, daß der Platz frei gelegt werde, wie man schon vor Jahren angestrebt habe. Es habe sich allerdings ein Kampf in der Gelehrtenwelt darüber entsponnen, wie man verfahren solle; es sei dieß aber zur Krankheit geworden; man gehe zu weit. Wenn auch ein paar Fenster entdeckt seien, die wirklich schön, so brauche man darum nicht das alte Gerümpel stehen zu lassen. Es komme ihm die Restauration der Burg vor, als wenn man an ein paar gute, von einem alten Rocke übrig gebliebene Knöpfe einen neuen Rock machen lasse. Er bitte für die Restauration keinen Pfennig zu bewilligen. — Sollte es aber zur Restauration kommen, so lasse sich zur Verbreiterung der an der Nordseite belegenen Straße von der Burg nichts fortnehmen; es müsse dann das gegenüberliegende Haus weichen. Er glaube, daß der Burgplatz sich recht schön ausnehmen werde, wenn Alles beseitigt sei; auch in anderen Städten gingen die Straßen häufig bergauf und ab.

Herr Wilke: Er zähle zu denen, die von der Bürgerschaft s. B. aufgefordert seien, zum Oberbürgermeister Caspari zu gehen und denselben namens der Bürgerschaft Braunschweigs zu bitten, seinen ganzen Einfluß bei den städtischen Behörden dahin geltend zu machen, daß die Rudera vom Burgplatze verschwinden möchten. Er sei heute noch der Meinung, daß man in diesem Falle das Geld spare und er hoffe, daß Herr Stadtrath Schöttler mit seinen Ansichten im Landtage durchbringen würde. Wenn man auch von bestimmten Kreisen den Vorwurf des Vandalismus auf sich lenke, so gebe er darauf weniger. Daß aber der schöne Herzogliche Park theilweise niedergelegt werde, um das Museum dort zu errichten, das könne man weit eher Vandalismus nennen. Er bedauere, daß die Mühen des Stadtbauraths Winter nicht so recht zur Geltung kämen, durch eine Vervielfältigung der Winter'schen Arbeit werde man aber das beste Denkmal gründen, welches man von der Burg haben könne, und er bitte deshalb, die Kosten hierzu zu bewilligen, im Uebrigen aber die Magistratsanträge abzulehnen.

Nach einigen fernerer Bemerkungen zwischen den Herren Winter und Bürgermeister Rittmeyer wird abermals, in Antrag auf Schluß der Debatte eingereicht, welcher diesmal mit 14 gegen 10 Stimmen zur Annahme gelangt.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird zunächst, und zwar durch Erheben von den Sigen, der Antrag des Herrn Rybitz mit 19 gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt hienächst mit dem Bemerken, daß der Magistrat zwar mit dem Commissionsantrage 1 einverstanden sei, für den Fall der Ablehnung desselben jedoch die Abstimmung über seine Projecte 1 und 2 gesondert fordere, die Frage, ob für den Fall der Annahme des Commissionsantrages 1 oder des Magistratsvorschlages 1 oder des Magistratsvorschlages 2 die Versammlung beschließe,

a. die von Herrn Winter beantragte Bedingung an jene Vorschläge zu knüpfen?

und dann

b. die von Herrn Reuter beantragte Bedingung an jene Vorschläge zu knüpfen?

Die Abstimmung über den Zusatzantrag des Herrn Winter ergibt Stimmengleichheit; der Herr Vorsitzende stimmt indeß dagegen, und ist der Antrag somit abgelehnt.

Dagegen wird der Zusatzantrag des Herrn Reuter mit 13 gegen 11 Stimmen angenommen.

Bezüglich der nun folgenden drei Abstimmungen ist aus der Versammlung ein Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt.

Der Commissionsantrag sub 1 wird mit 19 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmen die Herren Blasius, Nieß, du Roi, Zellgmann und Schwarzenberg; dagegen die Herren Hasenbalg, Kybik, Hollmann, Munte, Sievers, Reiche, Ding, Rieke, Günther, Ramdohr, Heymann, Semler, Till, Meyer, Wilke, Winter, Wolff, Jasper und Reuter.

Der Magistratsantrag unter 1 wird mit 18 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmen die Herren Kybik, Blasius, Nieß, du Roi, Zellgmann und Schwarzenberg; dagegen die Herren Hasenbalg, Hollmann, Munte, Sievers, Reiche, Ding, Rieke, Günther, Ramdohr, Heymann, Semler, Till, Meyer, Winter, Wilke, Wolff, Jasper und Reuter.

Dagegen wird der Magistratsantrag sub 2, wie ihn die Commission vorgeschlagen hat, mit 13 gegen 11 Stimmen angenommen. Für den Antrag stimmen die Herren Kybik, Blasius, Nieß, du Roi, Ramdohr, Heymann, Semler, Meyer, Zellgmann, Schwarzenberg, Wolff, Jasper und Reuter; dagegen die Herren Hasenbalg, Hollmann, Munte, Sievers, Reiche, Ding, Rieke, Günther, Till, Wilke und Winter.

Die drei vorstehenden Beschlüsse sind allemal gefaßt unter Berücksichtigung der Hinzunahme des Antrags Reuter.

Die nun folgende Abstimmung über den Commissionsantrag unter 2 geschieht wiederum durch Aufstehen, wobei derselbe mit 14 gegen 10 Stimmen zur Annahme gelangt.

Schließlich wird der Antrag 3 der Commission genehmigt.

II. berichtet Herr Wolff namens der Finanzcommission, daß der Stadtmagistrat mittelst Schreibens vom 21. December v. J. die Versammlung ersucht hat, zur Instandsetzung der Wege und Plätze im sog. Fasanenhölzchen 6000 M. auf Cap. V der außerordentlichen Ausgaben zu bewilligen, und daß die Commission beantrage, diesem Ersuchen zu entsprechen.

Nachdem Herr Kiefe bemerkt, daß es wünschenswerth sei, die sumpfige Stelle im langen Wege nach dem Colonnenwege zu etwas zu drainiren, auch die Brücke am Ende der Brunnenstraße nicht, wie projectirt, mit im Fasanenholze geschlagenem Holze sondern dauerhafter in Stein auszuführen

und Herr Blasius dem Wunsche Ausdruck gegeben hat, daß beim Ausschlagen des Gebüsches etwas schonend zu Werke gegangen werden möchte, damit die ganze Anlage, den Intentionen entsprechend, einen waldartigen Character behalte, wird obige Summe bewilligt.

Danach

III. giebt Herr Semler namens der Finanzcommission anheim, einem Magistratschreiben vom 15. v. Mts. entsprechend sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Schlossermeister Meyerhoff eine an sein Grundstück in der Gausstraße grenzende, auf dem in der Versammlung circulirenden Situationsplane näher bezeichnete, 31 qm haltende Fläche des städtischen Grundstücks neben der Schule am Büldenwege zum Preise von 200 M. käuflich überlassen werde.

Nach kurzer Debatte unter den Herren Winter, Telligmann, Hasenbalg, Schwarzenberg, Hollmann, Reuter und Rybik, sowie der Herren Oberbürgermeister Pockels und Bürgermeister Rittmeyer, in welcher von einer Seite gegen den Verkauf in Rücksicht auf die Möglichkeit der Verwendung der kleinen Fläche zu Schulzwecken Einwendungen erhoben wurden, während magistratsseitig darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die fragliche Fläche außerhalb der bereits mit einer Einfriedigung versehenen Grenze des Schulgrundstücks liege, wird dem Magistratsantrage entsprechend beschlossen.

IV. wird einem Ersuchen des Stadtmagistrats vom 22. v. Mts. entsprechend, auf Befürwortung der Finanz-Commission, für welche Herr Wolff berichtet, beschlossen, zur Begleichung einer Liquidation für Arbeiten bei Abschätzung der Wohnhäuser behuf Veranlagung zur Grundsteuer, 128 M. zu bewilligen.

V. berichtet Herr Munte für die Statutencommission über drei Magistratschreiben, betreffend die Feststellung von Baulinien bezw. Verkauf von verfügbaren Straßenflächen am Steinwege, an der Ecke von Poststraße und Kohlmarkt und in der Verlängerung der Adolfsstraße, wobei die betreffenden Zeichnungen in der Versammlung circuliren.

Zunächst wird einem Magistratschreiben vom 4. v. M. entsprechend beschlossen, sich mit der Feststellung der vom Stadtbauamte aus Veranlassung des Neubaus des Maurermeisters Führmann auf dem sub M. 29 des Steinwegs belegenen Grundstücke für die Südseite dieser Straße vorgeschlagenen Baulinie einverstanden zu erklären,

auch die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß das zwischen der neuen Baulinie und dem gedachten Grundstücke belegene Terrain von ppotr. 13 qm dem Führmann zum Preise von 100 *M.* käuflich überlassen werde.

Sodann wird dem Mariginalschreiben des Stadtmagistrats vom 2. d. Mts. entsprechend beschlossen, sich mit der Feststellung der magistratsseitig für die Westseite des Kohlmarkts vorgeschlagenen Baulinie, sowie damit einverstanden zu erklären, daß das zwischen der neuen Baulinie und dem Grundstücke des Kaufmanns Störig belegene Terrain von 7 qm für 500 *M.* an den Kaufmann Störig verkauft werde.

Schließlich wird das Einverständniß dazu erklärt, daß der im vorigen Jahre festgestellte Ortsbauplan bezüglich des nördlichen Theils der Straße auf der vor dem August- und Steinhore belegenen Bierbaum'schen Glaciésländerei in der vom Magistrat mittelst Schreibens vom 5. d. Mts. vorgeschlagenen Weise abgeändert werde — unter der Voraussetzung, daß der in dieser Beziehung mit dem Straßenbau-Unternehmer, Architect Campe, abzuschließende Contract demnächst vorgelegt und in diesem Contracte wegen der geringen Tiefe der Baupläche Fürsorge für Schaffung genügender Zwischenräume zwischen den Häusern getroffen werde.

VI. wird nach einem von Herrn Wolff für die Finanzcommission erstatteten Berichte dem bezüglichlichen Schreiben des Stadtmagistrats vom 3. d. Mts. entsprechend beschlossen, sich damit einverstanden zu erklären, daß aus den verfügbaren Ueberschüssen des Gaswerks und des Wasserwerks als fernere Beiträge zu den durch die Herstellung des den Zwecken des Feuerlöschwesens und der Gas- und Wasserwerke dienenden Neubaus in der Münzstraße erwachsenen Kosten 53 000 *M.* bezw. 30 000 *M.* an die Stadtcasse abgeführt werden.

Weiter

VII. berichtet Herr Wolff namens der Finanzcommission über ein Magistrats-schreiben vom 12. d. Mts., in welchem die Stadtverordneten ersucht werden, sich damit einverstanden zu erklären, daß statt der im Voranschlage über die Erweiterung und Verbesserung des städtischen Wasserwerks vorgesehenen einen Dampfmaschine für 66 100 *M.*, deren zwei im Gesamtbetrage von 81 500 *M.* beschafft werden. Von einem Antrage auf Erhöhung der Anschlagssumme um die hierdurch entstehenden Mehrkosten von 15 400 *M.* glaubt der Magistrat einstweilen in der Hoffnung absehen zu sollen, daß dieselben durch Ersparnisse an anderen Positionen gedeckt werden.

Die Commission giebt die Genehmigung des Magistratsantrags anheim.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Die Vorarbeiten zur Erweiterung des Wasserwerkes seien noch nicht soweit gediehen, um jetzt schon mit Sicherheit behaupten zu können, daß die Erweiterung mit den verwilligten Beträgen völlig beschafft werde, jedenfalls aber liege kein Anlaß zu der Befürchtung vor, daß die Aus-

gabeposten in irgend einer Richtung überschritten werden würden. Dagegen sei eine wesentliche Ersparnis in Bezug auf eine Ausgabeposition zu verzeichnen, welche behufs Erwerbung des nöthigen Areal's zur Einrichtung des Kennelteiches vorgesehen sei. Im Voranschlage des Oberingenieurs Mitgau sei die Acquisition von 15 Morgen vom Kennelteiche bez. den daran grenzenden Ländereien mit 2500 *M.* pro Morgen zum Ansaß gebracht. Die Herzogliche Hofverwaltung habe Höchsten Orts beantragt, unter Auferlegung gewisser Verpflichtungen, die darauf abzielten, daß die dort befindliche Geflügelzucht bei den Erdarbeiten nicht gestört und der Gegend der landwirtschaftliche Character gewahrt werde, 1500 *M.* für den Morgen fordern zu dürfen. Seine Hoheit der Herzog habe aber bestimmt, daß nur 750 *M.* pro Morgen berechnet werden sollten. Redner fügt noch hinzu, daß er im Einverständnisse mit dem Stadtmagistrate sofort persönlich im Namen der Stadt seinen Dank für diesen Gnadenbeweis ausgedrückt habe.

Herr Rieke ist gern bereit, die Zustimmung zum Magistratsantrage zu ertheilen, selbst wenn der Kostenanschlag dadurch überschritten würde. Auf die Kosten könne es in diesem Falle nicht ankommen, wenn nur etwas Ordentliches erzielt werde.

Die Versammlung gab auf eine Anregung des Herrn Vorsitzenden ihrem Danke für den in der Limitirung des Kaufpreises liegenden Gnadenbeweis, der von Höchster Stelle aus der Stadt zu Theil geworden, Ausdruck.

Sodann

VIII. motivirt Herr Wolff seine Eingang's erwähnte Interpellation:

Der Anlage einer Bahn von Braunschweig nach Hildesheim, welche durch einen blühenden Landstrich führend, die Stadt Braunschweig mit einer alten bedeutenden Handelsstadt verbinde, Westfalen, Ostfriesland und Holland näher bringe, würden naturgemäß außerordentliche Sympathien entgegengebracht, und jede Verzögerung in der Ausführung dieser Bahnstrecke werde gewiß allseits peinlich gefühlt. Um so größeres Befremden habe die Aeußerung des preussischen Ministers Maybach in einer der jüngsten Sitzungen des preussischen Abgeordnetenhauses, »daß es auf braunschweigischer Seite an jeder Kundgebung eines Interesses für die fragliche Bahnanlage fehle«, erregen müssen. Da Herr Oberbürgermeister Pockels in der Sitzung des Landtages vom 11. Mai 1882 bezüglich dieser Bahnanlage an den Vertreter der Regierung eine Anfrage gerichtet habe, welche auch beantwortet worden sei, so werde derselbe vielleicht im Stande sein, über den in Rede stehenden Fall etwas Näheres mitzutheilen.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß die Aeußerung des Herrn Ministers ihm wie seinen Collegen im Magistrate beim Lesen der Zeitung so unglaublich erschienen sei, daß er sich zunächst den stenographischen Bericht über jene Sitzung verschafft habe, welcher jene Aeußerung dann auch bestätigt habe. Ihm sei es un-

klar, wie der preußische Minister darüber im Zweifel sein könne, daß bei uns, nicht allein bei der Bürgerschaft, sondern auch bei der Regierung, der dringende Wunsch vorliege, den Bahnbau von hier nach Hildesheim endlich zur Ausführung gebracht zu sehen. Da nun den Zeitungsnachrichten zufolge jener Zweifel in der That bestehe, so habe der Magistrat sofort Veranlassung genommen, an Herzogl. Staatsministerium das Ersuchen zu richten, diesen Zweifel des preußischen Arbeitsministers aus der Luft zu schaffen und wiederholt aufs Kräftigste darauf hinzuwirken, daß der fragliche Bahnbau baldigst ausgeführt werde.

Schließlich

IX. bringt Herr Wille den Antrag ein: »die Versammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, die Verbreiterung der Schuhstraße vom Kohlmarkte ab in Erwägung zu ziehen«, und motivirt denselben damit, daß der Verkauf des Denecke'schen Hauses am Kohlmarkte nahe bevorstehe und bei dieser Gelegenheit auf gedachte Verbreiterung Bedacht genommen werden könne.

Der Antrag findet die erforderliche Unterstützung und wird der Finanzcommission überwiesen;

die Sitzung darauf geschlossen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 15. März. 1883.

Öffentlich:

Vorlagen des Stadtmagistrats, betreffend:

- I. Erlass eines Statuts wegen Aufhebung des die städtische Realschule betreffenden alten Statuts,
- II. Remuneration des die Erweiterungsbauten beim Wasserwerke leitenden Beamten,
- III. Genehmigung der Anlage von Straßen Seitens der Braunschweigischen Eisenbahn-Gesellschaft,
- IV. Bewilligung von Mitteln zu Schul-Erweiterungs- und Neubauten,
- V. Desgleichen zu Mobiliar-Anschaffungen bei der Armenverwaltung,
- VI. Desgleichen zur Einrichtung einer Aushülfsclasse für städtische Schulzwecke,
- VII. Desgleichen zu Zwecken der Knabenbewahranstalt,
- VIII. Desgleichen zur Beschaffung von Bürgerbriefsformularen,
- IX. Verpachtung einer städtischen Wiese zu Viehbahnzwecken,
- X. Vermietung von Räumen im ehemaligen Stadtkassengebäude,
- XI. Genehmigung einer Ueberschreitung der Statsumme für Unterhaltung des ehemaligen Catharinen Schulgebäudes.

Vertraulich:

- 1) Pensionirung einer Lehrerin.
- 2) Entscheidung über einen Antrag auf Entbindung vom Amte eines Armenpflegers.
- 3) Steuerreclamationen.

Entschuldigt die Herren Meyer, Munte, Otto, Ramdohr, Schwarzenberg und Wilke. — Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels und Bürgermeister Wittmeyer, sowie die Herren Stadträthe Haake, Kete-

meyer und Grote; zeitweilig auch die Herren Stadtbaurath Winter und Schuldirector Schaarschmidt.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Stellvertreter des Vorsitzenden, Herrn Kybik, werden zunächst die Protokolle Nris. 2 und 3 zur Genehmigung gestellt.

Bezüglich des erstgedachten Protokollcs wird bemerkt, daß es S. 21 Z. 2 v. u. statt »eventueller« — »vorläufiger« und S. 22 Z. 4 v. u. »die Erben der Wittve des Oberstlieutenant von Wolfradt« heißen muß.

In Protokoll *N* 3 sind am Schluß des Punktes VII. S. 49 die Worte ausgelassen: »Der Magistratsantrag wird darauf genehmigt.«

Ferner wird zu diesem Protokolle seitens des Herrn Winter bemerkt, daß daselbe eine Genauigkeit, wie man sie bei den bisherigen Protokollen gewohnt gewesen sei, wenigstens bezüglich der Reproduction seiner auf S. 45 durch »einige fernere Bemerkungen« angedeuteten Ausführungen, vermissen lasse; er wünsche daher, daß letztere im gegenwärtigen Protokolle nachträglich wiedergegeben werden möchten.

Da diese Ergänzung auf Grund des Stenogramms noch thunlich erscheint, so wird solchem Wunsche seitens des Herrn Vorsitzenden stattgegeben. Demgemäß erhält das Protokoll *N* 3 zunächst folgenden Nachtrag:

Herr Winter führte bei den Verhandlungen über die Burg Dankwarderode fern aus: »Er stehe auf dem Standpunkte der Herren Günther, Munte und Wilke, nicht auf dem der Herren Nieß und Bürgermeister Rittmeyer. Es sei betont worden, daß der Stadt hauptsächlich daran liegen müsse, für Erleichterung des Verkehrs von Süden nach Norden zu sorgen. Entspreche es aber der Gerechtigkeit, wenn der Verkehrserleichterung von Osten nach Westen nicht in gleichem Maße Rechnung getragen werde? Man müsse gleiches Recht für Alle gelten lassen! Bei der Berathung über das Project des Durchbruchs vom Bankplage nach dem Altstadtmarkte habe man darauf hingewiesen, wie wesentlich es sei, wenn man den Verkehr durch Schaffung einer geraden Straße und durch Abkürzung der Wege auch nur um ein paar Schritte erleichtern könne, und habe hauptsächlich mit aus diesem Grunde, eine bedeutende Summe zum Opfer gebracht, während man jetzt eine mit weit geringeren Mitteln zu beschaffende Erleichterung des Verkehrs von Osten nach Westen als unnötig erachten und die sich anbietende passende Gelegenheit unbenutzt vorübergehen lassen wolle? Wenigstens müsse darauf Bedacht genommen werden, daß von der Nordseite der Burg soviel abgenommen werde, als nöthig sei, um der Straße an dieser Stelle eine genügende Breite geben zu können. Der andere Weg, an der Domkirche vorbei, trage zu einer Verkehrserleichterung, wie er sie im Sinne und wie man sie erhofft habe, nichts bei. Die Beseitigung des von Belthheim'schen Hauses seien vorläufig nur Utopien, und würde es denn auch schaden, wenn man wirklich zwei gute Wege dort bekäme? Jetzt seien die Wege schief, später würden sie dann eine grade Lage bekommen. Herr Oberbürgermeister Pockels habe gemeint, daß bei Annahme des Antrags des Herrn Kybik der jetzige Zustand noch 2 Jahre

dauern würde. Dieser Umstand spreche aber seines Crachtens grade für Annahme jenes Antrages, nach Verlauf von zwei Jahren werde das Gebäude hoffentlich so verfallen sein, daß dieses einem Beschlusse, dasselbe niederzureißen, ziemlich gleichkomme. Er bitte, den Standpunkt beizubehalten, der bisher von allen Rednern als der richtige anerkannt sei: eine Verkehrsverleighterung von Osten nach Westen. — Im Anschluß an früher Gefagtes fuhr Redner dann weiter fort: Schon wieder drohe dem Steinthorbezirke die Entziehung eines Theils seines Verkehrs durch Anlegung der Brücke von der St. Leonhardsstraße nach dem Magnithore zu, man möge also hier, wo die Gelegenheit geboten sei, helfen und das öffentliche Interesse nicht hintenansetzen.«

Redner wandte sich nun gegen die Ausführungen des Herrn Bürgermeister Rittmeyer und hielt demselben die Veränderung seiner Stellung zur gegenwärtigen Frage vor, dabei zur Bekräftigung seiner Worte einen Passus aus dem Sitzungsprotokolle vom 26. Februar 1880 vorlesend, aus welchem hervorgeht, daß Herr Rittmeyer (wahrscheinlich doch auch, wie Redner hinzufügte, im Sinne des Stadtmagistrats) sich damals mit Entschiedenheit gegen eine Erhaltung der Burg und für die Berücksichtigung der Bedürfnisse und Wünsche der Jetztzeit nach Schaffung einer bessern Verkehrsader an dieser Stelle ausgesprochen hat.

»Seit jener Zeit sei nun noch das kunsthistorische Fenster entdeckt worden und allein dieser Umstand solle danach angethan sein, die Aenderung der Ansichten zu motiviren? Er bitte die Versammlung nochmals dringend, an dem bisherigen Standpunkte festzuhalten.«

Nachrichtlich wird bemerkt, daß Herr Bürgermeister Rittmeyer hierauf etwa Folgendes entgegnete:

»Zu jener Zeit sei der Kunstwerth der Burg durchaus noch nicht in der Weise aufgedeckt gewesen, wie heute. Könne dieser Umstand nicht mit Recht eine Umwandlung in der Auffassung veranlassen? Damals habe es sich nur um die Arkaden gehandelt, die nur einen historischen Werth haben, heute werde das Hauptgewicht auf die Erhaltung der Fensterreihe gelegt, die damals noch nicht aufgefunden gewesen sei. Wenn er also derzeit für Niederreißung der Burg gesprochen habe, so könne er heute mit demselben Rechte aus guten Gründen dagegen sprechen, umso mehr, als mit der Erhaltung der Burg sich auch für die Stadt praktische Zwecke verbinden ließen und als dabei die Herstellung einer Verbindungsstraße, wenn auch an der Südseite der Burg, aber doch von Osten nach Westen gehend, vorgesehen sei.«

Nachdem die gedachten Protokolle im Uebrigen genehmigt sind, wird zur Tagesordnung übergegangen, und

I. es berichtet Herr Heymann namens der Statutencommission über ein Magistrats Schreiben vom 9. d. Mts., in welchem die Versammlung ersucht wird, den vorgelegten Entwurf eines Statuts wegen Aufhebung des Statuts vom 28. Juni 1873, die Organisation der städtischen Realschule II. Ordnung zu Braunschweig be-

treffend und der dazu unterm 20. Juli 1878 erlassenen Novelle, zu genehmigen; ferner die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß der Schlußparagraph des beschlossenen Regulativs, die städtische Realschule zu Braunschweig betreffend, folgendermaßen laute: »Dieses Regulativ tritt am 1. April 1883 in Wirksamkeit«; schließlich sich damit einverstanden zu erklären, daß die Schule fortan als »städtische Realschule zu Braunschweig« bezeichnet werde.

Die Commission befürwortet die Magistratsanträge, worauf dieselben genehmigt werden.

II. Auf Grund eines Beschlusses der Wasserwerksdeputation beantragt der Stadtmagistrat mittelst Marginalschreibens vom 5. v. Mts., die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß dem Oberingenieur Mitgau für die Entwerfung der Baupläne und für die Leitung der Ausführung der Erweiterung des städtischen Wasserwerks 1 % der gesammten Bausumme bewilligt, auch diese Remuneration demselben ratenweise und zwar für die bereits gelieferten Arbeiten pro 1882 = 1000 *M.*, für 1883 = 3000 *M.*, für 1884 = 3000 *M.* und nach vollendeter Ausführung der Anlage der sich ergebende Rest, überdies die Remuneration für 1882 sogleich, die für 1883 und 1884 aber in monatlichen Raten gezahlt werde.

Der Referent der Finanzcommission, Herr von Seckendorff, empfiehlt den Magistratsantrag, worauf derselbe genehmigt wird.

III. Die Direction der Braunschweigischen Eisenbahngesellschaft beabsichtigt, auf dem der Gesellschaft zugehörigen, an der Salzdhahmerstraße unweit des Bahnhofes St. Leonhard belegenen Terrain die auf dem in der Versammlung circulirenden Situationspläne näher bezeichneten Straßen anzulegen und hat um die Genehmigung der städtischen Behörden zu dieser Anlage gebeten.

Der Stadtmagistrat beantragt nun in seinem Schreiben vom 19. v. Mts., die fragliche Straßenanlage sowie den bezüglichlichen Ortsbauplan unter gewissen, dem Schreiben im Entwurfe angeschlossenen, Bedingungen zu genehmigen.

Die Bedingung unter 6 weicht insofern von anderen derartigen Bedingungen ab, als die Bahnverwaltung nur verpflichtet sein soll, während der ersten fünf Jahre nach der Herstellung die Unterhaltungskosten zu tragen, wohingegen sonst den Unternehmern diese Kosten bis zur Uebernahme der angelegten Straßen seitens der Stadt zur Last fallen. Der Magistrat glaubt aber, dem Wunsche der Eisenbahndirection auf Festsetzung einer nur fünfjährigen Unterhaltungspflicht entsprechen zu sollen, weil die gedachte Direction ihrerseits den Wünschen der Stadt bezüglich der Benutzung von Eisenbahn-Terrain zum Zwecke der Verlegung der Wasserrohre vom Kennelsteiche nach dem hiesigen Wasserwerke entgegenzukommen sich bereit erklärt hat.

Die Statutencommission, für welche Herr Lüderßen berichtet, giebt anheim, die Magistratsanträge und die gedachten Bedingungen, §. 6 der letzteren aber nur

unter der Voraussetzung, daß das in Aussicht gestellte Entgegenkommen der Direction der Braunschweigischen Eisenbahngesellschaft bezüglich der Durchführung der Wasserrohren vom Kennelsteiche zu dem Wasserwerke durch das Eisenbahnterrain sich entsprechend verwirklicht, zu genehmigen.

Nachdem auf eine bezügliche Anfrage des Herrn Till

Herr Stadtbaurath Winter erklärt hat, daß durch die fragliche Straßenanlage eine Aenderung des beschlossenen Stadterweiterungsprojectes in keiner Weise herbeigeführt werde,

gelangen die Magistratsanträge zur Annahme.

Sodann

IV. referirt Herr Blasius namens der vereinigten Schul- und Finanz-Commission über ein der Versammlung in authographischen Abzügen vorliegendes Magistratschreiben vom 1. v. Mts., betreffend die Bewilligung von Mitteln zu Schulerweiterungs- und Neubauten.

Der seit Kurzem wiederum eingetretenen Ueberfüllung der mittleren wie der unteren Bürgerschulen wird nach Ansicht des Schulvorstandes am zweckmäßigsten dadurch abgeholfen, daß die 18klassige untere Bürgerschule an der Sidonienstraße durch einen Anbau um 6 Classen vergrößert, im Osten oder Südosten der Stadt, außerhalb des Umfluthgrabens, ein neues Schulgebäude mit 24 Klassenzimmern aufgeführt, dasselbe der jetzt im Schulgebäude am Sandwege untergebrachten dritten unteren Bürgerschule überwiesen und in das letztgenannte Gebäude die Knabenabtheilung der an der Wilhelmsstraße belegenen ersten mittleren Bürgerschule verlegt wird.

Nach einem Berichte der städtischen Bauverwaltung würde die Erweiterung der Schule an der Sidonienstraße durch entsprechende Neubauten 47500 M. kosten. Zum Neubau einer Schule im Osten oder Südosten der Stadt hat die städtische Bauverwaltung in erster Linie die an der Nordseite der St. Leonhardstraße belegenen Grundstücke des Particuliers Kumann und Gärtners Homann, im Fall aber, daß die hier für Grundentschädigungen zu zahlende Summe zu hoch erscheinen sollte, das im Besitze der Stadt befindliche, zwischen der Husarenstraße und dem katholischen Kirchhofe am Hiersberge belegene Terrain in Vorschlag gebracht. An jener Stelle würde der Neubau incl. der zu 90000 M. angenommenen Grundentschädigungen auf 398000 M., an dieser dagegen nur auf 321000 M. zu stehen kommen.

Der Schulvorstand hat sich zur Empfehlung des letztgedachten Platzes entschieden, weil seiner Ansicht nach durch das Vorhandensein einer Schule in dieser Gegend einer in der Schule am Büldenwege drohenden Ueberfüllung wirksam noch auf einige Jahre vorgebeugt werden kann.

Der Magistrat ist der Ansicht des Schulvorstandes beigetreten und beantragt, zu beschließen:

- 1) zur Erweiterung und vollständigen Einrichtung der Schule an der Sidonienstraße — einschließlich der Summe von 2700 *M.* für den Erwerb eines 7 Ar großen Areal's vom Pflegehausgrundstücke — der Betrag von 47 500 *M.*,
- 2) zum Zwecke der projectirten Erbauung und Einrichtung eines Schulgebäudes am Giersberge der Betrag von 321 000 *M.* verwendet,
- 3) das Stadtbauamt zur Feststellung der speciellen Bauprojecte und Kostenanschläge nach Maßgabe der bewilligten Mittel ermächtigt,
- 4) die Beschlußfassung über die definitive Deckung der Ausführungskosten einstweilen vorbehalten werde.

Die bezüglichlichen Schriftstücke werden vom Herrn Referenten verlesen, während die Zeichnungen zur nähern Ansicht im Sitzungssaale ausgehängt sind.

Der Herr Referent führt aus, daß die vereinigten Commissionen die Anforderungen des Stadtmagistrats als gerechtfertigt anerkannt hätten. Bei der Berathung dieser Angelegenheit seien nun verschiedene, theils von Lehrern, theils von Schülern oder auch vom Publikum über die bestehenden Einrichtungen in unseren Bürgerschulen gemachte Beobachtungen zur Sprache gebracht worden, deren Prüfung bei ferneren Schulneubauten nicht wohl unterlassen werden dürfe. In dieser Absicht habe er selbst die baulichen Verhältnisse der Schule an der Pferstraße in den letzten Wochen untersucht bezw. von geeigneten Persönlichkeiten, von Lehrern, untersuchen lassen, wobei ihm verschiedene Punkte aufgefallen seien, welche er, nachdem sie in den Commissionen erörtert und seine bezüglichlichen Vorschläge angenommen seien, hiermit zum Vortrage bringen wolle.

Die meisten unserer Schulen seien bezüglich der Hauptthüren so eingerichtet, daß der Eingang von der Straße dem Ausgange zum Spielplatze genau gegenüber liege. Da keine Windfänge vorhanden, so hätten sich die Kinder, welche verständigerweise gezwungen würden, in den Zwischenpausen die Schulzimmer zu verlassen und sich auf dem Hofe herumzutummeln, einmal um sie für die kommende Unterrichtsstunde durch diese Erfrischung zu stärken, dann auch, um eine Lüftung der Klassenlocale vornehmen zu können, allemal bei dieser Gelegenheit einem, namentlich an kalten Wintertagen scharfen und kalten, durch das Offenstehen der sich gegenüberliegenden Thüren veranlaßten Luftzuge auszuweichen, was leicht zu Erkrankungen Veranlassung geben könne. Man habe daher commissiionsseitig anheimzugeben beschloffen, dem Stadtmagistrate zur Prüfung durch Sachverständige zu empfehlen, wie baregem Uebelstande, etwa durch Einrichtung von Windfängen, abzuhelfen sei.

Allgemein werde ferner, namentlich seitens der Lehrer, geklagt, daß die Luft bei Anwendung der Lustheizung zu trocken werde. Um die event. Berechtigung dieser Klage zu prüfen, seien in der Woche vom 26. Februar bis 3. März und ferner in der Woche vom 5. bis 9. März Feuchtigkeitsmessungen in verschiedenen Klassen der Schule an der Pferstraße angestellt worden, die indeß überraschend gute Resultate

ergeben hätten; er könne constatiren, daß die Luft in den Klassenräumen durchschnittlich nicht zu trocken gewesen sei. Zum angenehmen, behaglichen Aufenthalte in einem Wohnraume werde eine gewisse Feuchtigkeit verlangt, d. h. es müsse eine bestimmte Menge Wasserdampf in der Luft, die man einathme, vorhanden sein. Nach Pettenkofer sei die Zimmerluft bei einer relativen Feuchtigkeit von 50 bis 60 % behaglich, die Feuchtigkeitsmenge dürfe aber, wenn der Aufenthalt angenehm und zuträglich für die Gesundheit sein solle, nicht unter 45 % herabsinken. Unter den in den Klassen der Schule an der Dferstraße mit einem Psychrometer vorgenommenen, etwa 70 Messungen (deren Resultate auf einer vom Referenten angefertigten, in der Versammlung zur Circulation gebrachten Tafel zusammengestellt sind) hätte sich nur 16 Mal eine Luft ergeben, die unter dem Gewünschten, nämlich unter 50 % relativer Feuchtigkeit geblieben sei, und im Ganzen sei nur 5 Mal, und zwar an Tagen, wo ein sehr unangenehmer, trockener, kalter Nordostwind herrschte, wo also auch draußen die Luft recht trocken war, eine Luft von weniger als 45 % relativer Feuchtigkeit constatirt worden. Das komme aber auch in Privatwohnungen vor. Der Vorwurf, den man der Luftheizung in dieser Richtung mache, sei also nicht begründet. Woher komme nun aber das Gefühl einer zu trockenen Luft in den gedachten Schulklassen? Fast sämtliche Lehrer klagten, daß ihnen nach einstündigem Sprechen die Kehle trocken würde, was ihnen das fernere Unterrichten erschwere. Er (Redner) habe die Sache näher untersucht, und glaube, daß sich in dieser Beziehung leicht Abhilfe werde schaffen lassen. Die Decknungen für die Luft einführenden Canäle seien in den einzelnen Klassen zum Theil so gelegen, daß der Luftstrom von außen direct auf die Schüler resp. den Lehrer treffe. Ebenso seien die Abführungscanäle, welche die verbrauchte Luft aus dem Zimmer bringen sollen, unter Umständen so angebracht, daß der Zug den Lehrer bezw. die Schüler direct treffen müsse. Es werde sich daher empfehlen, an den Luft-Ein- und Ausführgängen Klappen anzubringen, so daß die Insassen vor einem directen Luftzuge geschützt blieben.

Nach einem Beschlusse der städtischen Behörden solle die Luftheizung im Allgemeinen als Heizsystem bei den neuzubauenden städtischen Schulen angewendet und, wie der Herr Oberbürgermeister in der stattgehabten Commissionsitzung mitgetheilt habe, auch in der am Giersberge projectirten Schule, vielleicht mit einer von der städtischen Bauverwaltung vorgeschlagenen Modification, eingeführt werden. Die Luftheizung habe für eine von vielen Kindern besuchte Schule insofern einen außerordentlichen Vortheil, als sie den Klassen immerfort, ohne besondere Anwendung von mechanischen Kräften, frische Luft zuführe. So etwas lasse sich aber nur durch Zahlen beweisen und so könne er denn auf Grund von Untersuchungen in der 6. Parallelklasse der Schule an der Dttmerstraße Folgendes anführen: Die Eingangsöffnung für die Luftheizung betrage dort 0,235 qm. Hieraus berechne sich, daß pro Secunde (mit 3 m Geschwindigkeit der einströmenden Luft) 0,705 cbm und pro Stunde 2538 cbm, also für jedes Kind (52 in der Klasse) pro Stunde 49 cbm frische Luft entfalle. Die

Hygieniker verlangten aber nur 30 cbm, es sei also in der gedachten Klasse sehr reichlich frische Luft vorhanden. Die in der Klasse bei Beginn der Stunde enthaltene Luft werde durch die Luftheizung 11 Mal vollkommen erneuert, da durch eine der Eingangsöffnung für die Luftheizung nahezu gleich große Ventilationsöffnung von 0,21 qm Fläche annähernd soviel verbrauchte und verschlechterte Luft abgeführt werde. Ähnliche Verhältnisse lägen in den anderen Klassen vor.

Ein dritter in den Commissionen zur Sprache gebrachter Punkt beziehe sich auf die Ausgangspunkte der die Luft aus den Schulzimmern abführenden Röhren. In der Schule an der Pferstraße führten diese Röhren nach oben in den Bodenraum hinein und nicht, wie in anderen Häusern, wo sie vorhanden, über das Dach hinaus. Daraus entspreche der Uebelstand, daß zu gewissen Jahreszeiten, z. B. im Frühjahr, mit der nach physikalischen Gesetzen von oben nach unten drängenden schwereren, kälteren Luft auch die auf dem Bodenraume etwa sich entwickelnden Niesstoffe bis in die unten belegenen Schulzimmer getragen würden. Auf den Böden der Schule an der Pferstraße lagerten aber verschiedene von der Jubiläumsfeier herrührende Gegenstände, welche nach Tute, Theer u. s. w. röchen und zu solchen Jahreszeiten ihren übeln Einfluß auf die Geruchsorgane in den Schulzimmern geltend machten. Dieser Uebelstand lasse sich nun einfach dadurch vermeiden, daß man die Luftabfuhr-Röhren bis über das Dach hinausleite. Dann ständen sie mit der atmosphärischen Luft in Verbindung; es könne dann nur reine Luft hereindringen und also solche auch nur in die Schulzimmer herunterkommen. Sodann würden die die Luft von außen her in die Heizkammern führenden Kanäle meist nur auf einer Seite des Gebäudes angebracht. Unter Umständen, wenn das Haus nur auf einer Seite freie Luft habe, gehe ja das selbstverständlich nicht anders. Die meisten unserer Schulgebäude ständen aber glücklicherweise vollständig frei. Wenn nun die luftzuführenden Oeffnungen, wie z. B. in der Schule an der Pferstraße, auf der Nordseite lägen, so könne auch die frische Luft nur bei Nordwind ordentlich in die Schulzimmer dringen. Es empfehle sich daher, bei Schulneubauten mehrere Oeffnungen für die Luftzuführung, zwei event. vier, an jeder Seite eine, zu schaffen, dann sei man sicher, daß bei jedem Winde ohne Anwendung weiterer Kräfte die frische Luft auch in die Schulklassen dringe.

Endlich sei bei den Commissionsverhandlungen noch die Größe der Schulbänke zur Sprache gekommen. Für unsere neueren Bürgerschulen seien sog. Hermann'sche Bänke angeschafft, deren Princip darauf beruhe, daß sie zur Grabehaltung der Schüler etwas unter die Tische hin geführt und genau der Größe der die betreffende Klasse besuchenden Schüler angepaßt sein sollen. Dies sei aber ein Ideal, welches nicht immer durchgeführt werden könne, da nicht jeder Schüler in die ihm angewiesene Bank hineinpasse. Es seien auffallende Größen Differenzen unter den Schülern derselben Klasse constatirt. So kämen in der ersten Klasse der Schule an der Pferstraße Differenzen von $1\frac{1}{2}$ Fuß vor. Wenn nun aber ein Schüler nicht ge-

nau in die Herrmann'sche Bank hineinpasse, so könne sie demselben gefährlich werden; es könnten Rückgratsverkrümmungen und sonstige nachtheilige Folgen entstehen. Es empfehle sich daher, für die Folge neben den Normalbänken auch auf Anschaffung kleinerer und größerer Sorten von Bänken in ein und derselben Klasse, resp. auf einen entsprechenden Umtausch von Bänken verschiedener Classen Bedacht zu nehmen.

Bezüglich des Bauterrains sei man in der Commission der Ansicht gewesen, daß in dieser Beziehung ein Schulhausbau am Giersberge mehr Schwierigkeiten bieten würde als ein solcher in der St. Leonhardstraße. So seien an jener Stelle z. B. die Grundwasserverhältnisse anscheinend nicht sehr günstiger Art, und es frage sich, ob nicht ein ungünstiger Grundwasserstand dem Gebäude in technischer wie sanitärer Beziehung schädlich werden könne. Ehe man also dort baue, sei eine sorgfältige Prüfung des Baugrundes nach dieser Richtung hin erforderlich. Technisch komme das Grundwasser insofern in Frage, als bei einem zu hohen Stande desselben die im Souterrain belegene Heizung einfach unbrauchbar gemacht werden könne, sanitär, weil ein mit der Sohle des Gebäudes in Berührung kommender Grundwasserstand leicht zu Erkrankungen aller Art Anlaß gebe.

Die Nothwendigkeit einer Erweiterung der Schule in der Sidonienstraße sei in der Commission allseitig anerkannt.

Die vereinigte Finanz- und Schulcommission gebe hiernach anheim, den Anträgen des Magistrats entsprechend zu beschließen:

- 1) daß zur Erweiterung und vervollständigten Einrichtung der Schule an der Sidonienstraße — einschließlich der Summe von 2700 *M.* für den Erwerb eines 7 a großen Areals vom Pflegehausgrundstücke — der Betrag von 47 500 *M.*, und
- 2) zum Zwecke der projectirten Erbauung und der Einrichtung eines Schulgebäudes am Giersberge der Betrag von 321 000 *M.* verwendet werden, für den Fall, daß zuvor dort anzustellende Grundwassermessungen ergeben haben, daß in technischer und sanitärer Beziehung der Stand des Grundwassers keine Schwierigkeiten bereiten würde;
- 3) das Stadtbauamt zur Feststellung der speciellen Bauprojecte und Kostenanschläge nach Maßgabe der bewilligten Mittel zu ermächtigen mit der Bitte an den Stadtmagistrat, durch sachverständige städtische Beamte folgende Vorschläge prüfen resp. in Erwägung ziehen zu lassen:
 - a. Uebelstände, die sich bei der Luftheizung gezeigt haben, abzustellen,
 - b. Schulbänke verschiedener Größe in jeder einzelnen Klasse anzubringen,
 - c. Windfänge, wo nöthig, an den Hauptthüren an geeigneter Stelle anzubringen,
- 4) die Beschlußfassung über die definitive Deckung der Ausführungskosten einstweilen vorzubehalten.

Herr Oberbürgermeister Voßels bemerkt, daß in der neuprojectirten Schule die Eingangsthüren, wie der Plan erweise, nur nach einer Windrichtung, nach Süden hin, angelegt seien, dort also ein Zugwind gar nicht entstehen könne; in diesem Falle würden also Windfänge überall entbehrlich sein. Auch würde bei diesem Neubau eine andere Heizungs- bezw. Ventilationsmethode zur Anwendung kommen, wozüber bereits Versuche seitens der städtischen Bauverwaltung angestellt seien. Im Uebrigen finde er gegen die Bemerkungen der vereinigten Commissionen nichts einzuwenden; sie würden im Falle der Annahme der Magistratsvorlage dem Stadtbauamte demnächst als Directive zu dienen haben. Ueber die Grundwasserverhältnisse am Giersberge werde Herr Stadtbaurath Winter genügende Auskunft geben können.

Herr Stadtbaurath Winter: Untersuchungen über die Grundwasserverhältnisse am Giersberge seien bislang nicht angestellt, namentlich hätten keine directen Messungen stattgefunden. Seines Erachtens biete der Giersberg seiner verhältnißmäßig hohen Lage wegen ein günstiges Bauterrain. Ausgrabungen an den Grenzen des katholischen Friedhofes hätten ergeben, daß, nachdem etwa auf $\frac{1}{2}$ m Tiefe Sand zu Tage gefördert worden, bis auf eine Tiefe von 2 m nur noch gelber Grand zum Vorschein gekommen sei. Das Gebäude würde sich aber so situiren lassen, daß die über der Kellersohle anzubringenden Luftkanäle von dem doch event. auftretenden Grundwasser frei bleiben würden. Jedoch möchte auch er kein Gebäude dort hinsetzen lassen, bevor nicht genaue Grundwassermessungen angestellt seien.

Herr Winter hebt als fernern Uebelstand in den neueren Schulgebäuden hervor, daß in verschiedenen Klassen namentlich während der ersten Schulsunden eine Temperatur von nur 12° herrsche. Diesem Uebelstande werde man nur dadurch abhelfen können, daß man dem Schulbedellen, welcher die Heizung, Wartung und Regulirung der Temperatur sämmtlicher Klassen zu besorgen habe, einen Gehülfen gebe. Bei den älteren Schulen mit 12 oder 14 Klassen habe dieses Geschäft wohl eine Person verrichten können, bei den neueren Schulen mit 18 oder 24 Klassen sei das nicht mehr möglich.

Redner — hier vom Herrn Vorsitzenden mit dem Bemerken unterbrochen, daß er sich zu weit von der Sache entferne — kommt sodann auf den Spielplatz der Schule an der Sidonienstraße zu sprechen, welcher bei einer Erweiterung der Schule zu 24 Klassen für 16 — 1700 Schüler auch bei der vorgeschlagenen Vergrößerung immer noch zu klein sein werde, und möglicherweise auch noch durch Hinzunahme von dem rückwärts liegenden Terrain des Pflegehausgrundstückes vergrößert werden müsse.

Was die neu zu erbauende Schule anlange, so halte er den Platz am Giersberge nicht für geeignet und er bitte, die Zustimmung zur Wahl dieses Platzes nicht zu erteilen. Bei allen Schulbauten werde in erster Linie auf einen möglichst großen Spielplatz Bedacht genommen. Hier solle eine Schule von 24 Klassen auf einem Terrain von überhaupt knapp $1\frac{1}{2}$ Morgen erbaut werden, es würde also der Spielplatz jedenfalls zu klein ausfallen. Dann solle die Schule zwischen den Husarenpferdeställen und dem Kirchhofe zu liegen kommen; diese Nachbarschaft sei aber nicht

grade angenehm zu nennen: die den Pferdeställen entsteigenden Dünste seien unangenehm und die Nähe des Kirchhofs habe etwas Antipathisches an sich. Es sei weit empfehlenswerther, einen Platz an der St. Leonhardsstraße oder Bertramstraße zu wählen. Auch bei Errichtung einer Schule in dieser Gegend würde die Schule am Bülsenwege entlastet werden können; die Kinder von der Mauernstraße u., welche jetzt nach dem Bülsenwege dirigirt würden, gehörten ja naturgemäß vor das Steintor. Namentlich aber würde für die Kinder aus dem Augustthorbezirke eine an der Bertramstraße belegene Schule wünschenswerther sein als eine an der Husarenstraße belegene.

Gegen eine Erbauung der Schule auf den Grundstücken von Humann und Hermann habe er nichts einzuwenden, besser sei es aber jedenfalls, wenn der Botsche Garten, welcher $1\frac{1}{4}$ Morgen groß und für 48000 M. zu haben sei, in Verbindung mit dahinter liegendem Terrain gewählt würde.

Sollte indessen ein mehr nach Norden zu belegenes Terrain vorzugsweise beliebt werden, so würde auch ein Theil des Herzoglichen Küchengartens, der jetzt unbenutzt daliege, sich vorzüglich zu jenem Zwecke eignen. Seine Hoheit der Herzog würde gewiß geneigt sein, dieses Terrain der Stadt zu überlassen. Auch dieser Platz sei passender gelegen als der am Giersberge, zumal, wenn es dazu kommen sollte, daß die sämtlichen 5 Schwadronen des Husarenregiments auf dem Giersberge vereinigt würden, was alsdann schon der vielen Pferde wegen sehr leicht für die Schule zu Unzuträglichkeiten führen könne. Auch sei nicht ausgeschlossen, daß das Regiment das für die Schule außersehe Terrain noch nöthig haben werde.

Herr du Roi giebt, als entschiedener Gegner der Luftheizung, zu bedenken anheim, ob es nicht besser sei, eine Wasserheizung vorzurichten, von welcher Heizmethode er nur Lobenswerthes gehört habe.

Herr Reiche: Wenn der Herr Referent in seiner Berichterstattung einerseits betone, daß ihm von Lehrern der Schule an der Pferstraße Klagen über die dortige Luftheizung zu Ohren gekommen seien, andererseits aber jene Heizmethode als eine sehr gute bezeichne, so könne dieß sehr leicht zu der irrigen Meinung führen, als hätten diejenigen Lehrer, welche sich klagend geäußert, solches ohne genügenden Grund gethan. Dieses sei indeß nicht der Fall; die Klagen seien in der That begründet. In der Theorie sei genau vorgeschrieben, wie die Luftheizung gehandhabt werden solle, wie diejenigen Klappen, welche die frische Luft einlassen, geöffnet und geschlossen werden sollen, und doch habe sich in mehreren Klassen gerade das Gegentheil von dem herausgestellt, was die Theorie als folgerichtig annehme. Die Meinungen über die Luftheizung gingen denn auch selbst bei den Sachverständigen weit auseinander. In einer Schule in Magdeburg habe man die Luftheizungs-Vorrichtungen beseitigt und wieder Defen aufgestellt. In Hamburg habe ein Lehrer wegen eines Kehlkopfleidens pensionirt werden müssen, demselben sei aber das volle Gehalt als Pension gewährt,

weil constatirt worden, daß die Lustheizung in dem betreffenden Schulgebäude Schutz an seinem Leiden sei.

Herr Reuter, welcher einer Commission angehört hat, die zum Zwecke der Besichtigung von Lustheizungsanordnungen verschiedene Städte, wie Berlin, Magdeburg, Dresden u. zu bereisen beauftragt war, spricht sich über die Resultate der mit der Kelling'schen Lustheizungsanordnung angestellten Versuche günstig aus und ist der Ueberzeugung, daß für Schulen und große Räume diese Heizmethode die geeignetste ist. Ueber die Wasserheizung habe er nicht grade Günstiges gehört; an einer Stelle in Berlin, wo sie eingeführt sei, habe man geklagt, daß die Zimmer, namentlich bei starker Kälte, nicht genügend erwärmt werden könnten. Wenn sich die Lustheizung in der Praxis nicht so zeige, wie man bei der Aufstellung erwartet habe, dann müßten die Vorrichtungen revidirt werden; seien diese in Ordnung, dann müßten sie auch gut functioniren. Eine Ventilation, bei welcher nach Angabe des Herrn Referenten auf jeden Insassen eines Schulzimmers 45 cbm frische Luft pro Stunde entfallen, könne allerdings dem Lehrer, der fortwährend zu sprechen habe, nachtheilig werden; denn ein solches Quantum frischer Luft sei zu viel des Guten. Er bitte deshalb, das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten und erst abzuwarten, welche Lustheizungsanordnung vom Stadtbauamte vorgeschlagen sei. Hinsichtlich der Wahl des Platzes seien die Ausführungen des Herrn Winter bei ihm nicht ohne Eindruck geblieben, und wenn die erforderlichen Grundstücke in der Gegend der Bertramstraße vielleicht für 50 000 M. statt für 90 000 M. zu haben wären, dann würde er dafür stimmen, daß die Schule in dieser Gegend erbaut würde.

Herr Oberbürgermeister Pockels verliest zunächst einen Passus aus einem von der städtischen Bauverwaltung an den Stadtmagistrat erstatteten Berichte, in welchem die Warmwasserheizung mit Ventilation nach dem Voß'schen Systeme in der neu zu erbauenden Schule einzurichten empfohlen wird, und wendet sich sodann gegen die von den Herren Winter und Reuter bezüglich der Platzfrage vorgebrachten Bedenken.

Der am Giersberge ausgewählte Platz biete für eine 24 klassige Schule genügenden Hofraum und aus der Nähe des Kirchhofes könne man keine Bedenken herleiten, namentlich keine sanitären, darüber sei man heutzutage nicht mehr zweifelhaft. Außerdem sei dieser Kirchhof soweit gefüllt, daß er nur noch ganz kurze Zeit benutzt werden würde. Die Nähe der Husarenpferdeställe sei auch kein Hinderungsgrund; die aufsteigenden Dünste möchten, wenn sie überall wahrnehmbar seien — denn er habe sie noch nicht empfunden — für den Einen oder Andern unangenehm sein, aber ungesund seien sie nicht. Vom Küchengarten Etwas zu acquiriren, müsse er als unmöglich hinstellen; dieser gehöre zum Sammergute und sei der Hofverwaltung überwiesen. Der von Herrn Winter erwähnte Voß'sche Garten reiche zur Aufnahme einer Schule nicht aus.

Bezüglich des von Herrn Winter geäußerten Wunsches, von dem hinter der Schule an der Sidonienstraße belegenen Pflegehausgrundstücke noch Terrain zur fernern

Erweiterung als Spielplatz zu nehmen, bemerkt Redner, daß dazu seines Erachtens ein Bedürfniß nicht vorliege, da bei Annahme der Magistratsproposition pro Kopf 4 qm Flächeninhalt entfalle, was nach den vorliegenden Erfahrungen als ausreichend anzuerkennen sei. Außerdem werde aber auch so schon das alte Armenhaus auf die Grenze zu liegen kommen, so daß also vor dessen Beseitigung, die früher oder später eintreten werde, über das nach dieser Seite hin liegende Areal nicht disponirt werden könne.

Referent bemerkt zu den Ausführungen des Herrn Winter, daß die in der Schule an der Pferstraße vorgenommenen Temperaturmessungen im Allgemeinen günstige Resultate ergeben hätten; die Durchschnittstemperatur sei 15° Reäumur gewesen. — Daß die Schule am Giersberge in die Nähe der Husarenpferdeställe zu liegen komme, sei in sanitärer Hinsicht nicht schädlich; die Schule am Sandwege habe in dieser Beziehung eine gleiche Lage. Die Vos'sche Heizungs- und Ventilationsmethode scheine vorzüglich zu sein und er persönlich begrüße es mit Freuden, wenn sie bei dieser Gelegenheit einmal zur Anwendung gebracht würde. Herrn Reich gegenüber bemerkt Redner, daß er auch die Uebelstände der Luftheizung in seinem Referate genügend hervorgehoben habe und nur der Annahme, daß die Luft durch diese Heizmethode zu trocken würde, entgegengetreten sei.

Herr du Roi erklärt sich nach Verlesung der betreffenden Stelle des Berichts der städtischen Bauverwaltung vollständig befriedigt. Er müsse bekennen, daß auch ihn bislang alle Theorie nicht von der Zweckmäßigkeit der Luftheizung habe überzeugen können; jedenfalls müßten sich die jetzigen Methoden durch bessere ersetzen lassen. Bezüglich der Platzfrage theilt Redner die Bedenken des Herrn Winter. Die Nachbarschaft des Militärs sei auch insofern störend, als die Kinder, namentlich die Mädchen, beim Fortgehen durch dasselbe genirt werden könnten. Bei der Schule am Sandwege liege die Sache anders, weil die Kinder dort meist nach der Friesenstraße und nicht nach dem Walle zu gingen.

Herr Winter: Eine fernere Erweiterung des Schulhofes an der Sidonienstraße sei immerhin erwünscht und es sei erfreulich vom Herrn Oberbürgermeister zu hören, daß, wenn es sich auch augenblicklich nicht machen lasse, doch späterhin noch ferneres Terrain vom Pflegehausgrundstücke zur Verfügung stehe: man habe also in dieser Beziehung noch etwas zu Gute.

Der am Giersberge ausgewählte Platz sei nicht so groß wie man ihn jetzt für Schulen wünsche; es sei, wie früher betont worden, ein Platz von 1½ bis 1¾ Morgen nöthig, welchen Inhalt jener Platz nicht habe. Wenn die Nachbarschaft des Friedhofs auch Erwachsene für gewöhnlich nicht genire, so verhalte sich dies doch anders bei kleineren Kindern und auch bei den Eltern der Kinder, welche eine untere Schule besuchen. Ein Vergleich mit der Schule am Sandwege sei nicht zutreffend, hier liege nur etwa ¼ Schwadron, auch seien die Luftöffnungen nach der Promenade zu belegen. Wenn die Ausdünstungen von den Pferdeställen auch nicht gerade gesundheitschädlich

seien, so könne man sie doch auch ihres Ammoniakgehaltes wegen nicht gerade als angenehm bezeichnen. — Eine Acquisition des nöthigen Terrains vom Herzoglichen Küchengarten sei seines Erachtens nicht unmöglich — Der Bos'sche Garten an der St. Leonhardsstraße reiche bei Hinzunahme von noch $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ Morgen vom Homann'schen oder Humann'schen Grundstücke für eine Schule vollständig aus und es würde dann mit einer Grunderwerbsentschädigung von 60 — 70 000 M. gereicht werden. Man habe dann aber einen mehr nach dem Augustthore zu belegenen und damit dem Zwecke besser entsprechenden Platz. Redner beantragt schließlich:

»Die Versammlung wolle zur Erbauung einer Schule auf dem Giersberge die Genehmigung versagen, sich dagegen mit dem event. beabsichtigten Ankaufe des dazu nöthigen Terrains an der Bertram- und St. Leonhardsstraße zu gedachtem Zwecke unter der Bedingung einverstanden erklären, daß dasselbe sich nach vorausgegangenen Untersuchungen als geeignet herausstellen wird.«

Herr Rieke spricht sich gleichfalls gegen den Platz am Giersberge aus; das geräuschvolle Hin- und Herziehen des Militärs mache denselben ungeeignet für eine Schule, welche eine Gegend verlange, wo möglichste Ruhe herrsche. Das Terrain an der St. Leonhardsstraße liege passender. Er wolle aber auch zu erwägen geben, ob man nicht besser thue, eine 12klassige Schule an letztgedachter Straße und eine gleich große an einer anderen geeigneten Stelle zu erbauen. Vortheilhaft sei es nicht, 24klassige Schulen zu erbauen, wenn man nicht sonst den Gedanken dabei habe, großartige Inspector- oder Directorwohnungen zu 1500 bis 2000 M. zu schaffen.

Herr Rieß hält die Nachbarschaft der Husarenställe, welche nicht einmal direct sei, für nebensächlich und wird sich, in der Ueberzeugung, daß auch die Grundwasser- verhältnisse jener Gegend günstig, dem Magistratsantrage anschließen. Sodann bittet Redner den Stadtmagistrat um Auskunft darüber, ob das hinter der Schule an der Sidonienstraße belegene alte Armenhaus, von dem es schon vor 5 Jahren geheißen habe, daß es abgebrochen werden solle, nunmehr baldigst beseitigt werden würde. Wenigstens bedürfe die dortige Einfriedigung einer durchgreifenden Reparatur, was bei dieser Gelegenheit berücksichtigt werden könne.

Herr Wolff: Auch auf ihn hätten die Bedenken des Herrn Winter Eindruck gemacht. Wenn man den Platz am Giesberge auch nicht gerade für unannehmbar erklären könne, so müsse man bei näherer Erwägung doch zugeben, daß die Errichtung einer Schule an der Bertramstraße den Vorzug verdiene. Namentlich würde den Kindern vor dem Augustthore ein zu weiter Schulweg nach dem Giersberge hin geschaffen werden. Er beantragt daher:

die Versammlung wolle sich über die Erbauung einer Schule am Giersberge heute noch nicht definitiv entscheiden, vielmehr beschließen, diesen Theil der Vorlage an den Stadtmagistrat zur nochmaligen Prüfung zurückzugeben.

Dieser Antrag wird angenommen.

Auf eine Anfrage des Herrn Rieß, ob denn auf Herstellung einer Inspectorwohnung bei dem vorliegenden Schulhausbau Bedacht genommen sei,

erwiedert Herr Oberbürgermeister Pockels, daß jetzt überall keine Inspectorwohnungen, sondern nur Pedellenwohnungen bei Schulhausbauten vorgesehen würden. Bezüglich des alten Armenhauses an der Goslarschen Straße bemerkt Redner, daß man dasselbe, wie er schon im vorigen Jahre hervorgehoben habe, entweder abreißen oder zu einer Armenarbeitsanstalt umwandeln werde, vorläufig aber an keins von Beiden gedacht werden könne, weil es voller Insassen sei, die erst nach und nach daraus entfernt werden müßten.

Darauf wird der Magistratsantrag wegen Erweiterung der Schule an der Siedonienstraße genehmigt.

V. wird nach einem von Herrn Sievers namens der Finanz-Commission erstatteten Berichte dem bezüglichlichen Magistratschreiben vom 25. Januar c. entsprechend beschlossen, zur Anschaffung des bei Einrichtung der neuen Armenbüreaux im Stadthause annoch erforderlich werdenden Mobiliars auf Grund des vorliegenden Kostenanschlags der städtischen Bauverwaltung 348 *M.* vom Dispositionsfonds der städtischen Behörden zu verwilligen.

VI. wird auf Empfehlung des Referenten der Schulcommission, Herrn Blasius, einem Magistratschreiben vom 24. Januar c. entsprechend beschlossen:

- 1) den Stadtmagistrat zur Ermichtung des Locals in der Wiefeneder'schen Musfischule für 500 *M.* auf ein Jahr zu ermächtigen,
- 2) die auf 170 *M.* + 185 *M.* = 355 *M.* veranschlagten Einrichtungskosten, sowie
- 3) für extraordinaire Beschaffung von Lehrmitteln 200 *M.* zu bewilligen, auch
- 4) sich damit einverstanden zu erklären, daß der Bürgerschulcasse zur Deckung der sub 1 bis 3 gedachten Kosten, je nach Bedarf, ein nachträglicher Credit von bis zu 1055 *M.* aus dem Dispositionsfonds der Stadtcasse ertheilt werde.

VII. beschließt die Versammlung nach einem von Herrn Wolff für die Finanzcommission erstatteten Berichte dem betreffenden Marginalschreiben des Stadtmagistrats vom 1. v. Mts. gemäß, zum Zwecke der Knabenbewahranstalt, außer den bereits durch den Etat verwilligten 200 *M.* annoch 300 *M.* aus dem Fonds der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde (Ausgabe Cap. V. des Etats) zu verwilligen.

VIII. Mittelft Schreibens vom 24. v. Mts. beantragt der Stadtmagistrat zur Beschaffung von 5000 Formularen zu Bürgerscheinen 1059 *M.* vom Dispositionsfonds (Cap. XIV 7 des Etats) zu verwilligen.

Herr Semler empfiehlt namens der Finanzcommission, dem Antrage zu entsprechen, was geschieht, nachdem auf eine von Herrn Günther bei Besichtigung des circulirenden Probeformulars gestellte Anfrage, ob sich die Formulare nicht billiger beschaffen ließen, von Herrn Stadtrath Petemeyer erwiedert war, daß die angeforderte Summe als eine verhältnißmäßig geringe zu erachten sei.

IX. berichtet Herr du Roi für die Statutencommission über ein Magistrats-schreiben vom 24. Januar c., in welchem die Versammlung ersucht wird, sich damit einverstanden zu erklären, daß die vor dem Augustthore belegene städtische Bleicher- oder Schnackentertwiese dem Gymnasiallehrer Hermann hieselbst zum Zwecke der Benützung seitens des Eisbahnvereins vom 1. Januar d. J. an zum Preise von 400 M. p. a. und unter den sonstigen stipulirten (vom Referenten verlesenen) Bedingungen verpachtet werde.

Auf Befürwortung der Commission wird der Magistratsantrag genehmigt.

X. wird nach einem Berichte des Referenten der Statutencommission, Herrn Reuter, dem bezüglichlichen Marginalschreiben des Stadtmagistrats vom 15. v. Mts. entsprechend beschlossen, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem pens. Armenboten Schachel die im Erdgeschoße des vormaligen Stadtcassengebäudes rechtsseitig vom Hauseingange belegenen Räume vom 1. April d. J. an unter gewissen Bedingungen unentgeltlich zur Wohnung eingeräumt werden.

Nachdem schließlich noch

XI. die Versammlung auf einen von Herrn Zellgmann namens der Finanzcommission erstatteten Bericht einem Ersuchen des Stadtmagistrats vom 20. v. Mts. gemäß beschlossen hat, eine Ueberschreitung des Statsansatzes für Unterhaltung des Gebäudes des ehemaligen Catharinenschulgebäudes pro 1882 von 215 M. 15 S. gutzuheissen,

wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In längerer vertraulicher Sitzung gelangen noch folgende Gegenstände zur Berathung bezw. Beschlussfassung:

- 1) Pensionirung einer Lehrerin,
- 2) Entscheidung über einen Antrag auf Entbindung vom Amte eines Armenpflegers,
- 3) Steuerreclamationen.

1883.

(Fortsetzung der Beilage zu N. 81 de 1883
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 5.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 12. April 1883.

Öffentlich:

Selbstständiger Antrag des Herrn Wolff, betr.

- I. Einführung allgemeiner Straßensprengung.

Vorlagen des Stadtmagistrats, betreffend:

- II. rev. Regulativ für die Gas- und Wasserwerke,
III. Aenderung des Statuts, betr. Untersuchung eingeführten Fleisches,
IV. Ermächtigung zu Klage-Erhebungen wegen einer der Stadt cedirten Forderung für
Inserate und wegen Testamentsabgabe,
V. Entscheidung über eine gegen Feststellung einer Baulinie in der Kleinen Burg erhobene
Einsprache,
VI. Verkauf von Straßenterrain an der Ecke von Friedrich-Wilhelmsstraße und Kat-
treppeln,
VII. Errichtung von Bedürfniskanälen,
VIII. Unterstützung des Kassehlers im sog. Kasanenhölzchen,
IX. Bewilligung der Mittel zur Publikation der Arbeit des ersten städtischen Baubeamten
über die Burg Dankwarderode.

Interpellation des Herrn von Seckendorff betr.

- X. Canalisirung der Wolfenbüttler Straße, der Spielmannsstraße und der Schleini-
straße.

Selbstständiger Antrag des Herrn Reiche, betr.

- XI. Die Ueberbrückung der Oker an der Rasch.

Selbstständiger Antrag des Herrn Günther, betr.

- XII. Die Erweiterung der hiesigen Freibadanstalt.

Vertraulich:

- 1) Entscheidung über einen Antrag auf Entbindung vom Amte eines Beisizers einer
Steuer-Einschätzungs-Commission,
2) desgl. über Anträge auf Entbindung vom Amte eines Armenpflegers.

Entschuldigt die Herren Jasper und Zellgmann. — Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Vockels, Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Haake und Stadtrath Kettemper.

Es liegen vor:

- 1) folgende Anfrage des Herrn von Seckendorff an den Stadtmagistrat:
ob die Canalisirung der Wolfenbütteler Straße, der Spielmannsstraße und der Schleinitzstraße, zu deren theilweise für den Herbst 1882 in Aussicht gestellter Ausführung die Genehmigung der Versammlung in der Sitzung vom 31. August v. J. ertheilt wurde, in nächster Zeit in Angriff genommen werden wird und ob eine baldige Genehmigung des Statuts die Entwässerung der Stadt Braunschweig betr. von Seiten der Herzoglichen Landes-Regierung zu erwarten ist?
- 2) ein selbstständiger Antrag des Herrn Reiche:
die Versammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, möglichst bald eine Vorlage, die Ueberbrückung der Oker an der Masch betr., zu machen,
- 3) ein selbstständiger Antrag des Herrn Günther:
In Erwägung, daß die hiesige Freibadeanstalt sowohl in Bezug auf die Größe des Bassins als die ganze Einrichtung dem heutigen Bedürfnisse nicht mehr entspricht, wolle die Versammlung den Stadtmagistrat ersuchen, sich einverstanden zu erklären mit:
 - a. der Erweiterung der Anstalt entweder durch Vergrößerung des jetzigen Bassins oder Anlegung eines zweiten, ferner
 - b. der Herrichtung von Hallen, Zellen und Anschaffung von Bade-
utensilien,
 und eine entsprechende Vorlage zu machen.

Eine Beantwortung der Anfrage hat der Stadtmagistrat für heute bereits zugesagt; die Anträge finden nach Erledigung der Tagesordnung ihre Motivirung.

Zur Tagesordnung übergehend

I. berichtet Herr Sievers im Namen der Finanzcommission über den von Herrn Wolff in der Sitzung vom 14. December v. J. eingebrachten Antrag:

»an den Stadtmagistrat das Ersuchen zu richten, einen allgemeine Straßensprengung der innern Stadt, der Promenaden und der belebteren Vorstadtsstraßen auf Kosten der Stadtcasse bez. aus den Ueberschüssen der städtischen Gas- und Wasserwerke während der wärmeren Monate und zwar v. J. 1883 an, in Erwägung zu ziehen und darüber baldthunlichst eine Vorlage an die Versammlung gelangen zu lassen.«

Der Gegenstand hat Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung seit dem Jahre 1876 schon mehrfach beschäftigt; er ist zuerst angeregt vom Hohen- und Wilhelmthordistrictsvereine, später vom Verein für öffentliche Gesundheitspflege. Man hat allseitig eine derartige Maßregel nicht nur als wünschenswerth sondern sogar als nothwendig anerkannt, ist aber besonders wegen des Kostenpunktes noch zu keinem Schlusse gekommen. Der Magistrat und die Direction der Gas- und Wasserwerke haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Kosten eigentlich von den Anliegern zu tragen seien, die das Hauptinteresse dabei hätten und es hat i. J. 1879 auf Antrag des Magistrats die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, daß in der Zeit von Mitte März bis Ende September jeden Jahres an allen trockenen und staubigen Tagen die Fahrwege der Wallpromenaden besprengt und die Eigenthümer der an den Wallpromenaden belegenen Grundstücke zur Tragung der Kosten des Besprengens der Hälfte der Fahrbahn mit herangezogen werden sollten. Bei Ausarbeitung des bezüglichen Statuts sind dem Magistrat Zweifel darüber gekommen, ob er überall berechtigt sei, von den Anliegern Abgaben für Straßensprengung zu erheben. Der Magistrat hat sich deshalb an Herzogliches Staatsministerium mit der Bitte gewandt, über diese Principienfrage eine Entscheidung zu treffen. Eine Antwort ist bislang nicht erfolgt.

Referent führt aus, daß die Kosten einer Besprengung, wie sie Antragsteller vorgeschlagen, allerdings sehr bedeutend seien. Die Finanzcommission habe sich deshalb auf einen anderen Standpunkt gestellt. Sie habe geglaubt, daß man schon dadurch den Wünschen vieler entgegenkomme, wenn man nur auf eine Besprengung der größeren Plätze der Stadt, der Promenaden und der Hauptstraßen der Vorstädte Bedacht nehme. Dieses würde nach einer Berechnung der Direction der Gas- und Wasserwerke, abgesehen von den Kosten des Wassers, für Anschaffung der Wagen, für Zinsen, Amortisation u. etwa 4400 *M.* jährlich kosten. Bei einer Besprengung der ganzen Stadt würde sich diese Summe auf 22 000 *M.* erhöhen. Letztgedachte Besprengung würde einschließlich der Kosten des Wassers, zu 6600 *M.* Einkaufspreis gerechnet, 28 600 *M.* kosten, und vor solcher Ausgabe sei die Commission zurückgeschreckt. Eine Besprengung wie sie die Commission im Auge habe, liege nun aber nicht bloß im Interesse der Anwohner sondern vorzugsweise im Interesse der ganzen Bevölkerung, es müsse also auch die Gemeinschaft für diese Wohlthat aufkommen, mithin die Stadt die Kosten tragen. Die Commission empfehle deshalb im Einverständnisse mit dem Herrn Antragsteller:

an den Stadtmagistrat des Ersuchen zu richten, eine Straßensprengung auf den größeren Plätzen der Stadt, auf der Promenade und auf den noch bestimmt zu bezeichnenden Hauptstraßen der Vorstädte auf Kosten der Stadtcasse, bezw. aus den Ueberschüssen der städtischen Gas- und Wasserwerke, während der wärmeren Monate in Erwägung zu nehmen

und darüber baldthunlichst eine Vorlage an die Versammlung gelangen zu lassen.

Einzelne Straßen herauszugreifen, würde zu Unzuträglichkeiten führen und Anlaß zu Klagen von vielen Seiten geben. Zu bemerken sei noch, daß in den ganz engen Straßen das Sprengen sich nicht empfehle, weil diese ohnehin eher zu feucht als zu trocken seien.

Herr Reuter macht zunächst Mittheilung von den in d. J. 1879—1882 ausgeführten Straßensprengungen, woraus hervorgeht, daß die Theilnahme an der Besprengung fortwährend im Steigen begriffen ist. Im letzten Jahre, welches seiner vielen Niederschläge wegen zur Gewinnung von neuen Abonnenten nicht grade sehr angethan gewesen, seien die veranlaßten Kosten von 4000 M. durch Erhebung der Abgabe von 5 A pro qm gedeckt worden. Er habe schon früher bei ähnlicher Gelegenheit bemerkt, daß grade die Lage Braunschweigs nicht geeignet sei, die Besprengung in der bisherigen Weise zu weiterer Ausdehnung zu bringen, weil die vielen Regentage nicht zum Abonniren aufmunterten. Die Nachbarstädte Hannover, Magdeburg, Berlin u. s. w. seien in dieser Beziehung günstiger gelegen.

Bei einer Besprengung des ganzen Stadtgebiets, soweit die Wasserröhren verlegt sind, würde gegen sonst eine siebenfache Fläche, etwa 545 000 qm, in Betracht kommen, es würde dann also auch der Wagenpark von 3 auf 21 Wagen vergrößert werden müssen. Bezüglich des Antrags der Finanzcommission bemerkt Redner, daß die Besprengung einzelner Straßen, welche ja auch in demselben empfohlen werde, doch Anlaß zur Unzufriedenheit der Bewohner der nicht berücksichtigten Straßen geben würde; seiner Meinung nach sei es daher besser, wenn man die größere Ausgabe nicht scheue und eine allgemeine Sprengung einführe.

Herr Riecke ist derselben Ansicht. Bei Durchführung einer Besprengung, wie sie die Commission beantrage, würden Straßen, wie beispielsweise die Bahnhofstraße, die grade der Besprengung am dringendsten bedürften, übergangen werden; man erreiche dann also doch nicht den Zweck, den man in sanitärer Beziehung anstrebe.

Herr Kybik betont, daß die Commission bei ihren Vorschlägen eine Besprengung derjenigen Plätze und Straßen im Auge gehabt habe, welche sämmtlichen Bewohnern der Stadt zum Ergehen und zur Erholung dienten (die Ballpromenaden und die aus den Thoren führenden Hauptstraßen). Sie habe in Rücksicht auf die finanzielle Decke, nach der man sich strecken müsse, nicht auf das Interesse der Anlieger, sondern nur auf das Interesse des in Straßen und Wegen verkehrenden Publikums Bedacht genommen. Danach sei die Auswahl getroffen.

Herr Wolff schließt sich in seinen Ausführungen dem Herrn Vorredner an.

Auf eine Anfrage des Herrn Rieß, ob denn bei Erweiterung der Besprengung eine Vergrößerung des Fuhrparks nothwendig sei oder ob die Besprengung nicht, wie

er das vielfach in anderen Städten gesehen habe, unmittelbar aus den Hydranten seitens der betr. Mannschaften vorgenommen werden könne,

erwiedert Herr Reuter, daß letztgedachtes Verfahren wohl einzuführen sei, das- selbe aber leicht Unzuträglichkeiten für die Passanten mit sich bringe. — Wenn jetzt angefangen werde, einzelne Straßen ohne Heranziehung der Anwohner zu sprengen, so werde dies Vorgehen bald dahin führen, daß mit Ausnahme der engen Straßen, wie z. B. der Stecherstraße, überall in der Stadt gesprengt würde. Dem Publikum sei es nun einmal schwer deutlich zu machen, daß grade diejenigen Straßen, die herausgegriffen würden, auch der Besprengung am dringendsten bedürften.

Der Antrag der Finanzcommission wird darauf angenommen, nachdem noch durch den Referenten der Commission auf Anfrage des Vorsitzenden constatirt war, daß der Commissionsantrag seinem Sinne nach bezwecke, schon heute eine Erklärung der Versammlung für die Straßensprengung im vorbezeichneten Umfange herbeizuführen, und nicht etwa nur eine Erwägung der Frage (ohne Kundgebung einer bestimmten eigenen Ansicht) Seitens des Stadtmagistrats zu veranlassen.

II. Das im Jahre 1869 festgestellte Regulativ über die Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke hat der Stadtmagistrat mit Rücksicht auf die seitdem veränderten Verhältnisse einer Revision und dabei namentlich einer Umgestaltung insofern unterzogen, als für die Folge die Ueberschüsse an die Stadtcasse abzuliefern sein würden. Mittelft Schreibens vom 28. November v. J. hat der Magistrat nach Anhörung der Verwaltungs-Deputation einen nach dieser Richtung hin ausgearbeiteten Entwurf mit dem Antrage auf Genehmigung unterbreitet.

Die Statutencommission, für welche Herr Lüderßen berichtet, hat den fraglichen Entwurf geprüft und hält einige Aenderungen bezw. Zusätze für wünschenswerth. Referent verliest den Entwurf, dabei an den betreffenden Stellen die Beweggründe hervorhebend, welche die Commission zur Empfehlung der gedachten Modificationen veranlaßt haben, und giebt schließlich die Genehmigung des so modificirten Regulativ-Entwurfs anheim.

Ohne Debatte wird der gedachte Entwurf mit den Zusätzen und Aenderungen der Commission (die in dem Schreiben der Versammlung an den Stadtmagistrat vom heutigen Tage speciell zum Ausdruck gebracht sind) genehmigt.

Ferner

III. berichtet Herr Lüderßen für die Statutencommission über die Magistratsvorlage vom 1. v. Mts., die Aenderung des Statuts wegen Untersuchung eingeführten Fleisches betreffend.

Herzogliches Staatsministerium ist auf einen Beschluß der Stadtverordneten vom 20. April v. J. ersucht worden, eine Erweiterung des §. 2 des Gesetzes vom 12. April 1876

Al 40, die Errichtung öffentlicher Schlachthäuser in den Gemeinden des Herzogthums betreffend, dahin zu erwirken, daß nicht allein alles zum Verkaufe und Genuße von Außen her in die Gemeinde gebrachte Fleisch vor dem Uebergange in den freien Verkehr, sondern auch das zum Genuße von auswärts gekaufte und in die Gemeinde eingeführte Fleisch alsdann und zwar vor der Aushändigung an den Käufer der Untersuchung zu unterwerfen sei, wenn dasselbe von gewerbsmäßigen Schlachtern oder Händlern mit Fleisch eingebracht wird.

Herzogliches Staatsministerium hat mittelst Rescripts vom 12. Juli v. J. erklärt, daß eine zuvorige Abänderung des gedachten Gesetzesparagraphen zur Erreichung des gewünschten Zweckes nicht erforderlich sei, vielmehr nichts im Wege stehe, der betreffenden statutarischen Vorschrift auch ohne das folgende Fassung zu geben:

»In gleicher Weise sind Schlachtwaaren, welche hiesigen Einwohnern nicht behuf gewerbsmäßiger Verwerthung, sondern lediglich für ihren häuslichen Bedarf von Außen her auf vorherige Bestellung zugeführt werden, vor der Aushändigung an die Besteller rücksichtlich ihrer gesundheitlichen Beschaffenheit zu untersuchen.«

Zugleich hat Herzogliches Staatsministerium für den Fall, daß die städtischen Behörden eine dementsprechende Abänderung des zweiten Absatzes des §. 1 des Statuts vom 18. Juni 1880 Al 33 beschließen sollten, seine Genehmigung dazu im Voraus erteilt. Auf eine vom Magistrate gegen diese Verfügung erhobene Vorstellung ist Herzogliches Staatsministerium nicht eingegangen.

Die städtischen Behörden sind nun vor die Frage gestellt, ob sie die vom Herzoglichen Staatsministerium vorgeschlagene Fassung annehmen, damit aber ohne Ausnahme alle von auswärts eingeführten Schlachtwaaren, mögen dieselben hier zum Verkaufe angeboten werden oder auswärts bestellt sein, mögen dieselben zur gewerbsmäßigen Verwerthung oder lediglich zum häuslichen Bedarfe dienen, der Untersuchung unterstellen, oder aber die gegenwärtige Bestimmung im Absatz 2 des §. 1 leg. cit. bestehen lassen sollen.

Obwohl der Magistrat nun nicht verkennt, daß den hiesigen Einwohnern bezüglich der von auswärts auf Bestellung bezogenen Fleischwaaren durch die vom Herzoglichen Staatsministerium vorgeschlagene Fassung der fraglichen Bestimmung eine unliebsame Erweiterung auferlegt werden wird, so glaubt derselbe doch das Hauptgewicht auf die sanitären Rücksichten legen zu sollen und er giebt daher mit Rücksicht auf die nach den bisherigen statutarischen Bestimmungen möglich gewesen schweren Unzuträglichkeiten anheim, sich mit der vom Herzoglichen Staatsministerium vorgeschlagenen Fassung einverstanden zu erklären.

Der Herr Referent führt aus, daß die Statutencommission bei der Berathung dieses Gegenstandes die verschiedenen unliebsamen Beschränkungen, welche mit der Einführung der vom Herzoglichen Staatsministerium vorgeschlagenen Fassung ver-

bunden, wohl erwogen habe; sie sei sich aber dahin schlüssig geworden, daß, wenn Herzogliches Staatsministerium die von der Versammlung gegen eine etwaige Rechtskräftigkeit der betreffenden statutarischen Bestimmung erhobenen Bedenken nicht theile, auch die Versammlung diese Bedenken nicht zu hegen brauche. In der Sache selbst seien die Ansichten in der Commission getheilt gewesen. Man sei zweifelhaft darüber gewesen, ob man die bisherige Fassung der betreffenden Bestimmung bestehen lassen und die Unzuträglichkeiten, welche die Umgehung der Bestimmung mit sich bringe, mit in Kauf nehmen solle, oder ob man durch Acceptirung der vom Herzoglichen Staatsministerium vorgeschlagenen Fassung den sanitären Standpunkt in den Vordergrund schieben solle. In der Mehrheit habe man sich schließlich für das Letztere entschieden.

Herr Riecke befürchtet, daß die Annahme des Magistratsantrags im bürgerlichen Leben viele Unannehmlichkeiten zur Folge haben, auch damit Fälle, wie das neuliche Auftreten der Trichinosis, nicht aus der Welt geschafft werden würden.

Herr Schwarzenberg weist auf die Belästigungen hin, welche dem Publikum bei Annahme der vom Herzoglichen Staatsministerium vorgeschlagenen Fassung auf der Post oder dem Bahnhofe erwachsen würden und spricht sich für Beibehaltung der ursprünglichen Fassung aus.

Herr Blasius bittet dem Commissionsantrage zuzustimmen. Wenn auch einige Unbequemlichkeiten mit in Kauf genommen werden müßten, so habe man doch den großen Vortheil der Sicherheit, daß der Stadt nur gesunde Fleischwaaren zugeführt werden würden. Dann werde man auch erst den wahren Nutzen des Schlachthauses empfinden.

Herr du Roi hält für wünschenswerth, daß das Wort »Bestellung« durch ein anderes, das Kaufgeschäft besser präcisirendes Wort ersetzt werde, damit solche Waaren, welche Freunde, Eltern und Kinder, Soldaten und Angehörige einander zuschicken, Waaren, die also factisch bestellt aber nicht bezahlt werden, von dem Untersuchungszwange ausgeschlossen blieben.

Herr Oberbürgermeister Rittmeyer: Der Magistrat habe in einem frühern an die Versammlung gerichteten Schreiben hervorgehoben, daß eine Anzahl auswärtiger Schlachter ein förmliches Geschäft daraus machten, eine große Menge Fleischwaaren auf Bestellung einzuführen, ja, daß sogar nicht bestellte Fleischwaaren unter dem Vorgeben, sie seien bestellt, eingeführt würden. Alle diese Waare komme ununtersucht in die Stadt. Welche erheblichen sanitären Nachtheile daraus entstehen könnten, ganz abgesehen von der Beeinträchtigung des hiesigen Schlachtergewerbes, brauche nicht weiter wiederholt zu werden. Mit welcher Gewissenlosigkeit die Einführung schlechter Fleischwaare betrieben werde, sei durch die neuesten Vorkommnisse hinlänglich erwiesen. Es komme sogar vor, daß auswärtige Schlachter, obgleich sie wüßten, daß am hiesigen Markte das Fleisch untersucht werde, total ungenießbare Waare an den Markt brächten, so daß schon zu wiederholten Malen Fleisch habe

confiscirt werden müssen. Wenn die Gewissenlosigkeit aber soweit gehe, dann dürfe man gar nicht daran denken, welche Sorten von Fleischwaaren unter der Hand in Kiepen und Körben in die Stadt gebracht würden. Er bitte das Hauptgewicht auf die sanitäre Seite zu legen; die Belästigungen seien auch nicht so groß als es auf den ersten Blick scheine. Die Sendungen, welche Herr du Roi hervorhebe, würden auch nicht durch die vorgeschlagene Bestimmung getroffen. Allen denjenigen, die auswärtige Fleischwaaren der Billigkeit wegen zu kaufen wünschten, sei genügende Gelegenheit dazu auf dem Markte gegeben und es sei wünschenswerth, daß derartige Geschäfte grade auf den Marktverkehr beschränkt blieben, denn dort habe man Controle.

Im Verlaufe der fernerer Debatte, an welcher sich außer dem Herrn Referenten die Herren Rieß, Wilke, Semler, Heymann, Schwarzenberg, Wolff, Winter und Bürgermeister Rittmeyer theilnehmen, empfiehlt Herr Semler, an Stelle von »auf vorgängige Bestellung« zu setzen »auf Grund eines entgeltlichen Rechtsgeschäfts« und beantragt, an die Annahme des Magistratsvorschlages das Ersuchen an den Stadtmagistrat zu knüpfen, derselbe wolle dahin wirken, daß Herzogliches Staatsministerium sich mit dieser Aenderung einverstanden erkläre.

Dieser Antrag wird angenommen, sodann auch der des Magistrats bez. der Commission.

Der Herr Vorsitzende bemerkt noch: Nach dieser Beschlußfassung liege also die Sache so, daß, wenn Herzogliches Staatsministerium Bedenken tragen sollte, der gedachten Modification zuzustimmen, es bei der von demselben empfohlenen Fassung sein Bewenden behalten würde.

IV. wird auf einen von Herrn Heymann für die Statutencommission erstatteten Bericht beschloffen, den Schreiben des Stadtmagistrats vom 5. v. Mts. entsprechend sich damit einverstanden zu erklären, daß

- 1) gegen einen hiesigen Einwohner wegen des von demselben noch zu zahlenden 60 *M.* betragenden Restes einer von dem Buchdruckereibesitzer Schünemann in Bremen gestellten, der hiesigen Stadt zu Gunsten der Armen-casse cedirten Forderung für Inserate,
- 2) gegen einen hiesigen Einwohner wegen der von demselben von einer Erbschaft an die Armen-casse annoch zu entrichtenden Abgabe von 150 *M.* 28 *S.* Klage erhoben werde.

V. Der Uhrmacher Kohlrig hat gegen die von den städtischen Behörden beschlossene Baulinie an der Schuhstraße und der kleinen Burg hieselbst Einspruch erhoben. Die von demselben vorgetragenen Gründe berühren aber nicht sowohl das öffentliche, als vielmehr das Privatinteresse desselben. Da nun aber das letztere dem

öffentlichen Interesse bei Feststellung von Ortsbauplänen weichen muß, bei der demnächstigen Ermittlung der zu leistenden Entschädigungen aber volle Berücksichtigung finden wird, so giebt der Magistrat in seinem Schreiben vom 13. v. Mts. anheim, den erhobenen Einwand als unbegründet zurückzuweisen.

Herr Lüderßen ersucht namens der Statutencommission, den Magistratsantrag zu genehmigen, was ohne Weiteres geschieht.

VI. wird nach einem Berichte des Referenten der Statutencommission, Herrn Munte, beschloffen, sich dem Schreiben des Stadtmagistrats vom 18. Januar c. entsprechend damit einverstanden zu erklären, daß dem Musiklehrer Steckhahn bei Gelegenheit des Neubaus seines an der Ecke des Rattreppeln und der Friedrich-Wilhelmstraße *N*. ass. 246 belegenen Wohnhauses 26 qm Straßenterrain (wie solches seiner Lage nach aus dem vom Referenten in Circulation gesetzten Situationsplane näher zu ersehen) zum Preise von 40 *M.* pro qm käuflich überlassen, auch die Baulinie danach geändert werde.

VII. Mittelft Schreibens vom 15. v. Mts. hat der Stadtmagistrat das Ersuchen an die Versammlung gerichtet, sich damit einverstanden zu erklären, daß an Stelle der auf dem Damme zwischen den Häusern Nris. 20 und 21 projectirten Bedürfnisanstalt, nachdem seitens Herzoglicher Kreisdirection die Erlaubniß zu der Anlage an jener Stelle versagt worden, eine solche auf dem Bohlwege an der auf dem vorgelegten Situationsplane bezeichneten Stelle errichtet werde, auch die dadurch entstehenden Mehrkosten zu verwilligen; ferner: zur Anlage einer Bedürfnisanstalt vor dem Wilhelmithore als Ersatz der dort provisorisch hergerichteten die Genehmigung zu ertheilen und die dazu erforderlichen Mittel von 2500 *M.* zu verwilligen.

Herr Munte berichtet namens der Statutencommission über diese Vorlage, indem er die betreffenden Zeichnungen in Circulation setzt, und giebt die Genehmigung der Anträge anheim.

Nachdem Herr Wolff bemerkt hat, daß zur Vermeidung von ferneren Unzuträglichkeiten eine baldige Herstellung der sämmtlichen projectirten Bedürfnisanstalten höchst wünschenswerth sei,

werden die Magistratsanträge angenommen.

VIII. wird auf Antrag der Statutencommission, für welche Herr Neuter berichtet, beschloffen, ein an die Versammlung gerichtetes Unterstützungs-Gesuch des Aufsehers im sog. Fasanenhölzchen, als zur weiteren Behandlung in der Versammlung ungeeignet, dem Stadtmagistrate zur Kenntnißnahme und etwaigen weiteren Veranlassung zu überweisen.

IX. berichtet Herr Kybik über eine Magistratsvorlage vom 5. d. Mts., betr. den Druck der Arbeit des Stadtbauraths Winter über die Burg Dankwarderode. Zur Uebernahme des Drucks habe sich eine Berliner Firma und die hiesige Verlagsbuchhandlung von S. H. Meyer bereit erklärt. Der Magistrat hält ein Abkommen mit letztgedachter Firma für am billigsten und angemessensten. Dieselbe fordere für Herstellung von 300 Exemplare 3800 *M.* 100 Exemplare erhalte die Stadt und 200 Exemplare würden à 12,5 *M.*, also zu 2500 *M.* verkauft werden können, so daß eine definitive Ausgabe von etwa 1300 *M.* entstehen würde.

Der Magistrat beantragt sonach, zu vorgedachtem Zwecke vorläufig 3800 *M.* zu bewilligen —

ein Antrag, welcher auf Befürwortung der Commission ohne Weiteres genehmigt wird.

X. motivirt Herr v. Seckendorff seine Eingangs erwähnte Interpellation folgendermaßen:

Im vergangenen Herbst habe der Herr Oberbürgermeister bei Gelegenheit einer Verhandlung in Aussicht gestellt, daß die gedachten Straßen in allernächster Zeit canalisirt werden würden. Da ihm (Redner) die Verwaltung der Schleinitzstraße obliege, so habe er Veranlassung genommen, mit dem Oberingenieur Mitgau hierüber Rücksprache zu nehmen, wobei ihm von Herrn Mitgau auseinandergesetzt worden, daß diese Arbeit nicht so schnell auszuführen sei, daß sie vielmehr, wenn es sich um Herstellung eines großen gemauerten Kanals handle, längere Zeit erfordere. Nun sei man schon wieder im vierten Monate dieses Jahres, wo derartige Arbeiten zweckmäßig vorgenommen werden könnten, ohne daß seines Wissens die Sache im Geringsten weiter gekommen sei. Er brauche nicht zu erwähnen, was für unerträgliche Zustände nachgerade daraus hervorgegangen seien, daß man diese Canalisationsfrage immer mit der Abfuhrfrage zusammenwerfe. Seiner Ansicht nach seien das zwei ganz von einander verschiedene Sachen. Er sei der Ansicht, daß für den größten Theil unserer Bevölkerung ein Closetsystem, so angenehm dasselbe für den Augenblick sei, schon deshalb nicht ausführbar sei, weil, wenn man derartige Anlagen im Hause habe, fast kein Jahr vergehe, wo nicht mehr oder weniger kostspielige durch Frost u. veranlaßte Reparaturen erforderlich würden. Aus Closetsanlagen entspringende Nachtheile könnten sich also nicht größer herausstellen, als sie jetzt schon vorhanden seien, wenn überhaupt Nachtheile dadurch verursacht würden. Seiner Ansicht nach sei es daher dringend nothwendig, diese Angelegenheit einmal wieder in Anregung zu bringen und es solle ihn freuen, wenn der Herr Oberbürgermeister Auskunft dahin geben könne, daß eine Abhilfe der in dieser Beziehung vielerwärts in der Stadt vorherrschenden Mißstände in Aussicht stehe.

Herr Oberbürgermeister Dockels: Er stimme dem Herrn Interpellanten voll-

ständig darin bei, daß unsere Canalisationsfrage schon seit langer Zeit eine höchst brennende sei. Aus eigenen Wahrnehmungen müsse er leider bestätigen, daß die fortdauernde Ungewißheit über das Schicksal unseres Canalisationsprojects die wirthschaftlichen Interessen eines kleineren Theils unserer Einwohnerschaft schon nach verschiedenen Richtungen hin empfindlich geschädigt habe und noch mehr zu schädigen drohe. Der Versammlung sei bekannt, daß im Herbst 1881 im Princip ein vom Oberingenieur Mitgau ausgearbeitetes Project über die Stadtentwässerung genehmigt, auch ein auf diesem Projecte beruhendes Entwässerungsstatut festgestellt und dem Herzoglichen Staatsministerium jener Zeit unterbreitet sei. Auf eine vor etwa Jahresfrist in der Versammlung an den Stadtmagistrat gerichtete Anfrage über den Stand der Angelegenheit habe dieser sich bereit erklärt, die Erledigung der Angelegenheit bei Herzoglichem Staatsministerium nochmals in Erinnerung zu bringen. Das sei geschehen. Der Magistrat habe nun auch unterm 9. Februar d. J. einen Bescheid dahin erhalten, daß, bevor wegen des von den städtischen Behörden festgestellten Statuts überhaupt Verfügung getroffen werden könne, die Ausführbarkeit der Canalisation selbst und zwar auf Grund des Wassergesetzes nachgewiesen werden müsse. Es bestimme nämlich §. 85 des Wassergesetzes: »Wer das Recht zur Benutzung eines öffentlichen Gewässers, um denselben von seinem Grundstücke durch besondere Vorrichtungen abgeleitetes Wasser zuzuführen, erwerben will, bedarf der Verleihung dieses Rechts.« Der Magistrat hatte sich stadtseitig auf den Standpunkt gestellt, daß er sagte, er bedürfe der Verleihung dieses Rechtes nicht, weil er dasselbe schon besitze: Es handle sich nämlich bei dem Canalisationsprojecte nicht um eine neue Anlage, ein neues System oder ein neues Verfahren, sondern lediglich um Verbesserung schon lange bestehender Zustände, die im Laufe der Zeit durch ihre Unzulänglichkeit gradezu unerträglich geworden. Das Regen- und Schmutzwasser der ganzen inneren und auch eines großen Theils der bebauten Außenstadt sei naturgemäß seit undenklichen Zeiten auf directem und indirectem Wege in den Canal und durch diesen in die Dfer geleitet. Dadurch sei man veranlaßt worden, ein einheitliches Canalnetz festzustellen, durch welches, an einem oder einzelnen wenigen Punkten centralisirt, das sämtliche Regen- und Schmutzwasser der Dfer aus der Stadt zugeführt werden solle, welches derselben jetzt von vielen gewissen Stellen einzeln zugeführt werde. Diesen Standpunkt, daß die Stadt das Recht habe, das Regen- und Gebrauchswasser der Dfer zuzuführen, nehme er auch jetzt noch ein. Nachdem Herzogliches Staatsministerium nun einmal erklärt habe, daß das vorgeschriebene Verfahren erst eingeleitet werden müsse, so habe der Magistrat unter Wahrung seiner eben bezeichneten Rechtsansprüche unterm 29. März bei der zuständigen Herzoglichen Kreisdirection den Antrag gestellt, der Stadt die Erlaubniß zur Einführung der Abwässer in die Dfer nach Maßgabe des vorgelegten Planes zu ertheilen. Der Magistrat habe sich zu diesem Antrage, den er von seinem Standpunkte aus nicht für geboten erachtete, um so mehr veranlaßt

gesehen, als auch Herzogliche Kreisdirection inzwischen Bedenken geäußert hatte, das Canalisirungsproject zu genehmigen. Die Versammlung werde sich erinnern, daß im vorigen Jahre auf Antrag von Vereinen und auch auf Anregung aus der Versammlung bei Herzoglicher Kreis-Direction der Antrag gestellt sei, doch wenigstens die Genehmigung zu ertheilen, einstweilen die Abgänge aus der Wolfenbüttler Straße und den benachbarten Straßen einerseits und aus der Schleinitzstraße und Spielmannstweete andererseits in die Dfer ableiten zu dürfen. Dazu hatte die Herzogliche Kreis-Direction mündlich die Genehmigung ertheilt. Der Magistrat hatte die Detailpläne feststellen lassen, die Kosten waren von der Versammlung verwilligt worden und es war bereits mit der Ausführung vorgegangen, als plötzlich — im October v. J. — die Herzogliche Kreisdirection zu ihrem Bedauern erklärte, die Erlaubniß zurücknehmen zu müssen, weil sich nach näherer Prüfung ergeben habe, daß die Dfer doch nicht wasserreich genug sei, um all die kolossalen Massen von Schmutzwasser aufnehmen zu können, die das neue Project derselben wieder zuführen würde. Die Herzogliche Kreisdirection erklärte, es würde, wenn überhaupt diese Kanalabflüsse der Dfer zugeführt werden sollten, zunächst eine Klärung dieser Abwässer nothwendig sein, und mußte der Magistrat daraus die Schlußfolgerung ziehen, daß gefordert werde, entweder die Abwässer zunächst über Rieselfelder zu führen oder sie mechanisch oder chemisch zu reinigen bez. zu desinficiren. Bei Stellung des Antrags auf Verleihung der Wassergerechtfame habe der Magistrat nachzuweisen versucht, daß diese Bedingung der Herzoglichen Kreisdirection vollständig unerfüllbar und bei dem gegenwärtigen Stande der Wissenschaft mehr oder weniger als gegenstandslos zu betrachten sei; er habe hervorgehoben, daß eben für unser Project die Thatsache maßgebend sein müßte, daß schon lange bestehende Zustände lediglich verbessert werden sollten und deshalb keine beschwerende Vorschriften zu Schutzvorrichtungen gemacht werden dürften, und daß man es lediglich den vorläufigen Erfahrungen überlassen müßte, ob die Zustände, welche durch das neue Kanalproject innerhalb der Dfer herbeigeführt würden, gegenüber den jetzigen Zuständen schlechter, oder, wie der Magistrat überzeugt sei, sich besser gestalten würden. Der Magistrat habe gesagt, wenn der Zustand der Dfer durch die einheitliche Einleitung der Abwässer verschlechtert würde, dann wolle er dafür aufkommen und Abhülfe schaffen, und habe sich derselbe vorbehältlich der Zustimmung der Stadtverordneten bereit erklärt, zunächst bei den in Aussicht genommenen Ausflüssen im Eichthale die dort erforderlichen Reinigungen des Flußbettes vorzunehmen. Der Magistrat habe ferner unter gleichem Vorbehalt erklärt, daß er, wenn im Laufe der Zeit durch die geplante neue Einrichtung sich eine Verschlechterung des Wasserzustandes herausstellen sollte, diejenigen Schutzmaßregeln auf städtische Kosten ergreifen werde, welche die Regierung für erforderlich erachte. Das sei mehr, als vom Magistrat momentan erwartet werden könne. Der Magistrat habe dann, um die Sache seinerseits möglichst zu beschleunigen, von diesem Antrage, der an die Herzogliche Kreis-

direction als die Landes-Polizeibehörde zu richten war, dem Herzoglichen Staatsministerium Abschrift mitgetheilt, um dasselbe in die Lage zu bringen, sich schon zeitig über die Rechtsanschauungen des Magistrats und dessen Absichten in Bezug auf die Ausführung des Canalisationsprojects informiren zu können. Ein Mehreres könne, wie die Versammlung zugeben werde, seitens des Magistrats nicht geschehen. Der Magistrat habe sich nun schon mit der Versammlung darüber einverstanden erklärt, daß er die einzelnen Theile des einheitlichen Projectes nicht eher zur Ausführung bringen könne, als bis das Gesamtproject genehmigt sei. Wenn man jetzt zur Canalisirung der Schleinitzstraße schritte, die allerdings in einer unangenehmen Lage sei, so würden die Anwohner der Wolfenbüttler Straße erklären, daß bei ihnen die Canalisirung noch nöthiger sei, daß dort noch schlimmere Zustände herrschten. Andere Stadtgegenden würden mit ähnlichen Reclamationen kommen und der Magistrat könnte nicht ein noch aus. Sobald dem Magistrate die rechtliche Möglichkeit gegeben sein werde, die Canalisirung im Ganzen oder einzeln auszuführen, so werde das geschehen, namentlich soweit die Mittel dazu von der Versammlung bewilligt seien.

Danach

XI. trägt Herr Reiche zur Begründung seines Antrages, die Herstellung einer Okerbrücke zwischen der Wenden- und Petrimasch betreffend, Folgendes vor:

Schon vor mehreren Jahren sei das Bedürfniß nach Herstellung der gedachten Brücke fühlbar geworden. Es sei damals von den Wenden- und Petritshorbezirksvereinen eine Commission gewählt worden, welche der Angelegenheit näher zu treten hatte. Herr Reuter sei Vorsitzender in dieser Commission gewesen und auch er (Redner) habe derselben angehört. Die Commission habe mehrere Sitzungen gehabt und man sei sogar soweit gekommen, daß einzelne Zeichnungen vorgelegt worden seien. Seitens des Stadtmagistrats sei das Bedürfniß zur Herstellung der Brücke anerkannt, es hätten sich indeß der Ausführung zwei bedeutende Hindernisse in den Weg gestellt: erstens, konnte bei Anlegung der Brücke das Schützenetablissement an seiner jetzigen Stelle nicht bleiben, zweitens wußte man nicht genau, welchen Platz man der Brücke wegen der dort anzulegenden Straße geben sollte. Seines Erachtens seien aber gegenwärtig beide Hindernisse insofern beseitigt, als einmal mit der Festlegung der Ringstraße durch den beschlossenen Ortsbauplane auch der Platz für die Brücke genau bestimmt sei, zweitens auch über die Verhältnisse bezüglich der Masch andere Ansichten als damals Platz gegriffen hätten. Soviel ihm bekannt, sei immer die Rede davon gewesen, daß dem Schützenetablissement, falls die Masch zu anderen Zwecken benutzt werden müsse, ein anderer Platz gegeben werden solle. Da es sehr schwer halte, einen solchen in der Nähe Braunschweigs zu finden, so habe man in diesem Umstände allerdings ein bedeutendes Hinderniß erblicken zu müssen geglaubt. Diese Ansicht existire aber gegenwärtig nicht mehr, denn es sei unterm 16. September v. J.

ein Schreiben des Stadtmagistrats an die Schützencorporation gelangt, in welchem es heiße, daß die Stadt, im Fall sie den Maschplatz gebrauchte, das Expropriationsrecht in Anspruch nehmen werde, daß sie sich aber nicht für verpflichtet halte, für einen etwaigen anderen Schießplatz zu sorgen. Damit sei also auch dieses Hinderniß beseitigt. Mögen denn auch die Schützen selbst zusehen, wie sie einen anderen Platz bekommen. Beide Hindernisse existirten also nicht mehr, dagegen sei die Bedürfnisfrage eine weit brennendere geworden. Es sei denn auch in der That sehr wünschenswerth, ja nothwendig, daß die Brücke möglichst bald in Angriff genommen werde. Bezüglich der Bedürfnisfrage wolle er. darauf hinweisen, daß allein durch Erbauung des Schlachthauses das Bedürfnis schon motivirt sei. Nahe an 12000 Stück Schlachtvieh würden jährlich ins Petriithor und durch die Stadt zum Schlachthause geführt, was beim Vorhandensein der fraglichen Brücke nicht nöthig wäre. Auch das für das Militair-Fourage-Magazin bestimmte Heu und Stroh komme ins Petriithor und wenn man sich zu Zeiten die Weberstraße und den Neuenweg ansehe, so werde man finden, daß nicht allein das Pflaster, sondern auch die Reinlichkeit in diesen Straßen bedeutend darunter leide, daß sie Tag aus Tag ein von den mit Stroh und Heu beladenen Wagen passirt würden. Ferner würden große Massen von Sichorienwurzeln ins Petriithor, durch die Stadt nach der Filiale der Firma Bleibtreu vor dem Wendenthore gefahren. Die Zuckersabrik Eichthal bekomme jährlich etwa 150 bis 200000 Centner Zuckerrüben aus der Gegend von Brunsrode, Lehre u. und die Lieferanten hätten sich schon vielfach klagend darüber geäußert, daß sie ihre Rüben ins Fallersleberthor, durch die Stadt und wieder aus den Petriithore fahren müßten. Durch äußerst günstige Contratsbestimmungen habe man den Lieferanten diese Unannehmlichkeit auszugleichen gesucht. Die Futespinnerei habe in den letzteren Jahren sehr viel Kosten auf Wegebetterungen verwannt und sie würde in dieser Beziehung noch mehr thun, wenn sie nur wüßte, welche Niveauverhältnisse durch Ueberbrückung der Dfer und Herstellung der Ringstraße für die anschließenden Wege bedingt würden.

Der Antrag findet die nöthige Unterstützung und wird der Finanzcommission übergeben.

Schließlich

XII. motivirt Herr Günther seinen zu Beginn der Verhandlungen eingebrachten Antrag bezüglich der Freibadeanstalt wie folgt:

Die Badeanstalt habe den Zweck, Unbemittelten Gelegenheit zum Baden zu geben. Beim Zunehmen der Bevölkerung Braunschweigs sei auch die Frequenz dieser Badeanstalt bedeutend gestiegen, so daß sie dem jetzigen Bedürfnisse nicht mehr entspreche. Er selbst habe die Beobachtung gemacht, daß namentlich Sonnabends und Sonntags der Raum für die Badegäste nicht ausreiche, so daß viele unverrichteter

Sache hätten wieder umkehren müssen. Das Bassin fasse etwa 30 Personen, sei also in der That zu klein, wenn man bedenke, welche Massen von Fabrikarbeitern, die den ganzen Tag über anstrengend thätig gewesen, abends gegen 7 Uhr Reinigung und Erfrischung im Bade suchten. Eine Erweiterung der Badeanstalt sei also höchst wünschenswerth. Die Anlegung eines zweiten Bassins würde kostspieliger sein als eine Vergrößerung des jetzigen, da alsdann auch ein zweiter Bademeister erforderlich werden würde.

Die Einrichtung der Badeanstalt sei noch eine sehr primitive. Die Bänke und Schalung taugten nichts, gleich hinter der letzteren liege der Abort, dessen unmittelbare Nähe höchst unangenehm sei und es fehle an Hallen, in denen man sich ungenirt und ohne sich der Gefahr der Erkältung auszusetzen auskleiden könne, und an den nöthigen Vorrichtungen zum Aufhängen der Kleidungsstücke. Ferner sei ein Spiegel für den jetzt vorhandenen unbrauchbaren, erforderlich; imgleichen Pantoffeln und sonstige Utensilien, sowie eine Douchevorrichtung. Er bitte, seinem Antrage zuzustimmen.

Der Antrag wird genügend unterstützt und der Statutencommission zur Vorprüfung überwiesen,

darauf aber die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung wird über Magistratsanträge wegen Entbindung vom Amte eines Beisizers einer Steuer-Einschätzungs-Commission bez. eines Armenpflegers Beschluß gefaßt.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 19. April 1883.

Öffentlich:

Selbstständiger Antrag des Herrn Munte, betreffend:

- I. die Fußwege an der Campe- und Salzthlumer Straße.

Vorlagen des Stadtmagistrats, betreffend:

- II. Herstellung einer Brücke über den östlichen Umfluthgraben im Straßenzuge zwischen
Mognithor und Leonhardsstraße,
III. Errichtung eines Bürgerschulgebäudes in der östlichen Außenstadt,
IV. einen Antrag der Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft wegen Vorbehalt ihrer Rechte gegen-
über den Concessionaren der Ringbahn,
V. Vermehrung der Bürgerschul-Lehrkräfte,
VI. Verkauf des südlich vom Gebäude der Gas- und Wasserwerke belegenen Bauplatzes,
VII. Deckung eines Deficits der städtischen Armencaße vom Jahre 1883,
VIII. Verpachtung städtischen Terrains an der Casernen- und Giersbergstraße,
IX. Aenderung des Kaufcontractes wegen des Terrains des früheren Okergrabens am
Bruchthore zc.

Vertraulich:

Steuerreklamationen.

Entschuldigt die Herren Tellgmann und Sievers. — Am Magistratsbische
die Herren Oberbürgermeister Pockels und Bürgermeister Rittmeyer, sowie die
Herren Stadträthe Götze, Haake, Schöttler und Kettemeyer.

Nach Genehmigung des Protokolls . N. 4

I. erstattet Herr Lüderßen namens der Statutencommission Bericht über den von Herrn Nunte in der Sitzung am 18. Januar c. eingebrachten selbstständigen Antrag:

»Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, das Eigenthumsrecht des zur Campe- und Salzdhahmer Straße gehörigen Terrains in der ganzen jetzigen Breite der genannten Straßen, also incl. der Fußwege, entweder kostenlos oder event. unter Entschädigung der Anwohner, jetzt in Anspruch zu nehmen und sodann ordnungsmäßig zu planiren und in Stand zu setzen.«

Referent verliest zunächst die Motivirung dieses Antrags und führt sodann Folgendes aus:

Die Statutencommission sei mit den wesentlichen Punkten des Antrags einverstanden. Die Rechtsverhältnisse seien allerdings etwas zweifelhafter Natur: Ein Theil der dortigen Hausbesitzer nehme das Terrain des Fußweges längs ihrer Grundstücke als ihr Eigenthum in Anspruch, wogegen das Grundbuch und der Stadtplan ersehen ließen, daß das ganze Straßengebiet incl. Fußwege für die Stadt eingetragen sei, die betreffenden Grundbesitzer also das Fußwegterrain nicht mit gekauft hätten. Jedenfalls herrsche Unklarheit in dieser Beziehung, und da die Commission nicht in der Lage gewesen, die Sache völlig aufzuklären, so scheine die Bitte an den Magistrat, sich derselben anzunehmen, gerechtfertigt. Der Frage, ob die Fußwege kostenlos oder gegen Entschädigung der Anlieger zu erwerben seien, näher zu treten, könne man so lange unterlassen, bis Klarheit in die Eigenthumsverhältnisse hineingebracht sei. Eine Besserung des Zustandes jener Fußwege, der der dortigen Gegend nicht würdig sei, halte die Commission auf alle Fälle für dringend wünschenswerth; sie beantrage daher im Einverständnisse mit dem Herrn Antragsteller:

»den Stadtmagistrat zu ersuchen, die Eigenthumsverhältnisse bezüglich der Fußwege an der Campe- und Salzdhahmer Straße aufzuklären und eine Vorlage wegen Beseitigung der Gräben und Herstellung der Wege daselbst in einer den jetzigen Verkehrsverhältnissen entsprechenden Weise zu machen.«

Bei den Commissionsverhandlungen sei auch noch auf andere Straßen hingewiesen, wo ähnliche Verhältnisse herrschten, so auf die Wolfenbüttler- und Gellerstraße; man sei aber davon abgekommen, diese Verhältnisse mit den hier in Rede stehenden zusammenzubringen. Die Eigenthumsverhältnisse bezüglich der Fußwege an den letztgedachten Straßen seien, so viel sich ohne genaue Sachprüfung habe feststellen lassen, nicht unklar, die Fußwege gehörten dort, wie es scheine, thatsächlich den Anliegern, andertheils handle es sich auch dort nicht um Communalstraßen, sondern um Staatsstraßen, also um Wege, welche die Versammlung nicht direct angingen.

Nachdem Herr Nunte sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß die von ihm vorgeschlagene Grunderwerbung noch nicht ins Werk gesetzt werden könne, auch her-

vorgehoben hat, daß der Magistrat im Einverständnisse mit dem Stadtbauamte beim Neubau des Wohnhauses des Lithographen Kiehne bereits eine Abtragung des Fußweges in anzuerkennender Weise ins Auge gefaßt habe,
wird der Commissionsantrag genehmigt.

Eine Berathung über den selbstständigen Antrag des Herrn Wille, die Verbreiterung der Schuhstraße betreffend, kann heute nicht zur Verhandlung kommen, da auf Veranlassung des Herrn Antragstellers noch fernere Ermittlungen in dieser Beziehung angestellt werden sollen.

Es folgt demnach

II. von Herrn Kybik erstattet, der Bericht der Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 3. d. Mts., den Bau einer Brücke u. über die Oker am Magnithore betreffend. — Die Herstellung einer Verbindungsstraße von dem Plaze am Magnithore durch den Heusinger'schen Garten nach der verlängerten Adolfsstraße und die Ueberbrückung der Oker innerhalb dieses Straßentractus bilden die Vorbedingung zur Erbauung eines neuen humanistischen Gymnasiums auf einem Theile der zwischen dem August- und Steinhore belegenen vormals Bierbaum'schen Glacisländerei. Die Herzogliche Baudirection hat nun im Auftrage des Herzoglichen Staatsministeriums beim Stadtmagistrate angefragt, ob und unter welchen Bedingungen die städtischen Behörden bereit sein würden, innerhalb der nächsten drei Jahre die vorbezeichnete Straße nebst Ueberbrückung der Oker herzurichten und als öffentliche Straße dem allgemeinen Verkehr zu übergeben. Der Stadtmagistrat hat sich unter Vorbehalt der Genehmigung der Stadtverordneten zur Ausführung des Projectes, welches nach einer Berechnung der städtischen Bauverwaltung einen Kostenaufwand von 150 720 *M.* erfordert, bereit erklärt, wofern staatsseitig ein Zuschuß von 45 000 *M.* geleistet wird; er giebt deshalb anheim, die annoch erforderliche Summe von rund 106 000 *M.* (welche später durch den Verkauf von Baupläzen noch um etwa 20 500 *M.* verringert werden wird) zu verwilligen, ferner ihn zu ermächtigen, im Einverständnisse mit der Finanzcommission den Kaufpreis für das von dem Heusinger'schen Garten zu erwerbende Straßenterrain festzustellen.

Referent führt aus: Wenn auch die von der Regierung in Aussicht gestellte Beihilfe unter Anrechnung dessen, was dieselbe als Anlieger zu tragen haben würde, nicht übermäßig hoch zu nennen sei, so sei doch dem Umstande Rechnung zu tragen, daß die Stadt in den Genuß eines neuen Gymnasiums gelange, die Regierung schon bedeutende Aufwendungen zu machen habe und die ihr zu Gebote stehenden Mittel knapp bemessen seien. Ein Entgegenkommen der Stadt scheine umsomehr geboten, als man, falls das Project daran scheitern sollte, die Brücke in einigen Jahren im Interesse der neuen Straßentheile doch zur Ausführung bringen müsse, dann aber ohne

staatsseitige Beihülfe. Dagegen halte die Commission eine definitive Bewilligung der Kosten jezt noch nicht für empfehlenswerth, da das Project noch nicht endgültig festgestellt sei: man wisse noch nicht einmal, ob die Brücke eine eiserne oder steinerne Construction haben solle. Die Finanzcommission empfehle daher, das Abkommen zwischen der Herzoglichen Baudirection und dem Stadtmagistrate zu genehmigen, sich jedoch die definitive Bewilligung der Kosten bis zur Vorlage der speciellen Bauprojecte vorzubehalten und den Stadtmagistrat zur Feststellung des Kaufpreises des Heusinger'schen Grundstücks event. des davon erforderlichen Theils in vorgeschlagener Weise zu ermächtigen.

Herr Munte stimmt dem Commissionsantrage bei, spricht jedoch den Wunsch aus, daß der Stadtmagistrat auch baldigst eine Vorlage wegen Ueberbrückung der Oker am Windmühlenberge machen möchte. Hier sei eine Brücke ebenso nöthig wie am Magnithore.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Das Project einer Ueberbrückung der Oker am Windmühlenberge sei in gewisser Beziehung abhängig von der vorgängigen Entschließung der städtischen Behörden über Anlegung einer Brücke am Magnithore, weil man im Falle einer Genehmigung der letztgedachten Ueberbrückung dahin einig werde, daß an Stelle der jetzigen provisorischen Fußgängerbrücke am Windmühlenberge eine definitive Brücke, aber auch nur für Fußgänger, hergestellt werden werde. Mit Rücksicht darauf sei die Vorlage bislang noch nicht erfolgt.

Herr Reuter macht darauf aufmerksam, daß durch Herstellung einer Brücke am Magnithore die Helmstedterstraße und der betreffende Theil der Ballpromenade, welche Wege auf Kosten des Staats zu unterhalten seien, wesentlich geschont werden würden. Die größere Hälfte der das Steinthor passirenden Fuhrwerke würde später beim Vorhandensein der Brücke am Magnithore den kürzeren Weg, St. Leonhardstraße und Magnithor, wählen, wodurch der Regierung nicht unbedeutende Kosten für Wegeunterhaltung erspart würden. Man werde doch diesen Punkt bei den Verhandlungen mit der Regierung über den Kostenpunkt mit in Betracht gezogen haben!

Nachdem der Herr Referent noch bemerkt hat, daß derartige Punkte bei der demnächstigen Genehmigung der speciellen Projecte und definitiven Bewilligung der Kosten erörtert werden könnten, die Versammlung sich auch durch Annahme der Commissionsanträge in keiner Weise die Hände binde,

wird den Commissionsanträgen gemäß beschloffen.

Sodann

III. berichtet Herr Blasius für die vereinigte Schul- und Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 4. d. Mts., den Bau eines Bürgerschulgebäudes in der östlichen Außenstadt betreffend.

Dem Beschlusse der Versammlung vom 15. v. Mts. zufolge hat der Stadtmagistrat die städtische Bauverwaltung beauftragt, nochmals eingehende Ermittlungen behufs der Wahl eines geeigneten Bauplatzes anzustellen. Zu dem Resultate dieser Ermittlungen bemerkt der Stadtmagistrat Folgendes:

- 1) Dem Projecte einer Errichtung der Schule im Areale des zum Cammergute gehörenden und der Herzoglichen Hofhaltung zur Benutzung überwiesenen Röhengartens können wir — ganz abgesehen von der Frage, ob überhaupt das Areal käuflich sei — unsere Zustimmung nicht ertheilen, weil dessen Ausführung die Finanzkräfte der Stadt in einem unverhältnißmäßig hohen Maaße in Anspruch nehmen, überdies auch bis zum Zusammentritt des nächsten ordentlichen Landtages sich verzögern würde.
- 2) Die Grundstücke des Particuliers Numann und des Gärtners Homann an der Leonhardstraße sind ebenfalls zu theuer, haben auch eine der Ausnutzung des Schulhofs nicht günstige Form.
- 3) Die Grundstücke an der Landstraße erscheinen mit Rücksicht auf deren Entfernung vom richtigen Mittelpunkte des Schulbezirks und auf die Nachbarschaft der Nähmaschinenfabrik nicht empfehlenswerth, auch sollen Zweifel darüber bestehen, ob nicht der gedachten Fabrik an dem die Landstraße mit der Kastanienallee verbindenden Wege eine Servitut zustehe.
- 4) Das Project, die Schule auf den zu dem angemessenen Gesamtpreise von 60 000 *M.* uns angebotenen Grundstücken des Hauptcollecteurs Doerge, des Particuliers Brandes und des Restaurateurs Bartels an der Leonhardstraße zu erbauen, erscheint, obwohl diese Straße noch nicht in ordnungsmäßigen Stand gesetzt ist, annehmbar und wird
- 5) mit dem von uns ausersehenen Bauplatze an der Ecke der Husaren- und Casernenstraße in Concurrenz treten können, zumal die Kosten der Erbauung der Schule an der Leonhardstraße ebenfalls auf 321 000 *M.*, also nicht höher als die Kosten des Baues an der Husarenstraße veranschlagt worden sind, und der Director der Bürgerschulen dieses Project im Hinblick auf die geplante Herstellung einer Verbindung der Leonhardstraße mit der Innenstadt durch Ueberbrückung der Oker am Magnithore dem letztgedachten Projecte vorzieht. Immerhin bleibt zu erwägen, daß auch der Bauplatz an der Husarenstraße schulseitig als ein günstig belegener empfohlen wird, daß die Grundwasserverhältnisse desselben Schwierigkeiten (wie befürchtet worden) nicht hervorrufen, und daß er am billigsten ist.»

Der Stadtmagistrat beantragt hiernach, die geehrte Versammlung wolle beschließen:

- 1) zum Zweck der Erbauung und der inneren Einrichtung einer Bürgerschule

- a. principaliter: an der Ecke der Husaren- und Casernenstraße den Betrag von 321 000 *M.*,
- b. eventualiter: auf den Grundstücken von Doerge, Brandes und Bartels an der Leonhardstraße den Betrag von 381 000 *M.*, incl. 60 000 *M.* für den Arealerwerb zu verwenden,
- 2) das Stadtbauamt zur Feststellung der speciellen Bauprojecte und Kostenanschläge nach Maßgabe der bewilligten Mittel zu ermächtigen,
- 3) die Entschließung über die definitive Deckung der Ausführungskosten einstweilen vorzubehalten. —

Referent giebt aus dem Berichte der städtischen Bauverwaltung eine specielle Beschreibung von den gedachten sechs Grundstücken, dabei die Vortheile und Nachteile derselben in ihrer Qualification zur Aufnahme eines Schulgebäudes, namentlich bezüglich des Baugrundes, hervorhebend, und fährt sodann fort:

Wenn man die verschiedenen Bauplätze überblicke, so werde man vor die Frage gestellt, ob die Erbauung des gedachten Schulgebäudes nothwendig sei und ob dieselbe schnell vor sich gehen müsse. Nach den Angaben des Schuldirectors Schaarschmidt seien diese Fragen unbedingt zu bejahen. Mit Bejahung der letzteren Frage sei aber auch der Bauplatz im Herzoglichen Küchengarten, dessen Erwerb sehr unsicher und von der Genehmigung der erst nach zwei Jahren wiederzusammentretenden Landesversammlung abhängig sei, von der Auswahl ausgeschlossen. Von den übrigen Bauplätzen seien der Commission nach reiflicher Erwägung die Grundstücke Dörge, Brandes und Bartels, besonders auch der günstigen Bodenverhältnisse wegen, am zweckmäßigsten erschienen; dieser Bauplatz vereinige die Eigenschaften in sich, welche man zur Aufnahme eines Schulgebäudes beanspruchen könne: er liege in einer geräuschlosen, vom starken Verkehr abgeschiedenen Gegend und dabei inmitten des Bezirkes, dessen Kinder zur Aufnahme in die neue Schule bestimmt seien. Die vereinigte Commission beantrage daher:

den Stadtmagistrat zu ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß

- 1) zum Zwecke der Erbauung und inneren Einrichtung einer 24 klassigen Bürgerschule auf den Grundstücken von Dörge, Brandes und Bartels an der Leonhardstraße der Betrag von 381 000 *M.* (incl. der Kosten des Arealerwerbs) verwendet werde,
- 2) das Stadtbauamt zur Feststellung der speciellen Bauprojecte und Kostenanschläge nach Maßgabe der bewilligten Mittel zu ermächtigen,
- 3) die Entschließung über die definitive Deckung der Ausführungskosten einstweilen vorzubehalten.«

Herr Oberbürgermeister Pockels: Zur Empfehlung der Grundstücke von Dörge, Brandes und Bartels seien die Commissionen wesentlich aus dem Grunde gekommen, weil sie nach den vorläufigen Ermittlungen über die Bodenverhältnisse

annehmen durften, daß das Grundwasser dort nicht solche Schwierigkeiten bieten würde, wie am Giersberge. Nach den inzwischen eingetretenen specielleren Ermittlungen sei aber grade das Gegentheil anzunehmen. Der Bauplatz an der St. Leonhardstraße sei wegen seiner Grundwasserverhältnisse, wenn auch nicht gradezu ungeeignet, so doch ungleich weniger günstig als der Bauplatz am Giersberge. Der letztere sei allerdings insofern nicht ganz frei von Bedenken in Bezug auf seine Bodenverhältnisse, als das Grundwasser an einer Stelle bis zu 10 Centimeter unter die demnächstige Kellersohle zu stehen kommen würde. Die städtische Bauverwaltung habe aber bereits erklärt, daß die Technik sehr wohl im Stande sei, die Erbfeuchtigkeit auch dieses Theils des Grund und Bodens dem Gebäude ohne nennenswerthe Kosten vollständig fern zu halten. Damit sei seines Erachtens auf den vom Magistrat in erster Linie empfohlenen Bauplatz an der Husaren- und Casernenstraße zurückzugreifen. Er wolle zugeben, daß der Platz an der St. Leonhardstraße wegen seiner etwas südlicheren Lage insofern für den betreffenden Schulbezirk günstiger liege, als ein Theil der Kinder, nämlich von der Salzdhallumer-, Friedrichstraße u. einen etwas kürzeren Schulweg hätten. Auf der anderen Seite sei aber zu bedenken, daß die neue Schule sehr stark, mit etwa 350 Kindern auch aus der Innenstadt frequentirt werden würde, die zum größten Theil einen näheren und bequemer Weg nach der Husarenstraße als nach der St. Leonhardstraße haben würden. Der Platz an der Husaren- und Casernenstraße sei nicht ganz so groß wie der an der St. Leonhardstraße, er sei aber immerhin größer als die übrigen Schulhöfe und dann nicht durch hohe Nachbarbauten eingeengt, so daß die Luft frei circuliren könne. Der katholische Friedhof würde durch seine Nähe keine Bedenken bereiten, er würde nach Fertigstellung der Schule bereits außer Gebrauch sein und dann eine Parkanlage, also nur Annehmlichkeiten auch speciell für die Kinder bieten. Auch seien die Bedenken wegen der Nähe der Husarenstraße nicht von Bedeutung. Er bitte, den Principalantrag des Stadtmagistrats anzunehmen.

Herr Stadtbaurath Winter giebt nähere Aufschlüsse über die Bodenverhältnisse der Bauplätze an der St. Leonhardstraße und kommt dabei zu dem Schlusse, daß das Terrain dieser Bauplätze von ähnlicher Beschaffenheit sei wie dasjenige des Bauplatzes am katholischen Friedhofe; nur sei dort der Grundwasserstand ein höherer als hier. Immerhin sei die Bodenbeschaffenheit der Art, daß darauf mit Sicherheit ein Schulgebäude werde fundirt werden können, wenn auch einige Sicherheitsmaßregeln ergriffen werden müßten entweder durch Betonirung oder dadurch, daß das Gebäude etwas mehr, als sonst wohl üblich, aus der Erde herausgerückt werden müsse.

Herr Winter hält, wie er schon früher hervorgehoben, den Platz am katholischen Friedhofe nicht für passend; derselbe liege einmal der Peripherie des betreffenden Schulbezirks zu nahe, ferner sei auch der Hauptverkehrsweg der Schulkinder dorthin, die Casernenstraße, von einer Beschaffenheit, die vorerst einer gründlichen Abhülfe bedürfe:

die Straße sei zu schmal und dabei am südlichen Ende so abschüssig, daß Frauen und Kinder beim Entgegenkommen von Husaren oder schwer beladenen Wagen die betreffenden Stellen nicht zu passiren wagten. Von den Bauplätzen an der St. Leonhardstraße seien die Aumann-Homann'schen Grundstücke vorzuziehen, weil dieselben mehr nach der Bertramstraße zu belegen seien, wo sich der Baugrund seines Erachtens günstiger gestalte. Weiter hinauf nach dem St. Leonhardplatze zu zeigten sich sog. Hungerquellen, deren Vorhandensein immer auf hohen Grundwasserstand schließen ließen. Wenn der Spielplatz, welcher durch Errichtung eines Schulgebäudes auf den Aumann-Homann'schen Grundstücken geboten werde, auch gerade keine sehr gefällige Form habe, so sei er doch genügend groß. Er beantrage daher: die beiden vom Magistrat vorgeschlagenen Bauplätze einstweilen zu verwerfen und den Magistrat zu ersuchen, für den Fall günstiger Ergebnisse der vorzunehmenden Bodenuntersuchungen der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zum Ankaufe der Homann-Aumann'schen Grundstücke zu Zwecken einer unteren Schule zu machen.

Herr Munte schließt sich diesem Antrage an. Das Boß'sche Grundstück sei ihm noch lieber als das Homann'sche, weil alsdann die Schule direct an der Bertramstraße und damit besser in die Mitte des Schulbezirks zu liegen kommen würde. Redner stellt sodann die Frage zur Erwägung, ob man sich nicht mit Erbauung einer 12klassigen Schule behelfen, dagegen die Schule an der Wilhelmsstraße unter Verwendung des früher Poppe'schen, jetzt städtischen, Grundstücks in der Abelnkarre erweitern könne.

Der Herr Referent stellt persönlich den Antrag, der seiner Ansicht nach günstigeren Bodenverhältnisse und passenderen Lage im Schulbezirke wegen die Aumann-Homann'schen Grundstücke zu wählen. Der einzige Grund, den die Commissionen gegen diesen Platz gehabt hätten, sei die längliche Form des Spielplatzes gewesen; darüber könne man sich aber hinwegsetzen.

Herr Nieß giebt, im Fall die Versammlung sich den in Vorschlag gebrachten Grundstücken von Aumann und Homann oder Boß geneigt zeigen sollte, anheim, eine Beschlußfassung so lange auszusetzen, bis man sich durch eingehendere Untersuchungen von der Angemessenheit der dortigen Grundwasserverhältnisse überzeugt habe, da diese seines Erachtens nicht günstig zu sein scheinen.

Herr Nieß schließt sich bezüglich der Erbauung einer 12klassigen Schule und Erweiterung der Schule an der Wilhelmsstraße den Ausführungen des Herrn Munte an.

Referent hält eine Erweiterung der Schule an der Wilhelmsstraße für verwerflich, da man der Schule durch Anbauten das erforderliche Maß von Luft und Licht nehmen würde; der Spielplatz würde fast gänzlich verschwinden.

Herr Oberbürgermeister Pockels macht darauf aufmerksam, daß bei Beurtheilung der Lage des Bauplatzes zum Schulbezirke nicht etwa der Mittelpunkt eines Kreises als maßgebend angenommen werden dürfe, sondern daß dabei die Dichtigkeit der

Bevölkerung in Betracht zu ziehen sei; alsdann liege aber der Bauplatz am Giersberge sehr günstig. Der Magistrat sei ja allerdings auch mit der Wahl der Grundstücke von Dörge, Brandes, Bartels einverstanden, er habe aber den Bauplatz am Giersberge hauptsächlich deshalb in erster Linie vorgeschlagen, weil derselbe erheblich billiger sei.

Eine 24klassige Schule müsse gebaut werden, weil das Bedürfnis vorhanden sei, außerdem stelle sich dieselbe in Erbauung wie Verwaltung ungleich billiger als eine 12klassige. Der Schulplatz an der Wilhelmstraße sei so beengt, daß man es nicht verantworten könnte, hier Erweiterungen ohne den Zukauf von Nachbargrundstücken vorzunehmen; es würde sonst an Licht und Luft fehlen.

Nedner bittet, die Vorlage nicht noch einmal an die Commission oder den Magistrat zur Auffuchung weiterer Bauplätze zurückgehen zu lassen. Es sei zum Bau der Schule wirklich dringende Noth vorhanden, und wenn der Magistrat keine Entscheidung bekomme, könne er den Bau nicht so fördern, wie er es ins Auge gefaßt habe und wie es im Interesse der Schule nöthig sei. Er bitte, den Antrag des Herrn Winter abzulehnen und einen der vom Magistrate vorgeschlagenen Bauplätze auszuwählen.

Herr Schwarzenberg spricht sich für die Wahl der Humann-Homann'schen Grundstücke aus.

Herr Winter: Auch bei Beurtheilung der Lage der Schule vom Standpunkte des Herrn Oberbürgermeisters aus, wonach die Dichtigkeit der Bevölkerung in Betracht gezogen werden müsse, sei der Bauplatz auf den Humann-Homann'schen Grundstücken in erster Linie zu empfehlen, denn man müsse auch die Kinder vom Augustthorbezirke berücksichtigen. Eine 24klassige Schule sei nicht erforderlich, so lange man in der Schule am Sandwege 12 Klassen als zur unteren Bürgerschule gehörig bestehen lasse. Eine Erweiterung der Schule an der Wilhelmstraße sei ohne großen Kostenaufwand wohl möglich, auch lasse sich Luft und Licht zur Genüge dort schaffen. Er bitte indes, sich für die Humann-Homann'schen Grundstücke zu entscheiden.

Referent erklärt hierauf, daß die Commission mit einer Aenderung ihres Antrages im Sinne des Antrages des Herrn Winter nunmehr gleichfalls einverstanden sei, also ihren Antrag dahin modificire, daß an Stelle der Namen »Dörge, Brandes und Bartels« gesetzt werde »Humann und Homann« mit dem Zusatz »für den Fall eines günstigen Ergebnisses der Untersuchung der Bodenverhältnisse.« Die übrigen Passus des Commissionsantrages würden die jetzige Fassung beibehalten.

Herr Winter zieht hierauf seinen Antrag zu Gunsten des Commissionsantrages zurück.

Nachdem Herr Oberbürgermeister Voßels Herrn Winter gegenüber noch bemerkt hat, daß die Nothwendigkeit zur Erbauung einer 24klassigen Schule allerdings

vorliege, wenn man nicht abermals seine Zuflucht zu schlechten und ungeeigneten Hülfsräumen nehmen wolle,

wird der modificirte Antrag der vereinigten Schul- und Finanzcommission mit 19 Stimmen angenommen.

Referent geht sodann über zu dem zweiten Theile der Magistratsvorlage, in welcher beantragt wird, sich bezüglich der Heizung der neuen Schule mit der Wahl der von dem Ingenieur Roske in Hamburg projectirten Warmwasserheizung mit Pulsionsventilation einverstanden zu erklären.

Die Commission giebt anheim, dem Magistratsantrage zuzustimmen.

Herr Reuter führt zunächst Folgendes aus: Wie schon in voriger Sitzung hervorgehoben, habe er einer Commission angehört, welche im Jahre 1874 verschiedene Städte zu bereisen beauftragt war, um die Schulheizungsfrage an Ort und Stelle kennen zu lernen. Der Commission gehörten außerdem die Herren Commerzienrath Schöttler, Stadtbaurath Tappe, Eisenbahnbaumeister Pini und Dr. med. Reck an. Herr Schöttler sei allerdings, durch seine Anwesenheit im Reichstage behindert, nur in Berlin mit gewesen. Die Commission habe in Berlin die verschiedenartigsten Methoden der Lufts- und Warmwasser- u. Heizungen gefunden, es habe sie aber keine dieser Einrichtungen befriedigt, auch von den Lehrern und Schulpedellen habe man kein günstiges Urtheil gehört. Daß es in dieser Beziehung in Berlin schlecht bestellt gewesen, beweiße, daß die Stadt bald nachher besondere Heizungsingenieure angestellt habe, weil öfter Schulen, mit deren Heizung die Pedellen nicht zu Stande gekommen, hätten geschlossen werden müssen. In Dresden habe man die Kelling'sche Heizung kennen gelernt und wenngleich die Mehrheit der Commission ursprünglich gegen die Luftheizung eingenommen gewesen, so sei man doch zu dem Resultate gekommen, die Einführung dieser Methode zu empfehlen, und habe sich dieselbe hier, wie später verschiedentlich von Herrn Dr. Reck constatirt worden, in jeder, auch in ökonomischer Beziehung sehr bewährt. Der Herr Referent habe selbst anerkannt, daß die Uebelstände, über welche geklagt werde, in der That nicht vorhanden seien. Er (Redner) habe einige Bedenken, dem Magistratsantrage ohne Weiteres zuzustimmen; seines Erachtens wäre es besser, wenn, wie das ursprünglich die Meinung gewesen, die Angelegenheit im Stadtbauamte nochmals zur Sprache gebracht würde und erst unter Berücksichtigung der hier vorgetragenen Daten zur Entscheidung käme. Er möchte für seine Person gern wissen, wie sich das Kelling'sche System in anderen Städten bewährt habe. Auch in München sei dessen Methode adoptirt worden. Sie habe den großen Vortheil, daß sie im Winter auch bei strenger Kälte die Räume bald erwärme und dabei fortwährend frische Luft zuführe, so daß beim Anzuge der Kinder gute und warme Luft in den Klassen vorhanden sei. Wenn die Warmwasserheizung in der Schule angewandt werde, so sei das anders wie in Privatwohnungen. Letztere regelmäßig zu erwärmen oder größere Schulgebäude, sei ein bedeutender Unterschied. Hier

ordne der Eigenthümer einheitlich an, wie zu heizen sei, dort machten sich die Wünsche der einzelnen Lehrer mehr oder weniger geltend und schon dadurch gerathe der Schulpedell in eine schwierige Lage. Außerdem sei in Privatgebäuden eine in einfachster Weise hergestellte Ventilation genügend, während in den Schulen für eine sehr bedeutende Ventilation, die bei der Wasserheizung durch Motoren herzustellen sei, gesorgt werden müsse. Der Pedell müsse daher quasi Maschinist sein, wenn Alles seinen gehörigen Gang gehen solle. In den Weihnachtsferien könne das Wasser einfrieren und es sei dann die größte Aufmerksamkeit nöthig, wenn nichts passiren solle. In Berlin sei es thatsächlich in mehreren Schulen vorgekommen, daß der Unterricht nach den Weihnachtsferien nicht wieder aufgenommen werden konnte, weil man nicht im Stande gewesen sei, mit den durch den Frost beschädigten Leitungen die Schulzimmer zu heizen. Außerdem sei die Wärmevertheilung bei dieser Methode anfänglich eine sehr ungleichmäßige: die in der Nähe der Heizröhren sitzenden Kinder könnten es vor Hitze, die am entgegengesetzten Theile befindlichen vor Kälte kaum aushalten, bis endlich nach mehreren Stunden sich der Unterschied einigermaßen ausgleiche. Diese Uebelstände würden bei der Luftheizung vermieden; außerdem habe man dabei eine billige Ventilation, welche bei entsprechender Einrichtung und genügender Höhe der Schornsteine auch im Sommer benutzt werden könne. Uebermäßiger Gebrauch der Ventilation wirke natürlich schädlich und darauf seien die jetzt hier erhobenen Klagen zurückzuführen. Die Kelling'sche Methode beruhe auf wirklich ingeniöser Erfindung; die Heizkammer sei in soviel Räume eingetheilt, wie Zimmer durch sie zu heizen sind und jeder Raum werde so groß bemessen, daß er der Größe des zu heizenden Zimmers und seiner kälteren oder wärmeren Lage entspreche. Die Wärme werde also in alle Zimmer entsprechend der Größe derselben vertheilt. Dadurch werde erreicht in 6 bis 8 Zimmern, gleichviel wie groß die Einzelnen und ob sie warm oder kalt belegt seien, mit einer Heizung dieselbe Temperatur zu erzielen. Außerdem gelange die Luft niemals zu trocken in die zu heizenden Zimmer, weil man dadurch, daß man entsprechende Wassermengen in der Heizkammer verdunsten lasse, der in ihr zu erwärmenden äußeren Luft jeden beliebigen Grad von Feuchtigkeit verschaffen könne. Das seien namentlich für Schulen Vortheile, die mit der Wasserheizung nicht zu erzielen wären. Rebner giebt schließlich anheim, bevor man sich zu neuen Versuchen anderer Heizmethoden entschliefte, in anderen Städten, vielleicht in Berlin und München, Erkundigung weiter einzuziehen, ob sich inzwischen dort Wasserheizungen für Schulen bewährt oder welche anderen Heizsysteme man dort jetzt in Anwendung bringe.

Herr Oberbürgermeister Poßels: Die Entschließung über die anzuwendende Heizungs- und Ventilationsmethode sei sehr dringlich, weil die Ausarbeitung der Pläne nicht eher erfolgen könne. Das sei grade das Motiv, weshalb man die Entscheidung über die Heizmethode nicht zum Befinden des Stadtbauamts verstellte, son-

dern sie unmittelbar dem Plenum der Stadtverordnetenversammlung unterbreitet habe. Der Magistrat sei seinerseits auf Grund von Mittheilungen über die Resultate der Kelling'schen Luftheizung überzeugt, daß dieselbe berechtigten Anforderungen in jeder Beziehung entspreche. Da aber neuerdings, namentlich aus Lehrerkreisen, Klagen über vermuthete Nachtheile dieses Heizsystems laut geworden, so habe der Magistrat den Versuch mit einer anderen Methode vorschlagen zu sollen geglaubt. Wenn dieses aber den Erfolg habe, daß erst andererseits Erkundigungen eingezogen werden müßten, so würde man auf längere Zeit der Projectirung und Ausführung des Baues nicht näher treten können, und wenn die Versammlung sich nicht ohne Weiteres für die Einrichtung der Warmwasserheizung nach dem Moske'schen Systeme entschließen könne, so würde es sich empfehlen, es im Großen und Ganzen bei der Kelling'schen Methode zu belassen.

Herr Stadtrath Schöttler hält die Anwendung der Warmwasserheizung in allen Arten von Privatwohnungen für durchaus zweckmäßig, ist jedoch zweifelhaft darüber, ob er dieses System für Schulen empfehlen kann. Wenn er auch nicht Alles unbedingt unterschreibe, was Herr Reuter als Schattenseite dieser Methode hervorgehoben habe, so wolle er doch bemerken, daß die Einrichtung und namentlich auch der Betrieb mit unverhältnißmäßig hohen Ausgaben verknüpft seien. Er sei früher Gegner jeder Luftheizung gewesen, bis er im Laufe der Jahre anderer Ansicht geworden sei. Die der Kelling'schen Heizmethode zur Last gelegten Nachtheile seien nicht dem Systeme sondern im Wesentlichen der unrichtigen Handhabung desselben zur Last zu legen. Redner hält eine Berücksichtigung des Reuter'schen Wunsches, vor Einführung einer Warmwasserheizung nochmals bei anderen Städten Erkundigung über diese Frage einzuziehen, für unbedenklich und giebt anheim, es bei diesem Schulhausbaue nochmals bei dem bewährten Kelling'schen Systeme zu belassen. Es müsse aber nicht nur an die verschiedenen Schulbehörden geschrieben werden, sondern es müsse eine Commission sich die Lage der Dinge an Ort und Stelle selbst ansehen.

Referent spricht sich nochmals für die Moske'sche Warmwasserheizung aus. Die Bedienung derselben sei äußerst einfach und gebe zu Klagen über zu trockene Luft keine Veranlassung. So sei man z. B. in Ithoe, wo dieselbe bereits eingeführt worden, sehr damit zufrieden.

Herr Reuter hat inzwischen den Antrag eingebracht:

»den Stadtmagistrat zu ersuchen, für das Mal noch die Kelling'sche Luftheizung zur Anwendung zu bringen und für künftige Schulhausbauten Erkundigung in anderen Städten darüber einzuziehen, ob inzwischen eine andere Heizmethode sich bewährt habe«.

Die Herren Wolff und Till schließen sich diesem Antrage an.

Herr Reiche: Nicht nur die Lehrer, auch die Kinder klagten über die Luftheizung und bäten stets, sie möglichst vom Heizapparate fern zu halten. Wer 5 bis

6 Stunden in einem durch Luftheizung erwärmten Zimmer zubringen müsse, werde die Klagen als begründet anerkennen. Er begrüße den Vorschlag des Stadtmagistrats, einmal den Versuch mit einer anderen Heizmethode zu machen, mit Freuden.

Herr Hasenbalg warnt aus eigener Erfahrung eine Heizung einzuführen, die einen technischen Betrieb erfordere.

Der Herr Referent hält die Nachteile der Warmwasserheizung nicht für so groß, als daß man sie nicht bei der sonstigen Vorzüglichkeit der Methode mit in Kauf nehmen könnte. Ein Ausfrieren der Röhren in den Weihnachtsferien, wie es Herr Reuter befürchte, könne leicht dadurch vermieden werden, daß man die Temperatur des Wassers immer in geringem Wärmegrade halte,

wozu Herr Wilke noch bemerkt, daß man das Wasser, so lange die Heizung nicht benutzt werde, einfach ablaufen lassen könne.

Nach einigen kurzen Bemerkungen des Herrn Reuter, in welchen derselbe seine Bedenken bezüglich des von Herrn Wilke Geäußerten zu erkennen giebt,

wird zur Abstimmung geschritten, wobei der Antrag des Herrn Reuter mit 11 gegen 10 Stimmen zur Annahme gelangt.

Wie

IV. Herr Lüderßen namens der Statutencommission vorträgt, hat sich die hiesige Pferdebahn-Gesellschaft mit der Bitte an den Stadtmagistrat gewandt, daß ihre Concessionsrechte bezüglich der Erbauung einer Güterbahn während der Verhandlungen mit den Unternehmern der projectirten Ringbahn nicht alterirt werden möchten. Der Magistrat beantragt unterm 28. v. Mts., der Bitte zu entsprechen.

Die Commission hält für billig, eine abermalige Verlängerung der Frist aus gleichen Gründen, wie sie schon bei der früheren Prolongation vorlagen, zu bewilligen; sie ist aber der Ansicht, daß es zweckmäßiger sei, wiederum eine bestimmte Frist, etwa ein Jahr, festzusetzen und empfiehlt deshalb im Einverständnisse mit dem Stadtmagistrate, zu beschließen, die Concessionsrechte der Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft bezüglich der Erbauung einer Güterbahn bis zum 1. April 1884 zu verlängern.

Diesem Antrage gemäß wird heute ohne Debatte beschlossen.

V. In den fünften Klassen sowie in den dritten Mädchenklassen der unteren Bürgerschulen ist die Frequenz dermaßen gestiegen, daß noch zwei Klassen eingerichtet werden müssen. Zur Remunerirung der provisorisch anzustellenden Lehrkräfte während des laufenden Jahres sowie für Transport von Möbeln und Beschaffung von Unterrichtsmaterialien sind insgesammt 1380 M. erforderlich, welche Summe der Stadtmagistrat unterm 29. v. Mts. bezw. 17. d. Mts. aus der Bürgerschulcasse zu verwilligen beantragt.

Auf Befürwortung des Referenten der Schulcommission, Herrn Schwarzenberg, werden die Magistratsanträge genehmigt.

VI. An der Ecke der Münzstraße und der ehemaligen Langenbrücke, südlich vom Feuerlöschgebäude, liegt ein 503 qm haltender städtischer Bauplatz, welchen der Stadtmagistrat zu verkaufen beabsichtigt. In einem zu dem Ende anberaumten öffentlichen Termine hat der Architect Zinkeisen für den fraglichen Bauplatz mit Ausschluß eines zur Ausfahrt vom Hofe des Feuerlöschgebäudes nach der vormaligen Langenbrücke bestimmten 5 m breiten Terrains das Meistgebot mit 20300 M. abgegeben. Derselbe hat sich bei Bebauung des Platzes, abgesehen von denjenigen Bedingungen, welche schon bei der Canalisation des vormaligen Okergrabens an dieser Stelle zu Gunsten des Waisenhauses B. M. V. der Stadt gestellt und dem Käufer gegenüber ausdrücklich wiederholt worden sind, allen Anforderungen des Stadtbauamts zu unterwerfen. Der Kreisbranddirector hat sich gegen die Veräußerung des Platzes ausgesprochen, weil die für Feuerlöschzwecke bestimmten Räumlichkeiten des neuen Feuerlöschgebäudes schon jetzt vollständig ausgenutzt seien und bei einer demnächst. nöthig werdenden Vermehrung derselben der gedachte Bauplatz sich sehr zweckmäßig werde verwenden lassen. Die städtische Bauverwaltung tritt dagegen die Ansicht, daß zwar die Reservirung einer Ausfahrt nach der Langenbrücke in einer Breite von 5 m sehr erwünscht erscheine, der übrige Bauplatz aber zu einer späterhin etwa erforderlich werdenden Erweiterung des Feuerlöschetablissements mit Vortheil sich nicht werde verwenden lassen. Sollte die Beschaffung neuer Remisen für Feuerlöschgeräthe demnächst nöthig werden, so würden sich dieselben vortheilhaft auf einem anderen Grundstücke errichten lassen, ohne den Betrieb des Feuerlöschwesens zu beeinträchtigen. Der Stadtmagistrat pflichtet dieser Ansicht bei. Er ist der Meinung, daß die gegenwärtig vorhandenen Feuerlöschgeräthschaften für eine längere Reihe von Jahren ausreichen werden, da mit der Erweiterung der Stadt und der Zunahme der Bevölkerung das Bedürfniß nach Feuerlöschgeräthschaften nicht gleichen Schritt hält. Sollte aber eine Vermehrung der Feuerlöschgeräthe erforderlich werden, so würde es sich nach dem Beispiele größerer Städte wie Berlin, Köln etc. empfehlen, eine Decentralisation derselben eintreten zu lassen. Der Magistrat hat sich deshalb für den Verkauf des fraglichen Bauplatzes und zwar mit Ausschluß der obgedachten Ausfahrt entschieden und ersucht in seinem Schreiben vom 19. v. Mts., den Verkauf an den Architect Zinkeisen für 20300 M. und unter den sonstigen stipulirten Bedingungen zu genehmigen. Der Referent der Finanzcommission, Herr Semler, empfiehlt den Magistratsantrag zur Genehmigung.

Herr Reuter spricht sich gegen den Verkauf des Bauplatzes aus. Das Feuerlöschgebäude habe allerdings viel Geld gekostet, das sei aber kein Maßstab, wenn es sich darum handele, ob die zur Verfügung stehenden Räume auch für die Fest-

genügten. Sämmtliche 10 Geräthewagen der Gas- und Wasserwerke, zwei Kohlenwagen, ein Rollwagen und drei Sprengwagen müßten im Hofraume um und hinter dem Steigerthurme aufgestellt werden und sollten Uebungen an diesem vorgenommen werden, dann seien bislang alle diese Fahrzeuge, um den erforderlichen Raum im Hofe frei zu bekommen, auf das fragliche Bauterrain gefahren; siehe dieses nicht mehr zur Verfügung, dann werde man sie künftig während der Uebungen auf die Straße fahren müssen, was doch mit großen Unzuträglichkeiten verknüpft sei. Die Stadt erweitere sich immer mehr, es müsse daher auf eine demnächstige Vergrößerung des Etablissements bedacht genommen werden. Die kleineren von Hand fahrbaren Geräthe der Turner-Feuerwehr seien, wie dies zweckmäßig, in der Stadt vertheilt; das sei auch früher mit den durch Pferde zu transportirenden größeren Geräthe der übrigen Feuerwehren der Fall gewesen, weil diese Einrichtung sich aber schlecht bewährt habe, sei sie längst beseitigt und ihre Wiedereinführung empfehle sich nicht. Die bei größeren Schadenfeuern erforderlichen Geräthe müßten, um ihren raschen Transport zu sichern, da concentrirt bleiben, wo die Pferde zu ihrem Transporte untergebracht seien. Wenn später einmal eine zweite mobile Wache eingerichtet werde, so finde, da eine solche nur mit einem einzigen leichten Geräthe ausgerüstet werde, dadurch eine Entlastung des Hauptfeuerlöschgebäudes durchaus nicht statt. Eine weitergehende Decentralisation sei unter den hiesigen Verhältnissen nicht zweckmäßig und nebenbei mit sehr erheblichen Kosten verknüpft, sie könne allerdings durch Raumangel demnächst zur Nothwendigkeit werden. Er wolle keinen Antrag stellen, halte sich aber der Feuerwehr gegenüber seinem Versprechen gemäß verpflichtet, deren dringenden Wunsch auf einstweilige Reservirung jenes Platzes hier zum Ausdruck zu bringen. Uebrigens werde auch nichts damit versäumt, wenn man den Platz jetzt nicht verkaufe, da derselbe mit der Zeit nicht billiger sondern theurer werden würde.

Herr Bürgermeister Rittmeyer ersucht, dem Magistratsantrage beizustimmen. Bei Erbauung des Feuerlöschgebäudes habe man von vornherein auf eine Veräußerung dieses Platzes Bedacht genommen, andernfalls würde sich der ganze Bau anders gestaltet haben. Verkaufe man den Platz nicht, oder verschiebe dieses noch auf längere Jahre, so würde das Feuerlöschgebäude an der Südseite den kahlen Giebel zeigen, oder man müsse mit großen Kosten ein neues Gebäude dort errichten. Durch Beibehaltung des Platzes würde man nur Raum für ein paar Wagen gewinnen. Sollte sich aber mit der Zeit das Bedürfniß nach Sprengung der ganzen Stadt herausstellen, so würde man zur Unterbringung sämmtlicher Sprengwagen doch einen anderen Platz suchen müssen. Der gebotene Kaufpreis sei ein sehr günstiger und an eine Erweiterung des Feuerlöschgebäudes brauche in 20 bis 30 Jahren nicht gedacht zu werden.

Die Herren Winter und Rieß sprechen sich gegen einen Verkauf des Platzes, Herr Rieke dagegen für den Magistratsantrag aus.

Herr Günther fragt an, ob das Gerede begründet sei, daß man jetzt schon im Feuerlöschgebäude nicht Alles unterbringen könne, was man unterbringen wolle.

worauf Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß dem Magistrate noch von keiner Seite officielle Anzeige gemacht sei, daß das Feuerlöschgebäude irgendwie unzulänglich sei.

Herr Reuter bemerkt, daß nach dem von ihm eingereichten Bebauungs-Plane die Räumlichkeiten auch nach Jahren noch vollständig ausgereicht haben würden, durch anderweite Dispositionen, namentlich des Hauptgebäudes, aber eine Beschränkung hinsichtlich der Remisenräume eingetreten sei. Er habe indeß niemals behauptet, daß die Räume zur Unterbringung der Feuerwehrgeräthe schon jetzt nicht ausreichten. Eine dritte Ausfahrt an der Waisenhausbuchdruckerei nach der Langenbrücke zu, habe nur dann Bedeutung, wenn rasch eine Anzahl von Geräthen nach dem Regidienmarke oder in die Nähe desselben geführt werden solle. Die Ausfahrten blieben aber für die große Anzahl der Geräthe noch immer mangelhaft. Die Hauptausfahrt sei sehr schön, aber so eng, daß mit größter Vorsicht gefahren werden müsse, um nicht anzuecken. Wenn aber in der Nacht schleunigst mit 16 großen Geräthen ausgerückt werden müsse, dann sei solche penible Vorsicht nicht durchführbar. Eine entsprechend breite Ausfahrt über den fraglichen Bauplatz nach Südwest, wo sechs Straßen zusammen liefen, würde nützlicher sein, als die übrigen drei Ausfahrten, von denen jede zunächst in eine verhältnißmäßig enge Straße führe.

Herr Nieß beruft sich auf Mittheilungen von Feuerwehrleuten, wonach die jetzigen Räume schon nicht mehr völlig ausreichten. Wie solle das später werden? Man möge nur an das Stadthaus denken, das vor wenigen Jahren noch zur Hälfte vermietet war, jetzt, nachdem angebaut und die Stadtcasse hinzugekommen, so eben hinreiche, binnen wenigen Jahren aber schon zu klein sein werde. Er könne für den Verkauf des Platzes nicht stimmen, selbst nicht auf das Schlagwort »Decentralisation« hin. Denn hier verkaufe man etwas zur Verfügung Stehendes und später müsse man zu gleichen Zwecken wieder ankaufen. Wobei man sich besser stehe, sei noch die Frage.

Der Magistratsantrag wird darauf mit 13 von 21 Stimmen angenommen.

VII. In der Rechnung der Armenkasse vom Jahre 1882 ist durch den für Unterstützung der in offener Armenpflege befindlichen Stadtarmen erforderlich gewordenen Mehraufwand eine Fehlsomme von 22585 M. 18 A. entstanden, welche der Stadtmagistrat mittelst Marginalschreibens vom 5. d. Mts. aus den Ueberschüssen der Stadtcasse pro 1882 nachzuverwilligen beantragt.

Herr Wolff empfiehlt als Referent der Finanzcommission diesen Antrag zu genehmigen, was ohne Weiteres geschieht.

Danach

VIII. berichtet Herr Reuter für die Statutencommission über ein Magistrats-schreiben vom 16. v. Mts. mittelst welchem die Versammlung ersucht wird, sich damit einverstanden zu erklären, daß das an der Casernen- und Giersbergstraße südlich vom katholischen Friedhof belegene 48 a 86 qm haltende, städtische Terrain dem Gärtner Carl Jürgens für den Zeitraum von 6 Jahren zum Preise von 30 M. pro anno verpachtet werde. In dem Pachtcontracte ist die Bedingung vorgesehen, daß das Pachtverhältniß mit Ablauf des Jahres erlischt, in welchem dem Pächter Kenntniß von der Nothwendigkeit der Benutzung des fraglichen Terrains zu städtischen Zwecken gegeben wird.

Die Commission empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrage zu ertheilen.

Herr Winter macht darauf aufmerksam, daß das fragliche Terrain bereits seit zwei Jahren von zwei Schwadronen Husaren als Exercierplatz benutzt worden sei. Er frage an, ob das Militaircommando denn auch von der beabsichtigten Verpachtung dieses Platzes benachrichtigt sei; dasselbe sei vielleicht geneigt, selbst in die Pachtung einzutreten, oder das Terrain wohl gar käuflich zu erwerben. Redner bittet in dem Contracte die Bedingung aufzunehmen: daß das Pachtverhältniß auch dann erlösche, sobald der Platz an das Militaircommando veräußert werden könne.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Das Militaircommando besonders zu benachrichtigen, ob es geneigt sei, den Platz zu pachten, dazu habe keine Veranlassung vorgelegen; der Termin sei öffentlich ausgeschrieben. Verkauf konnte aber der Platz nicht werden, weil man möglicherweise immer noch vor der Nothwendigkeit stehe, ein Hochreservoir dort anlegen zu müssen. Sollten die beschlossene Filteranlage und das Reservoir nicht mehr ausreichend sein, was nach 20 oder 25 Jahren der Fall sein werde, so sei man gezwungen, entweder zwei Reserve-Reinigungsbehälter oder aber ein Hochreservoir zu bauen. Der Oberingenieur Mitgau habe aber erklärt, daß die Anlage eines Hochreservoirs seiner Meinung nach billiger zu stehen kommen würde als die Herstellung zweier Reinigungsbehälter und mit Rücksicht hierauf habe Mitgau vom Verkauf des Platzes abgerathen.

Herr Winter: Es sei hier immer die Praxis befolgt, der Militairbehörde möglichst entgegenzukommen, und deshalb glaube er, daß es geboten gewesen wäre, derselben von dem Vorhaben der Verpachtung besonders Kenntniß zu geben; sie werde die Bekanntmachung des öffentlichen Termins in den Anzeigen übersehen haben. Vermuthlich würde auch seitens der Militairbehörde ein höherer Pachtpreis gezahlt werden, als man von Jürgens bekomme.

Herr Bürgermeister Rittmeyer hält es nicht für angezeigt, in diesem Falle der Militairbehörde noch besonders entgegenzukommen. Namentlich gebe dazu wohl nicht der Umstand Anlaß, daß der Platz bislang, ohne daß ein Rechtsverhältniß zum

Grunde gelegen, bei militärischen Uebungen benutzt sei. Die Ausschreibung eines öffentlichen Termins schließe es aus, daß man noch nach irgend welchen Stellen hin besondere Benachrichtigungen ergehen lasse. Zweifelsohne werde die Bekanntmachung auch den competenten militärischen Stellen nicht entgangen sein

Darauf wird dem Magistratsantrage gemäß beschlossen.

Schließlich

IX. Kommt noch eine Angelegenheit zur Berathung, welche der Commission noch nicht zur Prüfung vorgelegen hat, ihrer Dringlichkeit wegen aber der Erledigung bedarf. Die Versammlung erklärt sich, da die Sache überdem einfacher Natur ist, bereit, sofort in die Berathung einzutreten.

Der Stadtmagistrat hat nämlich, wie Herr Heymann vorträgt, mittelst Schreibens vom heutigen Tage die Versammlung ersucht, sich mit einer Aenderung des mit dem Möbelschneider Löhr bezw. dem Bauunternehmer Junghans wegen eines Theils des am Bruchthore belegenen Terrains des früheren Oergrabens und der ehemaligen Elsbacher'schen Insel abgeschlossenen Kaufcontracts, dahin gehend, daß die früher festgesetzte Baulinie bei einigen (auf dem vorliegenden Situationsplane näher bezeichneten) Punkten um 25 cm überschritten werde, einverstanden zu erklären.

Nachdem Herr Bürgermeister Rittmeyer die Dringlichkeit der Angelegenheit mit einigen Worten motivirt hat,

wird der Magistratsantrag angenommen,

die öffentliche Sitzung sodann geschlossen.

In der darauf folgenden vertraulichen Sitzung kommen Steuerreklamationen zur Erledigung.

1883.

(Fortsetzung der Beilage zu № 115 de 1883
der Braunschweigischen Anzeigen.)

№ 7.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 10. Mai 1883.

Öffentlich:

Vorlagen des Stadtmagistrats, betreffend:

- I. Abänderung des Regulativs über die Gehalts- u. Verhältnisse der Bürgerschullehrer,
- II. Ankauf eines Schulbauplatzes,
- III. Prüfung des Berichts über Verwaltung des städtischen Gaswerks de 1. Juli 1878 bis 31. December 1881 und daran sich knüpfende finanzielle Maßregeln,
- IV. Bewilligung extraordinairer Verwendungen beim Gaswerke,
- V. Deckung eines durch den etatmäßigen Zuschuß nicht gedeckten Deficits bei der Casse der höheren Mädchenschule de 1882,
- VI. Ordnung der Verwahrung der Werthpapiere der Stadt und des Kreiscommunalverbandes Braunschweig,
- VII. Nachträgliche Bewilligung einer Alterszulage für einen neu angestellten Schulinspector,
- VIII. Verkauf eines Bauplatzes an das Herzog-Wilhelm-Asyl.

Selbstständige Anträge betreffend:

- IX. Vergrößerung und Verbesserung der Freibadeanstalt,
- X. Ueberbrückung der Oker bei der Mäsch,
- XI. Aufbesserung der Gehälter der Schulinspektoren,
- XII. Verbesserung der Zugangswege nach den in der Umgegend der Stadt liegenden Waldpartien,
- XIII. Ankauf des alten Polytechnikums seitens der Stadt.

Vorlage des Stadtmagistrats, betreffend:

- XIV. Entbindung eines Armenpflegers vom Amte und Erbschaftswahl.

Entschuldigt die Herren Jasper und Kybik. — Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Haake und Stadtrath Ketemeyer.

Die Sitzung eröffnend,

theilt der Herr Vorsitzende zunächst mit, daß von Herrn von Seckendorff folgender Antrag eingereicht sei:

»den Stadtmagistrat zu ersuchen, prüfen zu wollen, in welcher Weise die in der Umgegend liegenden Waldpartien, Buchhorst, v. Pawel'sches Holz, Mascheröder Holz, in angenehmerer Weise als jetzt zugänglich gemacht werden können und nach Verhandlung mit den betreffenden Behörden, der Herzoglichen Baudirection, der Herzoglichen Kreisdirection und den betreffenden Gemeindebehörden, der Versammlung Vorlage zu machen.«

Zur Tagesordnung übergehend

I. berichtet Herr Schwarzenberg namens der Schul- und Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 23. v. Mts., die Abänderung des Reglements vom 13. August 1875 über die Gehalts- u. Verhältnisse der Bürgerschullehrer betreffend.

Das fragliche Reglement bestimmt in §. 1, daß die Schulinspectoren, welche bekanntlich die Prüfung pro rectoratu bestanden haben müssen, ein Anfangsgehalt von 3000 *M.* (mit Einschluß des Werths der freien Wohnung bezw. einer Miethschädigung von 600 *M.*) und, bei treuer und gewissenhafter Dienstführung, je nach 4 Jahren eine Zulage von 300 *M.* bis zur Erreichung des Maximal-Gehaltsfahes von 3900 *M.* erhalten sollen. Die Schulinspectoren haben wiederholt gebeten, ihre Gehaltsverhältnisse durch Erhöhung des Maximalgehalts und Aufstellung einer kürzeren Frist zum Aufrücken in höhere Gehaltsstufen aufzubessern und zur Begründung dieser Bitte u. A. besonders darauf hingewiesen, daß die ebenfalls pro rectoratu geprüften, in einer weniger verantwortlichen Stellung befindlichen Lehrer an den höheren städtischen Schulen, deren Stellen mit einem Gehalte von 2400 *M.* bis 3900 *M.* dotirt sind, und welche nach 15 Dienstjahren den Maximalgehaltsfah erreichen können, insofern günstiger gestellt seien, als sie sich bei ihrer Anstellung in einem Lebensalter von durchschnittlich 25 bis 28 Jahren befänden, mithin in den Genuß des höchsten Gehaltsfahes bereits in einem Alter von 40 bis 43 Jahren gelangten, während die Schulinspectoren, welche zu ihrem Amte in einem Alter von 36 bis 40 Jahren berufen zu werden pflegten, das gleichhohe Maximalgehalt erst im Alter von 48 bis 52 Jahren erreichen könnten. Der Stadtmagistrat giebt nun freilich zu, daß die Stellung der Schulinspectoren selbstständiger und somit verantwortlicher ist als diejenige der an den höheren Schulen beschäftigten Lehrer, glaubt aber diesen Unterschied

dadurch genügend ausgeglichen zu sehen, daß das Anfangsgehalt der ersteren dasjenige der letzteren um 600 *M.* übersteigt. Er hält jedoch in Anbetracht, daß die Schulinspectoren erst in späteren Lebensjahren zum Amte gelangen und ihnen die größten Ausgaben für den Familienunterhalt, insbesondere für Erziehung ihrer Kinder, zu einer Zeit zu erwachsen pflegen, wo dieselben den Maximalgehaltsfuß nach den jetzt bestehenden Normen noch nicht erreichen können, für billig, die Frist zum Aufrücken derselben von 4 Jahren auf 3 Jahre, wie bei den Lehrern an den städtischen Schulen, herabzusetzen, so zwar, daß hierbei den gegenwärtig im Amte befindlichen Inspectoren die Dienstzeit vom Eintritte in solches Amt berechnet werde. Ein Bedürfniß zur Erhöhung des Maximalgehalts der Schulinspectoren vermag der Magistrat zur Zeit nicht anzuerkennen.

Im Einverständnisse mit dem Schulvorstande beantragt nun der Stadtmagistrat, die Zustimmung dazu zu ertheilen:

- 1) daß der §. 1 des Eingangs gedachten Reglements durch folgende Bestimmung:

Die Schul-Inspectoren erhalten bei ihrer Anstellung zunächst ein Gehalt von 2400 *M.* und bei treuer und gewissenhafter Dienstführung je nach 3 Jahren eine Zulage von 300 *M.*, bis sie das Maximalgehalt von 3300 *M.* erreicht haben. Außerdem erhalten dieselben, nach dem Ermessen der städtischen Behörden und des Schulvorstandes, entweder freie Wohnung in der ihrer Leitung anvertrauten Schule oder jährlich 600 *M.* Mietbentschädigung, sind verpflichtet, die ihnen überwiesene Dienstwohnung wirklich zu beziehen, müssen sich aber jederzeit gefallen lassen, daß die Dienstwohnung gegen die baare Mietbentschädigung von 600 *M.* umgetauscht werde.

Die Berechnung der 3jährigen Periode der Gehaltsverbesserungen beginnt bei den Schul-Inspectoren von Zeit ihrer Anstellung als solche an, vorbehaltlich jedoch der Bestimmung im §. 3.

Uebrigens soll Niemandem eine Schulinspector-Stelle übertragen werden, der nicht die in der Bekanntmachung des Herzoglichen Staats-Ministeriums vom 15. Januar 1872 *M.* 4 vorgeschriebene Prüfung bestanden hat.

ersetzt und

- 2) daß, nach Maßgabe dieser neuen Bestimmung und auf Grund der beiliegenden Alterstabelle, das Dienstgehalt (excl. Wohnungswerth resp. Mietbentschädigung)

- a. des Schul-Inspectors Baake von 3000 *M.* auf 3300 *M.*,
- b. des Schul-Inspectors Mühe von 3000 *M.* auf 3300 *M.*,
- c. des Schul-Inspectors Henze von 3000 *M.* auf 3300 *M.*,
- d. des Schul-Inspectors Rahnmeyer von 2400 *M.* auf 2700 *M.*,

und zwar vom 1. Januar d. J. an gerechnet, erhöht werde.

Die vereinigten Commissionen sind mit dem Magistratsantrage vollständig einverstanden und empfehlen denselben zur Genehmigung.

Die Discussion eröffnet

Herr Tellgmann, welcher gern gesehen hätte, daß den Wünschen der Schulinspectoren noch etwas mehr Rechnung getragen würde. Dieselben hätten durch das Bestehen der Prüfung pro rectoratu den Beweis geliefert, daß sie in ihrer Ausbildung mit den Lehrern an den höheren städtischen Schulen auf völlig gleicher Stufe ständen, und dennoch sei in der Besoldung beider Lehrerkategorien ein Mißverhältniß vorhanden. Die pro rectoratu geprüften Lehrer, welche nur einer Klasse vorständen, könnten im Gehalte bis zu 3900 *M.* also um 600 *M.* höher steigen als die Schulinspectoren, wenn man die Miethsentschädigung der letzteren nicht in Betracht ziehe. Es scheine ihm aber eher gerechtfertigt, wenn im Gegentheil die Schulinspectoren für ihre größere Verantwortlichkeit und Mühwaltung besser dotirt würden, denn die Anforderungen, welche an beide Lehrerkategorien gestellt würden, seien offenbar nicht gleich. Er halte daher für billig, die Schulinspectoren mit den pro rectoratu geprüften städtischen Lehrern im Gehalte mindestens gleichzustellen und beantrage, den Stadtmagistrat zu ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß das Maximalgehalt der Schulinspectoren um 600 *M.* erhöht werde, dem Gehaltssatz derselben also noch zwei Klassen zu je 300 *M.* aufgesetzt würden.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Nach den Auslassungen des Herrn Vorredners könnte man die Ansicht gewinnen, als seien die Schulinspectoren gegenüber den pro rectoratu geprüften Lehrern an den höheren städtischen Schulen im Gehalte schlechter gestellt, während sie doch in Wirklichkeit jetzt schon besser gestellt seien. Die freie Wohnung der Schulinspectoren bez. die Geldentschädigung dafür sei dem Gehalte hinzuzurechnen; die Schulinspectoren fingen also mit einer Einnahme von 3000 *M.*, die pro rectoratu geprüften städtischen Lehrer aber mit 2400 *M.*, also mit 600 *M.* Einnahme weniger an. Auf eine Bethätigung des Wunsches des Herrn Vorredners, das Maximalgehalt der Schulinspectoren zu erhöhen, bitte er zu verzichten. Wenn man die Frage beurtheilen wolle, ob das Maximalgehalt der Schulinspectoren zu erhöhen sei, müsse man vor Allem Vergleiche anstellen zwischen den Einkommensverhältnissen der Schulinspectoren und denjenigen anderer Lehrerkategorien einerseits und deren Einkommensverhältnissen hier und in Preußen andererseits, und solche Vergleiche würden keineswegs zu Gehaltserhöhungen Veranlassung geben. Man würde bei einer etwaigen Erhöhung des Maximalgehalts der Schulinspectoren, wenn man

sonst billig und gerecht bleiben wollte, wohl kaum umhinkönnen, auch die Einkommensverhältnisse anderer Lehrerkategorien zu verbessern und auch dazu liege nach dem Erachten des Stadtmagistrats augenblicklich kein Anlaß vor. Die äußeren Verhältnisse, in denen wir leben, hätten sich seit Feststellung der Normen über die Besoldung unserer Lehrer, speciell der Inspectoren, zu deren Nachtheil nicht verändert, besonders hätten sich die Preise der Lebensmittel keineswegs vertheuert und er möchte deshalb den Herrn Vorredner bitten, einen formellen Antrag, wie er ihn eben gestellt habe, nicht einzubringen, damit nicht bei den Schulinspectoren und, wie man wisse, in Folge davon auch in anderen Lehrerkreisen, Hoffnungen auf Gehaltserhöhungen erweckt würden, die, wenn man sie nicht erfüllen könne, bei den Betheiligten immerhin Verstimmung zurücklassen würden.

Herr Winter kann sich der Ansicht des Herrn Zellgmann nur anschließen. Erst vor Kurzem sei an der städtischen Mädchenschule ein Lehrer angestellt worden, der das Examen pro rectoratu bereits bestanden, als eine Inspectorstelle vacant wurde. Als er (Redner) damals anfragte, weshalb man nicht diesen, einen braunschweiger Lehrer, der sich auch zu dieser Stelle gemeldet hatte, zum Schulinspector ernannt hätte, da habe der Herr Oberbürgermeister erklärt, daß es etwas anderes wäre, eine Inspectorstelle zu bekleiden, als nur das Examen pro rectoratu zu bestehen, denn es handle sich dabei nicht allein um die Lehrfähigkeit, sondern auch um die Fähigkeit, eine Schule zu leiten. Das sei auch richtig. Aber dann sei es auch der Billigkeit nicht entsprechend, wenn man solche Lehrer, die nicht zur Bekleidung einer Inspectorstelle geeignet seien, den Inspectoren, die ein bedeutenderes Arbeitspensum zu bewältigen und eine verantwortlichere Stellung hätten, im Gehalte gleichstelle. In den oberen Klassen der städtischen Mädchenschule befänden sich etwa 40 Schülerinnen und eine solche Klasse zu verwalten, sei doch leichter als die Stelle eines Inspectors zu bekleiden, der 18 Klassen unter sich habe. Die Lehrer hätten einfach ihr Pensum zu absolviren, die Inspectoren hätten eine weit größere Last. Der Schulinspector müsse correspondiren mit dem Magistrate, dem Schulvorstande, der Armendirection, dem Schuldirectorium, der Lehrerschaft und dem Publikum. Er habe ebensoviel Stunden abzusitzen wie der Lehrer, müsse dem Publikum zugänglich und für seine Lehrer zu haben sein; er habe Conferenzen abzuhalten, als Inspector die ganze Schule zu überwachen, in sämtlichen Klassen dann und wann dem Unterrichte beizuwohnen; er habe die Bibliothek zu überwachen und dafür zu sorgen und zu controliren, daß den Kindern armer Eltern die Bücher vom Armendirectorium frei geliefert würden — kurz, das Arbeitspensum eines Schulinspectors sei mit dem eines Lehrers an der städtischen Mädchenschule gar nicht zu vergleichen. Im Regulative unserer städtischen Mädchenschule — die noch nicht unter die höheren Lehranstalten aufgenommen sei — heiße es, daß die oberen Klassen von Lehrern besetzt werden sollen, die gleich den Schulinspectoren, das Examen pro rectoratu absolvirt haben. Daß die Schulinspectoren

aber mehr Arbeit auf ihrem Posten haben, sei nicht jetzt erst anerkannt, nein, schon ehe ein Examen gefordert wurde. Man habe ihnen freie Wohnung gewährt, an deren Stelle später 600 *M.* Entschädigung getreten seien, und wofür? Für größere Mühwaltungen. Man müsse dieses also auch jetzt nicht außer Acht lassen. Wenn die Lehrer, welche nur einer Klasse vorzustehen hätten, in 15 Jahren auf 3900 *M.* steigen könnten, dann müßten auch die Inspectoren in derselben Zeit ebenso hoch kommen können; außerdem müsse ihnen aber noch für ihre besondere Stellung gegeben werden, was ihnen eigentlich zukomme. Hätten die Schulinspectoren aber 15 Jahre als solche gedient, dann sei ihnen ihre Functionszulage gewissermaßen entzogen, und das entspreche nicht der Billigkeit, vielleicht nicht einmal der Gerechtigkeit. Wenn die Sorgen für die Familie sich auch später beim Selbstständigwerden der Kinder verringerten, so bliebe doch die Arbeitslast dieselbe. Ueber kurz oder lang werde man vielleicht wieder eine städtische Mädchenschule bauen müssen, es würden also immer noch mehr Lehrer vorhanden sein, die das Examen pro rectoratu bestanden haben müßten. Sollte nun ein Inspector, der sich in seiner Stellung zu schwach fühle, den Wunsch äußern, an die städtische Mädchenschule versetzt zu werden, so würde dem nichts entgegenstehen; ebenso könnte ein Lehrer, um die 600 *M.* Functionszulage mitzunehmen, sich als Inspector an eine Bürgerschule versetzen lassen. Dem Inspector würde also dann seine Functionszulage, die er vielleicht schon 15 Jahre lang bekommen, entzogen und er gleichgestellt werden mit Lehrern, denen er früher um 600 *M.* im Gehalte vorgewiesen sei. Leuten, die eine verantwortliche und besondere Stellung haben, die einem Bureau vorstehen u. s. w., könne man immerhin eine Functionszulage geben, ohne daß es zu Berufungen Veranlassung geben könne und ohne daß die Ansprüche anderer Beamtenkategorien dadurch wachsen könnten. Wenn man aber Jemandem eine Functionszulage, die er 15 Jahre lang bekommen, entziehe, trotzdem er in derselben Stellung bleibe, so sei das nicht richtig. Redner beantragt:

»den Stadtmagistrat zu ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Gehaltsverhältnisse der städtischen Schulinspectoren gleich der für die Lehrer der oberen Stufe der städtischen Mädchenschule im November 1880 festgestellten Gehaltsnormirung bemessen werden, außerdem aber den Schulinspectoren für ihre verantwortlichere Stellung von vornherein eine Functionszulage von 600 *M.* gewährt werde.

Herr Zellgmann zieht seinen Antrag zu Gunsten des vorstehenden zurück.

Referent bemerkt, daß im Schoße der Commission ähnliche Wünsche laut geworden seien, daß dieselbe aber von Einbringung eines derartigen Antrags grade aus den vom Herrn Oberbürgermeister hervorgehobenen Gründen Abstand genommen habe. Man habe sich auch gesagt, daß es zweifelhaft sein würde, die Zustimmung des Stadtmagistrats zu gewinnen, da anzunehmen sei, daß sowohl dieser wie auch der Schulvorstand die Angelegenheit reiflich erwogen haben würde. Namentlich sei in der

Commission hervorgehoben, daß die Pensionsverhältnisse im Auslande, besonders in Preußen, weit ungünstiger seien als hier im Lande und Candidaten aus Preußen immer genügend vorhanden wären, die eine hiesige Inspectorstelle unter den jetzigen Verhältnissen gern annähmen.

Herr Winter: Es sei zweimal darauf hiegewiesen worden, daß die hiesigen Gehaltsverhältnisse im Vergleich zum Ausland günstig wären. Das sei auch richtig. Die Stadt Braunschweig könne aber auch stolz auf ihre Schulen sein und somit auch auf ihre Lehrerschaft. Man habe bei Einrichtung der städtischen Mädchenschule für Braunschweig verhältnismäßig hohe Gehaltsätze normirt, ohne dabei auf die Verhältnisse anderer Städte zurückzugreifen. Die Wünsche der hiesigen Schulinspectoren gingen nun grade nicht sehr weit, denn das hiesige Examen pro rectoratu solle bedeutend schwieriger sein, als das preussische Rectorexamen. Wenn auch in einigen Städten weniger an Gehalt gezahlt werde, so würden auch wieder andere Städte vorhanden sein, in denen mehr gezahlt werde. Er erblicke ein unrichtiges Verhältniß darin, daß die Lehrer an der städtischen Mädchenschule, die dasselbe Examen gemacht, aber eine leichtere Stellung hätten als die Schulinspectoren, mit diesen im Einkommen gleichgestellt wären.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Herr Winter gehe in seinen Ausführungen von der Annahme aus, daß den Schulinspectoren freie Wohnung im Schulgebäude bez. Miethsentschädigung als Aequivalent für ihre größere Mühwaltung gewährt werde. Das sei eine unrichtige Annahme. Früher sei man von dem Sage ausgegangen, daß der dirigirende Lehrer immer am Plaze sein müsse und deshalb im Schulgebäude selbst zu wohnen habe. Später sei man von diesem Sage abgegangen. Der Grund sei also in dem vermeintlichen Interesse der Schule, nicht aber in der Rücksicht, dem Inspector für größere Mühwaltungen besondere Entschädigung zu bieten, zu suchen. Herr Winter habe vorhin eine Aeußerung von ihm (Redner) citirt, dahin gehend, daß die Anforderungen an einen Schulinspector größer seien als diejenigen, welche an einen nur in der Klasse unterrichtenden pro rectoratu geprüften Lehrer zu stellen seien. Allerdings habe er gesagt, es sei um eine Inspectorstelle ganz etwas anderes als um eine Lehrerstelle, und solches einfach damit motivirt, daß Jemand ein sehr guter Dirigent und dabei ein schlechter Lehrer, und umgekehrt ein guter Lehrer und dabei schlechter Dirigent sein könne. Es seien eben andere Anforderungen, die man an einen Inspector zu machen habe; damit sei aber keineswegs gesagt, daß diese anderen Anforderungen nun auch höhere wären. Das sei ja auch nur nebensächlich. Herr Winter habe ferner geäußert, daß die städtische Mädchenschule officiell nicht als höhere Schule anerkannt sei. Herr Winter habe aber den bezüglichen Beschluß selbst mit gefaßt; derselbe werde aus dem Eingange des Regulativs über die städtischen Mädchenschulen die officiële Erklärung der städtischen Mädchenschule zur höheren Schulanstalt ersehen können. Dann wolle er Herrn Winter be-

richtigend bemerken, daß das Examen pro rectoratu hier ganz dasselbe sei wie im Königreiche Preußen.

Hiernächst entspinnt sich zwischen den Herren Lüderßen, Heymann, Semler und dem Herrn Vorsitzenden eine kurze Geschäftsordnungs-Debatte, welche zur Folge hat, daß der Antrag des Herrn Winter als selbstständiger betrachtet und, wenn derselbe nach Erledigung der Tagesordnung die nöthige Unterstützung findet, der Schulcommission überwiesen werden soll. Die Motivirung — bemerkt der Herr Vorsitzende — liege wohl bereits in der Debatte. Der Antragsteller war damit einverstanden.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

II. wird auf Vortrag des Referenten der Schulcommission, Herrn Blasius, einem Schreiben des Stadtmagistrats vom 27. v. Mts. entsprechend beschloffen, den Ankauf der Grundstücke des Particuliers Humann *M. ass.* 3092 und des Gärtners Homann *M. ass.* 3386 an der Leonhardstraße für resp. 24 500 *M.* und 46 500 *M.* zum Zwecke der Erbauung eines Bürger Schulgebäudes zu genehmigen.

III. berichtet Herr Sievers namens der Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 30. v. Mts., betreffend die Verwaltung des städtischen Gaswerks u. vom 1. Juli 1878 bis 31. December 1881.

Die Direction der Gas- und Wasserwerke hat über das städtische Gaswerk rückfichtlich der vorgeachten Zeit an die Deputation für Gas- und Wasserwerke Bericht erstattet, welcher auch jedem Mitgliede der Versammlung unlängst zugestellt ist. Deputation wie Stadtmagistrat haben gegen den in diesem Berichte enthaltenen Rechnungsabscluß nichts zu erinnern gefunden und der Stadtmagistrat beantragt

- 1) der Direction der Gas- und Wasserwerke wegen Verwaltung der Gasanstalt während der Betriebsperioden vom 1. Juli 1878 bis 31. December 1881, unter dem Vorbehalte einer Uebereinstimmung der Einnahmen und Ausgaben mit den Büchern, Decharge zu ertheilen.

Ferner beantragt der Magistrat auf Empfehlung der Deputation, die Zustimmung dazu zu ertheilen,

- 2) daß die noch im Besitze des Gaswerks befindlichen 44 Stück Actien der Braunschweigischen Bank zum Tagescurs, doch nicht unter pari verkauft und der Erlös als zur Disposition der städtischen Behörden stehend, an die Stadtcasse abgeliefert werde.

Rückfichtlich der Verwendung der im Gesamtbetrage von 276 345,68 *M.* noch disponibeln Ueberschüsse des Gaswerks schlägt die Direction vor, 15 000 *M.* für Rückzahlung der auf dem Gaswerke noch lastenden Hypothekenschuld, 852 31,40 *M.* zur Ausgleichung des Gasmesser-Contos, 79 000 *M.* für Neu- und Erweiterungsbauten zu

verwenden und 97 114,28 *M.* dem Betriebsfonds zu überweisen. Die Deputation empfiehlt die vorgeschlagene Tilgung der Hypothekschuld, die Entschließung über die proponirte Abschreibung aber, um nicht den Beschlüssen zur Ausführung des kürzlich vereinbarten Regulativs über die Verwaltung des Gaswerks zu präjudiciren, vorzuhalten, auch die Vorschläge bezüglich der beiden letztgedachten Posten nur unter dem Vorbehalte einer demnächstigen Modificirung zu genehmigen.

Der Stadtmagistrat beantragt die Zustimmung dazu zu ertheilen,

3) daß 15 000 *M.* zur Tilgung der qu. Hypothekschuld verwendet werden, hält jedoch bezüglich der übrigen Posten für zweckmäßig, eine Entschließung vorzubehalten und beantragt danach die Erklärung des Einverständnisses damit,

4) daß die Entschließung über die Verwendung des Restbetrages der Ueber-schüsse zu 261 345,68 *M.* vorläufig ausgesetzt werde.

Die Finanzcommission empfiehlt die Magistratsanträge zur Annahme und werden dieselben nach einigen Bemerkungen zwischen den Herren Reuter, Oberbürgermeister Pockels, von Seckendorff und dem Herrn Vorsitzenden genehmigt.

Weiter

IV. referirt Herr Sievers namens der Finanz-Commission, daß der Stadtmagistrat mittelst Schreibens vom 30. v. Mts. auf Grund eines Antrags der Deputation zur Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke die Stadtverordneten ersucht hat, aus dem Vorrathsvermögen des Gaswerks

1) zur Anschaffung einer Centesimalwage 3500 *M.*,

2) zur Aufstellung eines neuen Stations-Gasmessers 5200 *M.*

zu bewilligen.

Die Commission schließt sich dem Ersuchen des Stadtmagistrats an.

Herr Rieke fragt an, ob denn überhaupt noch größere Umbauten des Gaswerks in Aussicht ständen? Sollte dieses der Fall sein, so möchte er zu bedenken geben, ob nicht bei der event. Einführung der electrischen Beleuchtung die bedeutenden Kosten für Anlegung eines neuen Gasometers theilweise unnütz ausgegeben werden würden.

Herr Reuter: Die neue Fabrik sei so eingerichtet, daß sie successive vergrößert werden könne und der Apparatenraum so, daß noch neue Apparate aufgestellt werden könnten. Es werde dieses auch nach Bedürfniß geschehen. Einstweilen reiche nur der Gasmesser nicht mehr aus, weil derselbe bei intensivem Betriebe die durch die neuconstruirten Defen producirten größeren Gasmenngen nicht mehr durchlasse. Ein weiterer neuer Gasometer werde vielleicht in 3 oder 4 Jahren erforderlich werden. Der Gasconsum habe allerdings in letzterer Zeit nicht in dem Maße zugenommen wie früher, indem die Zunahme früher 9—10 %, in den letzteren Jahren aber kaum

2 % betragen habe; das könne sich aber wieder ändern und es lasse sich daher nichts Bestimmtes darüber sagen. Die städtischen Behörden hätten es aber in der Hand, bei Beantragung von Erweiterungen die Frage in Erwägung zu ziehen, wie eine event. Einführung der electricischen Beleuchtung auf die Verwendung größerer Summen einwirken könne.

Es wird darauf den Magistratsanträgen gemäß beschlossen.

V. wird nach einem von Herrn von Seckendorff für die Finanzcommission erstatteten Berichte dem bezüglichlichen Antrage des Stadtmagistrats vom 18. v. Mts. gemäß beschlossen, die Entnahme einer beim Abschlusse der Rechnung der Cassé der städtischen höheren Mädchenschule v. J. 1882 resultirenden Fehlsomme von 871,49 M. aus dem Dispositionsfonds pro 1882, vorbehaltlich der Rechnungsrevision, zu genehmigen.

VI. Nach §. 2 des Gesetzes Nr. 9 vom 8. Februar d. J. sind die im Besitze der Stadt und des Kreiscommunalverbandes Braunschweig befindlichen auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen entweder außer Cours zu erklären oder nebst den Talons beim Herzogl. Leihhause zu deponiren, insofern nicht die städtischen Behörden eine andere Art und Weise der Sicherung dieser Werthpapiere beschließen. Bislang hat der Magistrat die Inhaberpapiere der Stadt und des Kreiscommunalverbandes im Magistratsdepot (eiserne Geldschrank) verwahrt, die Coupons dagegen in den Händen der Rechnungsführer gelassen. Da dem Magistrate kein Grund vorzuliegen scheint, dieses Verfahren zu ändern, so giebt er anheim, sich mit dessen Beibehaltung einverstanden zu erklären.

Die Commission schließt sich diesem Antrage durch ihren Referenten, Herrn Semler, an.

Auf eine Anfrage des Herrn Munte, wer diese Werthpapiere bezüglich ihrer Ausloosung überwache,

erwidert Herr Oberbürgermeister Pockels, daß dieses, soweit es sich um Braunschweigische Werthpapiere handle, seitens der Stadtcassé, soweit es sich aber um andere Papiere handle, seitens eines hiesigen Bankhauses geschehe.

Der Magistratsantrag wird darauf genehmigt.

VII. wird auf einen von Herrn Schwarzenberg für die Schulcommission erstatteten Bericht dem bezüglichlichen Magistratschreiben vom 23. v. Mts. entsprechend beschlossen, sich nachträglich damit einverstanden zu erklären, daß die Dienstzeit eines in der zweiten Hälfte des Jahres 1880 angestellten Schulinspectors zum Zwecke der

Ermittelung der demselben zukommenden Alterszulage von der ersten Hälfte desselben Jahres an berechnet werde.

VIII. beschließt die Versammlung auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr von Seckendorff berichtet, einem Schreiben des Stadtmagistrats vom 27. v. Mts. gemäß die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß die an der Ecke der Casernen- und Husarenstraße belegene 50,78 a haltende städtische Länderei für 30 000 *M.* an das Herzog-Wilhelm-Asyl verkauft werde.

Hiernächst würde, der Tagesordnung entsprechend, die Berathung über den selbstständigen Antrag des Herrn Wilke, die Verbreiterung der Schuhstraße betreffend, folgen.

Der Antrag kommt indeß nicht zur Berathung. Bei Prüfung desselben in der Commission hat nämlich, wie Herr Wilke erklärt, der Vertreter des Stadtmagistrats sich bereit erklärt, zur Gewinnung eines richtigen Ueberblicks über den Kostenpunkt vorerst Ermittlungen anstellen zu lassen und da nicht zu übersehen, wann die Resultate hierüber vorgelegt werden können, so hat Herr Wilke seinen Antrag vorläufig in der Commissionsitzung solange zurückgezogen, bis man auf Grund der gedachten Resultate der Sache näher treten kann.

Der Herr Vorsitzende bemerkt: Nach dem Gesagten sehe er den Antrag vorläufig als zurückgezogen an und lösche ihn im Journale. Selbstverständlich sei der Herr Antragsteller aber jeden Augenblick in der Lage, denselben entweder, weil die Ermittlungen stattgefunden oder weil ihm dieselben zu lange dauerten, wieder zu erneuern.

Ueber

IX. den selbstständigen Antrag des Herrn Günther, betreffend die Erweiterung der hiesigen Freibadeanstalt entweder durch Vergrößerung des jetzigen Bassins oder Anlegung eines zweiten, ferner die Herrichtung von Hallen und Zellen, sowie Anschaffung von Badeentensilien,

berichtet namens der Statutencommission Herr du Roi. Derselbe führt Folgendes dazu aus. Die Ueberwachung der Badeanstalt sei seiner Zeit dem Bademeister Gellertshoff übertragen. Die gesammten Einrichtungs- wie späteren Unterhaltungs-kosten seien aus der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde bestritten worden. Aber schon im Jahre 1873 sei die Anstalt zuweilen an demselben Tage von über 1500 Personen besucht, so daß in der That eine Erweiterung höchst wünschenswerth sei. Commission wie auch der in der Commissionsitzung anwesend gewesene Vertreter des Stadtmagistrats hätten denn auch den Antrag sympathisch aufgenommen. Die Commission empfehle der Versammlung zu beschließen:

»den Antrag des Herrn G ü n t h e r dem Magistrate zur Berücksichtigung zu empfehlen und denselben zu ersuchen, dementsprechend Ermittlungen behuf einer Vorlage über diesen Gegenstand zu machen, auch, soweit es bei der vorgerückten Jahreszeit möglich, bereits in diesem Sommer einige Verbesserungen thunlichst vornehmen zu lassen.«

Herr G ü n t h e r erklärt sich mit diesem Antrage einverstanden, wenngleich dasjenige, was sein Antrag angestrebt habe, wenigstens in diesem Jahre, noch nicht erreicht werde. So würden danach z. B. die Hallen, welche er ganz besonders wünsche, die auch unbedingt nothwendig seien, wohl noch nicht hergerichtet werden. Er habe sich heute den Zustand nochmals angesehen und gefunden, daß es selbst diesen Sommer nicht mehr so fort gehe. Personen jeden Alters müßten sich dort offen entkleiden, so daß sich die älteren Leute den Kindern gegenüber geniren müßten. Es komme auch vor, daß Gondeln mit Damen die Badeanstalt passirten. Allen hierdurch entstehenden Unzuträglichkeiten würde durch Herstellung verschlossener Hallen vorgebeugt werden (Redner läßt eine Grundriß-Zeichnung, wie er sich die künftige Einrichtung des Badeanstaltsterrains denkt, zur Ansicht circuliren.)

Der Commissionsantrag wird darauf angenommen.

X. referirt Herr Wolff für die Finanzcommission über den selbstständigen Antrag des Herrn R e i c h e, die Ueberbrückung der Oker an der Masch betreffend.

Der Antrag habe in der Commission allseitige Sympathien gefunden. Die Angelegenheit habe die städtischen Behörden schon seit einer längeren Reihe von Jahren beschäftigt, es lägen darüber sogar schon genau ausgearbeitete, fertig abgeschlossene Bauprojecte vor. Durch verschiedene Hindernisse seien die Verhandlungen aber noch nicht bis zur Verwirklichung des Projectes gediehen. Herr Reich habe besonders zwei Hindernisse angeführt, die seines Erachtens aber nicht mehr vorliegen sollten: die Bestimmung der Stelle durch das Ringstraßenproject und die Beschaffung eines anderweiten Platzes für das Schützenetablissement. In Bezug auf den letzten Punkt sei Herr Reich im Rechte, dieser Punkt sei formell durch die Erklärung des Stadtmagistrats, daß er die Verpflichtung zur Beschaffung eines anderen Platzes nicht übernehmen könne, erledigt. Dagegen sei das erstgedachte Hinderniß noch nicht beseitigt. Das Ringstraßenproject sei zur Zeit vom Herzoglichen Staatsministerium noch nicht genehmigt und wenn auch die Genehmigung kaum zu bezweifeln sei, so könne doch, bis dieselbe erfolgt sei, ein formelles Enteignungsverfahren nicht stattfinden.

Es sei aber inzwischen noch ein anderes Hinderniß von Bedeutung eingetreten: Die Genehmigung zur Anlegung der Gishorner Bahn sei von den Preussischen Behörden noch nicht ertheilt worden. Mit dieser Bahn hänge nun aber das Project der neugebildeten Secundairbahn-Gesellschaft zusammen, indem man die Secundairbahnlilien südlich der Stadt durch eine Locomotiv-Ringbahn mit der Gishorner Linie

in unmittelbare Verbindung zu bringen und danach bei der Masch nicht eine gewöhnliche Verkehrsbrücke, sondern eine gleichzeitig für den Betrieb der Locomotivbahn einzurichtende Brücke anzulegen beabsichtige. Der Pferdebahngesellschaft, welche das Ringstraßenproject ursprünglich mit in ihr Programm aufgenommen, sei gestattet worden, für den Transport der Güterwagen, welche sie mit Pferden bewege, diese Brücke mit zu benutzen. Dagegen sei natürlich die gleichzeitige Benutzung solcher Brücken für den Locomotivverkehr, daß also ganze Züge darauf verkehrten, eine andere Sache. Daß man sich in diesem Punkte noch nicht schlüssig sei, darin lägen eben besondere Schwierigkeiten für das Brückenproject. Es müsse also solange gewartet werden, bis die Frage erledigt sei, wer die Bahn nach Gifhorn baue. Wie in der Commission gesagt worden, sei Hoffnung vorhanden, daß in nicht allzuferner Zeit, vielleicht schon im Laufe dieses Sommers, Entscheidung über diese Frage würde getroffen werden, bis wohin auch die Genehmigung des Ringstraßenprojects vom Herzoglichen Staatsministerium erfolgt sein werde.

Immerhin sei man in der Commission von der Ansicht durchdrungen gewesen, daß die Herrichtung einer Brücke an jener Stelle wirklich ein dringendes Erforderniß sei und es sei schon die Frage ins Auge gefaßt, ob es sich nicht empfehlen möchte, bis zur Herstellung der definitiven Brücke vorläufig eine provisorische zu errichten. Aber auch in dieser Beziehung habe die Erwägung leider zu einem negativen Resultate geführt. Man habe zunächst an den Bau einer Pontonbrücke gedacht, die jedenfalls am billigsten gewesen wäre, es müsse aber einerseits der zuweilen niedrige Wasserstand der Oker, der eine Pontonbrücke nicht zu tragen im Stande sein würde, und andererseits das Uberschwemmungsgebiet der Oker mit in Betracht gezogen werden. Die Herstellung einer provisorischen Brücke aber, welche vollständig dem Wagen- und Frachtfuhrverkehr genüge, würde sehr viel Geld erfordern; sie würde nicht viel billiger kommen, als eine definitive. Es würden auf der Seite der Wendenmasch ganz bedeutende Damm-Auffschüttungen vorgenommen werden müssen, die theuer und auch sobald nicht auszuführen seien.

Nachdem all diese Punkte zur Sprache gekommen, habe sich auch der Herr Antragsteller in der Commission dahin einverstanden erklärt, daß der Versammlung empfohlen werde, vorläufig über diesen Punkt zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Rieke bedauert, daß die fragliche Brücke nicht schon längst vorhanden sei, denn die Nothwendigkeit derselben werde von Niemand bestritten werden. Mit den Ausführungen des Herrn Referenten stimme er überein, bis auf den Punkt, daß man der Bahnprojecte wegen nicht zur Erbauung der Brücke kommen könne. Wenn die betreffende Bahngesellschaft, wer es auch sei, eine Brücke haben müsse, so wäre es empfehlenswerth, daß dieselbe eine solche für ihre Zwecke allein baute, die städtischen Behörden hätten aber die Pflicht, für ihre Gemeindegengenossen zu sorgen, und wenn das Ringstraßenproject zu lange der Genehmigung harre, so möge man bei Herzog-

lichem Staatsministerium vorstellig werden, denn was nothwendig sei, müsse unter allen Umständen gemacht werden. Man möge nur an die traurige Verbindung denken, die die Außenwohner mit der Stadt haben. Die Herstellung dieser Brücke sei sicherlich keine unnütze Anlage.

Herr Reiche: Unter den vom Herrn Referenten angeführten Hindernissen könne auch er nur den Umstand als zutreffend anerkennen, daß das Ringstraßenproject noch nicht genehmigt sei, und er werde, sobald dieses geschehen, seinen Antrag erneuern. Er theile die Ansicht des Herrn Rieke, daß es nicht richtig sei, eine Brücke zu bauen, welche zu Eisenbahnzwecken und zum gewöhnlichen Verkehr gleichzeitig benutzt werden solle.

Referent: Er habe nicht die Ansicht aussprechen wollen, daß die Eisenbahn-Brücke und die Brücke für den übrigen Verkehr zu einer Brücke jedenfalls zu combiniren seien. Es schwebten aber in dieser Beziehung noch Verhandlungen, namentlich sei seitens der Secundairbahn-Gesellschaft beantragt worden, die Brücke zu einer gemeinschaftlichen zu machen. Außerdem habe die Gesellschaft beantragt, die Schienengleise in die projectirte Ringstraße selbst zu legen, um ihr die Ausführung ihres Project's so billig als möglich zu machen. Da aber die Ringbahn für die Stadt von außerordentlicher Wichtigkeit sei, indem sie einer großen Anzahl von Etablissements zu Gute komme, die städtischen Interessen also wesentlich dadurch gefördert würden, so habe der Magistrat die Verhandlungen über diesen Punkt nicht ohne Weiteres abgelehnt. Dagegen habe man auch in der Commission nichts zu erinnern gefunden. Die Verhandlungen hätten jedoch durch den Gifhorner Bahnbau neuen Aufschub erlitten und seien deshalb noch nicht zum Abschluß gekommen. So viel stehe aber, wie aus den Acten ersichtlich sei, fest, daß der Magistrat der Sache das lebhafteste Interesse zugewandt habe: nach Abschluß der gedachten Verhandlungen werde es eines erneuerten Antrages nicht bedürfen.

Herr Reiche bemerkt noch, daß es ihm durchaus fern gelegen habe, dem Herrn Referenten irgend einen Vorwurf machen zu wollen; er habe nur constatiren wollen, daß das eigentliche Hinderniß nur in der bislang noch nicht erfolgten Genehmigung des Ringstraßenproject's zu suchen sei.

Der Commissionsantrag wird darauf angenommen, und die Tagesordnung ist damit erledigt.

XI. Der Herr Vorsitzende stellt nunmehr den Antrag des Herrn Winter, betreffend die Aufbesserung der Gehälter der Schulinspectoren, zur Unterstüzung. Dieselbe erfolgt und wird der Antrag der Schulcommission zur Vorprüfung überwiesen.

Eine von Herrn Winter eingebrachte Anfrage:

»Ist der Stadtmagistrat in der Lage, Mittheilung machen zu können über den Verlauf der Angelegenheit, den event. Verkauf des städtischen Militair-Etablissements auf dem Giersberge betreffend?«

kann nach einer Erklärung des Herrn Oberbürgermeister Voßels heute, da die Acten nicht zur Hand sind, noch nicht beantwortet werden.

XII. Herr von Seckendorff motivirt nunmehr seinen eingangs erwähnten Antrag, die Verbesserung der Zugänge zu den in der Umgebung Braunschweigs belegenen Waldpartien betreffend.

Es sei wohl überflüssig darauf hinzuweisen, welchen Werth der Besuch des Waldes für die städtische Bevölkerung habe. Bei dem Besuche der in unserer unmittelbaren Nähe belegenen Waldpartien werde aber wohl schon Jedem, namentlich an warmen Tagen, das Gefühl gekommen sein, daß Etwas geschehen müsse, um die Promenade zu denselben angenehmer, als es bisher der Fall gewesen, zu gestalten. Es liege also wohl auf der Hand, daß es gerathen erscheine, der anwachsenden Bevölkerung auch in dieser Beziehung einige Annehmlichkeiten zu bereiten.

Der Antrag findet die nöthige Unterstützung und wird der Statutencommission überwiesen.

XIII. ist ein Antrag des Herrn Wilke eingegangen:

»den Stadtmagistrat zu ersuchen, das alte Polytechnikum behuf demnächstiger Erbauung eines Stadthauses auf Kosten der Stadt käuflich zu erwerben«,

welcher etwa folgendermaßen motivirt wird.

Als seiner Zeit bekannt wurde, daß der Häusercomplex vom Hagenmarkte bis zum Hagenscharn der Bauplatz für ein neues Polytechnikum werden sollte, da habe man das Project in der Bürgerschaft mit großer Freude begrüßt. Man freute sich, an unsern alt-ehrwürdigen Hagenmarkt ein schönes Gebäude hinzubekommen. Das Project sei aber zu Wasser geworden. Auch das Project, welches vor einem Jahre auftauchte, daß das Herzogliche Museum dort erbaut werden sollte, habe man freudig begrüßt; aber auch daraus sei nichts geworden. Da sich jetzt nun Gelegenheit biete, das alte Polytechnikum käuflich zu erwerben, so habe er obigen Antrag eingebracht, den er zu unterstützen bitte. Redner macht Mittheilung über die muthmaßlichen Kosten, dabei eine bereits im Bürgervereine angegebene Zahl berichtend. Zu bedauern wäre allerdings, wenn durch exorbitante Forderungen der Anlieger das Project hinfällig werden würde.

Es würde bei Verwirklichung des Ankaufs auch ein schon lange gehegter Wunsch der Bürgerschaft Befriedigung finden können: es könnte nämlich auf die Einrichtung von Markthallen Bedacht genommen werden; der Bürgerverein habe schon seit 15 bis

20 Jahr darum petitionirt. Es würden, wie solches beispielsweise in Breslau und Dresden der Fall, ringsum Geschäftslocale zu schaffen sein, die einen Lichthof einschließen. Die Vermietung derartiger Localitäten würde die Verzinsung der Ankaußsumme ziemlich decken.

Der Antrag wird genügend unterstützt und sodann der Finanzcommission überwiesen.

Endlich

XIV. wird noch auf ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 9. d. Mts., über welches namens der Statutencommission Herr Lüderßen berichtet, beschlossen, den Zeugschmied Kahnt krankheitshalber vom Amte eines Armenpflegers zu entbinden. An dessen Stelle wird der Bäckermeister Wilhelm Lehne gewählt.

Schluß der Sitzung.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 7. Juni 1883.

Öffentlich:

Vorlagen des Stadtmagistrats, betreffend:

- I. Statut wegen des Transports von Thieren,
- II. Eintritt eines andern Pächters in den wegen eines Kellers unter dem Schulgebäude an der Wilhelmstraße abgeschlossenen Pachtvertrag,
- III. Anschluß des Pflegehauses an die Fernsprecheinrichtung,
- IV. Ankauf eines westlich vom städtischen Wasserwerke belegenen Grundstücks der Braunschweigischen Eisenbahn-Gesellschaft,
- V. Ueberlassung eines Theils der Wiesenflächen im Gänsewinkel an das städtische Wasserwerk zu Filteranlagen,
- VI. Bewilligung der Kosten der versuchsweisen Einrichtung eines Heilunterrichts für stotternde Schulkinder,
- VII. Verpachtung der Grasnutzung eines Theils der Wiesen im Gänsewinkel,
- VIII. Anstellung eines Controleurs beim Wasserwerke,
- IX. Entbindung vom Amte eines Armenpflegers.

Selbstständiger Antrag des Herrn Wilke, betreffend:

- X. Ankauf des alten Polytechnicums seitens der Stadt.

Anfragen an den Stadtmagistrat:

- XI. des Herrn Winter, betreffend den event. Verkauf des städtischen Militair-Etablissements auf dem Giersberge,
- XII. des Herrn Wolff, betreffend die Einführung einer Straßensprengung auf den größeren Plätzen der Stadt und den Promenaden.

Selbstständiger Antrag des Herrn Winter, betreffend:

- XIII. das Eigenthumsrecht der Stadt am H. Exercierplatz und Verbesserungen auf dem St. Leonhardplatz.

Gemeinschaftliche Sitzung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten.

Wahl des Ausschusses zur Auswahl der zu Schöffen und Geschworenen geeigneten Personen.

Sitzung der Stadtverordneten.

Vertraulich:

Wahl des Protokollführers der Stadtverordneten.

Entschuldigt die Herren Blasius, Jasper, Munte, von Sedendorff, Semler und Till. — Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Voßels und Bürgermeister Rittmeyer, sowie die Herren Stadträthe Haake, Ketemeyer und Grote.

Die Sitzung wird vom Herrn Vorsitzenden Otto unter folgenden Mittheilungen eröffnet:

Die von Herrn Winter am 10. v. Mts. eingebrachte Anfrage, den event. Verkauf des städtischen Militair-Etablissements auf dem Giersberge betreffend, habe der Stadt-Magistrat heute zu beantworten sich bereit erklärt.

Herr Wolff habe die Anfrage an den Stadt-Magistrat gestellt, ob und wann die durch Beschluß der Versammlung vom 14. April c. erbetene Vorlage wegen Einführung einer allgemeinen Straßensprengung zu erwarten sei? Auch diese Anfrage würde nach einer Erklärung des Stadt-Magistrats heute noch beantwortet werden.

Ferner liege ein Antrag des Herrn Winter vor:

den Stadt-Magistrat zu ersuchen:

- a. die der Stadt bezüglich des kl. Exercierplatzes zustehenden Rechte zu wahren, und das seitens der Militairverwaltung erlassene Verbot des Wäschetrocknens wieder aufzuheben resp. dasselbe auf seine Durchführbarkeit einer nochmaligen Prüfung unterziehen zu wollen,
- b. die Rechte der Stadt an dem St. Leonhardplatz gegen unbefugtes Fahren zu sichern und denselben mit einer Baumreihe zu umgeben.

Der Antrag werde nach Erledigung der Tagesordnung seine Begründung finden.

Die Protocolle Nr. 5, 6 und 7 werden genehmigt,

nachdem von Herrn Winter bemerkt und auch seitens der Versammlung als richtig anerkannt worden, daß es S. 99 Z. 13 v. o. an Stelle von »seit zwei Jahren« heißen muß »seit Jahren«.

Man geht zur Tagesordnung über.

I. Nach einem Magistratschreiben vom 15. v. Mts. haben sich die bisherigen bezüglichlichen Bestimmungen in §. 3 unter Nro. 21 der neuen Polizei-Ordnung in sicherheitspolizeilicher Hinsicht als unzureichend erwiesen, auch erscheint es wünschenswerth, bezüglich des Viehtransports Bestimmungen gegen Thierquälerei zu erlassen. Der Stadtmagistrat hat deshalb im Einverständnisse mit Herzoglicher Polizei-Direction einen Statutentwurf, den Transport von Thieren innerhalb des Stadtgebiets Braunschweigs betr., ausgearbeitet und unterbreitet denselben zur Genehmigung.

Herr Reuter ist zum Referenten, Herr du Roi zum Correferenten bestellt worden.

Ersterer trägt vor, daß die Statutencommission die Vorlage eingehend geprüft

und die Genehmigung des Statuts mit einigen theils redactionellen, theils in die Materie eingreifenden, vom Magistrate bereits gebilligten Aenderungen anheimgebe.

Die Versammlung geht das Statut paragraphenweise durch, wobei der Herr Referent an den betr. Stellen die von der Commission für wünschenswerth erachteten Modificationen unter entsprechender Motivirung zur Sprache bringt.

§. 1: Es ist verboten, wi de Thiere in Menagerien oder einzeln anders als in wohlverwahrten Kisten oder Käfigen zu transportiren
und

§. 2: Pferde, Maulthiere und Esel müssen beim Transport von mehr als zwei derselben zusammengekoppelt werden. Bissige Thiere dieser Gattung sind mit Maulkörben zu versehen,

werden ohne Weiteres genehmigt.

§. 3: Der Transport von Bullen, Ochsen, Kühen, Rindern, Kälbern, Schweinen, Schafen und Ziegen, welche, um geschlachtet oder als Schlachtvieh verkauft zu werden, von Außen in das hiesige Stadtgebiet eingebracht, oder innerhalb des Stadtgebietes von einem Orte zum andern oder durch das Stadtgebiet gebracht werden, darf nur mittels Wagen geschehen. Ausnahmen, z. B. für größere Heerden, welche durch die Stadt getrieben werden sollen, zu gestatten, bleibt der Herzoglichen Polizeidirection überlassen,

gibt zu einigen Debatten Veranlassung.

Auf eine Anfrage des Herrn Rieß bemerkt der Herr Referent, daß der Transport auf Karren ausgeschlossen sei, Herr Schwarzenberg dagegen, daß seines Erachtens auch Karren benutzt werden könnten, wenn sie den für die Fuhrwerke in §. 6 vorgeschriebenen Bedingungen entsprächen.

Herr Wolff bittet um Aufklärung darüber, weshalb ein principieller Unterschied gemacht sei zwischen Vieh, welches als Schlachtvieh und solchem, welches nicht als Schlachtvieh durch die Stadt transportirt werde.

Herr Rieß glaubt eine Begründung dieses Unterschiedes darin zu erblicken, daß beim Transporte von Zucht- oder Milchvieh der Gedanke an eine Mißhandlung wohl von selbst ausgeschlossen sei, während das auf dem Transporte zum Schlachthause befindliche, also zur Tödtung bestimmte Vieh nur allzu häufig den größten Mißhandlungen ausgesetzt sei.

Herr du Roi: Man könne nicht von Jedem, der ein Stück Vieh zu transportiren habe, verlangen, sich dazu eines Wagens zu bedienen, wohl aber von denen, die das Vieh zum Zwecke des Schlachtens transportirten.

Herr Bürgermeister Rittmeyer bemerkt, daß das zum Schlachten durchgeführte Vieh die bei Weitem größere Anzahl bilde; es liege hier ein gewerbsmäßiges Antreiben der Thiere vor und man könne in solchem Falle wohl verlangen, daß die betreffenden Eigenthümer sich Wagen dazu anschafften. Uebrigens sei die Sache auch

dadurch erleichtert, daß schon Personen in der Stadt seien, welche gegen Entgelt für Schlachter Vieh auf Wagen einholten. Wer nicht selbst Wagen und Pferd habe, könne sich an diese wenden. Nach eingezogenen Erkundigungen habe auch die Mehrheit der Schlachter gegen die Bestimmung nichts einzuwenden.

Referent bemerkt noch, daß das Statut sich auf den Transport des Viehes innerhalb des ganzen städtischen Gebiets erstrecke. Daß auch dasjenige Vieh, welches z. B. zu den Viehmärkten gebracht werde, in Wagen transportirt werden solle, könne man billigerweise nicht verlangen.

§. 3 wird darauf in der vorgeschlagenen Fassung genehmigt.

§. 4 lautet:

Für den nicht zu Schlachtzwecken erfolgenden Transport der im §. 3 bezeichneten Thierarten gelten folgende Bestimmungen:

- a. Bullen dürfen nur einzeln und mit verbundenen Augen transportirt werden. Jeder Bulle muß von mindestens 2 erwachsenen kräftigen Treibern begleitet werden, von denen der eine denselben am Kopfe zu leiten, der andere das um einen der Vorderfüße des Thieres geschlungene, durch einen um den Leib desselben gelegten festen Strick von der Stärke einer Pflugleine gehende gleichstarke Leitseil zu führen und hinter dem Thiere zu gehen hat. Bössartige oder wildgewordene Ochsen und Kühe sind ebenso wie die Bullen zu transportiren. Beim Transport von anderm Rindvieh zu 1—3 Stück muß jedes gehörig gefesselt von 2 Treibern geleitet werden; in Trupps darf dasselbe nur zu 4—6 Stück und nur unter Begleitung von 2 Treibern bei 4 Stück, von 3 Treibern bei 5 und 6 Stück getrieben werden. Ausnahmen, z. B. für den Rindviehtransport zu und von den Viehmärkten, sowie für den Transport größerer Rindviehheerden, zu gestatten, bleibt der Herzoglichen Polizeidirection überlassen.
- b. Beim Treiben von Schweinen sind zu 3—30 Stück wenigstens 2 Treiber und zu jeden weiteren 20 Stück noch 1 Treiber zu stellen. Der Transport von kleinen Schweinen in Säcken ist gestattet, jedoch darf nicht mehr als ein Schwein in je einem Sacke befördert werden.
- c. Schafe und Ziegen in Trupps von 3—10 Stück dürfen nur unter Begleitung von 2 Treibern getrieben werden.

Die Commission schlägt vor, die Bestimmung sub c folgendermaßen zu fassen:

»Schafe und Ziegen in Trupps von mehr als 3 Stück dürfen nur unter Begleitung von 2 Treibern getrieben werden. Ausgenommen von dieser Vorschrift sind Schaf- und Ziegenheerden, welche vom Hirten zu und von der Weide getrieben werden.«

Die Commission empfiehlt deshalb diese Fassung, weil eine größere Anzahl dieser Thiergattungen bekanntlich leichter zu treiben ist, als einzelne Stücke derselben. Die Ausnahme des zur Weide gehenden Viehes werde sich selbst rechtfertigen.

Herr Günther wünscht nähere Aufklärung über die ihm auffällig erscheinende Bestimmung unter a, wonach beim Transporte von 1—3 Stück jedes gehörig gefesselt und zu jedem Thiere 2 Treiber, beim Transporte von 4 Stück im Ganzen nur 2 Treiber und von 5—6 Stück nur 3 Treiber verwandt werden sollen. Es liege kein richtiges Verhältniß in diesen Zahlen.

Dieser Punkt giebt Anlaß zu einer längeren, von dem Herrn Referenten, Herrn Bürgermeister Rittmeyer und den Herren Tellingmann, Nieß, Schwarzenberg, Rieke, Reuter, Sievers und du Roi geführten Debatte, in welcher die zu Tage tretenden Ansichten im Wesentlichen darin gipfeln, daß nicht nur Schafe und Ziegen, sondern auch Rindvieh in größerer Anzahl, also in Heerden, erfahrungsmäßig weit leichter zu treiben seien, als in einzelnen Stücken, und danach auch verhältnißmäßig weniger Treiberpersonal erfordere. Nun komme es also — wie Herr Bürgermeister Rittmeyer betont, darauf an, wo man den Begriff »Heerde« eintreten lassen wolle. Hierüber bei verschiedenen anderen Städten eingezogene Erkundigungen hätten ergeben, daß man dort mit 4 Stück den Begriff einer Heerde angehen lasse, bei deren Transport nach den gemachten Erfahrungen 2—3 Treiber genügt.

Herr Schwarzenberg stellt den Antrag, in obiger Bestimmung hinter »gefesselt« zu setzen »und jeder Transport«, zieht denselben aber nach einigen von den Herren Nieß und du Roi gegebenen Erläuterungen zurück.

Darauf wird §. 4 in der von der Commission im Einverständnisse mit dem Stadtmagistrate vorgeschlagenen Fassung genehmigt.

§. 5 lautet in der Vorlage:

Lebendes Geflügel darf nur in ausreichend geräumigen Käfigen oder sonstigen luftigen Behältern befördert werden. Der Transport derselben in Säcken oder Netzen, sowie das Zusammenbinden einzelner Thiere und das Tragen derselben an den Füßen ist untersagt.

Ausgenommen von dieser Bestimmung ist der Antrieb von Gänsen und Putern in größeren Trupps.

Die Commission schlägt folgende Fassung vor.

»Lebendes Geflügel darf nur in ausreichend geräumigen Käfigen oder sonstigen luftigen Behältern und nicht in Säcken oder Netzen zur Verkaufsstelle befördert werden. Das Zusammenbinden einzelner Thiere und das Tragen derselben an den Füßen ist untersagt.

Ausgenommen u.

welche Fassung ohne Weiteres genehmigt wird.

Zu §. 6, welcher lautet:

Die zur Beförderung von Vieh benutzten Fuhrwerke müssen so geräumig sein, daß die Thiere, ohne gepreßt oder geschnürt zu werden, stehen oder liegen können. Der Boden und die Seiten-Einfriedigung der Fuhrwerke bis zur Höhe von 1 m muß geschlossen sein, so daß die Thiere während des Transportes nicht durchtreten können.

schlägt die Commission vor, statt »1 m« zu sagen »75 cm«, womit die Versammlung einverstanden ist.

§. 7: In dem innerhalb der Umfluthgräben liegenden Stadttheile ist der Viehtrieb nur dann gestattet, wenn auf anderm Wege der Bestimmungs-ort nicht zu erreichen ist und muß derselbe alsdann auf dem kürzesten Wege stattfinden. Auf den Fußwegen ist das Viehtreiben verboten, ebenso auf den Promenaden, insoweit nicht die Erlaubniß der competenten Behörden dazu eingeholt ist.

und

§. 8: Jeder Viehtrieb muß ohne Aufenthalt vor sich gehen. werden genehmigt, wie sie die Vorlage giebt.

In §. 9: Jede brutale Behandlung des Viehes während des Transportes ist untersagt. Beim Ein- und Ausladen dürfen die Thiere nicht geworfen werden. Das Einladen und Ausladen des schweren Viehes, welches nicht gehoben werden kann, darf nur unter Benutzung einer Rampe geschehen.

empfiehlt die Commission hinter »Rampe« einzuschalten »oder einer Laufbrücke«.

Außerdem beantragt Referent persönlich unter entsprechender Motivirung in diesen Paragraphen folgende Bestimmung aufzunehmen:

»Werden die Thiere mit dem Kopfe an den Boden des Fahrzeuges gefesselt, so muß dieses in der Weise geschehen, daß zwischen dem Boden und dem Kopfe des Thieres ein Zwischenraum von mindestens 45 cm verbleibt«.

Ferner beantragt Herr Nieß, vom Vorstande des Thierschutzvereins darum ersucht, diesem Paragraphen folgende, im Königreiche Sachsen erlassene, Bestimmungen hinzuzufügen:

Werden die Thiere zum Verhüten des Herauspringens am Kopf gefesselt, so hat die Fesselung so zu geschehen, daß das Niederlegen während der Fahrt nicht verhindert wird. Das Hochbinden der Thiere an den Füßen, sowie das Zusammenbinden mehrerer Thiere während der Fahrt ist verboten.

Werden die Thiere in Etagenwagen transportirt, so muß jede Etage die zum Stehen für die Thiere nothwendige Höhe erhalten.

Für gefesseltes Vieh sind die Transportwagen mit angemessenen Strohschüttungen zu versehen.

Gefesseltes Vieh ist am Bestimmungsorte sofort der Fesseln zu entledigen.

Diese Bestimmungen — wie Antragsteller des Nähern motivirend ausführt — sollen der rohen Behandlung vorbeugen, welche die zum Schlachten bestimmten Thiere häufig auf dem Transporte zu erleiden haben. Man müsse bedenken, daß die Leute, welche tagtäglich mit den Thieren umgehen, mit der Zeit das Gefühl für dieselben oft verlören.

Die Anträge der Herren Reuter und Nieß, mit welchen nach einer Erklärung des Herrn Bürgermeister Rittmeyer auch der Stadtmagistrat einverstanden, werden einstimmig angenommen.

Darauf wird §. 9 — unter Vorbehalt der redactionellen Einordnung der neu hinzugekommenen Bestimmungen — genehmigt.

§. 10: Als Treiber zu dienen wird (vorbehältlich der strengern Bestimmung unter §. 4a) gebrechlichen und noch nicht 16 Jahre alten Personen untersagt.

und

§. 11: Sowohl Treiber wie Auftraggeber sind für die genaue Beobachtung der vorstehenden Vorschriften verantwortlich.
werden, wie sie die Vorlage bringt, genehmigt.

Zu §. 12, welcher lautet:

§. 12: Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden, soweit nicht nach dem Reichsstrafgesetzbuche, insbesondere nach §. 366 *M.* 5 und 10, sowie nach §. 360 *M.* 13 desselben härtere Strafe verwirkt ist, mit Geldbuße bis zu 30 *M.* oder mit Haft bis zu 10 Tagen bestraft.

beantragt die Commission, hinter den Worten »soweit nicht« zu sagen »nach Reichs- oder Landesgesetzen härtere Strafe verwirkt ist, mit Geldbuße bis zu 30 *M.* oder mit Haft bis zu 10 Tagen«.

Die Versammlung genehmigt den Paragraph in dieser Fassung.

§. 13: Die Bestimmungen im §. 3 *M.* 21 der neuen Straßenpolizei-Ordnung vom 4. October 1872 werden aufgehoben,
wird ohne Aenderung angenommen.

Nachdem Herr Riecke noch bemerkt hat, daß man, wie nicht zu verkennen, bei Erlaß des gegenwärtigen Statuts von dem Bestreben geleitet werde, manche wirkliche Unzuträglichkeiten und Uebelstände zu beseitigen, daß dieses Bestreben sich aber durch recht baldige Herstellung einer Brücke zwischen der Petri- und Wendenmaisch, welche den Viehtransport durch die Stadt nicht unbedeutend einschränken würde, noch weit besser bethätigen lasse,

wird das Statut im Ganzen, wie es aus der Berathung hervorgegangen, jedoch vorbehältlich der redactionellen Aenderung seitens des Stadtmagistrats, genehmigt.

Der nun folgende Punkt der Tagesordnung betrifft die Beseitigung einer, der Erklärung der Bereitwilligkeit zur Ueberlassung der Burg Dankwarderode an Herzogliche Landes-Regierung angefügten Bedingung.

Der Herr Vorsitzende verliest zunächst eine Eingabe des Bürgervereins, in welcher die Stadtverordnetenversammlung gebeten wird, dahin wirken zu wollen, daß die Burg Dankwarderode ganz niedergerissen, wenigstens aber die Bedingung aufrecht erhalten werde, daß an der Nordseite des Gebäudes 4 m abgebrochen werden, und bemerkt sodann, daß die vereinigte Statuten- und Finanzcommission mit ihren Berathungen über diese Angelegenheit noch nicht habe zu Ende kommen können, weil die Referenten behindert gewesen, auch sich herausgestellt habe, daß zur Klarstellung einiger Punkte noch die Herbeischaffung verschiedenen thatsächlichen Materials höchst wünschenswerth sei, dieses aber bis heute noch nicht habe bewerkstelligt werden können. Nach einer Erklärung des Herrn Referenten des Stadtmagistrats sei denn auch die Angelegenheit nicht so dringender Natur, daß deren Erledigung nicht noch einige Wochen hinausgeschoben werden könnte. Er gebe deshalb anheim, den Gegenstand von der Tagesordnung abzufehen.

Nachdem die Versammlung sich hiermit einverstanden erklärt und der Herr Vorsitzende noch bemerkt hat, daß die Eingabe des Bürgervereins selbstverständlich dem betreffenden Herrn Referenten zur Berücksichtigung bei der demnächstigen Berichterstattung mitgetheilt werden solle,

II. beschließt die Versammlung einem von Herrn Reuter namens der Statutencommission befürworteten Ersuchen des Stadtmagistrats vom 18. v. Mts. gemäß, sich damit einverstanden zu erklären, daß in den mit dem Schneidermeister Spandau hieselbst wegen Benutzung eines Kellers unter dem Schulgebäude an der Wilhelmsstraße abgeschlossenen Miethcontract für die Dauer dieses Contracts (bis Ostern 1886) der Kaufmann Jul. Späth eintrete.

III. In Rücksicht auf die fortwährend zunehmende Frequenz des Pflegehauses und die dadurch herbeigeführte Steigerung des Verkehrs zwischen dem Stadthause und der gedachten Anstalt hält der Stadtmagistrat die Herrichtung einer Fernsprecheinrichtung zwischen beiden Punkten für zweckmäßig und ersucht derselbe in seinem Schreiben vom 13. v. Mts. die Versammlung, zu dem Abschlusse eines bezüglichen Vertrages mit der Postverwaltung die Zustimmung zu ertheilen.

Die Statuten-Commission, für welche Herr Reuter berichtet, erkennt die Zweckmäßigkeit einer derartigen Verbindung an und giebt die Genehmigung des Magistratsantrags anheim.

Herr Rieke ist von der Nothwendigkeit der gedachten Einrichtung nicht über-

zeugt, da sowohl im Stadthause als auch im Pflegehause Boten zur Erledigung der laufenden Geschäfte genügend vorhanden seien.

Nachdem jedoch Herr Stadtrath Ketemeyer hierauf entgegnet hat, daß eine absolute Nothwendigkeit allerdings wohl nicht vorliege, daß aber die Möglichkeit einer schnellen Kenntnißgabe des Pflegehauses von verschiedenen Vorkommnissen, beispielsweise von Aufklärungen auswärtiger Behörden über Individuen, welche bei ihrer Vernehmung absichtlich unrichtige Angaben gemacht haben und im Begriff stehen, von der Erlaubniß ihrer Entlassung Gebrauch zu machen, für die Schadloshaltung der Armenkasse oftmals von nicht zu unterschätzender Bedeutung sei, wird dem Magistratsantrage gemäß beschloffen.

IV. Westlich des Wasserwerks zwischen diesem und der Oker liegt ein 24 a 49,5 qm haltender Terrainstreifen, welcher der Braunschweigischen Eisenbahn-Gesellschaft zugehört, seit einer langen Reihe von Jahren aber dem Wasserwerke für jährlich 18 *M.* verpachtet ist. Die Stadt hat die gedachte Gesellschaft schon früher um käufliche Ueberlassung dieses Terrains zum Zwecke besserer Begrenzung des Wasserwerkgrundstücks gebeten, es ist ihr jedoch eine ablehnende Antwort geworden. Die in Ausführung begriffene Erweiterung des Wasserwerks macht es nun aber höchst wünschenswerth, die gedachte Fläche als Eigenthum des Wasserwerks betrachten zu können und hat sich die Eisenbahn-Gesellschaft nunmehr auch bereit erklärt, dieselbe für 1500 *M.* käuflich an die Stadt abzutreten. Der Stadtmagistrat beantragt in seinem Schreiben vom 18. v. Mts., die Zustimmung zu diesem Kaufgeschäfte zu ertheilen.

Die Finanzcommission, für welche Herr Wolff berichtet, schließt sich diesem Antrage an und wird derselbe nach einigen Bemerkungen zwischen den Herren Riecke und Oberbürgermeister Pockels über die Angemessenheit des zu zahlenden Kaufpreises auch von der Versammlung genehmigt.

V. wird auf einen gleichfalls von Herrn Wolff für die Finanzcommission erstatteten Bericht, dem bezüglich des Magistratschreibens vom 18. v. Mts. entsprechend beschloffen, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß zur Anlegung mehrerer Filterbassins für das zu erweiternde städtische Wasserwerk eine 1 ha 90 a 75 qm haltende Fläche der Wiesen im Gänsewinkel (wie sie aus der vom Herrn Referenten in Circulation gesetzten Zeichnung näher zu ersehen) dem Wasserwerke, gegen Einzahlung der Summe von 7700 *M.* aus dem Erweiterungsbaufonds desselben in den Capitalfonds der Cämmereicasse, zur Benutzung überwiesen werde.

Wie

VI. Herr Reiche namens der Schulcommission berichtet, ersucht der Stadtmagistrat mittelst Schreibens vom 26. v. Mts. die Stadtverordnetenversammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Schulvorstande zur versuchsweisen Ein-

richtung eines Heilunterrichts für stotternde Schulkinder, deren sich gegenwärtig 86 in den hiesigen Bürgerschulen befinden, ein Credit von bis zu 500 *M.* aus den verfügbaren Mitteln der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde bewilligt werde.

Auf Befürwortung der Commission erfolgt einstimmige Annahme des Magistratsantrags.

VII. wird gemäß eines Marginalschreibens des Stadtmagistrats vom 5. d. Mts., über welches namens der Finanzcommission Herr Sievers berichtet, beschlossen, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß dem Fuhrherrn Heinrich Weber die diesjährige Grasnutzung von dem südlichen, 4 ha 88 a 50 qm haltenden Theile der Wiesen im sog. Gänsewinkel zum Preise von 351 *M.* verpachtet werde.

VIII. beschließt die Versammlung einem von Herrn Schwarzenberg namens der Statutencommission befürworteten Ersuchen des Stadtmagistrats vom 31. v. Mts. entsprechend, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Hydrantwärter Hansen zum 1. Juli d. J. als Controleur für das Wasserwerk mit dem regulativmäßigen Gehalte von jährlich 1050 *M.* angestellt werde.

IX. handelt es sich um Erledigung einer erst heute vom Magistrate eingebrachten, als sehr dringend bezeichneten Angelegenheit: Entbindung eines Armenpflegers vom Amte und Ersatzwahl.

Nach Darlegung der Gründe seitens des Herrn Magistratsreferenten, Stadtrath Ketemeyer, (welchem die Versammlung ihre besondere Genehmigung dazu ertheilt) wird beschlossen, sich mit der Niederlegung des Amtes eines Armenpflegers seitens des Kaufmanns Hermann Borchers einverstanden zu erklären, und der Posamentier Max Müller, welcher sich zur Uebernahme des Amtes bereit erklärt hat, als Ersatzmann gewählt.

Ueber

X. den von Herrn Wilke in der Sitzung am 10. d. Mts. eingebrachten Antrag, den Erwerb des alten Polytechnikums seitens der Stadt betreffend, haben, wie der Herr Vorsitzende erklärt, im Schoße der Finanzcommission unter Zuziehung des Herrn Antragstellers Beratungen stattgefunden. Die Resultate derselben haben aber Herrn Wilke veranlaßt, seinen Antrag zurückzuziehen, und ist die Angelegenheit damit erledigt.

Hierauf

XI. motivirt Herr Winter seine in der Sitzung vom 10. d. Mts. gestellte Anfrage:

Ist der Stadtmagistrat in der Lage, Mittheilung machen zu können über

den event. Verkauf des städtischen Militair-Etablissements auf dem Giersberge?

Vor etwa Jahresfrist habe sich die Versammlung mit der Magistratsvorlage, den Verkauf des städtischen Militair-etablissements am Giersberge an den Reichsmilitair-Fiscus betreffend, beschäftigt. Veranlassung hierzu war gewesen, daß Seitens der hiesigen Garnisonverwaltung beim Stadtmagistrat angefragt war, ob die Stadt geneigt sei, das fragliche Etablissement an den Militairfiscus und zu welchem Preise käuflich zu überlassen. Der Magistrat habe von der städtischen Bauverwaltung eine gutachtliche Aeußerung über diese Angelegenheit eingeholt und auch dem Stadtbauamte habe die Sache vorgelegen. Letzteres habe sich mit dem Verkaufe einverstanden erklärt, aber den vom Magistrate vorgeschlagenen Kaufpreis von 265 000 *M.* für zu niedrig, dagegen einen solchen von 300 000 *M.* für angemessen gehalten. Der Stadtmagistrat habe in jener Sitzung empfohlen, dem Militairfiscus thunlichst entgegenzukommen und dabei betont, daß directe Verhandlungen zwischen ihm und dem Militairfiscus im Gange seien. Die Versammlung erklärte sich denn auch mit dem Kaufpreise von 265 000 *M.* einverstanden.

Man habe dann über die Angelegenheit nichts weiter gehört, bis vor etwa einem Monate die Nachricht durch die Blätter ging, daß die Verhandlungen zwischen Militairfiscus und Consortium sich zerschlagen hätten. Während nämlich der Magistrat mit dem Militairfiscus direct verhandeln wollte, waren bereits nebenher von Seiten eines hiesigen Agenten, angeblich im Namen eines in Bildung begriffenen Consortiums Verhandlungen mit dem Militair-Deconomie-Departement in Berlin angeknüpft. Der Stadtmagistrat verhandelte mit dem Garnison-Commando, welches wiederum mit dem Armee-Commando in Hannover verhandelte. Während Letzteres noch vom Magistrate Nachricht haben wollte, hatte sich schon das Consortium, vertreten durch einen hiesigen Agenten, veranlaßt gesehen, das fragliche Etablissement dem Reichsmilitair-Fiscus zu dem Preise anzustellen, welcher in der Stadtverordnetenversammlung erst später genehmigt wurde, nämlich 265 000 *M.* Darauf kam denn vom hiesigen Garnison-Commando die Anfrage an den Stadtmagistrat, wie denn die Sache stände? Die Garnisonverwaltung warte auf Nachricht, sie habe aber gehört, daß die Angelegenheit in Berlin schon weiter gebiehn sei; man wisse auch dort schon den Preis und der betreffende Agent ließe sich an, als ob er die ganze Sache vermitteln wollte. Der Magistrat habe hierauf, wie aus den Acten hervorgehe, geantwortet, daß der betreffende Agent von ihm keinerlei Auftrag habe; der Magistrat habe aber Kenntniß von dessen Vorgehen und sei der Ansicht, daß der Sache damit am förderlichsten gedient sein würde.

Redner glaubt nun, daß dieser Weg der verkehrte gewesen sei, denn dadurch, das wisse er ganz positiv, habe man bewirkt, daß der hiesige Garnison-Commandeur und auch der Commandeur des hiesigen Husaren-Regiments sich dem Unternehmen sofort mehr oder weniger feindlich gegenüber gestellt und die Verhandlungen sich zerschlagen hätten.

Die Stadtverordnetenversammlung sei aber bislang ohne Nachricht über die Angelegenheit geblieben und er habe deshalb durch seine Anfrage eine Erklärung des Magistrats darüber zu erzielen gewünscht, ob sich die Sache so verhalte. Er nehme an, daß durch das Nebenher-Unterhandeln eines Agenten, der bereits früher denselben Preis verlangt habe, den die Versammlung nachträglich festgestellt, der Sache nur geschadet sei.

Herr Bürgermeister Rittmeyer glaubt, daß der Herr Vorredner die Sache nicht richtig aufgefaßt habe. Die ganzen Verhandlungen seien ursprünglich vom Consortium gegenüber der Militärverwaltung ausgegangen; ohne ein solches Consortium wäre an die Ausführung des Projectes nicht zu denken gewesen. Während die Militärverwaltung mit diesem Consortium verhandelte, stellte sich die Nothwendigkeit heraus, daß, wenn die Militärverwaltung ihr Etablissement an der Promenade aufgeben und das ganze Husarenregiment nach dem Giersberge verlegen wollte, die hiesige Stadt gefragt werden mußte, zu welchem Preise das Terrain zwischen den Stallungen am Giersberge und der Jägerstraße, sowie die Stallungen selbst erworben werden könnten, auch ob event. die Anlage der projectirten das Bauterrain durchschneidenden Giersbergstraße unterbleiben könnte. Auf Grund einer desfallsigen, von der Militärverwaltung an den Stadt-Magistrat gerichteten Anfrage seien salsdann Verhandlungen mit der Stadtverordnetenversammlung gepflogen und auf Grund dieser Verhandlungen sei der Beschluß gefaßt, der Militärverwaltung die Erklärung abzugeben, daß die städtischen Behörden bereit seien, Stallungen und Reitbahn am Giersberge sowie das zur Erbauung einer Caserne erforderliche Terrain zum Preise von 265 000 M. abzutreten. Weiteres habe dann der Magistrat über die Verhandlungen officiell nicht vernommen. Es sei demselben allerdings bekannt geworden, daß das Consortium sich außerordentliche Mühe gegeben habe und daß Verhandlungen zwischen der höchsten Militärverwaltung in Berlin, dem Commando in Hannover und dem Consortium direct und zunächst ohne Mitwirkung des hiesigen Generals und des Commandeurs des Husarenregiments gepflogen seien. Das habe den Magistrat aber nicht weiter interessiren können.

Als nun vor einigen Monaten das Gerücht auftauchte, die Verhandlungen hätten sich zerschlagen, sei auch dem Magistrate seitens des Consortiums die Mittheilung geworden, daß aus der Sache wohl nichts werden würde.

Durch die Anfrage des Herrn Winter veranlaßt, habe nun der Magistrat direct an die Garnisonverwaltung geschrieben und um Auskunft über den Stand der Angelegenheit gebeten. Geantwortet sei, daß nach einem Erlasse des Kriegsministeriums in Berlin Höheren Orts auf die Kaufvorschläge des Consortiums nicht weiter eingegangen werden könne und der Intendantur in Hannover der Auftrag geworden sei, dieses dem Consortium mitzutheilen. Damit habe die Sache einstweilen ihre Erledigung gefunden.

Redner bemerkt noch, daß von dem Consortium neuerdings anderweite Vorschläge

vorbereitet würden, dieselben aber noch nicht soweit gediehen seien, daß sie zur Berathung der städtischen Behörden gelangen könnten.

Wenn Herr Winter der Ansicht sei, daß das Dazwischentreten des Consortiums eine Mißstimmung des General und Obristen hervorgebracht und so der Sache geschadet habe, so müsse er (Redner) dieses bezweifeln; es würden vielmehr Hindernisse anderer Art dem Zustandekommen des Unternehmens im Wege gestanden haben. Der Schwerpunkt scheine ihm darin zu liegen, daß der Militairfiscus nahezu 900.000 M. hätte zahlen müssen und daß eine solche Summe wohl schwerlich vom Reichstage zu erlangen gewesen wäre.

Danach

XII. motivirt Herr Wolff mit einigen Worten unter Hinweis auf die schönen, warmen Tage der letzteren Zeit, die das Bedürfniß nach Sprengung der Straßen um so fühlbarer gemacht hätten, seine bereits erwähnte Anfrage:

ob und wann die durch den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 12. April d. J. erbetene Vorlage einer allgemeinen Straßensprengung vom Stadtmagistrate zu erwarten sein dürfte?

Herr Bürgermeister Rittmeyer bemerkt dazu: Die Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke, zum Berichte aufgefordert, habe zur Vermeidung von Weiterungen und Berufungen empfohlen, sämtliche Straßen der Stadt mit Ausnahme derjenigen, welche zu schlecht gepflastert oder zu eng seien, sprengen zu lassen. Der Magistrat habe sich dann auch dazu entschlossen und werde mit einer Vorlage hervortreten, sobald von der gedachten Direction der erforderliche Anschlag über die ersten Anschaffungskosten der nöthigen Sprengwagen eingereicht sein werde

Endlich

XIII. nimmt Herr Winter das Wort zur Motivirung seines Antrags, den Kl. Exercierplatz und den St. Leonhardplatz betreffend, indem er Folgendes ausführt:

Der Kl. Exercierplatz sei seit Anfang dieses Jahrhunderts ein viel umworbenes und umstrittenes Object gewesen; drei vermeintliche Eigenthümer hätten ihre Ansprüche geltend gemacht: der Militairfiscus, die Högener Interessentschaft und die Stadtgemeinde. Die zur Klarstellung der Rechtsverhältnisse gepflogenen Verhandlungen hätten aber zu keinem Resultate geführt. Im Jahre 1873 habe der Stadtverordnete Steinau die Sache in der Versammlung wieder angeregt, aber auch ohne weiteren Erfolg zunächst. Erst im Jahre 1877, nachdem inzwischen die Högener Feldmark-Interessentschaft zurückgetreten war, wurde der Versammlung ein im Einverständnisse des Stadtmagistrats und des Militairfiscus verabredeter Vertrag zur Berathung vorgelegt, der indeß die Zustimmung der Versammlung nicht fand. Es wurde gegen Annahme einiger Paragraphen, namentlich aber der Bestimmung protestirt, daß das Reiten auf dem durch die Baumreihen eingeschlossenen Theile des Platzes den Mili-

tairpersonen auch außer der Dienstzeit gestattet sein solle, und beschloßen, die Vorlage an den Stadtmagistrat zu weiteren Verhandlungen mit dem Militairfiscus zurückzugeben. Ein im Jahre 1878 der Versammlung unterbreiteter anderweiter Vertrag wurde angenommen und fand auch nachträglich die Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums. Man scheine sich aber seitens des Militairfiscus wie auch des Stadtmagistrats gefreut zu haben, den Vertrag endlich einmal auf dem Papier zu haben, denn gehalten sei er seit jener Zeit noch nicht. So heiße es in dem Vertrage: der H. Exercierplatz sei unbeschränktes Eigenthum der Stadt, jedoch werde derselbe der hiesigen Garnison zu militairischen Uebungen zur Benutzung innerhalb der Baumreihen überlassen mit Ausnahme des nach Westen belegenen Viertels des Platzes, welches der Jugend der Stadt zu Spielen u. s. w. und damit der Stadt zur ausschließlichen Benutzung überlassen bleiben solle. Ferner heiße es im Vertrage: auch solle die Jugend den ganzen Platz benutzen dürfen dann, wenn das Militair keinen Gebrauch davon mache. Wenn also das Militair anrücke und die Jugend sei auf dem Platz, so müsse diese weichen; auf ein Viertel des Platzes habe aber das Militair kein Anrecht, ihn könne die Jugend ohne besondere Erlaubniß zu jeder Zeit in Anspruch nehmen und Sonnabends Nachmittags stehe ihr der ganze Platz zu Gebote. Ferner sollten zur sichern Erkennung des vom Militair nicht benutzten vierten Theils des Platzes einige Pfähle als Merkmale aufgerichtet werden. Es seien aber weder Pfähle angebracht, noch sei darauf gehalten, daß das Militair nicht nach wie vor seine Uebungen auf den ganzen Platz ausdehne. Ferner heiße es in einem Paragraphen: das Reiten und Fahren auf dem Platz sei für Civilpersonen verboten. Auch sei alles das verboten, was den Militair-Uebungen hinderlich sein könnte.

Neuerdings habe nun die Militairverwaltung das Wäschetrocknen auf dem Platz verboten. Dieses sei aber ein alter Brauch, der von den Frauen der Stadt, namentlich von denjenigen, denen weder Hof noch Gartenraum zur Verfügung stehe, vielleicht schon ebenso lange gehandhabt würde, wie das Militair seine Uebungen dort abhalte. Das Wäschetrocknen werde aber auch nur in den Baumreihen selbst vorgenommen und dort habe nach dem Vertrage das Militair überhaupt nichts zu suchen. Außerdem benutze das Militair das Terrain in den Baumreihen, um die Officierspferde dort spazieren zu führen, wozu es kein Recht habe; die Passanten müßten in diesem Falle ausweichen, wozu sie nicht verpflichtet seien. Das Vorgehen des Militairs müßte bezüglich seiner Rechtmäßigkeit einmal gründlich geprüft werden und es habe die Versammlung genügend Veranlassung, den Stadtmagistrat zu ersuchen, darauf zu halten, daß das Militair innerhalb seiner Gerechtsame bleibe und nicht darüber hinausgehe; der Vertrag müsse stricte aufrecht erhalten werden. Auch die Stadt müsse mal ein Ding thun und sagen: das muß aufhören. Wenn das Militair wieder den Platz so und so lange allein benutze, dann könnte das Eigenthumsrecht der Stadt wieder in Zweifel gezogen werden und es käme abermals zu Streitigkeiten.

Das Wäschetrocknen auf dem Platze sei vom Magistrate in Uebereinstimmung mit Herzoglicher Polizei-Direction verboten, sogar für die Zeit, wo das Militair nicht da ist und auch auf dem Viertel, welches der Stadt gehöre und das Militair nichts angehe. Es müßte doch erst erwogen werden, ob ein derartiges Vorgehen überhaupt zulässig sei. Zu den Zeiten der verschiedenen militairischen Uebungen, also während der Felddienst- und Bataillons-Uebungen, dem Regimentserexerciren und dem Manoeuvre, werde der Platz vom Militair nicht benutzt. Wenn also wenigstens nur gesagt wäre, daß die Wäsche dort nicht getrocknet werden dürfe, wenn das Militair da ist; aber nein, es sei ein für allemal verboten, und das sei ungemein hart. Herr Bürgermeister Rittmeyer habe schon i. J. 1878 darauf hingewiesen, daß das Recht der freien Benutzung des Platzes zu den Zeiten, während welcher derselbe vom Militair nicht gebraucht werde, ein sehr wichtiges sei. Das sei damals schon anerkannt und müsse heute noch anerkannt werden.

Nach Redners Ansicht müsse also abgestellt werden, daß der ganze Platz vom Militair benutzt werde, es müsse dafür gesorgt werden, daß an der gedachten Stelle Pfähle errichtet würden und daß der Weg in den Baumreihen nicht vom Militair benutzt würde, und schließlich müsse untersucht werden, ob das Wäschetrocknen denn auch zu den die militairischen Uebungen störenden Hantierungen gehöre. Der von der Stadt allein zu benutzende nach dem Friedhofe zu belegene Theil habe schon bedeutend gelitten, einmal durch Aufstellung von Schaubuden, dann auch durch das Wegschaufeln des Schnees seitens des Militairs — denn grade an dieser Stelle pflege man die militairischen Uebungen am liebsten abzuhalten — wodurch die Grasnarbe lädirt werde, dann aber auch dadurch, daß Wagen darüber führen. So könne man aus den von der Neuen Promenade quer über den Platz nach der Nebenstraße führenden Räder Spuren und aus sonstigen Kennzeichen mit Sicherheit schließen, daß der Platz häufig von den Wagen der National-Actien-Bierbrauerei benutzt werde. Dieser Ordnungswidrigkeit zu steuern, müßten die Polizeibeamten und städtischen Wegewärter besonders angewiesen werden, es werde sonst kein Jahr mehr dauern und der Platz sähe dort ebenso aus, wie der Theil des großen Exercierplatzes, auf welchem die Husaren exercierten — eine reine Sandwüste. Es müsse also entschieden etwas gethan werden, wenn man nicht erleben wolle, daß der Platz als Spielplatz für die Jugend total unbrauchbar werde; es müsse darauf gehalten werden, daß dort nicht gefahren würde, und daß bei Errichtung von Buden sofort nach deren Entfernung zur Wiederbelebung der Rasenfläche etwas geschehe, selbst wenn man zu dem Ende höheres Stelldgeld erheben müßte. Er gebe dem Magistrate anheim, wegen Zurücknahme des Verbots bezüglich des Wäschetrocknens die demselben dienlich erscheinenden Schritte schleunigst zu thun.

Mit dem St. Leonhardplatze sei die Sache ähnlicher aber nicht so schwieriger Art; derselbe sei, nachdem man sich viel darum gestritten, gegenwärtig ausschließlich Eigen-

thum der Stadtgemeinde, dürfe auch seitens des Klostersguts nur noch bis Johannis d. J. benützt werden. Er möchte den Antrag stellen, daß durch Errichtung von Warnungstafeln, durch die Presse und auf irgend welche andere Weise dahin gestrebt würde, daß das Reiten und Fahren (sowie auch das Einfahren junger störrischer Pferde, welches hier öfter vorgekommen sei) aufhöre, daß nach Abhaltung von Jahr- und Viehmärkten das Herstellungsgeld beschafft und der Wunsch der Altwieker Feldmark's-Interessenschaft, den Platz mit einer Baumreihe zu umgeben, möglichst berücksichtigt werden möchte.

Der Antrag, gehörig unterstützt, wird der Statutencommission übergeben.

Der Herr Vorsitzende schließt danach die Sitzung,
und es übernimmt Herr Overbürgermeister Pockels den Vorsitz, um

in gemeinschaftlicher Sitzung

die Wahl des Ausschusses zur Auswahl der zu Schöffen und Geschworenen geeigneten Personen zu leiten.

Nachdem der Herr Vorsitzende bemerkt hat, daß jeder hiesige Einwohner, der sich im Besitze der bürgerlichen Rechte befinde, wählbar sei,

werden (auf Antrag des Herrn Reuter durch Acclamation) gewählt:

- 1) Stadtverordneter Zellmann,
- 2) Provisor Carl Schrader,
- 3) Provisor Heinrich Ahrens,
- 4) Rentner Otto Schrader,
- 5) Commerzienrath Rittmeyer,
- 6) Kaufmann Carl Adolf Müller,
- 7) Stadtrath Kettemeyer.

Schluß der Sitzung.

In der darauf folgenden vertraulichen Sitzung wird der bisherige Protokollführer der Stadtverordneten wiedergewählt.

1883.

(Fortsetzung der Beilage zu N. 158 de 1883
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 9.

Verhandlungen
der
Stadtverordneten zu Braunschweig.
Sitzung am 14. Juni 1883.

Öffentlich:

Selbstständiger Antrag des Herrn Winter, betreffend:

- I. die Gehaltsverhältnisse der Schulinspectoren.
- II. Vorlagen des Stadtmagistrats, betreffend:
a. die Uebernahme von Naturalverpflegung durchreisender Unterstützungsbedürftiger seitens
des hiesigen Vereins gegen Bettel, b.
- III. Verkauf von entbehrlichem Straßenterrain am Damme,
- IV. das Verfahren bei Ausloosung der nach dem ersten und dem zweiten Jahre ausscheidenden Armenpfleger u. s. w.,
- V. Bewilligung der Kosten eines Nivellements des Stadtgebiets.
- VI. Statut über den Betrieb von durch Rauch zc. belästigenden Feuerungsanlagen.

Selbstständiger Antrag des Herrn Winter, betreffend:

- VII. die Cinquartirungslast der hiesigen Stadt.

Vertraulich:

Steuerreklamationen.

Entschuldigt die Herren Blasius, Jasper, Reuter, von Seckendorff und Witke. Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Haake und Stadtrath Ketemeyer.

Die Sitzung wird vom Herrn Vorsitzenden Otto mit dem Bemerken eröffnet, daß von Herrn Winter folgender Antrag eingegangen sei:

»Die Versammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen: derselbe möge den Versuch machen,

- 1) an zuständiger Stelle betreffs der der Stadt periodisch auferlegten Einquartirungslast mit Hinweis auf die Mehrbelastung der Stadt den ländlichen Dtschaften gegenüber eine Erleichterung zu erreichen, und
- 2) die Vertheilung der der Stadt zugewiesenen Einquartirung, wenn irgend thunlich, nach vorausgegangener Aufforderung an gegen Entgelt sich freiwillig meldende Quartiergeber zu beschaffen.«

Begründung des Antrags wird dem Antragsteller nach Erledigung der Tagesordnung vorbehalten.

Zur Tagesordnung

I. berichtet Herr Schwarzenberg im Namen der vereinigten Schul- und Finanzcommission über den von Herrn Winter in der Sitzung am 10. v. Mts. eingebrachten selbstständigen Antrag:

»den Stadtmagistrat zu ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Gehaltsverhältnisse der städtischen Schulinspectoren gleich der für die Lehrer der obern Stufe der städtischen Mädchenschule im November 1880 festgestellten Gehaltsnormirung bemessen werden, außerdem aber den Schulinspectoren für ihre verantwortlichere Stellung von vornherrein eine Functionszulage von 600 *M.* gewährt werde.«

Referent bespricht zunächst die bisher geltend gewesenen reglementarischen Bestimmungen über die Gehaltsverhältnisse der Schulinspectoren und macht sodann einige Mittheilungen aus den Magistratsacten. Dieselben ergeben, daß die Schulinspectoren bereits zweimal um Verbesserung ihrer Gehaltsverhältnisse eingekommen sind: zuerst im Jahre 1879, wo sie abschlägig beschieden sind, sodann vor Kurzem, wo ihren Wünschen nur theilweise und zwar insoweit Rechnung getragen worden, daß sie, statt wie früher alle 4 Jahr, jetzt schon alle 3 Jahr gleich den Gemeindefullehrern, Anspruch auf Alterszulage bis zur Erreichung des Maximalgehaltes von 3300 *M.*, neben freier Wohnung oder 600 *M.* Miethsentschädigung, haben. Die in Folge dieser Aenderung erworbenen Gehaltszulagen sind denn auch bereits verwilligt worden.

Zu dem vorliegenden Antrage selbst übergehend, führt Referent aus, daß derselbe von der Commission unter Zuziehung des Antragstellers eingehend berathen worden sei. Im Großen und Ganzen sei man in der Commission der Ansicht gewesen, daß allerdings die Gehaltsfähe der Schulinspectoren, namentlich bei einem Vergleiche mit den pro rectoratu geprüften Lehrern an der städtischen

Mädchenschule, nicht im richtigen Verhältnisse zu ihrer Stellung ständen, die eine weit verantwortlichere und arbeitsvollere als diejenige der gedachten Lehrer sei. Dieser Umstand finde auch dadurch, daß diese Lehrer erst 6 Jahre nach ihrer Anstellung ein Gehalt von 3000 M., die Schulinspectoren dagegen gleich bei ihrem Dienstantritte ein Einkommen von gleicher Höhe bezögen, seinen Ausgleich nicht, da die ersteren durchschnittlich schon mit 25 Jahren angestellt würden, die letzteren dagegen in den meisten Fällen erst 6 Jahre später zu ihrem Amte gelangten. Der wichtigeren und verantwortlicheren Stellung der Schulinspectoren könne also nur dadurch Rechnung getragen werden, daß ihr Maximalgehalt entsprechend erhöht werde; eine Berufung seitens der pro rectoratu geprüften Lehrer würde dabei völlig ausgeschlossen sein.

Von einem Commissionsmitgliede sei vorgeschlagen, die mehr zu gewährenden 600 M. nicht als pensionsberechtigte Zulage zu betrachten, sondern das jetzige Maximalgehalt in diesem Sinne beizubehalten, dann würde den pro rectoratu geprüften Lehrern um so weniger Gelegenheit zu Berufungen gegeben werden. Von allen übrigen Mitgliedern sei ein solches Vorgehen indeß nicht für nöthig erachtet worden.

Die vereinigte Schul- und Finanz-Commission beantrage aus vorgedachten Gründen:

»den Stadtmagistrat zu ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß der im §. 1 des Reglements vom 13. August 1875, die Gehalts- und Dienstverhältnisse der Lehrer an den Bürgerschulen betreffend, festgestellte Maximalgehalt der Schulinspectoren (neben freier Wohnung oder 600 M. Miethsentschädigung) von 3300 M. auf 3900 M. erhöht werde.«

Der Herr Vorsitzende hat sich während des Referats dringender Dienstgeschäfte halber entfernt und den Vorsitz seinem Stellvertreter, Herrn Kybik, überlassen.

Nachdem Herr Winter den Commissionsantrag mit dem Bemerkten zur Annahme empfohlen hat, daß derselbe im Wesentlichen den damals von Herrn Zellgmann und ihm geäußerten Wünschen entspreche,
wird der Antrag angenommen.

Es folgt

II. die Vorlage des Stadtmagistrats vom 7. d. Mts., betreffend die Uebernahme der Naturalverpflegung durchreisender Unterstützungsbedürftiger seitens des hiesigen Vereins gegen Bettel.

Das hiesige Comité zur Errichtung von Arbeitercolonien und Naturalverpflegungsstationen hat an den Stadtmagistrat das Ersuchen gerichtet, der communalen Naturalverpflegung der armen Reisenden zur Abwehr der Wanderbettelei auch in hiesiger

Stadt auf statutarischem oder sonst geeignet erscheinendem Wege (nach Analogie eines der Versammlung vorliegenden Statutentwurfs) die Wege zu bahnen. Der Stadtmagistrat hält für angemessen, daß sich die Stadt dieser Aufgabe als wirksamstes Mittel zur Vorbeugung der lästigen Wanderbettelei nicht entzieht, ist aber, um eine Mehrbelastung des Armenbüreaus zu verhüten, mit dem hiesigen Vereine gegen Bettelei wegen Uebernahme der Naturalverpflegung armer Reisender in Verhandlung getreten. Der Verein hat sich hierzu bereit erklärt und zwar soll den armen Reisenden in der Regel, je nach der Tageszeit, entweder Mittagsbrod im Werthe von 15 A oder Abendessen mit Nachtquartier und Frühstück im Werthe von 35 A gewährt werden. Als Entschädigung hierfür verlangt der Verein Zahlung einer annoch zu vereinbarenden Pauschsumme, deren Höhe sich nach dem Umfange der gewährten Verpflegung richten müssen. Der Magistrat hat beschlossen, dieses Anerbieten des Vereins gegen Bettelei zu acceptiren und giebt anheim, dem getroffenen Abkommen zuzustimmen.

Die Statutencommission, für welche Herr Schwarzenberg berichtet, hat die Vorlage geprüft und dabei als richtig anerkennen müssen, daß es Pflicht der Stadt sei, für fremde Bettler in gedachter Beziehung zu sorgen. Sie habe allerdings die Frage erwogen, ob es nicht gerathener wäre, die Sache seitens der Stadt selbst in die Hand zu nehmen und nicht dem Vereine gegen Bettelei zu überlassen, sei aber in Anbetracht, daß der Verein in voller Wirksamkeit bestehe, es sich auch vorläufig nur um ein Provisorium auf ein halbes Jahr handele, zu dem Schluß gekommen, einen Versuch in dieser Richtung als zweckmäßig zu empfehlen. Sollte sich derselbe wider Erwarten nicht bewähren, so könnte ja später immer eine andere Einrichtung getroffen werden. Zu hoffen sei aber, daß der hiesige Modus beibehalten werden könne, weil das Armenbüreau, welchem diese Geschäfte andernfalls zufallen würden, ohnedies schon mit Arbeit überbürdet sei.

Referent giebt die Annahme des Magistratsantrags anheim.

Herr Günt her unterwirft den dem empfohlenen Abkommen zu Grunde liegenden Statutentwurf einer eingehenden Kritik und wendet sich namentlich gegen den die allgemeine Untersützungsfrage und die dabei zu beobachtenden Principien behandelnden §. 3 und dessen Motivirung.

Bei Entwerfung jenes Statuts scheine man von der Ansicht geleitet worden zu sein, daß alle umherziehenden Handwerksburschen Vagabunden seien. Das sei aber durchaus nicht der Fall, die Leute gingen meistens darauf aus, Arbeit zu suchen; das müsse man nur immer bedenken. Ferner sei nicht bedacht, daß, wenn man fremden Arbeitern Beschäftigung nachweise, wie das nach dem Statute beabsichtigt werde, den einheimischen Arbeitern die Beschäftigung dadurch entzogen werde. Seiner

Ansicht nach werde dem Bettel dadurch nur Vorschub geleistet. — Der Ausspruch in dem Statutentwurf, daß die Vaganten entweder arbeiten oder sterben sollten, sei nicht gerade sehr christlicher Natur. Auch sei die Behauptung, daß bei Verabreichung von baarem Gelde, dieses zu mindestens 99% in Schnaps umgekehrt werden würde, eine sehr gewagte. Daß aber der Handwerksbursche zuweilen einen Schnaps trinke, darin liege nichts Verachtenswürdiges, das stempelte ihn noch nicht zum Vagabunden.

Redner bemerkt schließlich, daß er der Vorlage hauptsächlich aus dem Grunde nicht zustimmen könne, weil er es für unzweckmäßig halte, daß die Angelegenheit dem Vereine gegen Bettelei in die Hände gegeben werde; er hätte lieber gesehen, wenn die Sache von der Polizei aus betrieben würde.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Der Verfasser jenes Statutentwurfs gehe nicht, wie der Herr Vorredner meine, von der Ansicht aus, daß alle arbeitslos Umherziehenden Strolche seien, sondern im Gegentheil von dem gewiß richtigen Grundgedanken, daß dieselben nicht alle arbeitscheu seien; er sage aber, daß der verschuldet oder unverschuldet der Vagabondage Anheimgefallene außer Stande sei, sich aus eigener Kraft wieder empor zu richten und daß es deshalb nicht nur das Interesse der öffentlichen Wohlfahrt, sondern auch das Menschlichkeitsgefühl gebiete, solchen Arbeitern, wenn sie sonst willig, die Möglichkeit zu gewähren, sich zu rehabilitiren. Die erwähnte Arbeitercolonie solle gerade dazu dienen, aus der großen Zahl der arbeitslos Umherziehenden die Arbeitswilligen herauszufinden, ihnen Obdach und Verdienst zu gewähren, um sie dadurch zur Rückkehr zur früheren Beschäftigung zu befähigen. Ob diese Arbeitercolonie ein geeignetes Mittel zur Erfüllung jener Aufgabe sei, müsse die Zukunft lehren. Allerdings werde sie nach Redners persönlicher Ansicht nur von Erfolg gekrönt sein, wenn sich in Verbindung mit ihr Schutzvereine gründeten, die es sich zur Aufgabe machen, den aus der Colonie entlassenen Arbeitern nun auch wieder Arbeitsgelegenheit zu verschaffen und zwar in einer solchen Weise, daß andere, freie Arbeiter dadurch in ihrer Existenzfähigkeit nicht beeinträchtigt werden. Man stehe mit der ganzen Einrichtung vor einem Versuche, dessen Erfolg dem Einen oder Andern zweifelhaft erscheinen möge, der aber immerhin in der Vagantenfrage wichtig genug sei, um einmal gemacht zu werden. Die Einrichtung einer Verpflegungsstation werde wenigstens den Erfolg haben, daß aus der Unzahl von Umherziehenden die Arbeitswilligen herausgezogen, das eigentliche Gros der arbeitscheuen Vaganten aber fern gehalten würde.

Herr Wolff: Das Statut zur Naturalverpflegung armer Reisender sei aus einem warmen Herzen entsprungen, welches helfend und bessernd in die Verhältnisse eingreifen wolle, nicht aus einem kalten, abwehrenden Herzen. Die rechtlichen Arbeiter könnten sich freuen, wenn ihre höchst unliebsame Collegenchaft, die sich in letzterer Zeit leider Gottes nur allzu breit im deutschen Vaterlande gemacht habe, beschränkt werde, und

diesjenigen Vaganten, welche noch einen Funken inneren Gehalts aufzuweisen haben, auf den richtigen Weg zurückgebracht, der menschlichen Gesellschaft wiederzugeführt würden. Ueberall sei man bemüht, dem jetzigen Unwesen abzuhelpen, die arbeitslosen Menschen vom drohenden Abgrunde, vom himmelschreienden Elende zurückzuhalten. Es sei also vollständig unrichtig, wenn angenommen werde, man wolle ehrliche und betriebsame Handwerker mit dem wirklichen Vagabonden in einen Topf werfen. Gerade im Verein gegen Bettelei habe man das Princip, die Arbeiter bei der Ehre zu fassen. Die Arbeit, welche den Bettelnden angeboten werde, könne von Jedem beschafft werden, und sei dabei der Art, daß dadurch den einheimischen Arbeitern der Verdienst nicht genommen werde.

Redner geht sodann näher auf die Principien des Vereins gegen Bettelei ein, und wendet sich schließlich gegen die Ausstellungen des Herrn Günther, die von diesem zur Sprache gebrachten Punkte einzeln zu widerlegen suchend.

Herr Stadtrath Ktemeyer macht Herrn Günther darauf aufmerksam, daß es sich heute nicht um Einführung neuer Maßregeln handle, und wenn derselbe gegen die beabsichtigte Unterstützung armer Reisender sei, so müsse es befremden, daß er seinen Widerspruch nicht schon bei der Etatsberathung erhoben habe, als der Posten, um dessen Verwendung es sich heute handle, verwilligt wurde. In der Sache sei nur insofern eine Aenderung eingetreten, als man dieselbe nicht dem Armenbureau, welches schon stark überbürdet sei, sondern dem Verein gegen Bettelei übertragen wolle, dem man für seine Bereitwilligkeit nur dankbar sein könne. Die Herzogliche Polizei-Direction werde sich nicht damit befassen wollen.

Herr Nieß kann aus eigener Erfahrung constatiren, daß die Zustände sich gegen früher nicht gebessert, sondern wesentlich verschlechtert haben: es verfielen jetzt weit mehr junge Leute der Vagabondage als früher und der Schnaps spiele dabei die Hauptrolle. Die Handwerksburschen geriethen nur zu leicht in Bettelei, sie geriethen an den Schnaps und — fühlten sich wohl dabei. Der Handwerksbursche müsse ja auch seinen Schnaps haben, brauche sich aber darum nicht dem Trunke zu ergeben, wie es leider weit mehr der Fall sei, als Herr Günther annehme, und dagegen müsse eben angekömpft werden. Man müsse den Leuten Gelegenheit geben, sich wieder emporzuheben auf den Standpunkt, der ihnen in der menschlichen Gesellschaft von Rechtswegen zukomme. Schließlich bemerkt Redner noch, daß es sich empfehlen würde, auch den einzelnen Innungen einen Theil der Last aufzubürden.

Herr Kiefe ist der Ansicht, daß bei einer Besserung der industriellen Verhältnisse auch das Vagabondenthum wieder abnehmen werde. Man möge nur für größere Unternehmungen, für Canal- und Eisenbahnbauten zc. sorgen; die segensreichen Folgen würden sich alsdann bald zeigen.

Herr Günther erklärt, daß es durchaus nicht in seiner Absicht liege, sich dagegen aufzulehnen, wenn für die reisenden Handwerksburschen etwas geschehen solle, er erkenne das im Gegentheil an. Er könne sich nur nicht mit dem Gedanken befreundeten, daß die Sache dem Vereine gegen Bettelei übergeben werde, weil sie ihrem ganzen Wesen nach nicht dorthin gehöre. Der Verein möge schon manches Gute gestiftet haben, aber nachhaltige Hilfe gewähre er nicht. Nach der letzten Rechnungslegung sei an 10000 Durchreisende eine Gesamtunterstützung von 2000 *M.* gezahlt. Das bringe 20 *A.* auf den Mann; was solle der Handwerksbursche damit anfangen?

Herr Ding tritt der Ansicht des Herrn Vorredners entgegen und tadelt beiläufig die schwache Betheiligung der Bevölkerung an dem Vereine gegen Bettelei. Braunschweig zähle etwa 5000 Hauseigenthümer und nur 1300 gehörten diesem Vereine an. Bei regerer Betheiligung würde der Verein über größere Mittel verfügen können und die Bettler, welche es wirklich nöthig haben, würden alsdann auch besser unterstützt werden können. Noch ein anderer Umstand lasse wünschen, daß möglichst alle Hauseigenthümer beiträten. Jetzt könne es vorkommen und geschehe auch in der That vielfach, daß vom Verein unterstützte Bettler trotz der erhaltenen Unterstützung vor den Thüren bettelten; sie würden abgefaßt und ins Gefängniß gebracht, singen aber, sobald sie entlassen, sofort das Betteln wieder an. Wenn aber an jeder Hausthür sich das Schild des Vereines gegen Bettelei befände, dann würde dem jetzigen Unwesen baldigst gesteuert werden und es würden alsdann die Unterstützungen nur an solche gelangen, die sich derselben würdig zeigten.

Nachdem Herr Günther noch bemerkt hat, daß er sich hauptsächlich gegen die fast aus jeder Stelle des Statuts hervorleuchtende Ansicht, als sei in jedem Handwerksburschen ein Vagabonde zu erblicken, habe wenden wollen,

wird der Magistratsantrag genehmigt.

III. Nach einem Magistratschreiben vom 28. v. Mts. beabsichtigt der Kürschnermeister Papenberg auf seinem sub *N.* ass. 228 am Damme belegenen Grundstücke ein neues Wohnhaus zu errichten und muß derselbe, um letzteres in die für die Südseite des Dammes festgestellte Baulinie einzurücken, 3 qm Straßenterrain erwerben. Der Stadtmagistrat giebt anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß das fragliche Terrain zum Kaufpreise von 50 *M.* abgegeben werde,

welchem Ersuchen die Versammlung auf Befürwortung des Referenten der Finanzcommission, Herrn Wolff, ohne Weiteres entspricht.

IV. Mittels Marginalschreibens vom 5. d. Mts. ersucht der Stadtmagistrat, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß das Geschäft der Ausloosung der Bezirks-

vorsteher und Armenpfleger der Armendirection übertragen werde. Nach §. 7 der Armenordnung für die Stadt Braunschweig scheidet nämlich von den auf drei Jahre gewählten Bezirksvorstehern ein Drittel, und zwar das erste Mal durch das Loos, später nach dem Dienstatler, aus, und es wird somit nur in diesem und dem nächsten Jahre eine Auslosung nöthig sein. Wer dieses Geschäft zu besorgen hat, ist im Statute nicht ausdrücklich gesagt; die Armendirection hält es aber für zweckmäßig, daß sie mit dem Geschäfte betraut werde.

Herr Lüderßen giebt als Referent der Statutencommission anheim, den Magistratsantrag zu genehmigen, was ohne Debatte geschieht.

V. wird nach einem von Herrn Wolff namens der Finanzcommission erstatteten Berichte dem bezüglichlichen Magistratschreiben vom 24. v. Mts. entsprechend beschlossen, zur Anfertigung eines Nivellements der Stadt die Summe von bis zu 800 *M.* aus dem Dispositionsfonds (Cap. XIV. *M.* 7) zu verwilligen.

VI. beschließt die Versammlung einem von Herrn Schwarzenberg namens der Finanzcommission befürworteten Ersuchen des Stadtmagistrats vom 5. d. Mts. gemäß, sich mit einer vom Herzoglichen Staatsministerium bei Genehmigung des Statuts über den Betrieb von durch Rauch oder Ruß belästigenden Feuerungsanlagen stipulirten redactionellen Aenderung einverstanden zu erklären.

Schließlich

VII. nimmt Herr Winter das Wort zur Motivirung seines eingangs erwähnten Antrags, die Einquartirungslast Braunschweigs betreffend.

Die Stadt Braunschweig werde zum Destern mit Einquartirung belegt, die sich zum Theil alljährlich wiederhole, wie durch das Blankenburger Füsilier-Bataillon und die Mannschaften der Reserve und Landwehr. Er finde nun, daß die Stadt hierdurch im Vergleich zu den umliegenden Ortschaften zu sehr belastet werde. Auch andere Städte der Provinz Hannover, wie beispielsweise Hildesheim, hätten die außergewöhnliche Last einer derartigen Einquartirung empfunden. Letztere Stadt habe sich bittweise an das Generalcommando des 10. Armee-corps gewandt und eine zustimmende Antwort dahin erhalten, daß nach Möglichkeit darauf Bedacht genommen werden solle, auch die umliegenden Ortschaften mit Einquartirung zu belegen. Wenn sämmtliche Garnisonstädte vorzugsweise mit Mannschaften belegt würden, so möge das seinen Grund darin haben, daß die in deren Nähe befindlichen Exercierplätze zu den Uebungen höchst erwünscht seien. Dieser Umstand dürfe aber nicht hindern, daß ab und zu auch

die nahe liegenden Ortschaften mit herangezogen würden und jedenfalls sei dieses dann kein Grund, wenn es sich um Einquartirungen auf nur einen Tag handle; hierbei könnten wohl die umliegenden Dörfer, z. B. nach Wolfenbüttel oder Wechelde zu, mit herangezogen werden. Braunschweig habe so schon große Aufwendungen für zwei Escadrons Husaren zu machen, die früher in Wolfenbüttel lagen und zu den Uebungen in den umliegenden Dörfern Braunschweigs einquartirt wurden. Die Stadt wende also ohnedem schon erkleckliche Summen auf und könnte nach gedachter Richtung hin wohl etwas soulagirt werden. Es stehe zu wünschen, daß der Magistrat sich in dieser Beziehung einmal an das Commando des 10. Armee-corps wendete; den Bürgern der Stadt würde ein wesentlicher Dienst damit erwiesen werden.

Es sei Brauch geworden, die Last der Einquartirung auf die Hausbesitzer abzuwälzen; diese hätten aber schon verschiedene Lasten zu tragen, sie seien grade nicht auf Rosen gebettet. Die Ausquartirung sei gestattet; sie solle selbstverständlich nur ausnahmsweise geschehen, sie sei aber zur Regel geworden. Nach auf dem Stadthause eingezogenen Erkundigungen würden jetzt schon bedeutend mehr Mannschaften von den Hausbesitzern ausquartirt als behalten; den letzteren erwachse eine Last daraus, wenn sie die Mannschaften behielten, oder wenn sie sich um andere Quartiere bekümmern müßten. Das betreffende Bureaupersonal habe aber jetzt schon viel mit der Entgegennahme der Ausquartirungs-Anmeldungen zu thun; es würde deshalb nicht viel verschlagen, wenn der Magistrat einmal den Versuch machte, sämtliche Mannschaften auszuquartiren, und eine Bekanntmachung erlasse, daß diejenigen, welche Einquartirung übernehmen wollten, sich melden möchten. Es würden sich viele Gasthöfe niederen Ranges und kleine Leute zur Uebernahme von Einquartirung bereit finden. Ganze Mannschaften, wie z. B. das in nächster Zeit sich einsindende Bataillon aus Blankenburg, würden auf diese Weise untergebracht werden können und den Hausbesitzern dadurch eine große Gönne genommen werden. Die Hausbesitzer würden sich dem Magistrate zu großem Dank verpflichtet fühlen, wenn er ihnen diese Last abnähme. Selbstverständlich könne dieses Verfahren nur in den Fällen Platz greifen, wo es zulässig sei, der Magistrat es bewerkstelligen könne und sich Leute genug fänden, Einquartirungen zu übernehmen. In Kriegszeiten u. würde es natürlich bei dem bisherigen Verfahren bleiben müssen.

Die entstehenden Mehrkosten seien unerheblich. Nach §. 1 des Statuts für Ordnung der Einquartirungslast habe zur Erfüllung der Leistungen, welche mit der Einquartirung verbunden, jeder Gemeindegenuß beizutragen, der zur Communalsteuer herangezogen werde. Im Allgemeinen seien also schon sämtliche Einwohner verpflichtet, ihr Scherflein beizutragen, schon durch Zahlung der Communalsteuern, von welchen ein Theil dazu mit verwandt werde. Das zu zahlende Mehr falle also nicht

allzu sehr ins Gewicht. Von militairischer Seite könnten Hindernisse nicht in Weg gelegt werden.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und wird der Statutencommission überwiesen,

die Sitzung sodann geschlossen.

Vertraulich werden Steuerreklamationen (Verzeichniß . 1. I. de 1883) erledigt.

1883.
~~~~~

(Fortsetzung der Beilage zu N. 180 de 1883  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

**N. 10.**  
~~~~~

Verhandlungen
der
Stadtverordneten zu Braunschweig.
Sitzung am 28. Juni 1883.

Öffentlich:

Vorlagen des Stadtmagistrats, betr.

- I. Beseitigung einer der Erklärung der Bereitwilligkeit zum Verlaufe der Reste der Burg Dankwarderode an die Regierung hinzugefügten Bedingung,
 - II. Aenderung des Entwurfes eines Baustatuts,
 - III. Ueberweisung eines noch zur Verfügung stehenden Ueberschusses aus dem Jahre 1882 zum Dispositionsfonds vom Jahre 1883,
 - IV. Erwerb von auf dem St. Leonhards-Platz zu Gunsten des Klostersguts St. Leonhard ruhenden Gerechtsamen,
 - V. Uebernahme einiger von Unternehmern auf der östlichen Glacisländerei hergestellter Straßenstrecken Seitens der Stadt,
 - VI. Veränderung der Lage der projectirten Straße zwischen Adolfsstraße und Steintor.
 - VII. Genehmigung des vorläufig schon gutgeheißenen Ankaufs eines Grundstücks für Zwecke des Wasserwerks,
 - VIII. Grundsätze für Verwaltung der Betriebs- u. s. w. Fonds der Gas- und Wasserwerke
 - IX. Zeitweilige Verwendung von Beständen der Gas- und Wasserwerke als Betriebsfonds der Cämmereicasse,
 - X. Bewilligung der Mittel zur Errichtung eines Wirthschaftsgebäudes im Stadtpark (Kasanenholzchen) und Verpachtung der Wirthschaft,
 - XI. Sprengung der Promenaden,
 - XII. Abänderung der §§. 3 und 7 des Statuts N. 33 vom 18. Juni 1880 über die Untersuchung des zum Verlaufe und Genuße von Außen her in die Stadt eingebrachten Fleisches,
 - XIII. Entnahme von Okerwasser oberhalb des Eisenbüttler Wehrs für das zu erweiternde städtische Wasserwerk.
- ~~~~~

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Podels, Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Ketemeyer und Stadtrath Grote.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden Ditto

I. nimmt Herr Heymann das Wort, um namens der vereinigten Statuten- und Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 28. v. Mts., die Burg Dankwarderode betreffend, zu berichten.

In der Sitzung am 19. Februar c. hat die Versammlung im Einverständnisse mit dem Stadtmagistrate sich bereit erklärt, die Reste der Burg Dankwarderode an die Landesregierung zum Preise von 50000 *M* käuflich abzutreten unter der Bedingung jedoch, daß an der Nordseite des Gebäudes mindestens 4 m abgebrochen werden und nicht wieder bebaut werden dürfen. Herzogliches Staatsministerium, hiervon in Kenntniß gesetzt, hat sich mittelst Rescripts vom 4. März c. *N.* 1264 dahin ausgesprochen, daß es den Vorschlag der städtischen Behörden acceptiren würde, wenn demselben nicht die gedachte Bedingung hinzugefügt wäre, und unter specieller Darlegung der Gründe empfohlen, dieselbe fallen zu lassen. Der Stadtmagistrat hebt wiederholt hervor, daß die beschlossene Verkürzung des fraglichen Gebäudes um 4 m mit der geplanten Wiederherstellung des Gebäudes vom historischen und architektonischen Standpunkte aus unvereinbar sei, hält auch ebensowenig diese Maßnahme im Verkehrsinteresse für geboten, da sich ohne erhebliche Opfer eine auch im Ortsbauplane bereits vorgesehene, 16 m breite Verbindungsstraße zwischen dem Osten und Westen der Stadt an der Südseite der Burg Dankwarderode und an der Nordseite des Domes vorüber herstellen ließe. Dem Magistrate erscheint es als im allseitigen Interesse liegend, daß dem gegenwärtigen, wenig erfreulichen Zustande baldigst ein Ende gemacht werde; er giebt deshalb anheim, die gedachte Bedingung fallen zu lassen.

Bevor die gedachte Magistratsvorlage an die Versammlung zur Berathung gelangt ist, sind auf Veranlassung des Vorsitzenden noch folgende Punkte vom Magistrate aufgeklärt: Von der Grundfläche der Burg Dankwarderode nebst Zubehör verbleiben der Stadt Braunschweig, wenn sie die Burg an die Landesregierung in dem gewünschten Umfange wieder abtritt, 1820 qm; der an der Nordseite abzutrennende Streifen von 4 m Breite beträgt 58 qm. Eine Verbreiterung des Straßenzuges nördlich der Burg statt durch den 4 m breiten Streifen von der Burg selbst, durch Beseitigung der gegenüberliegenden Speiseanstalt für Bedürftige, welches Gebäude nur allein in Frage käme, würde auf etwa 30000 *M*, dem Werthe des Hauses, zu stehen kommen.

Der Bürgerverein hat in einer Eingabe vom 5. Juni c. die Versammlung gebeten, auf vollständige Niederlegung der Burg Dankwarderode hinzuwirken, wenigstens aber die mehrerwähnte Bedingung aufrecht zu erhalten.

Referent führt Folgendes aus: Die Sache sei in der vereinigten Statuten- und Finanzcommission verhandelt und es seien, wie zu erwarten gewesen, entgegen-gesetzte Ansichten zu Tage getreten. Das Resultat der Verhandlungen sei indeß, daß die Majorität die Annahme des Magistratsantrags empfehle.

Es sei ja richtig, daß die Passage an der Nordseite der Burg sehr eng und eine Verbreiterung derselben wünschenswerth sei; es sei aber zu berücksichtigen einmal, daß man bei Erfüllung der gedachten Bedingung dasjenige, was man ursprünglich beab-sichtigte, eine ganz directe Verbindung zwischen dem Osten und Westen der Stadt, doch nicht erreichen würde, weil eine ganz grade Linie mitten durch die Burg führen würde, man also doch ohne Knick nicht abkomme, zweitens, daß die Straße, wenn sie auch um 4 m verbreitert würde, an jener Stelle doch schief bleiben würde, weil das gegenüberliegende Gebäude schief zur Straße stehe. Ferner werde es unbedenklich sein, späterhin die Pferdebahn an der Südseite der Burg vorüberzuführen, wodurch der Passage an der Nordseite ein erheblicher Theil der Wichtigkeit des Verkehrs ge-nommen werden würde. Lasse man nun die Bedingung nicht fallen, so würde die Folge sein, daß entweder auf das eventuelle 3. Project, das Ruinen-Project, zurück-gegriffen würde — und es möchte wohl weiter keines Commentars bedürfen, daß ein großer Segen mit diesem Projecte nicht geschaffen würde, wie denn auch der Architekten- und Ingenieur-Verein sich in einer Denkschrift mit aller Entschiedenheit gegen das-selbe ausgesprochen habe — oder daß aller menschlichen Berechnung nach der jetzige unleidliche Zustand noch auf unabsehbare Zeit hinausgeschoben werden würde, ein Zu-stand, wie er unter keinen Umständen wünschenswerth sei. Man habe dann viel Geld ausgegeben, ohne irgend welchen Vortheil davon zu haben; man werde dann auf keiner einzigen Seite eine ordentliche Straße haben. Wenn dagegen die Versamm-lung jetzt dem Wunsche des Herzoglichen Staatsministeriums nachkomme und auf die Bedingung verzichte, dann habe sie wenigstens das Ihrige gethan, und abgesehen da-von, daß ihr von keiner Seite ein möglicher Vorwurf gemacht werden könnte, hätte man wenigstens die Hoffnung, daß der Zustand über kurz oder lang beseitigt wäre und wenigstens erreicht würde, zum erheblichen Theile den Wunsch nach Verbesserung der Straße an der fraglichen Stelle befriedigt zu sehen. Man bekomme auf der an-deren Seite eine 16 m breite Straße, wozu man das Terrain ohne erhebliche Kosten gewonnen habe. Die Burg habe 75 000 M. gekostet und solle für 50 000 M. wieder verkauft werden. Man würde also für 25 000 M. ein Terrain von 1820 qm erhalten; das bringe etwa 13 M. pro qm, welcher Preis wohl als angemessen bezeichnet wer-den könne. Man bekomme auch 50 000 M. wieder heraus, die man bei der jetzigen Finanzlage der Stadt sehr gut gebrauchen könne.

Aus all diesen Gründen beantragen die vereinigten Commissionen, — mit 8 gegen 4 Stimmen — zu beschließen, daß der Magistratsantrag angenommen werde.

Zugleich aber geben die Commissionen der Versammlung anheim, es möge bei

Mittheilung des Beschlusses an den Magistrat die Aufforderung gerichtet werden, das Herzogliche Staatsministerium zu ersuchen, nunmehr auch die fraglichen 50 000 M. der Stadt zu verzinsen. Man habe dieses in der Commission für billig gehalten, weil man, wenn man die Bedingung fallen lasse, das Seinige gethan habe und in keiner Weise mehr für eine Verzögerung verantwortlich sei. Es sei indeß nicht für angezeigt gehalten, daß die Verzinsung direct als Bedingung hingestellt werde, es soll nur eine Aufforderung an den Stadtmagistrat sein, das Herzogliche Staatsministerium dieserhalb zu ersuchen.

Die Discussion eröffnet

Herr Reuter. Derselbe bedauert, sich dem Commissionsantrage nicht anschließen zu können; im Hinblick auf die früheren Verhandlungen sei ihm dieses unmöglich. Er habe seiner Zeit die Magistratsanträge bezüglich des Ankaufs der Burg Dankwarderode befürwortet und es habe, wie er constatiren müsse, vollständige Einstimmigkeit darüber geherrscht, daß die Burg im Interesse des öffentlichen Verkehrs beseitigt werden müsse. Die Agitation für Erhaltung und Restaurirung der Burg sei erst später entstanden und er betrachte es als eine Art Compromiß, daß der Antrag, die Burg abzutreten und 4 m für die Verbreiterung der Straße zurückzubehalten, angenommen sei. Darauf hätte man eingehen können, es wären alsdann zwei Möglichkeiten geblieben: Einmal wäre die Burg restaurirt, dabei allerdings in etwas an eine andere Stelle verschoben worden, aber immer innerhalb der Grenzen desjenigen Terrains geblieben, auf welchem sie ursprünglich erbaut war und gestanden hätte. Eine solche Verschiebung des Gebäudes halte er durchaus für kein Unglück. Es liege so wie so nicht in der Absicht, die Burg so wie sie da stehe, zu restauriren, sondern man wolle an der Südseite derselben etwa 8 m anbauen und da könne man sehr wohl von der jetzigen Nordseite 4 m zur Straße liegen lassen.

Man thue der Sache selbst dadurch keinen Abbruch, wie denn überhaupt die Pläne, welche hinsichtlich der Restauration bislang aufgetaucht seien, alle von verschiedenen Ansichten ausgingen. Eine Verschiebung des Gebäudes würde Redner unter allen Umständen für das Zweckmäßigste gehalten haben. Es hätte sich dann vielleicht auch einrichten lassen, daß der Anlegung einer den Steinweg mit der Straße vor der Burg verbindenden graden Straße, wie er sie sich für die Zukunft denke, erhebliche Hindernisse nicht erwachsen wären. Er habe auf einem neuesten Stadtplane die Straßen ausgezogen, wie sie sich nach seiner Idee demnächst gestalten müßten, nämlich eine Verlängerung der Münzstraße bis zum Hagenmarkte und eine Straße vom Steinwege bis zur Straße vor der Burg. Diese Straßen kreuzten grade da, wo jetzt die südöstliche Ecke der Burgruine stehe. (Redner läßt den Plan circuliren). Wenn also diese Straßen, die für das nächste Jahrhundert eine Lebensader der Stadt sein würden, ausgeführt werden sollten, so sei es höchst unzuweckmäßig, wenn ein kostspieliger Neubau dort errichtet sei, der in diese Straße hineinrage und nicht parallel zu

derselben stehe. Daß aber von Grund auf neu gebaut werden müsse, liege auf der Hand und sei ihm auch von sachverständiger Seite bestätigt worden. Gegen die andere Möglichkeit, die Burg als Ruine zu conserviren, hätte er nichts zu erinnern gehabt, weil, wenn einmal die Nothwendigkeit herantrete, durch eine grade Verbindung zwischen Steinweg und der Straße vor der Burg eine Verkehrsverbesserung herzustellen, die Ruine immer wieder hätte beseitigt werden können. Das sei aber viel schwieriger, wenn an jener Stelle ein Neubau stehe, auf welchen viel Geld verwandt sei. Auf die fraglichen 4 m von der Nordseite dürfe man nicht verzichten, weil diese zur nothdürftigsten aber auch nothwendigsten Verbreiterung der engen Passage sofort erforderlich seien. Für das Richtigste müsse er immer noch halten, wenn die aufgefundenen werthvollen Reste neben Photographien des jetzigen Zustandes für ewige Zeiten, vielleicht im Herzoglichen Museum, conservirt würden und die Architekten und Alterthumsfreunde ihre Ideen, wie die Burg früher gewesen, in hübschen Zeichnungen daneben zur Anschauung brächten. Dann hätte die Nachwelt ein naturgemäßes, ungefälschtes Bild von dem, was früher gewesen, was heute factisch vorhanden und zugleich davon, wie die heute lebenden Baumeister geglaubt haben, daß die Burg einst ausgesehen habe; jede Ansicht darüber käme dabei zu ihrem Rechte. Der Architekten- und Ingenieurverein finde es ungeheuerlich, daß das Gebäude an der Nordseite um 4 m verkürzt werden solle. Er finde es dagegen viel ungeheuerlicher, wenn man auf der einen Seite aus Pietät nichts von dem Gebäude missen wolle und auf der andern Seite etwas hinzubauere, das Ganze nach der Anschauung eines Einzelnen ausbauen lasse und nun sage: »daß ist die Burg Heinrich des Löwen.« Habe man denn schon zwei gleiche Ansichten in dieser Beziehung gehört? Sobald man auf die Details komme, gingen die Ansichten sofort weit auseinander; der Eine meine, es sei so gewesen, der Andere meine so. Wenn eine so gründliche Restauration vorgenommen werde, wie man sie beabsichtige, so überliefere man der Nachwelt etwas, was aus alter Zeit sein solle und was doch lediglich ein Product der Jetztzeit sei.

Daß man die Speiseanstalt für Bedürftige zukaufen wolle, sei ein Nothbehelf, wenn man durchaus nichts anderes haben könne; er sei aber der Meinung, daß doch auch ein Theil vom v. Weltheim'schen Hause werde beseitigt werden müssen, wenn man nicht wieder eine schwierige Ecke für den Verkehr schaffen wolle. Außerdem aber würde das eine Verbindung werden, die weit mehr dem nördlichen Theile der Stadt zu Gute komme, als dem Theile, zu welchem diese Straße führen solle. Sie solle ja vorzugsweise eine bessere Verbindung zwischen Westen und Osten der Stadt herstellen, für die Nordseite werde durch die verlängerte Münzstraße Rath geschaffen. Der Zweck würde also eigentlich ein verfehlt sein. Den nordöstlichen Stadttheilen könnte solches Project wohl angenehm sein, aber alle im Steintordistrikt Wohnenden, namentlich die Geschäftsleute, würden sehr wenig davon erbaut sein. Wenn man nun auf Herstellung einer Straße an der Südseite der Burg hinweise, so würde das ja allerdings etwas für sich haben, wenn man die Straße sofort bis zum Steinweg fer-

tig stellen könnte; so lange man aber das nicht könne, schaffe man vier rechtwinklige Ecken, um die hinweggefahren werden müsse. Die Luftlinie von der Straße vor der Burg bis zum Steinwege betrage 120 m, beim Passiren dieser rechtwinkligen Ecken müsse man aber 180 m zurücklegen. Die Differenz von 60 m sei nicht gewaltig groß zu nennen, aber das Passiren von 4 Ecken auf so kurzer Strecke sei für den Verkehr höchst unangenehm und bedenklich.

Er sei der Meinung, man hätte die Regierung um die Zustimmung zum Abbruche der Burg bitten sollen, das würde die Angelegenheit wahrscheinlich am meisten gefördert haben. Es könne sein, daß auch die Regierung einige Schwanzfedern trage, denn man wisse nicht, wie die Sache im Landtage ablaufe, wenn es sich um Verwilligung der Mittel handle. Die ländlichen Abgeordneten würden nicht dafür stimmen, und wenn sich ihnen einige Abgeordnete aus der Stadt anschließen, dann sei dafür eine Majorität vorhanden, dann werde nicht Rath geschafft, es bliebe derselbe unangenehme Zustand wieder aufs Neue erhalten. Außerdem gingen noch $1\frac{1}{2}$ Jahr darüber hin, ehe der Landtag zusammenkomme. Er glaube also nicht, daß durch Annahme des von der Majorität der Commission empfohlenen Beschlusses zur Beschleunigung der Sache wesentlich beigetragen werde, und müsse consequenterweise gegen den Magistratsantrag stimmen. An dieser Stelle wie an keiner anderen erheische des Verkehrs Interesse, die Herstellung einer besseren Verbindung zwischen Norden und Süden, Osten und Westen.

Herr Reiche: Bevor er zur Sache selbst übergehe, möchte er sich gegen das Urtheil verwahren, daß eine andere Meinung als die der Commission einen Mangel an Pietät bekunde. Wenn irgend Jemand von Pietät für's Vaterland durchdrungen sei, so sei er es gewiß, aber seine Meinung und demgemäße Abstimmung sei eine nothwendige Consequenz seiner Abstimmung bei der Angelegenheit über den Durchbruch der Straße vom Bankplaze nach dem Altstadtmärkte: es handle sich auch diesmal wieder um Schaffung von Verkehrsverbesserungen. Er habe im Jahre 1860 in der Caserne als Soldat gewohnt und kenne daher das Innere derselben ziemlich genau; er habe dort manche schöne Stuckatur-Arbeit wahrgenommen, wovon heute nichts mehr vorhanden sei. Das Gebäude habe zu verschiedenen Zeiten verschiedenen Zwecken dienen müssen, die seiner Erhaltung nicht förderlich gewesen seien. Dasselbe habe an der Westseite ein sehr schönes Portal gehabt, wenn er nicht irre, mit dorischen Säulen, deren Vorhandensein aber die Passanten nicht genirt habe; auch davon sei nichts mehr vorhanden. Seiner Meinung nach sei denn auch das Gebäude in der Weise, wie es gewesen, überhaupt nicht wiederherzustellen, weil man eben nicht dazu im Stande sei. Als vor einigen Jahren das Justizgebäude erbaut wurde, wie gern hätten da die städtischen Behörden auch das Bevern'sche Schloß erhalten! Sie hätten viel dafür geboten, und gern gesehen, wenn das Justizgebäude nach dem Hagenmärkte hingebacht wäre. Das sei nicht geschehen. Und doch habe auch das Bevern'sche Schloß seine historische Vergangenheit gehabt! Wenn nun wirklich die Burg Dankwarderode neu

hergestellt würde und in aller Pracht dastände, dann würde er sich versucht fühlen, auszurufen: »es thut mir weh, wenn ich dich in der Gesellschaft seh'!« Wie würde sich die Burg zwischen den anderen Gebäuden machen? — Letztere aber entsprechend würdig herzustellen, würde immense Kosten verursachen. Er sei deshalb der Meinung, jetzt, wo auch die gegenüberliegende Speiseanstalt für Bedürftige zu haben sei, die sich bietende Gelegenheit zu erfassen und als Beweis der echten Pietät für das Welfenhaus den dortigen Platz durch Beseitigung der im Wege stehenden Gebäude zu vergrößern und mitten darauf die Jubiläumssäule aus dem Jahre 1881 zu errichten, die jeden Braunschweiger mit Freude erfüllt habe. Man hätte alsdann den Dom als Andenken an Heinrich den Löwen und die Säule zur Erinnerung an unsern jetzigen Landesfürsten. Wenn dann der Platz der »Welfenplatz« genannt würde, dann würde sich Niemand über Mangel an Pietät beklagen können.

Herr Lüderßen spricht sich für Annahme des Magistratsantrags aus. Die Idee, eine große Verkehrsader dorthin zu legen, sei aner kennenswerth und verdiene thunlichst gefördert zu werden; es lasse sich dieses aber auch an der Südseite der Burg erreichen. Und wenn die Burg erst einmal hergestellt sei, dann werde auch das Gebäude der Speiseanstalt für Bedürftige bald fallen; man werde dann auch nördlich der Burg eine angemessene Passage haben. Alles das werde noch dazu von der Regierung als Landessache in die Hand genommen. Das abneigende Gefühl der Braunschweiger in dieser Angelegenheit sei auch weniger gegen die Burg Dankwarderode selbst gerichtet, als dagegen, daß die Angelegenheit nicht vom Fleck komme. Es hätten ja auch schon einige Herren erklärt, sie wollten die Sache unmöglich machen, dann würde der Zustand bald ein anderer werden. Das sei aber Illusion, ehe der Landtag nicht zusammentrete, könne in der Sache nichts geschehen, das heutige Votum der Versammlung möge ausfallen, wie es wolle. Er möchte aber nicht, daß es in Zukunft heiße: die Sache hätte zu Stande kommen können, sie sei es aber nicht, weil die Stadtverordneten sich von den gedachten 4 m Terrain nicht hätten trennen können!

Herr du Roi bittet, nicht das Obium auf sich zu laden, daß man zur Beseitigung des jetzigen Zustandes nichts hätte thun wollen. Eine grade Verkehrsstraße von Osten nach Westen durch die Stadt bekomme man an dieser Stelle nach seiner Ansicht niemals. Dieselbe lasse sich überhaupt nur denken, wenn das Denkmal Heinrich des Löwen mit fortgenommen würde. Die Braunschweiger seien ja an krumme Straßen gewöhnt, ob also die Verbindung vom Steinwege nach der Straße vor der Burg etwas nach Norden zu einbiege oder ganz grade liege, sei ziemlich gleichgültig. Er bitte, den Commissionsantrag anzunehmen.

Herr Bürgermeister Rittmeyer: Der Stadtmagistrat habe die Beseitigung der gedachten Bedingung aus zweierlei Gründen empfohlen. Der erste sei, weil der Magistrat keine Schädigung der Stadt darin erblicke. Eine nothwendige gute Ver-

bindung zwischen dem Osten und Westen der Stadt, wie man sie so sehnlichst wünsche, werde auch auf der Südseite der Burg völlig erreicht und eine angemessene Verbindung auf der Nordseite durch Beseitigung der Diensthöfen-Anstalt stehe in nicht ferner Aussicht. Man würde dann auf beiden Seiten eine 16 m breite Straße haben. Und wenn Braunschweig 180 000 bis 200 000 Einwohner haben werde, so würden die beiden Verkehrswege genügen, um die Straße vor der Burg mit dem Steinwege in angemessene Verbindung zu setzen. Die Knick- und Biegungen, auf welche Herr Reuter aufmerksam gemacht habe, würden wegfallen, wenn demnächst das v. Veltheim'sche Haus und das Cavalierhaus angekauft würden.

Der zweite Grund sei der: Etwas Gewicht müsse man doch auch auf den historischen und architektonischen Werth der Burg legen. Man möge darüber denken wie man wolle, sie sei und bleibe die von Heinrich dem Löwen gegründete Burg, der Stammsitz des Welfenhauses, eines der edelsten und bedeutendsten Fürstenhäuser Deutschlands, und solch einem Bauwerke gegenüber könne man sich einer gewissen Pietät nicht erwehren. Auch der architektonische Werth des Gebäudes lasse sich nicht bestreiten, und wenn derselbe auch für das Auge des Laien nicht so offen daliege, so müsse man sich dem Urtheile der Sachverständigen fügen. Wenn nun nicht bloß hiesige sondern auch auswärtige Architekten hohen Werth auf die Erhaltung der Burg legen, so müsse man dem Rechnung tragen, insoweit nicht das städtische Interesse geschädigt und der Stadtsäckel in Anspruch genommen werde, was beides nicht der Fall sei.

Auch in der Denkschrift sei hervorgehoben, wie in anderen Ländern dergleichen Alterthümer behandelt würden, wie in Oesterreich, Frankreich, Belgien, Holland, Spanien, Italien, selbst in Rußland, Commissionen von der Regierung niedergesetzt, wie in Schweden sogar Gesetze erlassen seien, derartige Bauwerke zu erhalten und nicht zu beseitigen. Wenn in all diesen Ländern derartige Bestrebungen sich kund thun, dann sollte man auch hier im Lande nicht zurückbleiben!

Verschiedene Herren seien der Ansicht, die Burg müßte ganz neu aufgebaut werden, es würde nur das alte Material wieder genommen. Das sei nicht ganz richtig. Selbst nach dem Wiehe'schen Plane werde die Ostseite intact bleiben, und nach dem Winter'schen Plane werde nur auf der Südseite ein Anbau stattfinden. Eine vollständige Umgestaltung des Gebäudes finde aber nicht statt; es solle das Alte wirklich erhalten und nur restaurirt werden.

Was die Beschleunigung der Sache anlange, so sei es richtig, daß die Landesregierung nicht ohne Zustimmung des Landtages, also erst nach 1½ Jahren verfügen könne. Wenn man aber die gedachte Bedingung nicht zurücknehme, dann werde die Sache erst recht in die Länge gezogen werden, da nicht anzunehmen sei, daß das Herzogliche Staatsministerium von seiner bisherigen Ansicht zurücktreten werde. Redner bittet aus all diesen Gründen, dem Magistratsantrage zuzustimmen.

Herr Winter: Er stehe auf dem Standpunkte des Herrn Reuter. Für ihn sei allein das maßgebend, was seit 1874 bis heute maßgebend gewesen sei: Hebung des Verkehrs. Erst im vergangenen Jahre seien 100000 *M.* zur Hebung des Verkehrs in der Altstadt durch Herstellung einer Verbindung zwischen Bankplatz und Altstadtmarkt bewilligt. Damals sei vom Magistratsrath aus gesagt, grade Straßen wären, wenn sie auch den Weg nur um 60—80 m kürzten, unter allen Umständen von großem Vortheil für den Verkehr, sie, wo es irgend angehe, zu erlangen, liege im Interesse der ganzen Stadt. Jetzt höre man wieder, es verschlage nicht viel, wenn man am Dome herumgehen, einen Umweg von 60 m machen und vier Winkel passieren müsse. Damals habe es geheißen, die Passage werde durch winkliche Straßen verlangsamt und in diesem Falle komme es nun nicht darauf an? Das stimme nicht miteinander. Nun werde immer betont, daß die Regierung sich auf nichts anders einlassen werde. Das Herzogliche Staatsministerium könne ja doch aber von Herzoglicher Baudirection ein anderes Project ausarbeiten lassen, welches sich eben so leicht arrangiren lasse, wie jedes andere. Das Wiehe'sche Project sei das ihm am allerwenigsten zusagende, weil danach die Westseite, die gar keine historische Bedeutung habe, stehen bleiben solle. Verschiedene Stellen seien aus dem Lothe gewichen und um die Seite nur zu halten, müsse sie von innen stabil gemacht werden.

Der Pietät werde durch Conservirung des Domes und des Monuments genügend Rechnung getragen; das rechtfertige sich auch, weil beides werthvoll sei. Die Burgcaserne schließe aber so wenig Werthvolles in sich, daß eine Erhaltung derselben sich nicht vereinigen lasse mit dem, was die Jetztzeit fordere. Wenn gesagt werde, es erwüchsen der Stadt durch die Acquirirung der Dienstbotenanstalt keine Ausgaben, so sei das nicht richtig. Die Summe von 50000 *M.*, welche die Regierung zahle, liege allein im Werthe des Terrains, welches die Stadt abtrete. Für die Dienstbotenanstalt und das von Belthelm'sche Haus müßten später besonders Tausende aufgewandt werden, und doch werde man dann immer nur eine bessere Verbindung von der Wendensstraße u. nach dem Westen zu erreicht haben, der Osten habe nichts davon. Ebenso wenig könne der Weg an der Domkirche entlang den Verkehr zwischen dem Osten und Westen der Stadt genügend vermitteln und außerdem könne das Cavalierhaus noch 100 Jahre stehen.

Er bitte, an der Bedingung festzuhalten, die Regierung werde alsdann ein neues Project ausarbeiten lassen. Sei es denn vielleicht kein Odium, wenn die Nachkommen sagen: »hier hätte können Verkehr geschaffen werden und die Väter der Stadt haben es nicht gethan der restaurirten Ruine wegen?« Er habe Gelegenheit gehabt, sich in der Bürgerschaft umzuhören und er behaupte nicht zu viel, wenn er sage, $\frac{3}{4}$ derselben wünsche des Verkehrs halber das Gebäude ganz abgerissen zu sehen und fast der ganze übrige Theil wünsche, daß an der fraglichen Bedingung festgehalten werde. Ein höherer Staatsbeamter sei von Sr. Hoheit dem Herzoge gelegentlich einer

Audienz gefragt worden, wie er über die Burg Dankwarderode denke? Die Antwort sei gewesen: »Hoheit, ehrlich gesprochen, ich würde kein unparteiisches Urtheil abgeben, ich bin Alterthumsforscher«. Wenn alle Architekten so ehrlich wären, dann würde es nicht so weit gekommen sein, wie es gekommen ist. Es seien denn auch nicht alle Architekten und Bauverständige für die Restauration der Burg, die Bürgerschaft aber spreche sich im Großen und Ganzen dafür aus, daß es unumgänglich nothwendig sei, Verkehr an jener Stelle zu schaffen. Man stehe im Begriff, einen Fehler zu begehen, welcher der Stadt für Jahrhunderte von großem Nachtheil wäre. Er bitte nochmals an der Bedingung festzuhalten; die Regierung werde alsdann ein neues Project ausarbeiten lassen, welches die Wegnahme der gedachten 4 m Terrain berücksichtige.

Herr Rieß würde das Wort nicht ergriffen haben, wenn nicht von einigen Rednern Verschiedenes zur Sprache gebracht wäre, was seines Erachtens im Grunde genommen zur Vorlage nicht gehöre. Es veranlasse ihn dieses, auch seinen Standpunkt nochmals klar zu legen. Wenn Herr Winter sage, daß $\frac{1}{2}$ der Bürgerschaft für den Abbruch der Burg sei, dann hätte er, wenn er unparteiisch wie der vorhin von ihm angeführte Staatsbeamte hätte sein wollen, ebensogut auseinandersehen können, wie leicht man jemandem ohne Zugrundelegung eines Stadtplans plausibel machen könne, daß die Burg dem Verkehr im Wege stehe und daß sie deshalb fallen müsse. Eine grade Straße, wie sie sich Herr Winter denke, sei reine Illusion. Er (Redner) habe verschiedentlich hier betont, daß er stets die Hand dazu bieten werde, wenn es sich um Hebung des Verkehrs handle. Aber der in Rede stehende Weg könne nie dazu beitragen; derselbe würde keine richtige Verbindung bilden, denn er würde im Sacke vor dem Köver'schen Hause münden, dort also zu Ende sein. Nachdem Redner noch mit einigen Worten an die Pflicht der Pietät erinnert und darauf hingewiesen hat, daß man auch in Goslar keine Kosten gescheut habe, das dortige Kaiserhaus so wiederherzustellen, wie man glaube, daß es früher gewesen sei, wendet er sich gegen die Ausführungen des Herrn Reiche, dabei betonend, daß seines Wissens dorische Säulen dort niemals gestanden hätten. Wenn die Redner, welche 1878 für den Abbruch der Caserne gesprochen, heute auf ihrem Standpunkte beharrten, so könne man das nicht Consequenz nennen, das sei Hartnäckigkeit. Der damalige Standpunkt habe seine Berechtigung gehabt, heute, wo soviel Werthvolles aufgefunden, liege die Sache indeß ganz anders.

Herr Rieke erinnert nochmals daran, daß die Burg seiner Zeit zu Straßenzwecken angekauft sei. Er vertrete diesen Standpunkt auch heute noch und werde für Beibehaltung der Bedingung wegen Beseitigung der 4 m stimmen; eine grade Verbindung könne sehr wohl dadurch erreicht werden. Eine solche Verbindung sei wohl eine halbe Million werth, während der Ausbau des alten Gerümpels schon mit 1000 M. zu theuer bezahlt sei. Vom Architekten- und Ingenieur-Vereine werde viel geredet, und doch sei keiner von den Mitgliedern des Vereins in der letzten Versammlung des Bürgervereins zugegen gewesen, um den Standpunkt dieses Vereins zur

gegenwärtigen Frage zu vertreten. Er schließe sich den Ausführungen der Herren Reuter und Winter an und könne nur noch hinzufügen, daß jenes $\frac{5}{6}$ der Bürgerschaft sehr wohl wisse, weshalb es die Burg beseitigt sehen wolle.

Herr Günther sähe gleichfalls eine völlige Beseitigung der Burg lieber, als daß er nur für Beibehaltung der Bedingungen stimme. Den Ausführungen des Herrn Nieß gegenüber beziehe er sich auf das Protokoll der Versammlung vom 30. Juli 1874. Damals seien Magistrat und Stadtverordnete in ihrem Eifer die Burgcaserne zu beseitigen, sehr aufgebracht darüber gewesen, daß die Militärverwaltung sich weigerte, und man habe sich sogar direct an den Kaiser wenden wollen, wenn die Militärverwaltung nicht nachgeben wollte. So pietätlos sei man also damals gewesen! Man hatte also damals ein größeres Interesse an der Hebung des Verkehrs als heute! Bei Herstellung einer graden Straße an dieser Stelle könne das Röversche Haus nicht in Betracht kommen, das stehe seines Erachtens nicht im Wege. Die alleinige Beseitigung der Dienstubenanstalt halte er nicht für richtig; der Platz würde alsdann noch unschöner aussehen als jetzt. Wenn aber die Burg beseitigt und dann die Häuser an der Nordseite des Burgplatzes mit dem Dome in Parallele gebracht würden, dann würde ein schöner Platz gewonnen werden. Er erkläre sich gegen die Vorlage.

Herr du Roi: Nach dem ihm vorliegenden Plane zu urtheilen, werde sich der vom Bahnhofe über die Friedrich-Wilhelmstraße, Kohlmarkt und Schuhstraße kommende Verkehr zum größten Theil entweder über den Sack oder durch die Straße vor der Burg und die neu zu schaffende Verkehrsstraße nach dem Hagenmarkte zu ergießen; es komme also, wie schon bemerkt nicht darauf an, ob die anzulegende Straße etwas schräg und winklich oder in grader Linie auf den Steinweg losgehe. Der Steinweg werde ja auch doch schließlich wieder durch das Herzogliche Hoftheater versperrt. Eine solche etwas schräge Straße würde für den bequemen Verkehr vollständig ausreichend sein, während bei Anlegung einer graden Straße auch das Löwen-Denkmal fortgenommen werden müßte. Herr Winter sei mit dem Plane des Bauraths Wiehe nicht einverstanden. Was aber die Regierung mit der Burg anfangen, wie sie dieselbe herstelle, sei ihre Sache und könne der Versammlung ziemlich gleichgültig sein.

Es folgen einige persönliche Bemerkungen zwischen den Herren Reiche und Nieß.

Herr Reiche protestirt im Namen der Bürgerschaft gegen die Ausführungen des Herrn Nieß, soweit dieselben die Selbstständigkeit der Braunschweiger Bürger in ihrem Urtheile in Zweifel ziehen,

worauf Herr Nieß entgegnet, daß er sich nicht in diesem Sinne geäußert habe, und den Herrn Vorsitzenden bittet, ihm solches zu bestätigen.

Letzterer erklärt, daß es nicht Aufgabe des Vorsitzenden sei, im Verlaufe der Debatte geäußerte Meinungen im Berufungsfalle zu wiederholen; er habe nur darauf

zu achten, daß nicht gegen die Geschäftsordnung verstoßen werde, und daß sei nicht geschehen. Im Uebrigen verweise er auf das demnächst erscheinende Sitzungs-Protokoll.

Darauf nimmt der Herr Referent nochmals das Wort. Derselbe bemerkt zunächst Herrn Günther gegenüber, daß die Versammlung schon im Jahre 1874 von gleicher Pietät durchdrungen gewesen sei, wie heute, und sich in dieser Beziehung nichts geändert habe, wohl aber habe sich die Sache geändert, was den jetzigen Standpunkt der Commission rechtfertige. Was nun heute von den Gegnern der Magistratsvorlage vorgebracht sei, habe sich weniger auf die Nothwendigkeit, von der Burg 4 m abzunehmen, bezogen, als auf die Zweckmäßigkeit, die Burg vollständig zu beseitigen. Darum handle es sich aber nicht. Die Versammlung habe bereits beschlossen, sich im Principe mit der Erhaltung der Burg einverstanden zu erklären. Dieses Princip müsse aufrecht erhalten und demselben conform beschlossen werden. Nun sei aber dem früheren Vorschlage eine Bedingung hinzugefügt worden, die nach übereinstimmendem Urtheile aller Sachverständigen sich mit der Erhaltung der Burg nicht vertrage und es liege eine Inconsequenz darin, wenn man der Erhaltung im Principe zustimme, dem desfalligen Vorschlage aber eine Bedingung hinzufüge, welche mit dem Principe absolut nicht zu vereinbaren sei. Wenn man aber früher für die Bedingung und jetzt für das Fallenlassen derselben stimme, so liege darin, weil die Sache sich so wesentlich geändert habe, durchaus keine Inconsequenz.

Es wird hierauf zur Abstimmung geschritten und zwar auf Antrag aus der Versammlung, zur namentlichen.

Für den Magistratsantrag stimmen die Herren Lüderßen, Kybik, Blasius, Rieß, du Roi, Heymann, Semler, Tellgmann, Schwarzenberg und von Sedendorff; dagegen die Herren Hasenbalg, Hollmann, Munte, Sievers, Reiche, Ding, Riefe, Günther, Ramdohr, Lill, Meyer, Wilke, Winter, Wolff und Reuter.

Somit ist der Antrag mit 15 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Der Herr Vorsitzende verliest sodann folgende von Herrn Günther eingebrachte Anfrage:

»Hat der Stadtmagistrat seine Zustimmung ertheilt zur theilweisen Sistrung des vertragsmäßigen Betriebes und zur Erhöhung des Tarifs der Pferde-Eisenbahn während der Ausstellungstage?

Falls diese Zustimmung ertheilt ist, welches waren die Gründe, die den Stadtmagistrat hierzu veranlaßten?»

Vom Magistratsrath aus wird die Beantwortung dieser Anfrage auf nächste Sitzung zugesagt.

II. berichtet Herr Heymann namens der Statutencommission über ein Magistratschreiben vom 28. v. Mts., das Ortsbaustatut für die Stadt Braunschweig betreffend.

Herzogliches Staatsministerium hat mittelst Rescripts vom 22. v. M. das ihm zur Genehmigung vorgelegte Ortsbaustatut mit verschiedenen Aenderungsvorschlägen zurückgeschickt. Der Stadtmagistrat ist mit den Vorschlägen bis auf die von Herzoglicher Baudirection empfohlene Fassung für §. 38 *N* 4, wonach bei villenartigen Straßen 5 m Zwischenraum zwischen den Häusern gelassen werden sollen, einverstanden. Bei Empfehlung dieser Fassung haben der Herzoglichen Bau-Direction, wie der Stadtmagistrat glaubt, nicht sowohl sanitäre als vielmehr vorwiegend ästhetische Rücksichten zu Grunde gelegen, und es sei zu befürchten, daß wenn die Bauenden statutarisch gezwungen würden, einen Zwischenraum von 5 m zwischen den Häusern zu lassen, dieselben mit Rücksicht auf eine vortheilhafte Ausnutzung des theuern Baugrundes sich zum Bauen von Reihenhäusern entschließen möchten, was nicht empfehlenswerth erscheine, an städtischen Straßen aber gesetzlich nicht zu hindern sein dürfte. Um indeß den Wünschen der Herzoglichen Baudirection entgegenzukommen, schlägt der Stadtmagistrat vor, den Zwischenraum zwischen den betreffenden Häusern auf 4 m mit der Bestimmung festzusetzen, daß der Bauende auf der einen Seite mindestens 2,3 m, auf der andern Seite mindestens 1,7 m von der Eigenthumsgrænze entfernt bleibe. Der Magistrat giebt der Versammlung anheim, sich für eine entsprechende Fassung des §. 38 *N* 4 des Statuts auszusprechen, im Uebrigen aber sich mit den vom Herzoglichen Staatsministerium vorgeschlagenen Aenderungen einverstanden zu erklären.

Die Commission hat die Aenderungsvorschläge geprüft und giebt deren Genehmigung anheim, §. 77 jedoch unter der Bedingung, daß nicht 3 sondern 4 Stadtverordnete dem Stadtbauamte als Mitglieder angehören sollen.

Referent trägt die einzelnen Aenderungsvorschläge der Reihe nach vor, dabei die nöthigen Erläuterungen gebend.

Für das Protokoll besonders hervorzuheben ist, daß in §. 48 unter »Grundmauern« sog. Bankettmauern zu verstehen sind.

In §. 55, die Frontlänge der Gebäude betr., ist die Bestimmung vorgesehen, daß bei Ueberbauung eines an einen Eckplatz von weniger als der vorgeschriebenen Frontlänge (12 m) anstoßenden Grundstücks soviel Raum unüberbaut liegen gelassen werden muß, daß die spätere Errichtung eines Eckhauses mit genügender Frontlänge unter Beobachtung der bestehenden Vorschriften möglich bleibt.

Diese Bestimmung ist gestrichen, und zwar deshalb, damit nicht — wie der Herr Referent auf Wunsch des Herrn Vorsitzenden besonders constatirt — vor Gericht das Präjudiz hergeleitet werden könne, daß das Bebauen eines Eckplatzes überhaupt nicht verboten werden könne.

In §. 77 an Stelle von »3 Stadtverordneten« zu setzen »4 Stadtverordneten«, hält die Commission deshalb für empfehlenswerth, weil der erste städtische Baubeamte nach dem neuen Ortsbaustatut in allen Fällen das Votum haben soll, was früher nicht der Fall gewesen ist, den Stadtverordneten aber eine eventuelle Majorität gesichert werden müsse.

Herr Munte hält es für ziemlich gleichgültig, ob 3 oder 4 Stadtverordnete dem Stadtbauamte angehören, da dieselben mehr oder weniger Laien im Baufache seien. Wünschenswerther sei, im Stadtbauamte zwei Sachverständige zu haben, den ersten städtischen Baubeamten und einen andern technisch gebildeten Baubeamten. Wenn dann die Laien zwei sachverständige Urtheile hörten, könnten sie sich auch leichter selbst ein Urtheil bilden. Er beantrage statt 4 Stadtverordnete nur drei zu nehmen, dafür aber einen zweiten sachverständigen Baumeister von mindestens Kreisbaumeister-Rang mit einzusetzen, welcher den Sitzungen allwöchentlich gegen Honorar beizuwohnen habe. Auch im Handelsgerichte säßen zwei Sachverständige, da die Richter in den meisten Fällen nicht das richtige Verständniß für die Sachen hätten.

Herr Nieß hält, zumal doch eine Recursinstanz vorhanden, nicht für räthlich, zwei Sachverständige im Stadtbauamte zu haben, da beide, wenn sie nicht sonst sehr gute Freunde wären, nur höchst selten in ihren Meinungen übereinstimmen würden.

Herr du Roi bemerkt, daß es mit dem Handelsgerichte schlecht bestellt sein würde, wenn dort der Rechtspruch allemal vom Urtheile der Sachverständigen abhängig wäre. Das Urtheil werde von demjenigen ausgearbeitet, der eben das Recht studirt habe; dieser erhole sich bei den Sachverständigen Rath, sei aber tonangebend; er könne überstimmt werden, was aber nur in höchst seltenen Fällen vorkomme.

Herr Bürgermeister Rittmeyer giebt anheim, den Antrag des Herrn Munte nicht anzunehmen; derselbe klinge in der Theorie richtig, passe aber nicht für die Praxis. Nach seiner Erfahrung liege auch kein Bedürfniß vor, zwei Sachverständige im Stadtbauamte zu haben. Es würde die Zuziehung eines zweiten Sachverständigen große Gelbtausgaben verursachen und außerdem habe man ja für besondere Fälle eine Recursinstanz.

Der Antrag des Herrn Munte wird darauf abgelehnt, der Commissionsantrag genehmigt.

Nachdem Referent die sämtlichen Veränderungsvorschläge durchgesprochen und die Versammlung dieselben genehmigt hat, geht er zu §. 38 *M* 4 über und giebt namens der Commission die Genehmigung des hierzu seitens des Stadtmagistrats gestellten Antrags anheim.

Herr Nieß hält 5 m Zwischenraum zwischen den Häusern nicht für zu groß und ist der Ansicht, daß man der Herzoglichen Baudirection beistimmen möchte, im Fall die Genehmigung des Statuts an dieser Bestimmung scheitern sollte.

Es wird indeß dem Commissionsantrage gemäß beschlossen und danach das ganze Statut, wie es aus der Berathung hervorgegangen, genehmigt.

III. Nach einem Schreiben des Stadtmagistrats vom 5. d. Mts. war bei Feststellung des diesjährigen Stadtcassenetats angenommen, daß die Executive des ordentlichen Etats pro 1882 einen Ueberschuß von 55 000 *M.* ergeben werde, und vorsehen, von solchem Ueberschusse 35 000 *M.* dem Extraordinarium, 20 000 *M.* aber dem Ordinarium pro 1883 zu überweisen. Der eigentliche Betriebsüberschuß aus dem Jahre 1882 beträgt aber 67 208,12 *M.* Der Magistrat giebt nun anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß der annoch verbleibende Ueberschußrest von 12 208,12 *M.* dem diesjährigen Dispositionsfonds der städtischen Behörden zugeführt werde —

ein Antrag, welcher auf Empfehlung der Finanzcommission durch ihren Referenten, Herrn Sievers, ohne Weiteres genehmigt wird.

Wie

IV. Herr Lüderßen namens der Statutencommission vorträgt, hat der Stadtmagistrat unterm 14. d. Mts. einen mit Herzoglicher Cammer, Direction der Domainen, abgeschlossenen Vertrag wegen Aufhebung der dem Kloster St. Leonhard an dem nunmehr in den Besitz der Stadt übergegangenen St. Leonhard-Platz zustehenden Gerechtsame, als der Weiderechtssame und des Baumpflanzungsrechts, zur Genehmigung überreicht. Inhabt dieses Vertrages hat die Stadt eine Entschädigung von 800 *M.* an die Herzogliche Haupt-Finanzcasse einzuzahlen.

Auf Befürwortung der Commission wird der Contract genehmigt.

V. wird nach einem von Herrn Reuter für die Statutencommission erstatteten Berichte dem bezüglichen Magistratschreiben vom 4. v. Mts. entsprechend beschlossen, sich mit der Uebernahme der von dem Fabrikanten, Ritter von Voigtländer und dem Architect Pistor vor dem Augusthore angelegten Privatstraßen (jetzige Wölfsstraße) seitens der Stadt einverstanden zu erklären, unter der Voraussetzung jedoch, daß genügende Sicherheit für die Erfüllung der Verbindlichkeiten der Unternehmer hinsichtlich der Rückerstattung der für die Anlage der Gas- und Wasserröhren aufgewandten Kosten vorhanden ist.

Zu letztgedachtem Magistratschreiben gehört ein Postscriptum vom 28. v. Mts., betreffend die Uebernahme der vom Bauunternehmer Keune in der Verlängerung der vom Ingenieur Pistor angelegten Straße hergerichteten Straße seitens der Stadt.

Da aber zur Berathung dieses Theils der Vorlage noch weitere Aufklärungen erforderlich sind, so wird derselbe auf Beschluß der Versammlung von der Tagesord-

nung abgesetzt, womit der Stadtmagistrat sich unter der Zusage der erforderlichen Aufklärungen einverstanden erklärt.

VI. In seinem Schreiben vom 14. d. Mts. ersucht der Stadtmagistrat die Versammlung, sich mit einigen unerheblichen, durch verschiedene Umstände nöthig gewordenen Abänderungen des Ortsbauplans bezüglich der vom Architekten Campe auf der vormals Bierbaum'schen Glacisländerei anzulegenden Privatstraße einverstanden zu erklären, auch den mit dem p. Campe wegen Anlegung dieser Straße abgeschlossenen notariellen Contract zu genehmigen.

Herr Munte referirt hierüber namens der Statutencommission; er verliest zunächst das Magistratschreiben, welches über die gewünschten Aenderungen näher Auskunft giebt, und sodann die Contractsbestimmungen, und giebt, indem er die zur Vorlage gehörenden Zeichnungen in Circulation setzt, anheim, dem Ersuchen des Stadtmagistrats zu willfahren.

Herr Rieß kann sich mit der Contractsbestimmung, nach welcher nur 4 m Zwischenraum zwischen den einzelnen Häusern zu lassen sind, nicht einverstanden erklären; er hält diesen Zwischenraum für ungenügend und beantragt aus gesundheitlichen Rücksichten 6 m Zwischenraum als Minimum festzustellen.

In der hierauf folgenden Debatte, an welcher sich Herr Bürgermeister Rittmeyer, die Herren Rieke, v. Seckendorff, Wilke und der Herr Referent betheiligen, spricht man sich allseitig gegen diesen Antrag aus unter dem Hervorheben, daß es als Inconsequenz zu bezeichnen wäre, wenn man dem Unternehmer vorschriebe, 6 m Zwischenraum zwischen den Häusern zu lassen, während erst eben im Ortsbaustatute derartige Zwischenräume auf 4 m festgestellt seien.

Der Antrag des Herrn Rieß wird darauf abgelehnt und den Magistratsanträgen gemäß beschloffen.

VII. beschließt die Versammlung nach einem von Herrn Heymann namens der Statutencommission erstatteten Referate, dem bezüglichlichen Magistratschreiben vom 19. v. Mts. entsprechend, den Stadtmagistrat zu ermächtigen, von dem zum Herzogl. Privatvermögen gehörenden Grundstücke bei Eisenbüttel eine Fläche von bis zu 3,7 h zum Preise von 3000 M. pro Hectar für Zwecke des Wasserwerks anzukaufen und die näheren Verkaufsbedingungen mit dem Vertreter Sr. Hoheit des Herzogs auf Grund des vorgelegten Entwurfes zu vereinbaren.

Danach

VIII. berichtet Herr Wolff namens der Finanzcommission über eine den einzelnen Mitgliedern der Versammlung bereits früher in authographischen Abzügen zu-

gegangene Magistratsvorlage vom 14. d. Mts., betreffend die Grundsätze für Verwaltung der Betriebs- u. f. w. Fonds der Gas- und Wasserwerke.

Zur Ausführung der §§. 5 und 6 des am 1. k. Mts. Juli in Kraft tretenden revidirten Regulativs über die Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke hat der Stadtmagistrat beschlossen, die nachstehenden Grundsätze über Zweck, Dotirung und resp. Verwaltung der Betriebs-, Erneuerungs- und Reservefonds der genannten Werke aufzustellen.

1. Die Betriebsfonds sollen dazu dienen, die Werke, gegenüber der unvermeidlichen Creditgewährung an Gas- und Wasserconsumenten und bei Privateinrichtungen, zur prompten Bestreitung der laufenden Betriebsunkosten und, im Besonderen, zum rechtzeitigen Ankauf von Kohlen u. in Stand zu setzen. — Die laufenden Aufwendungen für Instandhaltung der Gebäude, Fabrikeinrichtungen, Rohrleitungen, Straßenlaternen u. werden, wie bisher, zu den Betriebsunkosten gerechnet und danach aus dem Betriebe gedeckt.

Der Betriebsfonds des Gaswerks, welcher gegenwärtig 4781,16 *M.* beträgt, wird durch Zuwendung von 115218,84 *M.* aus den nach dem Abschlusse dieses Werks vom 31. December 1881 vorhandenen Ueberschüssen auf 120000 *M.* erhöht.

Der Betriebsfonds des Wasserwerks, welcher zur Zeit mit 126428,88 *M.* dotirt ist, wird auf 60000 *M.* festgestellt.

Eine Vermehrung der Betriebsfonds durch fernere Zuschreibungen findet bis auf Weiteres nicht statt.

2. Die Erneuerungsfonds sind dazu bestimmt, in Ersehung der bei kaufmännischen Bilanzen üblichen Abschreibungen die Mittel zu vergrößern, über das Maß der laufenden Unterhaltung der Werke hinausgehenden Erneuerungen vorhandener baulicher und sonstiger Einrichtungen derselben anzusammeln.

Dem Erneuerungsfonds des Gaswerks wird die Hälfte der aus dem Abschlusse vom 31. December 1881, nach Abzug der Dotationssumme des Betriebsfonds, verbleibenden Ueberschüsse zugeschrieben. Demselben fließt jährlich, vom Verwaltungsjahre 1882 an gerechnet, der Betrag von 25000 *M.* so lange zu, als derselbe weniger als 200000 *M.* beträgt.

Dem Erneuerungsfonds des Wasserwerks wird aus dem nach *N.* 1 verfügbar gewordenen Restbetrage des (seitherigen) Betriebsfonds die Summe von 30,000 *M.* überwiesen. Derselbe wird alljährlich, vom Verwaltungsjahre 1882, an gerechnet, durch Zuschreibung von 15000 *M.* bis dahin vermehrt, daß derselbe die Höhe von 150000 *M.* erreicht haben wird.

3. Die Reservefonds sind dazu bestimmt, die Mittel zur Herstellung aller durch die Ausdehnung der Werke nöthig werdenden größeren Bauten, Fabrikeinrichtungen, Rohrleitungen und bezw. Straßenlaternen, sowie zur Deckung außerordentlicher Verluste anzusammeln.

Der Reservefonds des Gaswerks wird mit der anderen Hälfte der sub *M* 2 gedachten Ueberschüsse dotirt und vom Verwaltungsjahre 1882 an durch jährliche Zuschreibungen von 20000 *M.* so lange vermehrt, bis derselbe die Höhe von 500000 *M.* erreicht haben wird.

Dem Reservefonds des Wasserwerks wird eine Dotationssumme aus den gegenwärtig, vorhandenen und bis zum Schlusse des Verwaltungsjahrs 1882 zu erzielenden Ueberschüssen des Werks nicht zugetheilt. Demselben werden, vom Jahre 1883 an gerechnet, alljährlich 20000 *M.* bis dahin zugeschrieben, daß derselbe die Höhe von 400000 *M.* erreicht haben wird.

4. Die nach Absatz der vorstehenden einmaligen Dotationen und laufenden Zuschreibungen verbleibenden Ueberschüsse bilden den »Gewinn« des betr. Werks und stehen zur Disposition der städtischen Behörden, zunächst für die besonderen Zwecke des betr. Werks, hiernächst aber zur Bestreitung von außerordentlichen Ausgaben der Cämmereicasse bezw. der mit der letzteren durch Zuschuß in Verbindung stehenden Specialcassen.

5. Die Erneuerungs- und die Reservefonds werden durch die Stadt-Hauptcasse, getrennt von der Führung der Cämmereicasse, als »Vorrathsvermögen des Gaswerks bezw. des Wasserwerks« verwaltet. Die Fonds sind zinsbar zu belegen; die erwachsenden Zinsen fließen der Cämmereicasse zur Bestreitung laufender Ausgaben zu.

Der »Gewinn« der Werke wird bis zur definitiven Verfügung über denselben gemeinschaftlich mit den vorgedachten Fonds verwaltet und gleich diesen, zu Gunsten der Cämmereicasse zinsbar belegt.

Der Gewinn der Werke, wie auch die Erneuerungs- und Reservefonds können vorübergehend, mit jedesmaliger Zustimmung der städtischen Behörden, auch als Betriebsfonds der Cämmereicasse genutzt werden.

6. Die auf Grund des §. 6 Absatz 3 des Regulativs an die Stadt-Hauptcasse im Laufe des Verwaltungsjahres abgelieferten Cassenvorräthe der beiden Werke werden bis dahin, daß die durch die alljährlichen Voranschläge vorgesehenen Zuschreibungen und Ueberschüsse (Gewinne) durch die Execution des betr. Etats festgestellt sein werden, ad depositum gebucht und als Betriebsmittel der Cämmereicasse genutzt.

7. Die Stadt-Hauptcasse hat den städtischen Behörden über die Verwaltung des Vorrathsvermögens der beiden Werke alljährlich Rechnung zu legen.

8. Der Beschluß der städtischen Behörden vom 16. März 1881, wonach von dem Gewinne des Gaswerks alljährlich bis auf Weiteres 10%, jedoch nicht über den Höchstbetrag von jährlich 10000 *M.* hinaus, an die Cämmereicasse zu überweisen sind, wird durch die vorstehenden Festsetzungen nicht berührt.

Der Herr Referent unterzieht die hier ausgesprochenen Grundsätze einer eingehenden Beleuchtung, erklärt, daß die Commission mit allen Punkten einverstanden sei und empfiehlt am Schluß seines Vortrags namens der Commission, die Grundsätze mit folgenden, vom Magistrate bereits gebilligten Modificationen zu genehmigen:

ad 4: Die Worte von »zunächst« an sind zu streichen und ist dafür zu sagen:
»jedoch nur zur Verwendung für Zwecke des außerordentlichen Etats.«

ad 5: Der 2. Absatz: »Der Gewinn« u. s. w. ist zu streichen. — Der 3. Absatz ist folgendermaßen zu fassen:

»Die Erneuerungs- und Reservefonds können vorübergehend auf Anordnung des Stadtmagistrats mit Zustimmung der Stadtverordneten als Betriebsfonds der Cämmereicasse genutzt werden.«

Nachdem auf eine Anfrage des Herrn Reuter zu *M* 4, ob es sich zur Feststellung der Ueberschüsse um einen monatlichen oder jährlichen Cassenabschluß handle, Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert hat, daß es sich nur um einen jährlichen Abschluß handeln könne, die Beantwortung dieser Frage aber zunächst der Verwaltungs-Deputation der Gas- und Wasserwerke unterliege, werden die Magistratsvorschläge acceptirt.

IX. beschließt die Versammlung nach einem ferner von Herrn Wolff namens der Finanzcommission erstatteten Berichte, dem bezüglichen Magistratschreiben vom 19. d. Mts. gemäß den Stadtmagistrat zu ermächtigen, den zur Disposition der städtischen Behörden stehenden Gewinn des Gaswerks und des Wasserwerks, event. auch die Erneuerungs- und Reservefonds der beiden Werke bis zum 30. September d. J. je nach Bedarf als Betriebsfonds zu benutzen.

Sodann

X. berichtet Herr Semler für die Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 14. d. Mts., die Errichtung eines Wirthschaftsgebäudes im Fasanenhölzchen zc. betreffend.

Nachdem der Stadtmagistrat vergeblich versucht hat, an die Erpachtung der Restauration im Fasanenhölzchen die Bedingung zu knüpfen, daß der Pächter die erforderlichen Wohn- und Wirthschaftsgebäude auf eigene Kosten errichten solle, hat er im Einverständnisse mit der für diese Angelegenheit gebildeten Commission beschlossen, diese Gebäulichkeiten auf Kosten der Stadt zu errichten und dieselben alsdann zum Zwecke des Betriebes einer Restauration meistbietend zu verpachten. Der Stadtmagistrat legt nun einen von der städtischen Bauverwaltung ausgearbeiteten Bauplan nebst Kostenanschlag vor, wonach sich die Baukosten auf 29500 *M*. belaufen würden, und giebt anheim, das Project zu genehmigen und die gedachten Gelder unter der Bedingung zu verwilligen, daß die fraglichen Gebäude zu dem Pachtprice von mindestens 1200 *M*. p. a. verpachtet werden. Die speciellen Pachtbedingungen sind im Entwurfe mit zur Genehmigung vorgelegt. Zugleich ersucht der Stadtmagistrat, ihn der Zeiterparniß wegen zu ermächtigen, nach Erledigung des einzuleitenden Cicitationsverfahrens im Einverständnisse mit der Commission einem geeignet

erscheinenden Pächter den Zuschlag zu erteilen. Falls die veranschlagte Summe der Versammlung zu hoch erscheinen sollte, empfiehlt der Magistrat, jedoch nur eventuell, das Project unter Weglassung zweier vorgesehener Seitenzimmer, wodurch 9000 *M.* erspart werden würden, zu genehmigen.

Referent führt Folgendes dazu aus: Ein Theil der Mitglieder der Finanzcommission habe es für bedenklich gehalten, kostspielige Bauten dort aufzuführen, da man noch nicht wüßte, ob dieser Vergnügungsort auch genügend frequentirt werden würde. Man sei der Meinung gewesen, daß es genügen würde, eine Sommerwirthschaft mit weit geringeren Mitteln einzurichten; ein kleines Haus würde vollkommen dem Zwecke entsprechen. Solange nicht die Zugangswege besser hergestellt wären, würde kaum auf eine erhebliche Frequenz zu rechnen sein.

Die Majorität der Commission habe indeß diese Gründe nicht gelten lassen, sie habe gemeint, daß der Hauptzugangsweg demnächst besser in Stand gesetzt werden solle, so daß binnen Kurzem die Uebelstände nach dieser Richtung hin im Wesentlichen beseitigt sein würden. Außerdem habe man geltend gemacht, daß eine gute Wirthschaft nur dann zu erzielen sei, wenn ein tüchtiger Wirth dort vorhanden und außer der Sommerwirthschaft auch eine Winterwirthschaft eingerichtet werde. Diese werde mit als Zugmittel dienen und die Frequenz auf diese Weise ganz von selbst kommen. Aus diesen Gründen habe die Majorität der Commission sich entschlossen, dem vom Magistrate in erster Linie gemachten Vorschlage beizutreten und die Verwilligung der angeforderten 29500 *M.* zu befürworten.

Herr Wolff beantragt:

»an den Stadtmagistrat das Ersuchen zu richten, eine anderweite Vorlage auf Grundlage eines einfacheren, nur für eine Sommerwirthschaft berechneten Gebäudes einzubringen.«

Seine Gründe dafür sind folgende: Er stehe der Vorlage vollständig sympathisch gegenüber; sie sei auch eine Consequenz des früher von der Versammlung gefaßten Beschlusses, daß dort nicht nur ein einfaches Lusthaus etablirt, sondern auch die Möglichkeit geboten werden solle, sich dort erfrischen zu können. Dazu scheine aber nicht durchaus nothwendig zu sein, daß gleich von vornherein so große Geldmittel aufgewandt würden. Man habe die Erfahrung gemacht, daß das gegenwärtig so beliebte Vergnügungsetablissement auf der Charlottenhöhe, deren bevorstehende Beseitigung ein allgemeines Ach und Weh hervorgerufen habe, mit einem primitiven Pavillon jahrelang dem Bedürfnisse genügt habe. Ähnlich sollte man beim Hasanenhölzchen verfahren, zumal noch nicht erwiesen sei, daß sich genügende Frequenz einstellen werde; das Hasanenhölzchen befinde sich in dieser Beziehung der Charlottenhöhe gegenüber in einer höchst ungünstigen Lage. Naturgemäß könne erst dann Verkehr hinkommen, wenn eine gehörige Verbindung und »Zug« dorthin vorhanden sei. Es müßte sich erst zeigen ob das Hasanenhölzchen sich die Gunst der Bevölkerung erringen

werde, wie es der Stadtmagistrat schon voraussehe. Er halte es deshalb für richtiger, zunächst erst einen Versuch zu machen und dort ein kleines Gebäude in der Weise aufzuführen, daß es für ein später eventuell auszuführendes größeres Gebäude als Mittelbau dienen könne. Für 6000 *M.* werde man aber schon einen angemessen großen Pavillon errichten können, welcher dem Bedürfnisse auf ein paar Jahre genüge. Ein Wirth werde sich schon finden, wenn nur die Wirthschaft gratis abgegeben würde. Der Magistrat nehme eine 4 procentige Verzinsung des Anlagecapitals an, indem er einen Minimalpachtpreis von 1200 *M.* in Aussicht stelle; von diesem Zinsertrage gingen aber wieder eine Menge Unkosten für Instandhaltung des Gebäudes zc. ab. Ein Opfer von Seiten der Stadt sehe diese Vorlage immer voraus. Er empfehle, die Wirthschaft einem tüchtigen Wirthe gratis zu übergeben und jetzt nicht soviel Kosten aufzuwenden. Würde man einen Wirth hinkommen, der den Erwartungen nicht entspräche, dann würde der ganze Zugub verloren sein.

Herr Rieke schließt sich diesen Ausführungen an,

wogegen Herr von Seckendorff sich für den Antrag der Majorität der Commission ausspricht.

Herr Bürgermeister Rittmeyer ist der Ansicht, daß sich das Baucapital genügend verzinsen und man auch, wenn ein respectables Gebäude hingestellt werde, einen ordentlichen und solventen Wirth hinkommen würde. Wenn für die Mitbürger etwas geschaffen werden solle, dann müsse auch ein Gebäude hingestellt werden, welches bei ungünstigen Witterungsverhältnissen, wie sie hier meistens sind, gehörig Schutz biete, man sehe sich sonst Verantwortungen aus.

Es wird darauf dem Antrage der Majorität der Commission gemäß das vom Magistrate in erster Linie empfohlene Project mit 12 gegen 10 Stimmen genehmigt und die Summe von 29500 *M.* bewilligt.

Zu den dem Pächter aufzuerlegenden Bedingungen, welche der Herr Referent nunmehr verliest, macht die Commission folgende Aenderungsvorschläge:

- 1) Absatz 2 des §. 10, welcher die Möglichkeit eines Erlasses des Pachtzinses bei außergewöhnlichen Anlässen vorsieht, wird gestrichen und dafür gesagt:
»Remissionen am Pachtgelde finden unter keinen Umständen statt.«
- 2) §. 11 handelt von den Rechtsnachtheilen, welche der Pächter zu tragen hat, im Fall er seinen Verpflichtungen nicht nachkommt.

Der erste Theil dieses Paragraphen soll geändert und folgendermaßen gefaßt werden:

»Wenn der Pächter gegen die ihm contractlich obliegenden Verpflichtungen verstößt, sei es, daß er ein Verbot übertritt oder eine Handlung unterläßt, so zahlt er für jeden Fall eine Conventionalstrafe von 50 Mark, außerdem erwächst daraus dem Stadtmagistrate das Recht, nach eingeholter Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung den Pachtvertrag

somit aufzuheben, insbesondere auch in dem Fall, daß der Pächter nicht binnen 14 Tagen nach Fälligkeit eine Pachtrente bezahlt hat. Wenn auf diese Weise das Pachtverhältniß gelöst wird, erlöschen alle Rechte des Pächters aus dem Pachtvertrage und hat er allen Schaden, welcher der Stadt hieraus erwächst, zu ersetzen, insbesondere den Ausfall am Pachtgelde bei einer etwaigen Wiederverpachtung zu tragen.«

Die letzten Worte des §. 11 »widrigenfalls« u. s. w. fallen weg.

3) §. 12 fällt weg und wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

»Das Pachtgeld wird stets unverkürzt gezahlt und ist der Pachtgeldforderung gegenüber jede Compensation ausgeschlossen.«

Herr G ü n t h e r fragt an, ob denn im Contracte auch vorgesehen sei, daß der Wirth keine übermäßig hohen Preise nehme, damit das Etablissement auch vom gewöhnlichen Bürger und nicht nur von den besser situirten Klassen besucht werden könne.

Herr Bürgermeister R i t t m e y e r entgegnet hierauf, daß im Contracte gesagt sei, die Speisen und Getränke sollten zu mäßigen Preisen verabreicht werden. Specielle Preistarife vorzuschreiben, gehe wohl nicht gut an.

Danach wird beschlossen: die Pachtbedingungen mit den Modificationen der Commission zu genehmigen, auch den Stadtmagistrat zur Auswahl des Pächters im beantragten Sinne zu ermächtigen.

XI. berichtet Herr Wolff namens der Finanzcommission über eine Magistratsvorlage vom 22. d. Mts., die Besprengung der Wallpromenaden betreffend.

Nach Anhörung der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke schlägt der Stadtmagistrat vor, in trockenen Zeiten die sämmtlichen Straßen der Stadt auf Kosten der letzteren besprengen zu lassen; da jedoch die Anschaffung der erforderlichen Wagen geraume Zeit in Anspruch nimmt, so kann die geplante Einrichtung in diesem Sommer vollständig nicht mehr ins Leben gerufen werden und muß das Weitere bis zum nächsten Jahre vorbehalten bleiben. Dagegen ersucht der Stadtmagistrat mit Rücksicht auf die zur Zeit herrschende Trockenheit sich damit einverstanden zu erklären, daß in diesem Sommer und Herbst, soweit nöthig, wenigstens die sämmtlichen Wallpromenaden, und zwar, insoweit nicht dafür von Privaten Zahlung geleistet ist, auf Kosten der Stadt besprengt werden.

Der Stadtmagistrat giebt anheim, die Kosten für Anschaffung von 4 Sprengwagen mit 3260 M., im Gleichen die Kosten für Fuhrlohn, letztere vorbehaltlich der Liquidation aus dem Dispositionsfonds (Cap. IV. Nr. 7) zu verwilligen.

Die Commission tritt den Magistratsanträgen bei.

Herr Heymann hält hiernach für principiell richtig, daß denjenigen Hausbesitzern, welche ihre Beiträge zum Besprengen bereits bezahlt haben, die letzteren wieder zurückgegeben werden.

Der Herr Referent wendet dagegen ein, daß eine derartige Rückzahlung zu den verwickeltesten Consequenzen führen würde, die mit der Geringfügigkeit der Beträge nicht im richtigen Verhältnisse ständen. Man werde allseitig froh sein, daß die Angelegenheit soweit gebiehe sei und in Rücksicht auf die in Aussicht stehende Annehmlichkeit gern auf die Rückerstattung der geringen Beträge verzichten.

Auf eine Anfrage des Herrn Nieß, weshalb die Sprengwagen nicht bei einem hiesigen Fabrikanten bestellt seien,

bemerkt Herr Oberbürgermeister Pockels, daß in Braunschweig Niemand vorhanden sei, der die Sprengwagen innerhalb 8 Tagen herstellen könne.

Die Magistratsanträge werden darauf genehmigt.

XII. Nach einem Schreiben des Stadtmagistrats vom 18. d. Mts., über welches namens der Statutencommission Herr Lüderßen referirt, hat Herzogliches Staatsministerium mittelst Rescripts vom 12. Juni c. *N* 2970 die von der Stadtverordnetenversammlung gewünschte anderweite Fassung der im Ministerialrescripte vom 12. Juli v. J. *N* 4641 formulirten Vorschrift in Absatz 2 des §. 1 des Statuts vom 18. Juni 1880, die Untersuchung des zum Verkaufe und Genuße von Außen her in die Stadt gebrachten Fleisches betreffend, genehmigt. Der Stadtmagistrat hat hierüber einen Statutenentwurf ausgearbeitet und denselben zur Genehmigung unterbreitet.

Auf Befürwortung der Commission wird der Statutenentwurf genehmigt.

Schließlich

XIII. berichtet Herr von Seckendorff für die Finanzcommission über ein Magistratschreiben vom 25. d. Mts., betreffend die Erweiterung des städtischen Wasserwerks.

Zur Ausführung der Erweiterung des städtischen Wasserwerks bedarf die Stadt einer Verleihung der Gerechtsame zur Entnahme eines Theils des oberhalb des Eisenbüttler Wehrs fließenden Okerwassers.

Die Inhaber der bei Eisenbüttel belegenen drei Mühlen haben aber gegen die ihr Wasserrecht beeinträchtigende Entnahme von Wasser aus dem dortigen Okerarme ein Widerspruchsrecht mit der Wirkung erhoben, daß dieselben bei Verleihung der stadtsseitig beantragten Gerechtsame befugt sind, die völlige Entäußerung ihrer Mühlenanlagen alsdann zu verlangen, wenn deren bisheriger Betrieb durch die eintretende Schmälerung in irgend erheblichem Maße gestört werden sollte.

Sobald und solange nun die Stadt die Verfügung über die fiskalische Mühle hat und zum Fortbetriebe der letzteren nur denjenigen Theil der Wasserkraft ausnützt, welcher für dieselbe nach Abzug der zu Zwecken der Wasserversorgung entnommenen Wassermenge übrig bleibt, wird durch das städtische Unternehmen die Wassernutzung der beiden Privatmühlen überall nicht geschmälert. Der Magistrat ist deshalb mit dem Fiskus wegen Ankaufs der Herrschaftlichen Mühle, welche sie seit dem 1. October v. J. in Pacht hat, in Verhandlung getreten.

Nachdem nun der auf §. 65 des Wassergesetzes vom 20. Juni 1876 gestützte Antrag des Magistrats wegen Verleihung der Gerechtsame zur Entnahme eines Theils des oberhalb Eisenbüttel fließenden Okerwassers von Herzoglicher Kreisdirection zum weiteren Verfahren zugelassen worden, hat vor dieser Behörde am 22. Juni c. Termin zur Vorbringung von Einwendungen gegen das städtische Unternehmen stattgefunden. In diesem Termine hat der Vertreter der Herzoglichen Landesregierung den Antrag des Magistrats auf Aufhebung des der Herrschaftlichen Mühle gegen das städtische Unternehmen zustehenden Widerspruchs durch völlige Entäußerung derselben sich zu eigen gemacht; zugleich aber haben die Inhaber der beiden anderen Mühlen ebenmäßig das Verlangen auf völlige Enteignung ihrer Gewerbsanlagen gestellt.

Der Stadtmagistrat hält nun aus verschiedenen, im gedachten Schreiben ausführlich entwickelten Gründen den Erwerb der gesammten Eisenbüttler Wasserkraft für angezeigt und beantragt, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß er

- 1) gegen den Anspruch der Mühlenbesitzer auf völlige Entäußerung ihrer Gewerbsanlagen »als einen unbegründeten« Widerspruch nicht erhebt,
- 2) im weiteren Verfahren vor Herzoglicher Kreisdirection entweder eine gütliche Vereinbarung über den Betrag derjenigen Entschädigungen, welche für die enteigneten Mühlen zu tragen sind, unter Vorbehalt der Zustimmung der Stadtverordneten, abschließt oder aber — in dem Falle, daß die Entschädigungsforderungen der Mühlenbesitzer nach dortszeitigem Ermessen zu hoch gestellt werden sollten — die Güte ohne zuvorige Communication mit den Stadtverordneten ablehnt und das gesetzliche Abschätzungsverfahren eintreten läßt.

Die Commission giebt die Genehmigung dieser Anträge anheim.

Ohne Debatte wird die Genehmigung ausgesprochen.

und sodann die Sitzung gegen 8½ Uhr geschlossen.

1883.
~~~~~

(Fortsetzung der Beilage zu № 217 de 1883  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

**№ 11.**  
~~~~~

Verhandlungen
der
Stadtverordneten zu Braunschweig.
Sitzung am 6. September 1883.

Öffentlich:

Selbstständige Anträge, betr.

- I. Verbesserung der Zugänge zu benachbarten Waldungen,
- II. Wahrung der städtischen Rechte am kleinen Exercierplatze.
Vorlagen des Stadtmagistrats, betr.
- III. Städtische Anleihen,
- IV. Deckung einer Anschlagsüberschreitung bei dem Bau des Directionsgebäudes der Gas- und Wasserwerke an der Münzstraße,
- V. Herabsetzung des Zinsfußes eines Hypothekencapitals der Stadt,
- VI. Ankauf des Wendel'schen Hauses am Eingange des Rickenkulkes, vom Geiershagen her,
- VII. Bewilligung der Kosten von Veränderungen in den Beleuchtungseinrichtungen auf dem Kohlmarkte,
- VIII. Rechnungsabschluss des Wasserwerks für das Jahr 1882,
- IX. Anlage neuer Straßenlaternen,
- X. Vermietungen in dem vormals Wollemann'schen Hause an der Ecke von der Leonhard- und Bertramstraße,
- XI. Aenderweite Belegung von Capitalien der Stadt und des Kreiscommunalfonds,
- XII. Vermietung der in der kleinen Burg angekauften Häuser,
- XIII. Uebernahme von Cassen- und Rechnungsführung bei dem Herzog-Wilhelm-K Hofl Seitens des Stadtsecretairs.

Vertraulich:

Niederlegung des Amtes Seitens zweier Armenpfleger.

~~~~~

Entschuldigt die Herren Nieß, Otto und Till. Am Magistratsstische Herr Overbürgermeister Pockels und die Herren Stadträthe Haake, Ketemeyer und Grote.

Die Sitzung wird vom Stellvertreter des Vorsitzenden, Herrn Kybis, eröffnet.

Derselbe theilt zunächst mit, daß der Stadtmagistrat mittelst Schreibens vom 18. v. Mts. den Bericht über den Zustand und die Verwaltung der städtischen Angelegenheiten während des Jahres 1881 mit dem Bemerken übersandt habe, daß je ein Abdruck dieses Berichts den Mitgliedern der Versammlung zugestellt worden sei.

Nach Genehmigung der Protocolle sub Nris. 8 und 9 wird zur Tagesordnung geschritten, über deren

I. Punkt »Verbesserung der Zugänge zu benachbarten Waldungen« namens der Statuten-Commission Herr Heymann berichtet.

Von Herrn von Seckendorff ist in der Sitzung am 10. Mai cr. der Antrag eingebracht:

»den Stadtmagistrat zu ersuchen, prüfen zu wollen, in welcher Weise die von der hiesigen Bevölkerung in der Nähe besuchten Waldpartien, wie Mascheroder Holz, von Pawel'sches Holz und Buchhorst, in angenehmerer Weise als jetzt zugänglich gemacht werden können, und, nachdem eine Verständigung mit den betreffenden Behörden und Gemeinden erzielt worden ist, der Versammlung eine entsprechende Vorlage zu machen.«

Referent bemerkt dazu: Man habe sich in der betreffenden Commissionsitzung der Ansicht des Antragstellers angeschlossen, daß eine Verbesserung der fraglichen Zugänge allerdings im öffentlichen Interesse wünschenswerth erscheine, auch verschiedene Vorschläge gemacht, wie am besten in dieser Beziehung vorgegangen werden könne, vielleicht durch Verbreiterung der betreffenden Zugangswege und Anlegung von Schatten spendenden Bäumen an denselben. Die Commission habe aber geglaubt, daß es sich nicht empfehle, jetzt mit specielleren Vorschlägen hervortreten, und für sachgemäßer gehalten, den Antrag, wie er gestellt worden, zur Annahme zu empfehlen.

Nachdem Herr Kieke bemerkt hat, daß bei dieser Gelegenheit auch die Zugänge zu dem Fasanenhölzchen mit berücksichtigt werden könnten, wird der Commissionsantrag angenommen.

Weiter

II. berichtet Herr Heymann namens der Statutencommission über den von Herrn Winter in der Sitzung am 7. Juni cr. eingebrachten selbstständigen Antrag:

den Stadtmagistrat zu ersuchen:

- a. die der Stadt bezüglich des Kl. Exercierplatzes zustehenden Rechte zu wahren, und das seitens der Militärverwaltung erlassene Verbot des Wäschetrocknens wieder aufzuheben resp. dasselbe auf seine Durchführbarkeit einer nochmaligen Prüfung unterziehen zu wollen,
- b. die Rechte der Stadt an dem St. Leonhardplatze gegen unbefugtes Fahren zu sichern und denselben mit einer Baumreihe zu umgeben.«

Referent verliest zunächst den zwischen Militairfiscus und Stadtmagistrat über die Benützung des Kl. Exercierplatzes abgeschlossenen Vertrag und führt sodann Folgendes aus:

Richtig sei, daß der Bestimmung in §. 4, nach welcher zwischen dem vom Militair benutzten und dem der Jugend überwiesenen Theile des Platzes zur Markirung der Grenze Pfähle errichtet werden sollen, noch nicht nachgekommen sei. In Uebereinstimmung mit dem Herrn Oberbürgermeister sei man nun in der Commissionsitzung zu der Ansicht gelangt, daß es zweckmäßig sei, diesem Mangel durch Anbringung zweier Grenzsteine an den Ecken abzuhelpen und die Commission beantrage daher:

»den Stadtmagistrat zu ersuchen, den für die Jugend reservirten vierten Theil des Kl. Exercierplatzes durch zwei Grenzsteine markiren zu lassen.«

Sodann habe Herr Winter bei Begründung seines Antrags monirt, daß das Militair bei seinen Uebungen vertragswidrig den Raum innerhalb der zwischen beiden Seiten des Platzes befindlichen doppelten Baumreihen, sowie den für die Jugend reservirten Theil des Platzes benutze. Nach dem Inhalte des Vertrags habe nun aber das Militair das Recht, den ganzen Platz mit alleiniger Ausnahme des für die Jugend reservirten Theils zu benutzen und es liege somit ein Grund zur Beschwerde wegen der Benützung des Raums zwischen den Baumreihen zu militairischen Zwecken nicht vor. Dagegen würde eine Ausdehnung der militairischen Uebungen auch auf den der Jugend überwiesenen Theil des Platzes mit den Vertragsbestimmungen nicht harmoniren und es könnte die Frage entstehen, ob man nicht an den Stadtmagistrat das Ersuchen richten sollte, in dieser Beziehung eine Sachuntersuchung anstellen zu lassen und event. Abhülfe zu veranlassen. Die Statutencommission glaube aber, daß es nicht am Platze sei, für jetzt einen derartigen Antrag an den Stadtmagistrat zu richten, weil sich erhebliche Uebelstände in dieser Beziehung zur Zeit noch nicht herausgestellt hätten und irgend welche Beschwerden der direct Betheiligten in keiner Weise eingelaufen seien; sie glaube, daß kein Grund zu einem derartigen Antrage vorliege, selbst wenn das Militair seine Uebungen einmal in den vierten Theil des Platzes hineinverreckt haben sollte.

Eine Abstellung des von Herrn Winter monirten Uebelstandes wegen des Befahrens des Platzes mit Wagen sei Sache der Herzoglichen Polizei-Direction und gebe deshalb die Commission anheim:



»den Stadtmagistrat zu ersuchen, mit der Herzoglichen Polizei-Direction in Beziehung auf die behauptete Thatsache, daß öfter quer über einen Theil des Kl. Exercierplatzes mit Wagen gefahren werde, in Verbindung zu treten und zutreffenden Falls Abhülfe zu veranlassen.«

Bezüglich des weiter von Herrn Winter erwähnten Punktes, daß bei Errichtung von Buden sofort nach deren Entfernung etwas zur Wiederbelebung der Rasenflächen geschehen möge, beantragt die Commission:

»den Stadtmagistrat zu ersuchen in Erwägung zu nehmen, ob und was nach der Entfernung der auf dem Kl. Exercierplatz errichteten Buden zur Instandsetzung des Platzes zu geschehen habe.«

Referent kommt nun auf den vom Antragsteller urgirten Punkt wegen des von Herzoglicher Polizei-Direction erlassenen Verbots des Wäschetrocknens. Die Garnisonverwaltung habe vor Kurzem bei Herzoglicher Polizei-Direction in dieser Beziehung Beschwerde geführt; sie habe behauptet, daß das Wäschetrocknen störend auf die Uebungen der Truppen einwirke und unter Bezugnahme auf den Schlußpassus des §. 4 des Vertrages um Inhibirung dieser Ungehörigkeit ersucht. Nachdem die Herzogliche Polizei-Direction mit dem Stadtmagistrate conferirt und letzterer sich selbst mit dem Verbote einverstanden erklärt, sei dasselbe erlassen worden. Da nun, wie schon vorhin erwähnt, nach dem Inhalt des Vertrages das Militair den Raum zwischen den Baumreihen zu Uebungen benutzen dürfe, und die Angabe der Garnisonverwaltung, daß das Wäschetrocknen die Truppen störe, nicht zu bezweifeln sei, so habe das Militair allerdings ein Recht, ein derartiges Verbot zu veranlassen. Es würde sich aber fragen, ob nicht eine Beschränkung in dieser Beziehung anzustreben sei, namentlich ob nicht vielleicht für jeden Sonnabend-Nachmittag, wo die Truppen nicht in der Stadt anwesend sind, und auch in Bezug auf den für die Jugend reservirten Theil des Platzes die Erlaubniß zum Wäschetrocknen erwirkt werden könne. Jedoch habe die Commission geglaubt, den Antrag des Herrn Winter nicht zur Annahme empfehlen zu sollen, weil es sich hier um eine rein polizeiliche Maßregel handle und nach §. 21 der neuen Straßen-Polizei-Ordnung Betten, Wäsche u. s. w. auf den Straßen und öffentlichen Plätzen nicht ausgelegt werden dürfen. Die Commission gebe in Rücksicht auf diese statutarische Bestimmung anheim, den bezüglichen Antrag des Herrn Winter abzulehnen.

Dann sei noch in der Berathung der Statutencommission vom Antragsteller als ein weiterer Uebelstand hervorgehoben, daß die Truppen bei ihren Uebungen auf dem Kl. Exercierplatz ohne Weiteres ihre Bedürfnisse verrichteten. Es liege auf der Hand, daß diesem Uebelstande namentlich aus Sittlichkeitsgründen gesteuert werden müsse und die Commission empfehle daher:

»den Stadtmagistrat zu ersuchen in Erwägung zu ziehen, ob und in welcher Weise den mit dem Mangel von Bedürfnisseinrichtungen für die

Truppen auf dem kleinen Exercierplatze verbundenen Uebelständen abzu-  
helfen sei.«

Referent geht sodann über zu dem zweiten Theile des Winter'schen Antrags,  
den St. Leonhardplatz betreffend:

Der Stadtmagistrat habe bei der Berathung der Statutencommission erklärt, daß  
der Plan wegen der Instandsetzung des gedachten Platzes augenblicklich in Ausarbeitung  
begriffen sei, die technischen Vorarbeiten in nächster Zeit beendet würden und dann  
sofort eine bezügliche Vorlage an die Versammlung gelangen werde; ferner, daß nach  
Maßgabe des von der Versammlung i. J. 1878 gefaßten Beschlusses in dem In-  
standsetzungsprojecte die Anlegung einer Baumreihe vorgesehen sei. Der von Herrn  
Winter geäußerte Wunsch, daß das Reiten und Fahren auf diesem Platze aufhören  
möge, könne erst dann in nähere Erwägung gezogen werden, wenn das Herstellungs-  
project vorliege.

Was die Beschaffung der Kosten der Wiederinstandsetzung des Platzes nach Ab-  
haltung von Jahr- und Viehmärkten anlange, so habe der Vertreter des Stadtmagi-  
strats in der Commissionsitzung erklärt, daß wegen Regulirung der Angelegenheit,  
betr. die Entrichtung der Stellgelder u., augenblicklich Verhandlungen mit Herzog-  
licher Zoll- und Steuerdirection schwebten, welche bald zum Abschluß kommen würden,  
worauf alsdann soviel Stellgeld erhoben werden würde, daß damit jedenfalls auch  
die Herstellungskosten würden bestritten werden können. Es liege also keine Veran-  
lassung vor, in dieser Beziehung einen Antrag an den Stadtmagistrat zu richten und  
Herr Winter habe denn auch in dieser Rücksicht und nach den vom Magistrate ge-  
gebenen thatsächlichen Erläuterungen seinen Antrag zurückgezogen.

Herr Winter erklärt zunächst, daß es ihm bei Einbringung seines Antrags  
fern gelegen habe, das Verfahren der Militairbehörde ungünstig kritisiren zu wollen;  
er sei nur von der Absicht geleitet, dem städtischen Interesse zu dienen. Erst vor  
wenigen Monaten, als es sich um Verpachtung des städtischen Terrains am Giers-  
berge handelte, habe er sich grade dafür ausgesprochen, daß man dem Militairfiscus  
möglichst entgegenkommen möchte. Damals sei ihm zu viel Entgegenkommen, heute  
gewissermaßen ein Mangel an Entgegenkommen vorgeworfen. Er glaube indeß, wenn  
es sich um das Wohl der Stadt handle, dürfe man sich nicht scheuen, seine Meinung  
unumwunden auszusprechen.

Wenn es ihm nicht gerechtfertigt erschienen sei, daß Herzogliche Polizei-Direction  
das radikale Verbot bezüglich des Wäschetrodnens erlassen habe, so sei er von der  
Voraussetzung ausgegangen, daß das Militair an dem Raume zwischen den inneren  
und äußeren Baumalleen kein Anrecht habe. Auch Herzogliche Polizei-Direction habe  
den alten Brauch des Wäschetrodnens auf dem Kl. Exercierplatze respektirt, indem sie  
bislang das Verbot nur auf die Zeit ausgedehnt habe, in welcher das Militair seine  
Übungen dort abhalte; für die Zeit, wo das Militair nicht anwesend, habe sie das

Wäschetrocknen erlaubt. Und dieses sei denn doch auch das Wenigste, was man sich wahren müsse. Der Stadtmagistrat habe aber geglaubt, das Wäschetrocknen ein für alle Mal verbieten zu müssen, um Weiterungen mit der Militairbehörde vorzubeugen, und ein derartiges Vorgehen sei ihm zu weitgehend erschienen. Nachdem nun aber §. 21 der Straßen-Polizei-Ordnung herangezogen, sei selbstverständlich in dieser Angelegenheit nichts mehr zu machen und müsse er diesen Punkt fallen lassen.

Der mit dem Militairfiscus abgeschlossene Vertrag sei übrigens von solcher Wichtigkeit, daß er wohl verdiente erörtert und durch Veröffentlichung zur Kenntniß Aller, namentlich auch des Militairs, gebracht zu werden. Wäre das früher geschehen, so wäre der heutige Antrag wahrscheinlich nicht nöthig gewesen.

Es handle sich jetzt darum, auf Innehaltung der einzelnen Contractsbestimmungen zu achten und er sei befriedigt, wenn dem Commissionsvorschlage gemäß an den betreffenden Stellen zwei Grenzsteine, vielleicht mit der Aufschrift »Spielplatz der Jugend«, errichtet würden. Gehe dann das Militair bei einzelnen Uebungen wirklich einmal darüber hinaus, so werde Niemand etwas Ungehöriges darin erblicken.

Zur Abstellung des Fahrens mit Wagen quer über den Platz empfehle sich vielleicht der schon früher einmal vom Wenden- und Petritthorbidistrictsvereine sowie vom Bürgervereine gemachte Vorschlag, auch den unmittelbar am Friedhofe zwischen der Neuen Promenade und der Nebenstraße belegenen Theil in einen fahrbaren Zustand zu setzen.

Bezüglich der Instandsetzung des Platzes nach Entfernung der Schaubuden etc. stellt Redner zur Erwägung, ob der für die Jugend reservirte Theil nicht einmal mit Grand überdeckt und dann ausgepflastert werden könne; es erfordere dieses Vorgehen etwas mehr Kosten, der Platz werde dadurch aber auch für die Jugend völlig brauchbar erhalten bleiben.

Anlangend den Antrag der Commission wegen der Beseitigung der Uebelstände, welche mit dem Verrichten von Bedürfnissen seitens der Truppen in den Pausen der Exercirübungen verbunden, so müsse allerdings in dieser Beziehung etwas geschehen, damit das Anstandsgefühl der Passanten und Anwohner nicht ferner mehr darunter zu leiden habe.

Redner hebt schließlich noch mit einigen Worten hervor, daß das Militair dem Publikum bezüglich der Benützung des Platzes nicht mehr Vergünstigungen zugestehen als der Vertrag vorschreibe, die Stadt also auch die ihr im Vertrage zugestandenen Rechte zu wahren suchen müsse, und empfiehlt die Commissionsanträge zur Annahme.

Nachdem sich noch Herr Riecke den Ausführungen des Herrn Winter angeschlossen hat,

werden die Commissionsanträge genehmigt.

## Danach

III. folgt, von Herrn Wolff erstattet, der Bericht der Finanzcommission über die den Mitgliedern der Versammlung unlängst vervielfältigt zugegangene Magistratsvorlage vom 20. v. Mts., die städtischen Anleihen betreffend.

Die städtischen Behörden haben im Laufe der letzten Jahre, theils definitiv, theils im Principe, die Ausführung verschiedener Hoch-, Straßen- und Ingenieurbauten, sowie sonstiger Einrichtungen beschlossen und die Aufwendung der dazu erforderlichen Geldmittel, vorbehaltlich der Entschliessung über die Art ihrer Beschaffung, bewilligt resp. in Aussicht genommen. Diese Bauten u. sind in der Vorlage und zwar hinsichtlich der Stadterweiterung und der Stadtentwässerung nur insoweit, als diese Projecte während einer etwa fünfjährigen Bauperiode ausführbar sein mögten, mit Bezifferung des dazu anslagsmässig erforderlichen Geldaufwandes folgendermassen zusammengestellt:

|                                                                                                                                                                  |                          |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------|
| 1) Erweiterung des städtischen Wasserwerks (incl. des Erwerbes der drei Eisenbüttler Mühlen zu 172 740 M.). . . . .                                              | 994 740 M.               |
| 2) Schulhausbauten                                                                                                                                               |                          |
| a. Neubau einer Bürgerschule an der Leonhardstrasse . . . . .                                                                                                    | 381 000 M.               |
| b. Erweiterung der Schule an der Sidonienstrasse . . . . .                                                                                                       | 47 500 »                 |
|                                                                                                                                                                  | <hr/> 428 500 »          |
| 3) Straßen- und Brückenbauten                                                                                                                                    |                          |
| a. Verbindungsstrasse zwischen Poststrasse und Bankplatz . . . . .                                                                                               | 100 000 M.               |
| b. desgl. zwischen Magnithor und Leonhardstrasse incl. Ueberbrückung der Dfer . .                                                                                | 106 000 »                |
| c. desgl. zwischen Schuhstrasse und Burgplatz (fl. Burg) . . . . .                                                                                               | 100 000 »                |
| d. desgl. zwischen Ruhfäutchenplatz und Hagenmarkt . . . . .                                                                                                     | 70 000 »                 |
| e. Ausführung der östlichen Ringsstrasse zwischen Augustthor und Gellerstrasse, einschliesslich der Brückenanlage und der Dfercorrection bei der Rasch . . . . . | 1 400 000 »              |
|                                                                                                                                                                  | <hr/> 1 776 000 »        |
|                                                                                                                                                                  | <hr/> Latus 3 199 240 M. |

|                                                                                         |                   |                                |
|-----------------------------------------------------------------------------------------|-------------------|--------------------------------|
|                                                                                         |                   | Transport 3 199 240 <i>M.</i>  |
| 4) Centralfriedhof                                                                      |                   |                                |
| a. Arealerwerb . . . . .                                                                | 90 000 <i>M.</i>  |                                |
| b. Baulichkeiten . . . . .                                                              | 160 000 »         |                                |
|                                                                                         | <hr/>             | 250 000 »                      |
| 5) Canalisation                                                                         |                   |                                |
| a. der östlichen äußeren Stadt . . . . .                                                | 453 000 <i>M.</i> |                                |
| b. der westlichen äußeren Stadt . . . . .                                               | 720 000 »         |                                |
| c. Erstattung der in der Vorzeit geleisteten<br>Beiträge zu Canalausführungen . . . . . | 334 745 »         |                                |
|                                                                                         | <hr/>             | 1 507 745 »                    |
| 6) Herstellung einer Caserne und von Stallungen für das<br>Husarenregiment . . . . .    | 900 000 »         |                                |
|                                                                                         | <hr/>             | Insgesammt 5 856 985 <i>M.</i> |

Zu dieser Zusammenstellung bemerkt der Magistrat im Einzelnen:

Zu 3e. Der Ortsbauplan der Stadterweiterung hat vor Kurzem die regiminelle Genehmigung erhalten; mit Ausführung der darin vorgesehenen Ringstraße, und zwar zunächst des östlichen Theiles derselben, wird, damit sie nicht ein frommer Wunsch bleibe, baldigst begonnen werden müssen.

Zu 5. Wenngleich zu der von den städtischen Behörden beschlossenen Stadtentwässerung die staatliche Genehmigung noch immer nicht ertheilt worden ist, so werden gleichwohl die Kosten der Canalisation der äußeren Stadttheile hier in Rechnung gezogen, da Aussicht vorhanden sein dürfte, daß die Genehmigung dieses Theils der Gesamtcanalisation nunmehr bald erfolgen werde.

Zu 6. Die Kosten der geplanten Concentrirung der Etablissements zur Unterbringung der Mannschaften und Pferde des hier garnisonirenden Husaren-Regiments hat der Magistrat im Hinblick auf den günstigen Stand der diesbezüglichen Verhandlungen einstellen zu sollen geglaubt.

Nach der vorstehenden Zusammenstellung und unter Einrechnung der zur Tilgung resp. Umwandlung einer für in den Jahren 1880 bis 1882 ausgeführte Neubauten angeliehenen, nunmehr zurückzuzahlenden resp. in Schuldverschreibungen umzusetzenden Anleihe im Betrage von 224 494 *M.* bezieht sich das zu deckende Geldbedürfniß auf insgesammt 6 081 479 *M.*

Weiter heißt es im Magistrats Schreiben:

»Wenden wir uns nun zur Erörterung der Frage, wie dieses Geldbedürfniß, und zwar im Wege des Credits mit rund sechs Millionen Mark, zweckmäßig zu decken sei, so könnte, nachdem die auf den Inhaber unter Garantie der hiesigen Stadt ausgestellten Schuldverschreibungen des Kreiscommunalverbandes Braunschweig den Staatspapieren in Bezug auf formelle Sicherheit gleich gestellt worden sind, der

Beschluß angezeigt erscheinen, eine Anleihe beim Kreiscommunalverbande aufzunehmen und dem letzteren die Beschaffung der dazu erforderlichen Mittel durch Ermächtigung zur Ausgabe von Obligationen zuzuführen, deren Tilgung durch regelmäßige und feste Ausloosungen in bestimmter Frist zu erfolgen haben würde. Erwägt man jedoch, daß die Refundirung der Aufwendungen für Herstellung der Ringstraße, weil von der demnächstigen Bebauung der letzteren abhängig, in unregelmäßigen und zeitlich nicht übersehbaren Terminen erfolgen, und daß die Ausgabe für Concentrirung der Militairbauten in Höhe des Erlöses aus dem Verkaufe der seitherigen Etablissements des Husarenregiments möglicherweise bald nach Fertigstellung der neuen Baulichkeiten in die Stadtcasse zurückschließen wird, ohne daß die letztere zu sofortiger Verwendung dieser rückfließenden Ausgabe-Beträge zu Amortisationszwecken im Stande sein würde, so empfiehlt es sich zur Vermeidung von Zinsverlusten und zur Sicherung der Bilanz im städtischen Haushalte, den außerordentlichen qu. Geldbedarf nicht in seiner Gesamtheit durch eine einheitliche, in festen und gleichmäßigen Raten zu tilgende Anleihe zu beschaffen, vielmehr, wenn thunlich, einen Theil des Bedarfs, etwa in der Höhe von 1—2 Millionen, durch eine besondere Anleihe mit der Maßgabe zu decken, daß diese Anleihe zwar innerhalb einer bestimmten, etwa 50 Jahre umfassenden Maximalfrist getilgt sein müsse, daß aber die Bestimmung der einzelnen Capitalabträge nach Maß und Zeit der Stadt, nach Maßgabe ihrer jeweiligen Kräfte, überlassen bleibe. Eine derartige Operation würde zugleich gegen Emissionsverluste bei successiver Begebung der Obligationen-Anleihe einigen Schutz insofern gewähren, als man bei vorübergehendem Eintritt einer ungünstigen Lage des Geldmarktes in der Lage sein würde, die Ausgabe von Obligationen zeitweilig zu verzögern.

Wir glauben annehmen zu dürfen, daß die Herzogliche Leihhausanstalt mit Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums bereit sein werde, ein binnen zweijähriger Frist je nach diesseitigem Bedarf successive abzunehmendes und binnen längstens 50 Jahren rückzahlbares Darlehn von 1—2 Millionen Mark auf den Credit der Stadtgemeinde zu 4 % jährlicher Zinsen zu gewähren.

Die Deckung des darnach mit 4 event. 5 Millionen erübrigenden Restes des gesammten Geldbedarfs würde am vortheilhaftesten durch eine unter Hinzutritt der Garantie der Stadt zu emittirende Obligationen-Anleihe des Kreiscommunalverbandes zu vermitteln sein. Bezüglich einer solchen Anleihe ist dem Consortium von Bankhäusern, welches die Anleihe des Kreiscommunalverbandes de 1880 (in deren hauptsächlichstem Betrage) gekauft hat, seiner Zeit ein Wahlrecht mit der Wirkung eines Vorkaufsrechts eingeräumt. Um eine Basis für die diesbezüglichen Verhandlungen mit jenem Consortium wegen Realisirung der Obligationen-Anleihe zu gewinnen, wird Seitens des Kreiscommunalverbandes resp. der Stadtgemeinde die beregte Finanzoperation zunächst im Principe zu beschließen und höheren Orts zu genehmigen sein.«

Der Magistrat beantragt sonach:

- 1) die bedarfsmäßige Aufnahme eines 4%igen Gelddarlehns bei Herzoglicher Leihhausanstalt in der vom Herzoglichen Staats-Ministerium zu fixirenden Höhe von bis zu 2 Millionen Mark auf den Credit der Stadtgemeinde und mit Verpflichtung zu rätirlicher Rückzahlung binnen längstens 50 Jahren zu genehmigen;
- 2) im Principe zu beschließen
  - a. daß der Kreiscommunalverband Braunschweig den durch die ad 1 gedachte Anleihe keine Deckung findenden Theil des Gesamtbedarfs der Stadt von nominell sechs Millionen Mark durch Ausgabe von 4%igen Inhaberpapieren mit Verpflichtung zur Amortisation durch Ausloosung von jährlich  $\frac{1}{2}\%$  und den Zinsersparnissen anleihe und an die Stadt gegen urkundliche Garantie wegen Erstattung der ihm aus der Amortisation und Verzinsung dieser Anleihe erwachsenden Kosten als Darlehn überweise;
  - b. daß die Stadtgemeinde dieses ad a gedachte Darlehn unter den angeführten Bedingungen aufnehme.

Referent hat Folgendes hinzuzufügen:

Die einzelnen Punkte seien mehr oder weniger schon sämmtlich Gegenstand der Verhandlung in der Versammlung gewesen und böten daher nichts Neues. Er wolle jedoch nicht unterlassen, Einiges über den Stand der einzelnen Bauten u., soweit darüber aus der Magistratsvorlage nichts zu entnehmen sei, hervorzuheben.

Kurz vor den Ferien seien der Versammlung vom Magistrate einige vertrauliche Mittheilungen über den Stand der Angelegenheit, den Erwerb der drei Eisenbüttler Mühlen betreffend, gemacht worden. Inzwischen habe sich herausgestellt, daß die drei Besitzer der Eisenbüttler Mühlen den Weg des Verkaufs abgelehnt haben, weil ihnen das Gebot des Magistrats zu niedrig war. Es sei nun mit Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums das gesetzliche Abschätzungsverfahren eingeleitet und seitens des Stadtmagistrats der Wunsch ausgesprochen, dieses Verfahren so zu fördern, daß die Mühlen schon mit dem 1. April k. J. in den Besitz der Stadt übergehen, damit dieselbe wegen der baldigst vorzunehmenden Baulichkeiten, wie des Filter-Bassins u., unbeschränkt über die Wasserkraft der Mühlen verfügen könne.

Von besonderem Interesse würden noch einige Bemerkungen über den Central-Friedhof sein. Die divergirenden Meinungen in dieser Angelegenheit seien bekanntlich so ziemlich unter einen Hut gebracht worden, indem dem Projecte der Anlegung eines Centralfriedhofes auf den an der Helmstedter Straße hinter dem Streitberge belegenen Ländereien die meisten Sympathien entgegengebracht wurden. Die Verhandlungen wegen Erwerbs des erforderlichen Terrains seien im Gange und es sei gegründete

Hoffnung vorhanden, daß die Angelegenheit dem Wunsche des Stadtmagistrats entsprechend zum Abschluß komme.

Der Stadtmagistrat habe nun in seiner Vorlage die Bedürfnisse der Stadt in zwei Theile getheilt und zwar einmal in Bedürfnisse solcher Gelder, welche nicht in regelmäßiger Weise, vielleicht sehr schnell, vielleicht auch langsamer, jedenfalls aber unregelmäßig zur Rückzahlung gelangen, und zweitens in Bedürfnisse solcher Gelder, deren Amortisation in regelmäßiger Weise zu erwarten stehe. Als in unregelmäßiger Weise später zurückzahlende Gelder seien die Kosten für die Ausführung der östlichen Ringstraße zwischen Augustthor und Gellerstraße 1c. sowie die Herstellung einer Caserne nebst Stallungen für das Husaren-Regiment zu bezeichnen. Auch über den letztgedachten Punkt sei kurz vor den Ferien in der Versammlung vertraulich verhandelt worden.

Nach Inhalt der Magistratsvorlage sollen die Geldbedürfnisse auf verschiedenartige Weise gedeckt werden, einmal durch Beschaffung einer Anleihe bei Herzoglichem Leihhause, dann auch durch eine Anleihe des Kreiscommunalfonds, wie solches früher schon geschehen. Der letztgedachte Weg sei deshalb gewählt worden, weil die von dem Kreiscommunalfonds emittirten Werthpapiere pupillarische Sicherheit bieten, was mit den Papieren der Stadt nicht der Fall; die Beschaffung einer Anleihe durch den Kreiscommunalfonds sei also vortheilhaft.

Wie in der Commission mitgetheilt worden, habe die Idee, einen Theil der unregelmäßig zur Rückzahlung gelangenden Gelder durch Herzogliches Leihhaus zu beschaffen, insofern eine positive Unterlage, als bei demselben vorläufig angefragt und darauf erwiedert worden sei, daß man im Prinzip der Beschaffung einer derartigen Anleihe nicht abgeneigt sei. Ueber die Höhe der anzuleihenden Summe behalte man sich das Weitere vor, indem es in der Vorlage heiße: 1 bis 2 Millionen.

Die Finanzcommission habe die Vorlage, bei der es sich zunächst nicht um Genehmigung positiver Thatsachen, sondern nur um Fassung eines principiellen Beschlusses handle, einer eingehenden Prüfung unterworfen und stehe derselben durchaus sympathisch gegenüber; sie finde die Vorschläge des Magistrats völlig zweckentsprechend und nehme nicht den geringsten Anstand, die Anträge, wie sie gestellt sind, zur Annahme zu empfehlen.

Ohne Debatte werden darauf die Magistratsanträge genehmigt.

## Wie

IV. aus einem Magistratschreiben vom 21. Juni c. hervorgeht, ist beim Neubau des Directionsgebäudes der Gas- und Wasserwerke an der Münzstraße eine Ueberschreitung der freiwilligen Kosten um 14742 M. 1 A. eingetreten. Dieselbe ist dem beiliegenden Berichte der städtischen Bauverwaltung zufolge hauptsächlich dadurch verursacht, daß der Fundamentirung des Hauptgebäudes wie des Nebengebäudes



größere Hindernisse in den Weg getreten sind, daß die Beschaffung der Steinmetz- und Bildhauerarbeiten an den straßenseitigen Fronten mit größeren Schwierigkeiten verknüpft waren und daß im Bauprogramme nicht vorgesehene Montirungs- und Wäschekammern angelegt werden mußten; abgesehen von sonstigen noch erforderlich gewordenen kleineren Posten. Der Magistrat richtet nun unter dem Bemerken, daß die, etwa 5% der Anschlagssumme betragende Ueberschreitung nicht wohl zu vermeiden gewesen sei, das Ersuchen an die Versammlung, die gedachte Mehrausgabe nachträglich zu verwilligen.

Die Finanzcommission befürwortet durch ihren Referenten, Herrn Sievers, den Antrag, worauf derselbe genehmigt wird.

V. wird nach einem von Herrn Zellgmann namens der Finanzcommission erstatteten Berichte, dem bezüglichlichen Magistratschreiben vom 6. d. Mts. entsprechend, beschlossen, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Verzinsung eines auf ein Haus in der Schuhstraße hypothekarisch dargeliehenen städtischen Capitals zu 23 100 *M.* vom 1. Januar 1884 an von 5 % auf  $4\frac{1}{2}$  % jährlich ermäßigt werde.

Es folgt

VI. der Bericht des Referenten der Finanzcommission, Herrn Semler, über die Magistratsvorlage vom 6. v. Mts., den Ankauf des Wendel'schen Hauses am Nickelnkuffe betreffend.

Der Nickelnkuff, welcher von etwa 1200 Personen bewohnt wird, steht mit dem Osten und Norden der Stadt nur mittelst des 5 bis 6 m breiten Geiershagen und einer zu demselben führenden, nur 4 m breiten schlecht gepflasterten und steilen Brücke in Verbindung. Es ist daher eine Verbreiterung dieser Verbindung höchst wünschenswerth und da sich hierzu eine günstige Gelegenheit darbietet, indem das den Erben des Bürstenmachers Wendel zugehörige, am Eingange des Nickelnkuff sub *N.* ass. 1257 belegene Haus, durch dessen Beseitigung sich eine angemessene Verbreiterung der Brücke zwischen dem Geiershagen und dem Nickelnkuffe, sowie des Eingangs zu lehtgedachter Straße erzielen läßt, zum Verkauf steht, so hat der Stadtmagistrat diese Gelegenheit wahrgenommen und mit den Wendel'schen Erben unter Vorbehalt der Genehmigung der Stadtverordneten und des Herzoglichen Staatsministeriums einen notariellen Kaufcontract abgeschlossen. Der Kaufpreis ist auf 6000 *M.* festgesetzt, wogegen die städtische Bauverwaltung den materiellen Werth des fraglichen Gebäudes auf 7000 *M.*, den Nutzwert desselben aber auf 9200 *M.* abgeschätzt hat. Der Magistrat beabsichtigt nun, das Haus bis auf Weiteres und muthmaßlich bis zum Abbruche desselben und der projectirten Straßen- und Brückenverbreiterung, welche zweckmäßig bei der demnächstigen Canalisation des betreffenden Okergrabens auszuführen sein wird, an die Wittwe Wendel für 400 *M.* p. a. zu vermietthen, und richtet an die

Versammlung das Ersuchen, den Ankauf des Hauses sowie den mit der Wittwe Wendel abgeschlossenen Miethcontract zu genehmigen.

Die Commission befürwortet den Antrag.

Herr Winter kann sich nicht für den Ankauf des gedachten Hauses aussprechen. Durch Beseitigung dieses Hauses könne die Passage nicht verbessert werden, wohl aber durch Beseitigung des gegenüberliegenden Hauses, welches jedenfalls auch billig zu haben sein werde. Der Verkehr zwischen dem Petri- und Wendenthore werde dadurch nicht gehoben werden, wenigstens der Fuhrwerksverkehr nicht; dieser würde, schon der schmalen und im schlechten Zustande befindlichen Brücke wegen, doch immer über den Hagenmarkt führen. An der Brücke werde aber Herzogliche Baudirection schwerlich noch Baulichkeiten vornehmen wollen, da die Canalisirung des dortigen Mühlengrabens projectirt sei. Am allerwenigsten empfehle sich das gedachte Haus zum Zwecke des Vermiethens anzukaufen, da dasselbe in sehr desolatem Zustande sich befinde und vorerst der durchgreifendsten Reparatur bedürfe; eher empfehle sich noch, es sofort abzubrechen und den Bauplatz zu veräußern. Vor zwei Monaten habe ein öffentlicher Verkaufstermin wegen dieses Haus stattgefunden, es seien aber nur 3200 *M.* dafür geboten, 6000 *M.* sei also ein verhältnißmäßig hoher Kaufpreis. Er bitte, die Zustimmung zum Ankauf jenes Hauses zu versagen.

Referent bemerkt hierauf, daß die Vermiethung des Hauses nur ein Uebergangsstadium bis zur Ausführung der dortigen Ofercanalisirung sein solle, wo alsdann die Brücke als solche keinen Zweck mehr haben werde. Sobald aber das Canalisationsproject genehmigt sei, werde dieser Theil zuerst in Angriff genommen werden müssen, weil er die Vorfluth für die Canalisation der Wendenstraße bilde. Daß im öffentlichen Termine nur 3200 *M.* für das Haus geboten seien, biete für den Werth desselben keinen Anhalt. Der Ankauf des Hauses sei zur Verbesserung der Passage nothwendig und der Kaufpreis sei kein erheblicher. Wenn man zur Hebung des Verkehrs für andere Straßen 100 000 *M.* ausbebe, dann könne man auch wohl einmal im Interesse einer kleineren Straße 6000 *M.* aufwenden. Bei einer Verbreiterung des Nickelnkulk an jener Stelle müsse das Wendel'sche Haus naturgemäß beseitigt werden; es sei ja wünschenswerth, daß auch das gegenüberliegende Haus wegfiel; weil dies aber noch nicht angehe, so könne man daraus keine Veranlassung nehmen, die Magistratsanträge abzulehnen.

Herr Winter bemerkt, daß er durchaus nichts dagegen einzuwenden habe, wenn im Interesse kleinerer Straßen Aufwendungen gemacht würden; es sei nur anzunehmen, daß das gegenwärtig geforderte Opfer nicht von Nutzen sei.

Herr du Roi schließt sich den Ausführungen des Herrn Vorredners an.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Herr Winter scheine von der Ansicht auszugehen, daß die Beseitigung der Brücke im Griershagen von der Ausführung des Stadtentwässerungsprojectes abhängig sei. Das sei aber durchaus nicht der Fall; die

Brücke werde fallen, sobald sich die Anlieger mit der Stadt über die Canalisirung verständigt hätten. Bekanntlich schon vor zwei Jahren habe sich eine größere Anzahl von Anwohnern des Nickelnkufk und der benachbarten Straßen mit der Bitte an den Magistrat gewandt, die Canalisation zur Hälfte auf Kosten der Anlieger auszuführen. Dieses Project sei damals nicht zur Ausführung gekommen, weil nicht sämtliche Interessenten unter einen Hut zu bringen waren. Inzwischen hätten sich die Verhältnisse geändert und es schwebten augenblicklich Verhandlungen wegen Ausführung jenes Canalisationsprojects, die nur insofern mit der Ausführung des großen Stadtentwässerungsprojects zusammenhänge, als man die Canalisirung in einer Weise vornehmen werde, daß sie demnächst in den Gesamtplan hineinpasse. Im Uebrigen sei diese Canalisirung vollständig unabhängig davon und werde hoffentlich schon nächstes Jahr zur Ausführung gelangen.

Herr Kieze stimmt dem Magistratsantrage bei, schon aus dem Grunde, weil durch den Abbruch des gedachten Hauses jener Stelle des Nickelnkufks, wo er in eine Sadstraße mündet, mehr Luft und Licht zugeführt werde. Sollte sich später herausstellen, daß die Straße dort verbreitert werden müsse, dann müsse, wie richtig bemerkt sei, auch auf Beseitigung des gegenüberliegenden Hauses Bedacht genommen werden.

Die Magistratsanträge werden darauf genehmigt.

VII. Nach einem Magistratschreiben vom 10. v. Mts., über welches namens der Finanzcommission Herr Zellgmann berichtet, ist in Folge der Errichtung einer Wartehalle für die Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft auf dem Kohlmarke die Beseitigung des auf dem fraglichen Plaze befindlich gewesenen Gasandelabers und die Beschaffung einer anderweiten Beleuchtung des Plazes nothwendig geworden, wodurch 524 M. 7 S. Kosten verursacht sind. Der Stadtmagistrat ersucht, diese Summe vom Dispositionsfonds Cap. XIV. M. 7 zu verwilligen.

Die Finanzcommission schließt sich diesem Antrage an, worauf derselbe genehmigt wird.

Wie

VIII. Herr Sievers namens der Finanzcommission referirt, hat der Stadtmagistrat unterm 21. v. Mts. den Rechnungsabschluß des städtischen Wasserwerks pro 1882 überreicht und in Uebereinstimmung mit der Deputation zur Verwaltung der Gas- und Wasserwerke anheimgegeben:

- 1) die Dechargirung der Direction wegen Verwaltung des genannten Werkes pro 1882 unter dem Vorbehalte zu genehmigen, daß durch eine deputationsseitig annoch vorzunehmende Vergleichung die Uebereinstimmung des Abschlusses mit den Büchern sich herausstellen werde.

Sodann beantragt der Magistrat, dem Antrage der Direction entsprechend, von dem nach Absatz der bereits zum Neubau des Directionsgebäudes an der Münzstraße verwilligten 30 000 *M.* annoch disponibeln Ueberschusse von 60 241 *M.* 48 *S.*:

- 2) den Betrag von 3226 *M.* 45 *S.* für Erweiterungen des Rohrnetzes zu bewilligen.

Werden der übrig bleibenden Summe von 57 015 *M.* 13 *S.* der auf Grund des Rechnungsabschlusses pro 1881 auf 126 428 *M.* 88 *S.* festgestellte seitherige Betriebsfonds hinzugerechnet und die nach Maßgabe der vereinbarten Bestimmungen dem nunmehrigen Betriebsfonds und dem Erneuerungsfonds zu überweisenden 60 000 *M.* und 45 000 *M.*, zusammen 105 000 *M.*, abgeschrieben, so ergibt sich die als »Gewinn des Werkes« zu betrachtende Summe von 78 443 *M.* 91 *S.*.

Der Stadtmagistrat beantragt:

- 3) zu beschließen, daß von diesem Gewinne 75 000 *M.* dem Reservefonds des Werkes überwiesen, die Restsumme von 3443 *M.* 91 *S.* aber zur Verwendung für außerordentliche Zwecke des Haushalts reservirt werde.

Die Finanzcommission hat gegen die Magistratsanträge nichts zu erinnern gefunden und giebt deren Genehmigung anheim, welche ohne Weiteres ausgesprochen wird.

Ferner

IX. berichtet Herr Sievers für die Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 23. v. Mts., die Anlage neuer Straßenlaternen betreffend.

Die Deputation für Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke hat das Bedürfnis einer alsbaldigen Beleuchtung der Gartenstraße und Fuchstwete, des zwischen der Ottmer- und Leonhardstraße belegenen, stark bewohnten Theils der Adolfstraße und der anschließenden Verlängerung der Leonhardstraße und des Rosenthals anerkannt, sowie anheimgegeben, auch die Verbindungsstraße zwischen der Gammanstraße und Sophienstraße mit Gasrohr zu belegen und mit einer Laterne zu versehen, nachdem die Firma Selwig und Lange sich bereit erklärt hat, ihre dort belegene Fabrik zunächst mit 30 größeren Gasflammen zu beleuchten.

Dagegen hat die Deputation empfohlen, die vorliegenden Gesuche um Beleuchtung auch anderer Straßen für jetzt unberücksichtigt zu lassen, theils wegen des unbedeutenden Umfangs ihrer Bebauung und Frequenz, theils weil sie mit Gasröhren noch nicht belegt sind resp. bei Ausführung des Ortsbauplans der Stadterweiterung eine andere Lage erhalten werden.

Die Deputation hat danach beantragt, aus der Casse des Gaswerks

- 1) 360 *M.* für Herstellung von 4 Laternen an der Gartenstraße und Fuchstwete,

- 2) 960 *M.* für Aufstellung von 8 Candelabern an der Adolfsstraße und Leonhardstraße,
- 3) 240 *M.* für 2 Candelaber im Rosenthal,
- 4) 700 *M.* für Rohrleitung und einen Candelaber in der Gammanstraße bis zur Sophienstraße,

also insgesammt 2260 *M.* zu bewilligen.

Die Beleuchtung vorgedachter 15 Laternen kostet jährlich 900 *M.*, und, da dieselben zu Ende September dem Betriebe übergeben werden sollen, für die drei letzten Monate des laufenden Jahres 225 *M.*

In Uebereinstimmung mit den Vorschlägen der Deputation giebt der Stadtmagistrat anheim:

- 1) die qu., auch von Herzoglicher Polizei-Direction befürwortete Erweiterung des Straßenbeleuchtungsnetzes zu genehmigen und danach die Herstellungskosten mit 2260 *M.* aus der Gascaße, und zwar bei der Geringfügigkeit dieser Kosten aus den Betriebsmitteln derselben, zu bewilligen;
- 2) sich damit einverstanden zu erklären, daß die diesjährigen Beleuchtungskosten mit 225 *M.* dem Dispositionsfonds des Ordinarii der Stadtcasse entnommen werden.

Die Commission erklärt sich mit den Magistratsanträgen einverstanden und empfiehlt dieselben zur Annahme, jedoch mit der auch vom Herrn Oberbürgermeister namens des Stadtmagistrats gutgeheißenen Modification, daß die Herstellungskosten von 2260 *M.* — weil es sich hier um Neuanlagen handelt, die nach den neueren Bestimmungen jedenfalls aus dem Reservefonds zu decken sind — nicht aus den Betriebsmitteln der Gascaße, sondern aus dem Reservefonds derselben bewilligt werden.

Herr Wolff kann sich mit dem Principe, welches die Verwaltungsdeputation bei ihren Vorschlägen geleitet hat, nicht völlig einverstanden erklären. Der Winter stehe vor der Thür und mit ihm alle Unbilden der Witterung, denen grade die Bewohner der Straßen vor den Thoren ganz besonders ausgesetzt seien. Daß verschiedene Anträge von Bewohnern außerhalb belegener Straßen einstweilen zurückgelegt seien, schließe eine gewisse Härte in sich. Es sei ohnehin schon kein besonderes Vergnügen, im Winter draußen vor dem Thore in einsamen Straßen zu wohnen, noch weit unangenehmer sei dieses aber, wenn solche Straßen der nothwendigsten Beleuchtung entbehrten. Man sollte meinen, daß jetzt, wo der Abschluß des Gaswerks vom Jahre 1882 wiederum ein äußerst günstiger gewesen, nicht durchweg streng nach einem festen Principe zu verfahren nöthig sei, sondern daß die berechtigten Wünsche von Anwohnern derartiger Straßen berücksichtigt werden müßten. Er sei in der Lage, für eine solche nicht berücksichtigte Straße hier zu plaidiren, nämlich für die Petristraße. Diese Straße sei allerdings schon mit Gasbeleuchtung versehen, d. h. — *lucus a non*

lucendo — eine Laterne vorn und eine hinten am Ende; die Straße selbst sei völlig dunkel, wodurch den Anwohnern bei ungünstigem, dunklem Wetter höchst unangenehme Konsequenzen bereitet würden. Abgesehen davon, sei die Straße in Folge ihrer Dunkelheit ein wohlfeiler und bequemer Schlupfwinkel für allerlei Unsitlichkeiten. Die Anwohner seien deshalb schon vor langer Zeit darum eingekommen, daß in der Mitte der Straße noch eine Laterne errichtet werden möchte. Dieser Antrag habe bis heute keine Berücksichtigung gefunden, obwohl für diese Straße die von der Deputation geltend gemachten Gründe, welche eine Nichtberücksichtigung motivirt erscheinen ließen, nicht zuträfen. Er stelle daher den Zusatzantrag:

den Stadtmagistrat zu ermächtigen, nach vorgängiger nochmaliger Prüfung durch die Deputation für die Gas- und Wasserwerke die Anlage einer ferneren Laterne in der Petristraße anzuordnen, und die erforderlichen Kosten für Anlage und Unterhaltung im Voraus zu bewilligen.

Herr Oberbürgermeister Pöckel: Es habe doch seine Bedenken, eine Beleuchtung dieser oder jener einzelnen Straße von Fall zu Fall zu beschließen. Abgesehen von solchen Fällen, wo eine Straßenbeleuchtung entweder in Folge vollständiger Bebauung oder wegen starker öffentlicher Frequenz sich als absolut nothwendig hinstelle, müsse man bei Beurtheilung der Frage, ob und inwieweit das Straßenbeleuchtungsnetz zu erweitern sei, das gesammte städtische Straßennetz im Auge haben; man müsse planmäßig verfahren, damit man nicht Gefahr laufe, eine Straße auf Kosten mehrerer gleichberechtigter Straßen zu bevorzugen. Es gebe einen statutarisch festgesetzten Grundsatz, wonach öffentliche Straßenbeleuchtung eintreten solle, wenn auf einer Wegestrecke von 28 m mindestens 6 Privatflammen gebrannt werden. Diese Voraussetzung treffe bei der Petristraße nicht zu. Sie sei etwa 323 m lang und es lägen 8 Häuser an derselben; es würden also 66 Flammen in dieser Straße gebrannt werden müssen, wenn die Anwohner Anspruch auf Straßenbeleuchtung erheben wollten. Die Gründe, weshalb nicht schon jetzt eine umfassendere Erweiterung des Straßenbeleuchtungsnetzes deputationsseitig vorgeschlagen, seien im Magistratschreiben kurz angegeben und auch vom Herrn Referenten hervorgehoben worden. Er (Redner) möchte den Herrn Antragsteller bitten, für heute seinen Antrag nicht weiter zu verfolgen, weil derselbe unausbleiblich zu Berufungen führen würde, die man momentan doch nicht in ihrem ganzen Umfange erlebigen könnte. Er wolle noch bemerken, daß ihm heute Morgen auch eine Eingabe von Anwohnern der Biewegstraße, die allerdings stärker bebaut sei als die Petristraße, zugegangen sei, in welcher gebeten werde, die dortige Straße mit Gasbeleuchtung zu versehen. Die Deputation und der Magistrat seien durchaus nicht der Ansicht, die übrigen vorliegenden Anträge auf Erweiterung des Straßenbeleuchtungsnetzes einfach zurückzulegen; man habe nur geglaubt, momentan nicht in der Lage zu sein, diese umfassenden Anträge zu berücksichtigen.

Herr Reiche bittet Herrn Wolff, in seinem Antrage statt »eine Laterne« zu setzen »zwei Laternen«, weil eine zu wenig sei.

Herr Wolff bedauert, dem Wunsche des Herrn Oberbürgermeisters nicht entsprechen zu können; sein Antrag sei ein wohl überlegter. Er würde dem Herrn Oberbürgermeister zustimmen, wenn man dem Sommer entgegenginge, so gehe man aber dem Winter entgegen. Im Großen und Ganzen theile er die Ansicht, daß man bei derartigen Anlagen planmäßig vorgehen müsse, man müsse dieses Princip aber auch nicht zu streng nehmen und, wenn es die öffentliche Ordnung, die Sittlichkeit und der Verkehr erheischten, auch solche Straßen, in denen nicht die vorgeschriebene Anzahl Privatflammen gebrannt würden, im Winter nicht ohne Beleuchtung lassen. Die Anwohner selbst könnten sich mittelst Laternen helfen; sie wollten aber auch einmal Besuche empfangen und ein Jeder scheue sich, in solche dunkle Straßen einzutreten, weil er nicht wisse, welchen Unzuträglichkeiten er entgegengehe. Den Zustand in der Biewegstraße kenne er nicht genau, wenn aber dort keine normale Beleuchtung vorhanden sei, so verstehe er das nicht und wünsche herzlich, daß auch diese Straße recht bald ordnungsmäßig beleuchtet werden möchte. Man könne helfen und müsse also auch helfen!

Herr Oberbürgermeister Pockels macht darauf aufmerksam, daß nur die Herstellungskosten von den Ueberschüssen des Gaswerks bestritten würden; die Beleuchtungskosten mit 60 M. jährlich habe die Stadtcasse zu tragen, sie erfolgten also von den Steuern, nicht aus den Ueberschüssen des Gaswerks.

Herr Reuter ist gleichfalls der Ansicht, daß die Ueberschüsse des Gaswerks in erster Linie zu Verbesserungen der Beleuchtung verwandt werden müßten, und das liege auch in der Absicht; aber einzelne Straßen herauszugreifen und andere unberücksichtigt zu lassen, sei unmöglich der richtige Weg. Die vier vorgeschlagenen Straßen bedürften der Beleuchtung am nöthigsten. Im Laufe des Winters würden an dunklen Abenden wiederum Ermittlungen darüber angestellt werden, welche ferneren Stellen mit Gasbeleuchtung versehen werden müßten.

Herr Munte stimmt Herrn Wolff darin bei, daß man sich nicht so streng an das Princip halten müsse, welches bei 28 m Straßenlänge 6 Privatflammen fordere; es sei auch schon verschiedentlich davon abgewichen. Redner empfiehlt auch die Friedrichstraße, die sehr stark bebaut sei, zur Berücksichtigung.

Herr Wolff meint, daß man zur Ermittlung der der Beleuchtung bedürftigen Stellen den tiefen Winter nicht abzuwarten brauche; die Abende seien zu solchem Zwecke jetzt schon völlig dunkel genug. Um den vorliegenden Gefuchen zu entsprechen, müßten etwa 30 Laternen angebracht werden, die also jährlich 1800 M. Unterhaltung kosteten. Wenn nun auch diese Summe aus der Stadtcasse gedeckt werden müsse, so sei eine solche Ausgabe angesichts des wichtigen Zweckes und der gesteigerten Steuerkraft verhältnißmäßig unbedeutend. Er bitte, seinen Antrag anzunehmen; man prä-

judicire dadurch nach keiner Richtung hin. Es sei im Principe wünschenswerth, daß man die Straßen vor den Thoren endlich einmal mehr berücksichtige und sage »es werde mehr Licht!«

Herr Blasius glaubt, daß der Antrag des Herrn Wolff sehr wohl Berücksichtigung verdiene, schließt sich aber den Bedenken des Herrn Oberbürgermeister an, daß es gefährlich sei, einzelne Straßen herauszugreifen. Er stellt deshalb den Antrag: »den Stadtmagistrat zu ersuchen, möglichst bald eine nochmalige Revision der Straßenbeleuchtung vorzunehmen und der Stadtverordneten-Versammlung eine entsprechende Vorlage in Betreff der Verbesserung der Straßenbeleuchtung zugehen zu lassen.

Herr Rieke stimmt diesem sowie dem Antrage des Herrn Wolff zu, giebt auch zu erwägen, ob man nicht im Hinblick auf die günstigen Resultate des Gaswerks auf eine Ermäßigung des Gaspreises von 20  $\mathfrak{A}$  auf 16  $\mathfrak{A}$  pro cbm Bedacht nehmen wolle; man erziele hier immer noch einen weit höheren Ertrag von den Consumumenten als anderwärts.

Nachdem Herr Reuter noch hervorgehoben, daß bei der vor zwei Jahren stattgehabten Revision der Straßenbeleuchtung die Herstellung von mehr als zwei Laternen in der Petristraße als dringendes Bedürfnis nicht habe anerkannt werden können, und Herrn Rieke gegenüber bemerkt hat, daß bei Beurtheilung des Gaspreises auch die Beschaffenheit des Gases mit in Betracht gezogen werden müsse,

wird zur Abstimmung geschritten, wobei die commissionsseitig modificirten Magistratsanträge sowie die Anträge der Herren Wolff und Blasius zur Annahme gelangen.

X. In der Vermietung des früher Wollemann'schen, jetzt der Stadt gehörigen Hauses an der Ecke der Bertram- und Leonhardstraße treten zum 1. October einige Veränderungen ein, wozu die Versammlung die Zustimmung zu ertheilen hat.

Die betreffenden Miethcontracte, welche der Stadtmagistrat mittelst Schreibens vom 23. v. Mts. überreicht hat, werden auf Empfehlung des Referenten der Finanzcommission, Herrn Semler, genehmigt.

XI. wird nach einem von Herrn von Seckendorff namens der Finanzcommission erstatteten Berichte, dem bezüglichlichen Magistratschreiben vom 24. v. Mts. gemäß, beschloffen, sich mit dem Ankaufe von vierprocentigen Prioritätsobligationen der Mainz-Ludwigshafener Eisenbahn-Gesellschaft, und zwar:

- a. für die Stadtcasse nominell 60000  $\mathfrak{M}$ . zum Course von 100,70,
- b. für den Kreiscommunalfonds nominell 16800  $\mathfrak{M}$ . zu 100,70 und nominell 7200  $\mathfrak{M}$ . zu 100,75,

einverstanden zu erklären.



XII. Der Stadtmagistrat beabsichtigt, die zum Zwecke der Verbreiterung der kleinen Burg von der Stadt käuflich erworbenen Häuser *N* ass. 9 und 10 in der Kl. Burg bis zu deren frühestens zu Anfang April künft. Jahrs erfolgenden Niederlegung zu vermietthen und überreicht mittelst Schreibens vom 22. v. Mts. die dieserhalb abgeschlossenen Miethverträge zur Genehmigung.

Auf Befürwortung der Finanzcommission durch ihren Referenten, Herrn Reuter, wird die Genehmigung ausgesprochen.

Nachdem endlich

XIII. dem Ersuchen des Stadtmagistrats vom 2. v. Mts. gemäß die Versammlung sich damit einverstanden erklärt hat, daß dem Stadtsecretair Priesemann die Cassen- und Rechnungsführung bei dem Bau des Herzog-Wilhelm-Asyls übertragen werde,

erfolgt Schluß der öffentlichen Sitzung.

In vertraulicher Sitzung wird die Ersahwahl zweier Armenpfleger vorgenommen.

---

1883.

(Fortsetzung der Beilage zu № 229 de 1883  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

№ 12.

**Verhandlungen**  
der  
**Stadtverordneten zu Braunschweig.**  
Sitzung am 11. October 1883.

---

**Öffentlich:**

- I. Anfrage an den Stadtmagistrat, betreffend Erhöhung der Fahrpreise der Pferde-Eisenbahn während der landwirthschaftlichen Ausstellung.
- II. Vorlagen des Stadtmagistrats, betr.  
Verbesserung des Dienst Einkommens der Schulpedellen,
- III. Statutenentwurf wegen des Transports von Thieren,
- IV. Bewilligung der Kosten einer Bedürfnisanstalt,
- V. Anlage von 4, statt 3, Filtern beim Wasserwerke,
- VI. Ackerverpachtung der Seitens der Stadt gepachteten Herrschaftlichen Mahlmühle zu Eisenbüttel,
- VII. Wiederbelegung eines bei der Armencaße eingegangenen Capitals,
- VIII. Uebnahme einer von einem Privatunternehmer im Osten auf der sog. Glacisländerei hergestellten Straße Seitens der Stadt,
- IX. Straßenverzeichnis zum Ortsbaustatute,
- X. Vertheilung einer Festgabe an die Schüler und Schülerinnen der oberen Bürgergeschul-  
klassen zur Erinnerung an die Lutherfeier.

**Selbstständige Anträge, betr.**

- XI. Verdoppelung der Dampfkraft der Neustadtmühle,
- XII. Beseitigung der Wohnungsnoth in hiesiger Stadt,
- XIII. Statut wegen Transports von Thieren.

**Vertraulich:**

- 1) Ersgwahl eines Armenpflegers,
  - 2) Steuerreklamationen.
-

Entschuldigt die Herren Blasius, Hasenbalg, Hollmann, Jasper, Munte und Reiche. — Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Haake und Stadtrath Ketemeyer.

Es liegt eine Anfrage des Herrn Winter an den Stadtmagistrat vor, des Inhalts:

Hat die in der letzten Stadtverordneten-Sitzung verhandelte Vorlage, den Ankauf des Wendel'schen Hauses am Nickelnkufke betreffend, der Bau-commission, dem Stadtbauamte, vorgelegen, und, im Verneinungsfalle, warum nicht?

Die Anfrage wird, wie der Herr Magistratsreferent erklärt, in einer der nächsten Sitzungen beantwortet werden.

Ferner sind folgende Anträge des Herrn Rieke eingegangen:

- 1) den Stadtmagistrat zu ersuchen, die Dampfkraft in der Neustadtmühle zu verdoppeln;
- 2) den Stadtmagistrat zu ersuchen, baldmöglichst eine Vorlage darüber einzubringen, wie der jetzt herrschenden drückenden Wohnungsnoth, namentlich bezüglich der Wohnungen im Preise von 120 bis 180 *M.*, abzuhelpen sei.

Die Motivirung der Anträge wird dem Herrn Antragsteller nach Erledigung der Tagesordnung vorbehalten.

Die Protokolle 10 und 11 werden vom Herrn Vorsitzenden zur Genehmigung verstellt.

*N.* 10 wird ohne Weiteres genehmigt, wogegen *N.* 11 zu verschiedenen Ausstellungen Veranlassung giebt.

Herr Winter bemerkt, daß es in seinem Vortrage S. 171 Z. 2 v. u. statt »bistlang das Verbot nur auf die Zeit ausgedehnt habe« — »das Verbot nur auf die Zeit habe ausdehnen wollen« und S. 172 erste Reihe statt »erlaubt« — »erlauben wollen« heißen müsse.

Die Versammlung erkennt diese Ausstellungen als begründet an.

Ferner verweist Herr Winter auf den Passus im Referate des Herrn Semler über den Ankauf des Wendel'schen Hauses S. 178: »durch dessen Beseitigung sich eine angemessene Verbreiterung der Brücke zwischen dem Geiershagen und dem Nickelnkufke, sowie des Eingangs zu letztgedachter Straße erzielen läßt«; hierfür sei zu setzen »durch dessen Beseitigung sich eine angemessene Verbreiterung des Geiershagens erzielen läßt«.

Herr Rybiz, welcher als stellvertretender Vorsitzender in der betreffenden Sitzung den Vorsitz geführt und das Protokoll vor dem Druck geprüft hat, erklärt, daß ihm die beregte Stelle nicht als zu Mißdeutungen Anlaß gebend aufgefallen sei, und

Herr Semler bemerkt, daß er seinerseits an seinem Referate, wie es wieder gegeben sei, nichts auszusetzen habe. Es sei wohl selbstverständlich, daß wenn mit

der Canalisirung die Brücke fortzufallen, die Verbreiterung nicht mehr der jetzigen Brücke, sondern dem betr. Straßenzuge zu gute komme. Man werde aber den Passus im Protokolle immer dahin verstehen, daß es sich um eine Verbreiterung des betr. Durchganges überhaupt handele.

Schließlich bemerkt Herr Winter noch, daß S. 179 Z. 14 v. o. in dem Satze »eher empfehle sich noch, es sofort abzubrechen und den Bauplatz zu veräußern« hinter »Bauplatz« die Worte ausgelassen seien »abzüglich des zur Straßenverbreiterung nöthigen Terrains«.

Auch hier bemerkt Herr Rybiz, daß die vorliegende Fassung zu Mißverständnissen wohl nicht führen könne, indem beim Verkaufe des Bauplatzes die Berücksichtigung der Straßenverbreiterung als selbstverständlich hingestellt werden könne.

Nachdem sodann noch von betreffender Seite darauf aufmerksam gemacht war, daß es S. 178 Z. 9 v. o. statt »Herrn Sievers« — »Herrn von Seckendorff« und S. 179 Z. 4 v. u. statt »Vorrechners« — »Referenten« heißen muß, was beides als richtig anerkannt wird, wird auch dieses Protokoll genehmigt.

Der Herr Vorsichtige macht hierauf Mittheilung von einem an den Stadtmagistrat gerichteten, der Versammlung in Abschrift zugegangenen Gesuche der Knochenhauerinnung, in welchem dieselbe bittet, in dem Statute, betreffend den Transport von Thieren innerhalb des hiesigen Stadtgebietes, eine Aenderung dahin zu treffen, daß es den Schlachtern gestattet bleibe, unter den vorgeschriebenen Vorsichtsmaßregeln im Stadtgebiete außerhalb der Umfluthgräben Großvieh nach wie vor treiben zu dürfen und bis zur Erbauung der Maschbrücke und Herstellung des betreffenden Theils der Ringstraße dasjenige Großvieh, welches vom Wilhelmi-, Hohe- und Petrithore nach dem Schlachthause transportirt werden soll, auf näher zu bestimmenden Wegen durch das innere Stadtgebiet führen zu dürfen.

Ferner theilt der Herr Vorsichtige noch mit, daß die aus den Herren Oberbürgermeister Pockels, dem stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Rybiz und ihm selbst bestehende Deputation der städtischen Behörden sich am Sonnabend, den 29. September, zum Herrn Staatsminister Schulz begeben und demselben den Beschluß der städtischen Behörden, wodurch ihm das Ehrenbürgerrecht verliehen, mitgetheilt habe. Nach einer Ansprache des Herrn Oberbürgermeisters habe der Herr Staatsminister in warm empfundenen Worten seinen Dank für diese Verleihung ausgesprochen und gebeten, denselben auch zur Kenntniß der Stadtverordnetenversammlung zu bringen. Herr Staatsminister Schulz habe, nachdem er seiner langjährigen Thätigkeit im Ministerium und insbesondere der Beziehungen zu der, der Aufsicht des Herzoglichen Staatsministeriums unmittelbar unterstellten Stadtverwaltung Braunschweigs gedacht, hinzugefügt, daß er die Geschichte der Stadt Braunschweig stets mit warmem Interesse verfolgt habe und dies Interesse auch ferner bewahren werde. Er habe daran den Wunsch geknüpft, daß es den städtischen Behörden gelingen möge, wie bisher die

Aufgaben, welche dem städtischen Gemeinwesen erwachsen und in der Gegenwart Schwierigkeiten so ernster Natur bereiteten, auch fernerhin zum Heile der Stadt zu lösen.

Die Versammlung geht nunmehr zur Tagesordnung über.

I. motivirt Herr Günther seine in der Sitzung am 28. Juni c. eingebrachte Anfrage an den Stadtmagistrat:

Hat der Stadtmagistrat seine Zustimmung ertheilt zur theilweisen Eiskirung des vertragsmäßigen Betriebes und der Erhöhung des Tarifs der Pferde-Eisenbahn während der Ausstellungstage? Falls diese Zustimmung ertheilt ist, welches waren die Gründe, die den Magistrat hierzu veranlassen?

Durch die Einstellung des Betriebes auf einigen Strecken während der Dauer der landwirthschaftlichen Ausstellung seien verschiedene Abonnnenten in ungerechter Weise benachtheiligt worden. Wenn man nun auch über diesen Umstand hinwegsehen wolle, indem man anerkennen müsse, daß die Pferdebahn-Direction darauf bedacht gewesen sei, einen möglichst starken Verkehr nach dem Ausstellungsplatze zu bewirken, so lasse sich doch nicht billigen, daß zu jener Zeit die Fahrpreise erhöht worden seien. Die Dienstmänner und Droschkenhalter hätten ihre Tarife innehalten müssen und es sei deshalb ungerecht, der Pferdebahn die Erhöhung der Fahrpreise zu gestatten; man sei denn auch allgemein in der Stadt der Ansicht, daß der Magistrat in dieser Beziehung zu weit gegangen sei und einem derartigen Vorgehen nicht hätte stattgeben dürfen.

Herr Bürgermeister Rittmeyer verliest darauf folgende Antwort des Stadtmagistrats:

1) die theilweise Eiskirung des vertragsmäßigen Betriebes betr.:

In Erwägung,

daß die landwirthschaftliche Ausstellung bei günstigem Wetter von vielen Tausenden von hiesigen Einwohnern und Fremden besucht werden würde, zu der Beförderung derselben mittelst der Pferdebahn die planmäßigen Fahrten — von 10 zu 10 Minuten mit einem Wagen — aber nicht entfernt ausgereicht haben würden,

vielmehr die von der Pferdebahn-Gesellschaft beabsichtigte Betriebsverstärkung — von 5 zu 5 Minuten mit 2 Wagen — im Interesse der Gesamtbevölkerung der Stadt und der Fremden dringend wünschenswerth erschien,

eine solche Betriebsverstärkung aber nach der Erklärung der Direction der Pferdebahn-Gesellschaft sich nur bei zeitweiliger Einstellung des planmäßigen Betriebes auf minder wichtigen Bahnstrecken ermöglichen ließ,

in Erwägung ferner,

daß außergewöhnliche Umstände auch außergewöhnliche Maßregeln rechtfertigen und daß in solchen Fällen das Interesse Einzelner dem Interesse der Gesamtbevölkerung nachstehen müsse,

hat der Stadt-Magistrat im Einverständnisse mit Herzogl. Polizeidirection auf Grund des §. 10 des mit der Pferdebahn-Ges. abgeschlossenen Vertrages die Einstellung des planmäßigen Betriebes auf den Pferdebahnstrecken Steinthor — Hohethor und Bahnhof — Louisenstraße während der Ausstellungstages (22—26. Juni d. J.) genehmigt.

2) Die Erhöhung des Fahrpreises betr.:

In Erwägung,

daß durch die Einrichtung des vorgedachten außerordentlichen Betriebes, insbesondere durch die Anschaffung von Pferden über den gewöhnlichen Bestand, die zeitweilige Verstärkung des Fahrpersonals (Kutscher und Conducteure) sowie durch die nothwendige Anlage dreier Weichen auf der Strecke Bahnhof—Richmond der Pferdebahn-Gesellschaft sehr erhebliche außerordentliche Kosten erwachsen würden,

daß es aber der Billigkeit entspricht, der Pferdebahn-Gesellschaft einen Ersatz für die aufzuwendenden Kosten zu ermöglichen,

in Erwägung ferner,

daß auch an anderen Orten z. B. Nürnberg, Halle, Bremen u. bei außerordentlichen Leistungen der Pferdebahn-Gesellschaften eine zeitweilige Erhöhung der Fahrpreise stattzufinden pflegt,

und daß die beantragte Erhöhung des Fahrpreises von 10 A für die Strecke — Kohlmarkt—Richmond — und von 50 % für die Zeit nach 10 Uhr Abends — eine verhältnißmäßig geringe ist,

hat der Stadt-Magistrat im Einverständnisse mit Herzogl. Polizeidirection auf Grund des §. 10 des mit der Pferdebahn-Gesellschaft abgeschlossenen Vertrages die genannte Erhöhung des Fahrpreises während der Ausstellung genehmigt.

Es folgt in der Berathung

II. die Magistratsvorlage vom 17. v. Mts., betreffend die Verbesserung des Dienst-einkommens der Schulpedellen, worüber namens der Statutencommission Herr Lüderßen berichtet.

Der Schulvorstand der Bürgerschulen hat beim Stadtmagistrate darauf angetragen, das Gehalt der Schulpedellen, welche bislang eine Jahreseinnahme von 780 M. neben freier Wohnung und Heizung bezogen haben, in der Weise aufzubessern, daß dieselben bis zur Erreichung des Maximalgehalts von 900 M. von 5 zu 5 Jahren

eine Gehaltszulage von 60 *M.* erhalten, wobei den gegenwärtig im Amte befindlichen Bedellen die seither zurückgelegte Dienstzeit anzurechnen sein würde. Der Stadtmagistrat ist mit diesem Vorschlage einverstanden und ersucht die Versammlung, demselben gleichfalls beizutreten, auch zu genehmigen, daß nach Maßgabe dieses Vorschlags vom 1. Januar f. J. an verfahren werde.

Die Commission giebt in Rücksicht auf die Gehaltsverhältnisse der Bedellen bei den Staatsschulen sowie anderer städtischer Beamter anheim, dem Ersuchen des Stadtmagistrats zu entsprechen.

Dhne Weiteres geschieht dieses.

III. Der Stadtmagistrat theilt unterm 8. v. Mts. mit, daß Herzogliches Staatsministerium gegen das von den städtischen Behörden im Einverständnisse mit Herzoglicher Polizei-Direction beschlossene Statut, den Transport von Thieren innerhalb des Stadtgebiets Braunschweig betreffend, einige Bedenken erhoben hat. Dieselben, mehr formeller Natur, werden zum größten Theil vom Magistrat als begründet anerkannt; er schlägt deshalb für die betreffenden Stellen eine anderweite Fassung vor. Bezüglich eines Punktes glaubt jedoch der Magistrat die bereits beschlossene Fassung dem Herzoglichen Staatsministerium wiederholt empfehlen zu sollen.

Die Statutencommission, namens welcher Herr Reuter referirt, hat die Vorschläge geprüft, und giebt deren Annahme mit einer Modification anheim.

Zur Debatte giebt nur ein Punkt Veranlassung. Herzogliches Staatsministerium hat nämlich den Ausdruck »gehörig gefesselt« beanstandet und der Magistrat glaubt hierfür keinen passenderen Ausdruck an die Stelle setzen zu können, welcher Ansicht die Commission beitrifft. In der Versammlung werden nun verschiedene Vorschläge laut, keiner findet jedoch durchgängige Billigung. Schließlich wird auf Anregung des Herrn Vorsitzenden beschlossen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, bezüglich des Ausdrucks »gehörig gefesselt« zum Ermessen des Herzoglichen Staatsministeriums zu verstellen, welches dem Sinne nach verwandte Wort an dessen Stelle gesetzt werden soll, event. den Ausdruck »genügend gefesselt« vorzuschlagen.

Im Uebrigen werden die Magistratspropositionen mit der commissionsseitig vorgeschlagenen Aenderung (wie sie im Schreiben der Versammlung an den Stadtmagistrat vom heutigen Tage speciell aufgeführt sind) gebilligt.

Wegen eines von Herrn Wolff gestellten selbstständigen Antrags, welcher sich auf die eingangs erwähnte Eingabe der hiesigen Schlachterinnung bezieht, s. den Schluß des Protokollcs.

IV. Mittelft Schreibens vom 20. v. Mts, ersucht der Stadtmagistrat, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß die an der Nordseite der St. Ulrichi-Kirche befindliche, abgängig gewordene Bedürfnisanstalt durch eine zweifelhafte, von der Direction

der städtischen Gas- und Wasserwerke vor einigen Jahren angeschaffte aber noch nicht zur Verwendung gekommene Bedürfnisanstalt ersetzt werde, auch die dazu erforderlichen Kosten im Berrage von 375 *M.* aus dem Dispositionsfonds zu verwilligen.

Die Finanzcommission giebt durch ihren Referenten, Herrn von Seckendorff, die Genehmigung des Magistratsantrags anheim.

Herr Ramdohr kann die Absicht des Stadtmagistrats, die Bedürfnisanstalt wieder an der bisherigen Stelle, unmittelbar neben der Kirche errichten zu lassen, nicht billigen; er möchte nicht, daß man aufs Neue wieder vorgehe, die Kirchen in dieser Weise zu verunzieren. Es empfehle sich wohl mehr, an dem Plage westlich der Brüdern-Kirche in der Verlängerung der Schützenstraße eine Bedürfnisanstalt nach neuer Construction zu errichten.

Herr Oberbürgermeister Pockels hält es nicht für zweckmäßig, auf diesem Plage ein Pissoir anzulegen, weil derselbe der einzige Spielplatz für die Kinder der in dortiger Gegend befindlichen engen Straßen sei.

Nachdem sich noch Herr Wille für den Magistratsantrag ausgesprochen hat, wird derselbe genehmigt.

V. berichtet Herr von Seckendorff namens der Finanzcommission über ein Magistratschreiben vom 20. v. Mts. betreffend die Anlegung von 4, statt 3, Filtern beim städtischen Wasserwerke.

Bei Projectirung der gegenwärtig in Ausführung begriffenen Erweiterung und Verbesserung des Wasserwerks war die Herrichtung von vorläufig 3 Filtern vorgesehen. Die Wasserwerksbau-Deputation hat nun die sofortige Anlegung eines 4. Filters aus Zweckmäßigkeitsgründen beantragt. Während die ersten 3 Filter je 82 300 *M.* kosten, berechnen sich die Kosten des 4. Filters bei gleichzeitiger Ausführung mit dem 3. auf 75 000 *M.* Der Magistrat schließt sich dem Antrage der Deputation an und giebt anheim, die sofortige Anlage eines 4. Filters zu beschließen und die dazu nöthigen Mittel zu verwilligen. Eine Entschließung über die Deckung der Kosten glaubt der Magistrat bis dahin aussetzen zu sollen, daß der wirkliche Gesamtaufwand für die Erweiterung des Wasserwerks feststeht.

Die Commission beantragt die Genehmigung der Magistratsanträge.

Herr Kieße ist an sich nicht gegen die Vorlage, bezeichnet es aber bei dieser Gelegenheit als wünschenswerth, daß dem Obergeringieur Mitgau bei Ausführung der Erweiterung des Wasserwerks noch eine tüchtige Kraft beigegeben werde. Er zweifle durchaus nicht an der Tüchtigkeit dieses Herrn, es werde demselben aber eine übermäßig große Last erwachsen. Auch liege die Befürchtung wohl nicht ganz fern, daß es einem Manne allein nicht gelingen werde, die Herstellung der Anlagen in einer dem verfolgten Zwecke in jeder Beziehung entsprechenden Weise zu leiten.

Die Magistratsanträge werden darauf angenommen.



VI. beschließt die Versammlung auf einen von Herrn Semler für die Finanzcommission erstatteten Bericht, dem bezüglich des Magistratschreiben vom 18. v. Mts. entsprechend, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß und zwar für Rechnung des städtischen Wasserwerks:

- 1) die diesseitige Pacht der Herrschaftlichen Mahlmühle bei Eisenbüttel bis Ende März 1884 unter den seitherigen Bedingungen prolongirt,
- 2) die dazu gehörige Scheune an den Gärtner Brandes auf das Jahr vom 1. October 1883/4 für 200 *M.* verpachtet werde,
- 3) die übrigen Zubehörungen der Mühle dagegen für die Zeit vom 1. October 1883 bis 1. April 1884 an den Mühlengehülsen Wollschläger für 600 *M.* verpachtet werden.

VII. wird nach einem ferner von Herrn Semler für die Finanzcommission erstatteten Berichte, einem Magistratschreiben vom 25. v. Mts. gemäß beschlossen, sich mit der Wiederbelegung des durch Auslösung einer Landesschuldverschreibung bei der Armencaße verfügbar gewordenen Capitals von 3000 *M.* durch Ankauf von 3000 *M.* vierprocentiger Preussischer consolidirter Staatsanleihe zum Course von 101,80 einverstanden zu erklären.

VIII. Im Mai d. J. beantragte der Stadtmagistrat die Uebernahme der von dem Bauunternehmer Reune auf der vormalig Bierbaum'schen Glacisländerei angelegten Straße als städtische Straße. Die Entscheidung über diesen Antrag wurde indeß ausgesetzt, weil die Straße noch nicht fertig war und eine nähere Auskunft über die anschlagsmäßige Ausführung derselben noch nicht ertheilt werden konnte. Der Magistrat giebt nun in seinem Schreiben vom 20. v. Mts. Auskunft darüber, daß und in welcher Weise die Mittel für Herstellung der gedachten Straße, an welcher die größeren Bauten nunmehr zu Ende geführt sind, gesichert sind und ersucht die Versammlung, sich mit der sofortigen Uebernahme der fraglichen Straße einverstanden zu erklären —

ein Ersuchen, welchem auf Befürwortung der Commission durch ihren Referenten, Herrn Reuter, ohne Weiteres entsprochen wird.

IX. folgt, von Herrn Heymann erstattet, der Bericht der Statutencommission über die Magistratsvorlage vom 1. d. Mts., das Straßenverzeichnis zum Ortsbaustatut betreffend.

Der Herr Vorsitzende überläßt hier den Vorsitz seinem Stellvertreter, Herrn Rybiß, um sich event. an der Debatte theilnehmen zu können.

Nachdem Herzogliches Staatsministerium mittelst Rescripts vom 17. Juli c. *Nr.* 4808 das von den städtischen Behörden beschlossene Ortsbaustatut für die Stadt

Braunschweig genehmigt hat, ist den Bestimmungen des Statuts gemäß ein Verzeichniß derjenigen zur Zeit vorhandenen Wege und Plätze mit dem Statute zu publiciren, auf welche die Bestimmungen der §§. 7 bis 12 dieses Statuts sofort Anwendung finden sollen. Der Versammlung ist ein derartiges vom Stadtbauamte ausgearbeitetes Verzeichniß zur Genehmigung vorgelegt. Die §§. 7 bis 12 enthalten Bestimmungen theils über die Herstellung der städtischen Straßen und Plätze, theils über Tragung der Kosten derselben und die Beitragspflicht der Eigenthümer der angrenzenden Grundstücke.

Nach den in §. 8 angenommenen Grundsätzen sind in das Verzeichniß aufgenommen:

- 1) diejenigen innerhalb der Umfluthgräben vorhandenen Straßen, Plätze und Promenaden, welche auf Kosten der Stadt hergestellt oder von derselben übernommen sind und deren Unterhaltungskosten von der Stadt, bezw. den Anliegern zu tragen sein werden.
- 2) alle bereits vorhandenen und auf Kosten der Stadt angelegten Communalwege außerhalb der Umfluthgräben, so weit sie im Ortsbauplan liegen,
- 3) diejenigen Interessentenwege, welche schon jetzt thatsächlich den Character von Ortsstraßen haben, als solche in dem Ortsbauplan vorgesehen sind, und deren sofortige Instandsetzung im Interesse des öffentlichen Verkehrs dringend wünschenswerth erscheint.

Ueber den Ausbau fernerer Interessentenwege sowie der in den Ortsbauplan aufgenommenen neuen Straßen entscheiden im einzelnen Falle die städtischen Behörden. Nach erfolgter Beschlußfassung, welche in den Braunschweigischen Anzeigen bekannt zu machen, treten dieselben in Zukunft als Ortsstraßen den in dem hier fraglichen Verzeichnisse genannten Straßen künftig mit gleichem rechtlichen Character hinzu.

Referent verbreitet sich in einem längeren, ausführlichen Vortrage über die Grundzüge der statutenmäßigen Beitragspflicht des Staats, der Stadt und der Anlieger zu den Kosten der Herstellung und Instandhaltung der verschiedenen Straßencategorien, bemerkt, daß es sich für jetzt nur darum handle, eine Grundlage zu gewinnen, und der heutige Beschluß insofern nicht den Character eines Definitivums haben werde, als Nachträge und Ergänzungen zu dem Verzeichnisse jeden Augenblick durch Beschluß der städtischen Behörden herbeigeführt werden könnten, geht sodann auf die Principien näher ein, welche den Magistrat bei Aufstellung des Verzeichnisses geleitet haben, und giebt schließlich namens der Commission anheim, das mehrgedachte Verzeichniß mit einigen vom Stadtmagistrate bereits gutgeheißenen, sachlichen und redactionellen Aenderungen (wie sie aus dem heutigen Schreiben der Versammlung an den Stadtmagistrat ersichtlich) zu genehmigen.

Im Verlaufe der sich hier anknüpfenden Debatte, an welcher die Herren Wille, Winter, Lüderßen, Otto, Sievers, Rieß, Rieke und Reuter, sowie Herr

Bürgermeister Rittmeyer Theil nehmen, werden zwei Anträge eingebracht: der eine von Herrn Wille, die Bergfeld- und die Kramerstraße in das Verzeichniß mit aufzunehmen; der andere von Herrn Sievers, die Leonhardstraße statt, wie geschehen, bis zur Ringstraße, bis zur Helmstedterstraße aufzunehmen. Nach einigen sachlichen Aufklärungen seitens der Herren Otto und Bürgermeister Rittmeyer zieht Herr Sievers indeß seinen Antrag zurück, wogegen der Antrag des Herrn Wille von dem Herrn stellvertretenden Vorsitzenden, welcher darauf hinweist, daß der Antrag als selbstständiger zu behandeln, an die Statuten-Commission zur Vorprüfung verwiesen wird.

Danach wird das gedachte Straßenverzeichnis mit einigen commissionsseitig empfohlenen Aenderungen genehmigt.

Nachdem der Herr Vorsitzende den Vorsitz wieder übernommen hat,

X. berichtet Herr Schwarzenberg für die Schulcommission, daß der Stadtmagistrat mittelst Schreibens vom 28. v. Mts. die Versammlung auf Anregung des Bürgerschulvorstandes ersucht habe, sich damit einverstanden zu erklären, daß den Schülern und Schülerinnen der ersten Klassen der Bürgerschulen zur Erinnerung an die bevorstehende Feier des Tages, an welchem 400 Jahre seit Dr. Martin Luther's Geburt vergangen, das Buch »Bilder aus Dr. Martin Luther's Leben« von Frommel, als Festgabe der Stadt überreicht werde, und zu diesem Zwecke 350 M. aus der Bürgerschulcasse zu bewilligen.

Die Commission empfiehlt den Magistratsantrag zur Annahme.

Auf einen von Herrn Winter eingebrachten Antrag, welchen Herr Oberbürgermeister Vockels namens des Stadtmagistrats willkommen heißt, wird indeß, unter Bewilligung der erforderlichen Mittel, beschlossen, das gedachte Buch an die Schüler und Schülerinnen der beiden oberen Klassen der Bürgerschulen vertheilen zu lassen, nachdem Herr Günther sich gegen eine Geldverwilligung zu beregtem Zwecke überhaupt erklärt hat.

XI. nimmt Herr Rieke das Wort zur Motivirung seines Antrags, die Verdoppelung der Dampfkraft der Neustadtmühle betreffend.

Als die Neustadtmühle gebaut wurde, habe die Stadt etwa 45000 Einwohner gehabt, jetzt habe sie fast 80000. Hieraus gehe schon hervor, daß die Einrichtungen der Mühle nicht mehr genügten, was sich besonders im vergangenen Sommer fühlbar gemacht habe. Es sei deshalb die Anlegung noch eines zweiten Kessels und entsprechende Vermehrung der Gänge durchaus nothwendig. Von hiesigen Mehlhändlern seien ihm Klagen zu Ohren gekommen, daß die Neustadtmühle ihre Aufträge nicht mehr bewältigen könne und an auswärtige Mühlen wendeten sich die Leute nicht gern, weil diese für eine gute Arbeit nicht in dem Maße Garantie böten, wie die Neustadt-

mühle. Gegenwärtig liege die Mühle von einem bis zum andern Ende voll und die Leute müßten nicht nur Wochen, nein Monate lang auf ihr Mehl warten. Eine Erweiterung des Gebäudes selbst werde wohl nicht nöthig sein; wenn Einrichtung getroffen werde, daß die Dampfkraft noch mehr Gänge treibe, dann würde dem Uebelstande abgeholfen sein.

Der Antrag, genügend unterstützt, wird der Finanzcommission überwiesen.

Ferner

XII. begründet Herr Rieße seinen Eingangs erwähnten Antrag, die Beseitigung der Wohnungsnoth in hiesiger Stadt betreffend.

Beim letzten Wohnungswechsel am 1. October habe sich wiederum gezeigt, daß die Wohnungsnoth in Braunschweig zur brennenden Frage geworden sei: etwa 100 Menschen hätten keine Wohnung bekommen können. Durch die seitens der Eisenbahn-Gesellschaft beabsichtigte Erbauung von Häusern mit geringwerthigen Wohnungen würde wenig Abhilfe geschaffen werden, weil die Wohnungen in eine nicht grade günstige Gegend zu liegen kommen würden. Außerdem liege diese Angelegenheit noch in weiter Ferne. Und die Leute ohne Wohnung in Baracken unterzubringen, sei aus mehr als einem Grunde verwerflich. Es wäre zu wünschen, daß der Magistrat die Sache in die Hand nähme und zunächst etwa 50 Wohnungen erbauen liesse, vielleicht im Hagenbruche, wo noch verhältnißmäßig billiger Baugrund zu haben sei. Würde man Bauunternehmer damit beauftragen, so wollten die selbstverständlich auch erst ihren Gewinn ziehen, es sei deshalb das Beste, wenn der Magistrat selbst die Sache betriebe. Die Wohnungen brauchten nicht luxuriös, sondern nur gesund und mit den nöthigen Räumlichkeiten versehen zu sein. Dann würde dem Uebelstande auf einige Zeit abgeholfen sein und der Polizei die nicht unerhebliche Mühe erspart werden, bei jedem Wohnungswechsel für die Unterkunft obdachloser Leute sorgen zu müssen. Es fehle hauptsächlich an Wohnungen im Preise von 120 *M.* bis 180 *M.* Wenn man zu solchem Zwecke die 6 Millionen Anleihe benutze, handle man sicherlich im allgemeinen Interesse und zwar in weit höherem Maße, als wenn man hundertausend freiwillige für Straßenanlagen wie den Durchbruch vom Bankplatze nach dem Altstadtmarkte und Verbreiterung der *Al. Burg.*

Mit ausreichender Unterstützung versehen, wird der Antrag der Statutencommission überwiesen.

Schließlich

XIII. bringt Herr Wolff noch den Antrag ein:

»Die Versammlung wolle beschließen, mit Rücksicht auf die in der Eingabe der Knochenhauer-Innung enthaltenen wichtigen Gesichtspunkte an den Stadtmagistrat das Ersuchen zu richten, vor Wiedereinreichung des

Statuts, den Transport von Thieren durch das Stadtgebiet betr., an Herzogliches Staatsministerium, das gedachte Gesuch einer Prüfung zu unterwerfen und von dem darauf hin gefaßten Beschlusse der Stadtverordneten-Versammlung Kenntniß zu geben.«

Bei der ersten Berathung des Statuts, fügt Antragsteller motivirend hinzu, habe sich gezeigt, daß es der Versammlung zur Beurtheilung einiger Punkte an der nöthigen Sachkenntniß gefehlt habe. Es sei deshalb wünschenswerth, daß die von Sachverständigen entwickelten neuen Gesichtspunkte, welche das Gesuch der Knochenhauer-Innung enthalten, eine möglichst sorgfältige Prüfung und event. Beachtung fänden.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt namens des Stadtmagistrats, daß das fragliche Gesuch, welches erst heute Mittag beim Magistrate eingegangen, ihm dem Inhalte nach also noch unbekannt sei, vor Wiedereinreichung des gedachten Statuts an Herzogliches Staatsministerium sorgfältig geprüft, und dem Stadtverordnetencollegium von dem Beschlusse des Magistrats Mittheilung gemacht werden solle, worauf Herr Wolff seinen Antrag zurückzieht.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

In darauf folgender vertraulicher Sitzung wird die Ersatzwahl eines Armenpflegers vorgenommen, danach werden Steuerreklamationen erledigt.

---

1883.

(Fortsetzung der Beilage zu № 271 de 1883  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

№ 13.

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 25. October 1883.

Öffentlich:

Vorlagen des Stadtmagistrats, betreffend:

- I. Ankauf von Länderei des Klostersguts Riddagshausen zur Anlage eines Central-Friedhofs,
- II. einstweilige Pensionirung eines städtischen Unterbeamten,
- III. Baustatut.

Interpellation des Herrn Winter, betreffend:

- IV. den Ankauf des Wendel'schen Hauses am Rickelnkufke.

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

Vertraulich:

Steuerreclamationen.

Entschuldigt die Herren du Roi, Kybik, Lüderßen, Munte und Wülke. — Am Magistratsstische Herr Overbürgermeister Vockels, Herr Bürgermeister Rittmeyer und die Herrn Stadträthe Götte, Haake, Ketemeyer und Grote.

Nachdem der Herr Vorsitzende mitgetheilt hat, daß für die Mitglieder der Versammlung der 7. Jahresbericht der Herberge zur Heimath pro 1. Juli 1882/3 in einer genügenden Anzahl von Exemplaren, welche er vertheilen lasse, eingegangen sei,

I. nimmt Herr Wolff das Wort, um namens der Finanzcommission über die den Mitgliedern der Versammlung unlängst vervielfältigt übersandte Vorlage des Stadtmagistrats vom 8. d. Mts., den Ankauf von Länderei des Klosterguts Riddagshausen zur Anlage eines Centralfriedhofs betreffend, zu berichten.

Der von den städtischen Behörden in Aussicht genommene Plan, nach welchem für die Kirchengemeinden zu St. Catharinen und St. Andreas ein combinirter Friedhof auf der Hube vor dem Wendenthore, und ein gemeinsamer Begräbnisplatz für die Kirchengemeinden zu St. Martini, St. Michaelis, St. Ulrici und St. Petri am Broikemer Wege vor dem Hohenthore angelegt werden sollte, hat aus zwei wesentlichen Gründen aufgegeben werden müssen: erstens sind die Bodenverhältnisse vor dem Hohenthore dem Zwecke ungünstig befunden, zweitens hat sich herausgestellt, daß auch der Friedhof der St. Magni-Gemeinde schon in einigen Jahren angefüllt sein wird. Der Stadtmagistrat war hiernach auf den ursprünglichen Plan, die sämmtlichen sieben Stadtkirchhöfe zu vereinigen, zurückgekommen und hatte wiederum das Terrain auf der Hube in Aussicht nehmen zu müssen geglaubt. Nachdem jedoch neuerdings aus kirchlichen Kreisen der Wunsch sich kund gegeben hatte, die geplante Einrichtung eines Centralfriedhofes auf der neben der Helmsieder Straße östlich vom Streitberge am Franzosenberge und auf der Moorbreite belegenen Länderei des Klosterguts Riddagshausen ausgeführt zu sehen, und nachdem der Magistrat sich überzeugt hatte, daß jene Länderei nach Lage, Ausdehnung und Bodenbeschaffenheit zur Anlage eines Centralfriedhofs vorzüglich geeignet sei, hat er den sieben Stadtkirchengemeinden den Vorschlag einer dortigen Centralisirung des Friedhofswesens gemacht. Die Kirchengemeinden haben diesem Plane zugestimmt.

Nach einer Berechnung der städtischen Bauverwaltung würden, da auf 25 a 1200 Leichen beigesetzt werden können, bei Annahme einer Bevölkerung von 100 000 Seelen und einer Sterblichkeitsziffer von durchschnittlich jährlich  $2\frac{1}{2}\%$ , für einen 30 Jahre umfassenden Betrieb 18 ha erforderlich sein. Der Stadtmagistrat ist mit Herzoglicher Cammer, Direction der Domänen, wegen Erwerbs dieser Fläche an gedachter Stelle in Unterhandlung getreten. Die gedachte Behörde hat sich denn auch bereit erklärt, den Verkauf zunächst von 4 ha, demnächst auch der ferner gewünschten 14 ha beim Herzoglichen Staatsministerium zu befürworten, wenn die Stadt bereit sei, einen Kaufpreis von 1800 M. pro  $\frac{1}{4}$  ha zu zahlen und außerdem an den Pächter des Klosterguts eine von demselben beanspruchte Geldentschädigung von 18 M. pro  $\frac{1}{4}$  ha und Jahr während der Dauer seiner Pachtzeit, d. i. bis zum 19. Juli 1900, zu entrichten.

Der Magistrat hofft nun zwar, durch geeignete Vorstellung noch eine Ermäßigung dieser den wirklichen Werth der gedachten Länderei übersteigenden Preisforderung erreichen zu können — nöthigenfalls würde er das Recht auf Zwangsenteignung des erforderlichen Areals für sich zu erlangen suchen — sollten aber keine günstigeren

Resultate zu erzielen sein, so würde die Stadt in ihrer Nothlage nicht umhin können, die geforderten Kauf- und Entschädigungsgelder zu zahlen; auch dann würden die Opfer noch nicht größer sein, als sie an anderen Stellen, an der Hube oder am Broihemer Wege, zu bringen sein würden.

Der Stadtmagistrat beantragt nun, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß die Stadtgemeinde von den zum Klosterzuge Kibbaggshausen gehörigen Aedern Franzosenberg und Moorbreite die auf dem vorgelegten (vom Referenten in Circulation gesetzten) Situationspläne näher bezeichnete Fläche zu 4 ha, imgleichen eine fernere, bestimmte Fläche zu 14 ha zum Maximalpreise von 1800 *M.* pro  $\frac{1}{4}$  ha und unter Zubilligung der von dem zeitigen Pächter des Klosterzuges für die Zeit bis zum 19. Juli 1900 geforderten Geldentschädigung von 18 *M.* pro  $\frac{1}{4}$  ha und Jahr zu dem Zwecke erwerbe, um diese Flächen nach deren Einrichtung zu einem Friedhofe den verbundenen Kirchengemeinden je nach Bedürfniß als Begräbnißplatz unentgeltlich einzuräumen.

Die Commission empfiehlt, den Magistratsantrag pure anzunehmen.

Herr Hasenbalg steht der Vorlage durchaus sympathisch gegenüber, es scheint ihm aber die von der städtischen Bauverwaltung aufgestellte Berechnung nicht völlig richtig zu sein. Selbst bei Annahme von 100 000 Seelen würden nach den übrigen Factoren nicht 18 sondern nur 15,6 ha erforderlich sein. Ferner hält Redner für vortheilhaft, wenn vorerst auf den Erwerb eines für 17 Jahre ausreichenden Terrains und erst dann auf den Erwerb des noch fehlenden Areals Bedacht genommen wird.

Auch Herr Reuter bezweifelt die Richtigkeit der von der städtischen Bauverwaltung aufgestellten Berechnung, namentlich scheint ihm (wofür er sich auf von ihm vorgetragenes, statistisches Material beruft) die Seelenzahl in Rücksicht auf das muthmaßliche Wachsen der Stadt nicht genügend hoch angenommen zu sein. Braunschweig werde nach 30 Jahren eine weit größere Seelenzahl haben. Nach seiner Berechnung sei es wünschenswerth, daß die Stadt sich ein noch größeres Terrain, als beabsichtigt werde, sichere, man würde sich sonst in 30 Jahren wieder in derselben Nothlage befinden. Mit dem Ankauf von weiterem Terrain, als zunächst erforderlich, möge man aber aus finanziellen Gründen solange warten, bis die Pachtperiode des Oberamtmanns Mehrkorn abgelaufen sei.

Referent führt aus, daß die von der städtischen Bauverwaltung herausgerechnete Fläche von 18 ha doch wohl zutreffend sei, wenn man berücksichtige, daß auch zur Anlegung von Wegen und zur Errichtung von Baulichkeiten, wie einer Leichenhalle, sowie zu sonstigen Anlagen das nöthige Terrain reservirt werden müsse. Auf der anderen Seite brauche man auch nicht zu befürchten, daß eine Fläche von 18 ha nicht ausreichen würde, da verschiedene Friedhöfe noch für die nächsten Jahre benutzt werden könnten.



Auf eine Anfrage des Herrn Blasius, wie es mit der Bodenbeschaffenheit des zu erwerbenden Terrains stehe,

bemerkt Referent, daß dieselbe nichts zu wünschen übrig lasse; die ausgesuchte Stelle sei frei von Wasser und Morast und bestehe aus schönem Sandboden.

Herr Oberbürgermeister Pockels bestätigt diese Angabe, dabei die Bodenverhältnisse noch näher beschreibend, und bemerkt sodann bezüglich der Berechnung der städtischen Bauverwaltung, daß man bei derselben schon jetzt eine Seelenzahl von 100 000 zu Grunde gelegt habe, weil dieser Friedhof nicht für einen Zeitraum von 30 Jahren, sondern nach menschlicher Voraussicht auf lange Zeiten angelegt werden solle, so daß nach 30 Jahren wieder von vorn zu beerdigen angefangen werden könne. Von dem Vorschlage des Herrn Hasenbalg, sich vorab auf den partiellen Ankauf der in Frage stehenden Länderei zu beschränken, rath Redner dringend ab, weil man der Herzoglichen Landesregierung nicht zumuthen könne, die gesammte Länderei stets und unter allen Umständen zur Verfügung der Stadt zu halten, man also, vielleicht beim Eintreten veränderter Verhältnisse, befürchten müsse, daß das Land anderweit veräußert würde und alsdann die nächsten Aufwendungen als weggeworfen betrachtet werden müßten.

Redner kommt sodann auf den nach dem Urtheile von Sachverständigen unverhältnißmäßig hohen Kaufpreis zu sprechen. Wenn das in Frage kommende Land nur im Wege freiwilliger Abtretung erworben werden könnte, dann müßte man sich schließlich den Forderungen der Herzoglichen Cammer bezw. des Domänenpächters fügen. Allein der Magistrat sei der Ansicht, daß der hiesigen Stadt das Recht der Zwangsenteignung der Domänenländerei zustehe und zwar auf Grund des Landesgrundgesetzes. Im Principe habe auch das Herzogliche Staatsministerium auf Anfrage des Stadtmagistrats schon früher die Zulässigkeit des Expropriationsverfahrens behuf nothwendiger Erwerbung von Friedhofsterrain anerkannt und die Nothwendigkeit einer Centralisirung unseres Friedhofswesens könne gegenüber den verkehrs- und gesundheitspolizeilichen Anforderungen nicht bestritten werden. Durch langjährige vergebliche Bemühungen sei aber die Unmöglichkeit, innerhalb des Stadtbezirks einen passenden Platz zur Anlage eines Centralfriedhofs zu finden, hinlänglich dargethan. Das früher in Vorschlag gebrachte Terrain auf der Hube sei aus verschiedenen Gründen nicht sehr geeignet dazu. Die Herzogliche Cammer scheine nun der Ansicht zu sein, daß die Möglichkeit einer Expropriation der Domänenländerei ausgeschlossen sei, weil letztere außerhalb der städtischen Feldmark liege. Daß aber das Expropriationsrecht der Gemeinden sich auf ihr eigenes Gebiet beschränke, sei in keinem Landesgesetze ausgesprochen; es würde dies auch geradezu Sinn und Geist der betr. Bestimmung des Landesgrundgesetzes zuwiderlaufen. Er erinnere z. B. an die Be- und Entwässerung von Grundstücken, an die Herrichtung von Wasserleitungen und an sonstige communale Anlagen.

Es solle nun der Magistrat zunächst in der Richtung vorgehen, daß er die Erklärung des Herzoglichen Staatsministeriums darüber extrahire, ob der Stadt nöthigenfalls das Recht der Expropriation der gedachten Domänen-Länderei zugestanden werde. Im Bejahungsfalle werde der Magistrat der Herzoglichen Cammer gegenübertreten und ihr sagen, daß ihre Forderungen zu hoch seien. Sollte der Stadt das Expropriationsrecht eingeräumt werden, woran der Magistrat nicht zweifle, so würden die Nebenforderungen des Pächters wohl hinwegfallen. Undernfalls würde man nochmals vorstellig werden können, schlimmsten Falls sich aber fügen müssen. Er hoffe aber und sei persönlich überzeugt, daß es soweit nicht kommen werde.

Schließlich bittet Redner, nachdem er nochmals die Nothlage der Stadt zur Anlegung des Centrafriedhofs nachgewiesen hat, den Magistratsantrag anzunehmen.

Herr Günther fragt an, ob nicht bald eine Umgestaltung des Begräbniß-Gebührenwesens, welche die gesammte Einwohnerschaft mit Freuden begrüßen würde, zu erwarten sei?

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, daß die Anlage des Centrafriedhofes eine neue Begräbnißordnung nach sich ziehen werde, daß er aber dem Herrn Fragesteller bei der augenblicklichen Vermögenslage der Kirchen Hoffnung auf eine Ordnung, welche die Gebühreneinnahmen der Kirchen im Ganzen wesentlich minderte, nicht machen könne. Die sieben lutherischen Stadtkirchen seien, da die Einnahmen der Kirchenverwaltung nicht reichten, auf die Zuschüsse aus dem Kreiscommunalfonds und auf die Begräbnißgebühren angewiesen. Sobald man das Gebührenwesen in einer Weise umgestalte, die den Kirchen die Einnahmen schmälere, werde zu einer Kirchensteuer geschritten werden müssen, wogegen mancherlei einzuwenden sei. Den Magistrat habe diese Frage schon beschäftigt; er werde sie auch im Auge behalten und sie, sobald möglich, in befriedigender Weise zu lösen suchen.

Herr Hasenbalg bemerkt, daß seine vorhin geäußerten Bedenken durch die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters beseitigt seien.

Herr Rieke: Die Begräbnißplätze würden den Kirchen unentgeltlich eingeräumt, es könnten also auch wohl die Begräbnißgebühren im Allgemeinen herabgesetzt werden. In keiner Stadt Deutschlands würden so hohe Gebühren erhoben wie hier. Passirten in einer ärmeren Familie binnen kurzer Zeit mehrere Todesfälle, so komme der Familienvater zeitweilen aus der Last nicht wieder heraus.

Herr Günther fragt ferner an, ob denn auf dem neuen Centrafriedhofe die Anlegung von zwei- und mehrstelligen Gräbern aufhöre?

Herr Oberbürgermeister Pockels erwiedert hierauf, daß diese Frage nicht die politische Gemeinde sondern die Kirchengemeinde, welche die Begräbnißordnung festzusetzen habe, angehe. Eine neue Begräbnißordnung liege im Entwurfe vor, ob bei Feststellung derselben auf eine Aenderung der Begräbnißform in dem vom Herrn Vor-

redner angedeuteten Sinne Bedacht genommen werden könne, könne er augenblicklich nicht mit Sicherheit sagen; in Anregung wolle er diese Frage bringen.

Darauf wird die Vorlage des Stadtmagistrats genehmigt.

II. wird nach einem von Herrn Schwarzenberg namens der Statutencommission erstatteten Referate, dem bezüglichlichen Magistratschreiben vom 8. d. M. entsprechend, beschloffen, sich damit einverstanden zu erklären, daß der städtische Executor Heibey wegen Kränklichkeit zum 1. November d. J. mit dem ihm gesetzlich zustehenden Ruhegehalte pensionirt werde, zugleich aber den Stadtmagistrat zu ermächtigen, dem Heibey die einstweilige Fortbesorgung der Geschäfte eines Marktmeisters zu belassen.

III. folgt die Berathung über das Magistratschreiben vom 19. d. M., betreffend das Baustatut.

Mit dieser Angelegenheit war auf der ausgeschriebenen Tagesordnung ein selbstständiger Antrag des Herrn Wille wegen Aufnahme zweier Wege in das Verzeichniß der Ortsstraßen in Verbindung gebracht.

Da indeß der Herr Antragsteller wegen einer Reise weder in der letzten Sitzung der Statutencommission noch in der heutigen Versammlung hat erscheinen können, seine Anwesenheit aber bei der Berathung erwünscht erscheint, so wird dieser Antrag von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Ueber das fragliche Magistratschreiben berichtet Herr Heymann namens der Statutencommission.

Nach §. 9 des Statuts vom 20. November 1851, die Herstellung und Unterhaltung der vor den Thoren und innerhalb der Feldmarken der Stadt belegenen Wege betreffend, können die gewerblichen Etablissements wegen stärkerer Benutzung der Wege zu einem besondern Beitrage herangezogen werden. Durch die Bestimmungen im §. 4 des neuen Ortsbaustatuts hat nun die Stadt die Herstellungs- und Unterhaltungskosten für alle diejenigen Straßen zu tragen, welche in das in voriger Sitzung berathene Verzeichniß aufgenommen sind. In dieses Verzeichniß sind auch auf Vorschlag des Stadtmagistrats verschiedene Communalwege bis zur Grenze des Ortsbauplans aufgenommen. Danach würden also die gewerblichen Etablissements der Verpflichtung besonderer Beiträge überhoben sein. Da dies aber keineswegs die Absicht gewesen ist, so schlägt der Magistrat zur Schaffung von Remedur vor, zu genehmigen, daß

1) die Ueberschrift des §. 8 des neuen Ortsbaustatuts laute: »Verpflichtungen Dritter« und

2) am Schlusse desselben Paragraphen folgender Zusatz gemacht werde:

»Bezüglich der Heranziehung gewerblicher, innerhalb des Stadtgebiets

belegener Etablissements zu besonderen Beiträgen zum Zwecke der Unterhaltung der Wege bleibt der §. 9 des Statuts vom 20. November 1851, die Herstellung und Unterhaltung der vor den Thoren und innerhalb der Feldmarken der Stadt Braunschweig belegenen Wege betr., in Kraft; der §. 9 l. c. wird jedoch dahin abgeändert, daß bezüglich der Festsetzung der zu leistenden Beiträge das in §. 11 Abs. 1 dieses Statuts vorgeschriebene Verfahren Platz greift.«

Die Commission giebt die Genehmigung des Magistratsantrags anheim, empfiehlt aber dabei den Stadtmagistrat zu ersuchen, noch einige unbedeutende, redactionelle, vom Vertreter des Stadtmagistrats bereits gutgeheißene Aenderungen des gedachten Statuts vorzunehmen.

Die Anträge der Commission werden ohne Debatte genehmigt.

#### Schließlich

IV. begründet Herr Winter seine in voriger Sitzung eingebrachte Anfrage:

»Hat die in der letzten Stadtverordneten-Sitzung verhandelte Vorlage, den Ankauf des Wendel'schen Hauses am Nickelnkulle betreffend, der Bau-commission, dem Stadtbauamte, vorgelegen, und, im Verneinungs-falle, warum nicht?

Die Schulsachen sowie die von der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke eingehenden Angelegenheiten hätten bisher immer der betreffenden Commission resp. Deputation vorgelegen. Auch die Bausachen seien, soweit sie nicht den finanziellen Punkt berührten, immer erst vom Stadtbauamte geprüft worden. Nur in diesem Falle, wo es sich um den Ankauf des Wendel'schen Hauses handle, sei, soweit er sich informirt habe, nicht in der bisher üblichen Weise verfahren. Die Sache habe seines Wissens nur der Finanzcommission vorgelegen, obwohl es sich hier, wie aus der Berathung hervorgehe, nicht um eine Finanzoperation, sondern vielmehr um eine Straßenverbreiterung gehandelt habe, also um einen Fall, der der Vorprüfung des Stadtbauamts unterliegen müsse. Es sei nicht zu verkennen, daß eine solche Vorprüfung von großem Einfluß auf die Debatte und auf den Ausfall derselben sei; es müsse deshalb darauf gehalten werden, daß die bisherige Praxis auch ferner beobachtet werde. Wenn in einzelnen Fällen davon abgewichen sei, z. B. bei großer Eile einer Sache, so sei das der Versammlung allemal mitgetheilt worden; das sei in diesem Falle nicht geschehen. Die alte Bauordnung gehe zur Rüste, man werde sich bald nach dem neuen Baustatute zu richten haben, und es sei von großer Tragweite, den bisherigen Brauch nicht außer Acht zu lassen.

Herr Bürgermeister Rittmeyer entgegnet hierauf, daß die fragliche Angelegenheit dem Stadtbauamte nicht mitgetheilt sei; eine gesetzliche oder statutarische Verpflichtung zur Anhörung des Stadtbauamts liege nicht vor, ebensowenig habe dem

Magistrate die Einziehung eines Gutachtens des Stadtbauamts aus Zweckmäßigkeitsgründen angezeigt erschienen. Das Bedürfniß, das Stadtbauamt zuvor zu hören, sei denn auch weder in der Finanzcommission noch in der Stadtverordnetenversammlung selbst bei der Berathung zu Tage getreten.

Schluß der Sitzung.

In der darauf folgenden vertraulichen

**gemeinschaftlichen Sitzung,**

welche unter dem Vorſiße des Herrn Oberbürgermeister Podels stattfindet, werden Steuerreklamationen in der Recursinstanz erledigt.

---

1883.

(Fortsetzung der Beilage zu N. 272 de 1883  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 14.

**Verhandlungen**  
der  
**Stadtverordneten zu Braunschweig.**  
Sitzung am 8. November 1883.

---

**Öffentlich:**

**Selbstständige Anträge, betreffend:**

- I. Das hiesige Einquartirungswesen,
- II. Vermehrung der Dampfkraft der Neustadtmühle.

**Vorlagen des Stadtmagistrats, betr.**

- III. Zuschuß zu den Kosten der Drucklegung der Bugenhagen'schen Kirchenordnung,
- IV. Anstellung von Magistratschreibern.

**Selbstständige Anträge, betr.**

- V. Verlängerung der Frist zur Ausfüllung der Listen der Steuerpflichtigen und Wahlberechtigten,
- VI. Schaffung einer besondern Baucommission aus der Mitte der Versammlung neben dem Stadtbauamte.

**Vertraulich:**

Steuerreklamationen.

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

Steuerreklamationen.

---

Entschuldigt die Herren Blasius, Munte, du Roi und Till. — Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels und Bürgermeister Rittmeyer, sowie die Herrn Stadträthe Götte, Haake, Schöttler, Ketemeyer und Grote.

Der Herr Vorsitzende Otto eröffnet die Sitzung mit der Mittheilung, daß zwei Anträge eingegangen seien,  
der eine von Herrn Reuter:

»die Stadtverordnetenversammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, geeignete Maßregeln zu ergreifen, damit denjenigen Personen, welche in Folge des Statuts vom 4. October 1877 *N* 29 Listen der Steuerpflichtigen und Wahlberechtigten auszufüllen haben, dafür eine längere als Stägige Frist gelassen werde«;

der andere von Herrn Winter:

»die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß vom nächsten Jahre ab neben dem im Interesse des Staats die Baupolizei ausübenden Stadtbauamte eine besondere Baucommission aus der Mitte der Versammlung gewählt werde.«

Die Begründung der Anträge erfolgt der Geschäftsordnung gemäß nach Erledigung der Tagesordnung.

Der Herr Vorsitzende nimmt sodann Gelegenheit, mit einigen Worten der verstorbenen Frau Amalie Löffbecke zu gedenken, über welcher sich heute das Grab geschlossen hat. Die Entschlafene habe die ihr verliehenen irdischen Güter in einem langen Leben, wie es wenigen Menschen beschieden, benützt, um den Verwaisten, den Armen und allen denen, die sich im Kampfe des Lebens nach fremder Hülfe umsehen, in werthtätigster Weise und hochherziger Aufopferung zu helfen. Die Versammlung werde mit ihm einverstanden sein, wenn er der Thätigkeit der Verstorbenen hier gedenke. Nicht um des Ruhmes willen habe sie sich der Hülfsbedürftigen angenommen, sondern weil es ihr inneres Herzensbedürfniß gewesen, wohlzuthun und mitzutheilen. Er glaube, sich der Zustimmung aller Anwesenden versichert halten zu können, wenn er an dieser Stelle bekunde, daß der Verstorbenen im Herzen der Braunschweiger stets ein pietätvolles, dankbares Andenken bewahrt werden werde!

Zur Tagesordnung übergehend

I. berichtet Herr Schwarzenberg namens der Statutencommission über den von Herrn Winter in der Sitzung am 14. Juni c eingebrachten selbstständigen Antrag:

»die Versammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, derselbe möge den Versuch machen,

- 1) an zuständiger Stelle betreffs der der Stadt periodisch auferlegten Einquartirungslast mit Hinweis auf die Mehrbelastung der Stadt den ländlichen Ortschaften gegenüber eine Erleichterung zu erreichen, und
- 2) die Vertheilung der der Stadt zugewiesenen Einquartirung, wenn irgend thunlich, nach vorausgegangener Aufforderung an gegen Entgelt sich freiwillig meldende Quartiergeber zu beschaffen.«

Die reichsgesetzlichen Bestimmungen über die Verpflichtung zur Quartierleistung im Allgemeinen seien im Bundesgesetze vom 25. Juli 1868, betreffend die Quartierleistung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes, enthalten. In §. 5. sei gesagt, daß die örtliche Vertheilung der Quartierleistung auf die Gemeinde- resp. selbstständigen Gutsbezirke im Ganzen erfolge, und in §. 7 heiße es: durch Ortsstatut könne festgesetzt werden, daß in allen oder in bestimmt bezeichneten Fällen die einzuquartirenden Truppen in gemietheten Quartieren durch den Gemeindevorstand oder die Servisdeputation untergebracht, und in welcher Weise die dadurch entstehenden Kosten aufgebracht werden. Das im zweiten Theile des Winter'schen Antrages Angestrebte könne also durch das auf Grund dieses Gesetzes und der dazu gehörigen Instruction vom 31. December 1868 erlassene Statut *N* 6, die Ordnung der Einquartirungslast in der Stadt Braunschweig betreffend, geregelt werden. Die Commission gebe daher anheim:

»in Erwägung, daß der Stadtmagistrat schon auf praktischem Wege vorgegangen ist, Miethquartiere, soweit solches statutarisch möglich, für die einquartirten resp. zu verspessenden Truppen zu beschaffen, und es wünschenswerth ist, über die Zweckmäßigkeit dieser Maßregel weitere Erfahrungen zu sammeln, über den gestellten Antrag vorläufig zur Tagesordnung überzugehen.«

Bezüglich des ersten Theils des Winter'schen Antrags verweist Referent auf das Gesetz über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden, vom 13. Februar 1875. Es sei in §. 7 bestimmt, daß die örtliche Vertheilung von Vorrath, Naturalversorgung, Fourage bei auf Marschen befindlichen Truppen durch die Civilbehörden erfolge, wobei auf die Leistungsfähigkeit der Gemeinden Rücksicht zu nehmen sei. Die Untervertheilung geschehe nach ortstatutarischer Festsetzung oder Gemeindebeschluß durch die Gemeindevorstände. Durch Reichsgesetz vom 3. August 1878 sei die Stadt Braunschweig in die 1. Servisclasse eingestellt. Sie habe denn auch mit ihren 76000 Einwohnern eine ganz bedeutende Leistungsfähigkeit. Wie die Belastung im Verhältniß zu den anderen Gemeinden stehe, lasse sich nicht so ohne Weiteres beurtheilen, die Commission habe daher dem Antrage nicht pure beistimmen können. Sie glaube aber empfehlen zu können, daß der Stadtmagistrat ersucht werde, nähere Ermittlungen in dieser Richtung anzustellen. Sollte sich eine unverhältnißmäßig hohe Belastung herausstellen, dann würde zu erwägen sein, wie dem Uebelstande abgeholfen werden könne.

Nach dem Landesgrundgesetze vom 12. October 1832 seien alle Lasten, welche nicht durch die örtlichen Bedürfnisse der Gemeinden, sondern durch Erfüllung allgemeiner Verbindlichkeiten des Landes oder einzelner Theile herbeigeführt würden, z. B. Einquartirung und Kriegsführen, insoweit nicht besondere Rechtsverhältnisse eine Ausnahme begründen, vom gesammten Lande oder betreffenden Landestheile in dem



Maße zu tragen, daß diejenigen, welchen die Last wirklich auferlegt, Entschädigung erhalten. Das Maß der Entschädigung für Einquartirung sei bekanntlich reichs-gesetzlich geregelt; die Entschädigung werde vom Reiche gezahlt. In Rücksicht auf die frühere Unzulänglichkeit der Entschädigung seien aus Landesmitteln wiederholt Summen behuf Ausgleiches der für mit Einquartirung belasteten Gemeinden daraus erwachsenden Härten der Landesregierung zur Verfügung gestellt. Als die Entschädigung reichsseitig erhöht worden, seien die Zuschüsse von 1878 an eingestellt. Auf letztem Landtage sei jedoch, nachdem die trotz der Entschädigungs-Erhöhung noch fortbestehende Belastung einzelner Gemeinden, namentlich bei häufig sich wiederholender Inanspruchnahme von Cantonnementsquartieren, zunächst von einem Abgeordneten unter Stellung eines Antrags auf Wiederbewilligung der Mittel zu Beihilfen behauptet worden, das Cap. »Extraordinäre« der Ausgaben des Staatshaushalts um rund 16000 M. erhöht, um mit diesem Betrage der Regierung die Mittel zur Unterstützung von durch Einquartirungslasten besonders schwer betroffenen Gemeinden zu gewähren. (Referent theilte auch die früher aus Landesmitteln bewilligten Beträge mit.)

Die Einquartirung selbst zu vermindern zu suchen, sei nicht wünschenswerth, denn durch dieselbe werde eine Menge Geld unter die Leute gebracht; es empfehle sich vielmehr, bei event. Ueberlastung der Stadt Braunschweig wenn möglich von den zur Verfügung gestellten Fonds extraordinaire Entschädigungen zu erwirken. Die Commission trage deshalb darauf an:

»den Stadtmagistrat zu ersuchen, Ermittlungen darüber anzustellen, ob und inwiefern die Stadt Braunschweig im Vergleich zu anderen Gemeinden des Herzogthums durch Einquartirung überlastet sei, und event. bei der Herzöglichen Landesregierung die Gewährung einer Entschädigung aus den vom letzten ordentlichen Landtage laut Schreibens vom 25. Mai 1882 zu diesem Behuf zur Disposition gestellten Staatsmitteln nachzusuchen.«

Die Anträge der Commission werden ohne Debatte genehmigt.

Es folgt

II. von Herrn Sievers erstattet, der Bericht der Finanzcommission über den von Herrn Rieke in der Sitzung am 11. v. M. eingebrachten Antrag:

»die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, daß die Dampfkraft der Neustadtmühle mindestens verdoppelt werde.«

Referent schickt über die allgemeinen Verhältnisse der Neustadtmühle Folgendes voraus:

Die Mühle sei bis zum Jahre 1876 im Besitze der Landesregierung gewesen, welche sich derselben gern habe entäußern wollen. Schon im Jahre 1875 habe ein öffentlicher Termin zum Verkauf angestanden, in welchem als Meistgebot abgegeben

sei für die Mühle mit Wasserkraft 211 000 *M.*, ohne dieselbe 105 000 *M.*. Nun sei es damals schon für die Stadt sehr wünschenswerth gewesen, sich volle Verfügung über die Wasserkraft zu verschaffen, und aus demselben Grunde, welcher die Stadt zum Ankauf der Mühle nebst Wasserkraft zu Eisenbüttel veranlasse, seien auch damals die städtischen Behörden bestrebt gewesen, die Neustadtmühle in den Besitz der Stadt zu bekommen. Der Stadtmagistrat sei mit der Regierung in Verhandlung getreten und es sei ihm gelungen, die Neustadtmühle mit Wasserkraft, Hausinventar u. für 185 500 *M.* zu erwerben.

Ursprünglich sei der Betrieb der Neustadtmühle grade kein sehr lebhafter gewesen und, nachdem ein Hauptkunde, die Militärverwaltung, abgegangen, sei es sehr schwer gewesen, die Mühle überhaupt nur zu beschäftigen; von den hiesigen Bäckern und Händlern hätten nur wenige dort mahlen lassen und schon der ganze Nutzen, welchen die Mühle abgeworfen habe, zeige, daß man es mit keinem lucrativen Geschäft zu thun habe. Von vornherein schon sei von den städtischen Behörden der Grundsatz aufgestellt worden, man wolle, um ganz Herr über die Wasserkraft zu sein, den Nutzen, den die Mühle abwerfen würde, vom Grundcapitale abschreiben, und das betrage bis jetzt ca. 43 000 *M.*, so daß sie factisch mit 142 500 *M.* zu Buche stehe. Wenn man annehme, daß bei jedem gewerblichen Etablissement an Maschinen mindestens 5 % und ein entsprechender Procentsatz an Gebäuden abzuschreiben seien, so sei über diese Abschreibung hinaus verhältnißmäßig nicht viel verdient. Aber es sei anzunehmen, daß mit der Zeit der Zweck, welchen die städtischen Behörden verfolgt haben, den Buchwerth des Grundstücks auf 100 000 *M.* herunterzubringen, erreicht werde; dann habe die Stadt freie Hand über die Wasserkraft und könne, wenn es geboten erscheine, ohne diese zu berücksichtigen über die Mühle anderweit verfügen.

In der Zeit bis zur zweiten Hälfte des Jahres 1882 sei der Betrieb der Mühle nicht vorwärts, sondern zurückgegangen. An Weizen und Roggen seien zu Mehl vermahlen: i. J. 1879 = 43 707 Etr., i. J. 1880 = 42 153 Etr., i. J. 1881 = 36 089 Etr., in der ersten Hälfte des Jahres 1882 = 16 003 Etr. Außerdem seien noch folgende Getreidemengen zu Schrot vermahlen: i. J. 1879 = 9329 Etr., i. J. 1880 = 12 110 Etr., i. J. 1881 = 13 059 Etr., in der ersten Hälfte d. J. 1882 = 3640 Etr.

Diese Resultate hätten sich nun allerdings mit der zweiten Hälfte des Jahres 1882 sehr geändert. Innerhalb des gedachten Zeitraums seien 26 791 Etr. Weizen und Roggen zu Mehl vermahlen und diese Zahl habe sich noch i. J. 1883 so gesteigert, daß in drei Viertel Jahren fast 47 000 Etr. vermahlen seien, also daß Quantum bedeutend überstiegen sei, was sonst im ganzen Jahre überhaupt gemahlen sei. Es sei dies aber auch die größte Leistungsfähigkeit, welche der Mühle überhaupt zugeschrieben werden könne: 10 Wispel oder 200 Etr. per Tag. Eine höhere Thätigkeit sei der Mühle nicht möglich.

Wenn man nun auf den Grund der plötzlichen Erhöhung des Betriebes zurückgehe, so werde man denselben — und das gehe auch aus den Berichten der Sachverständigen hervor — theils in den günstigen Ernteverhältnissen in hiesiger Gegend, theils in dem Wassermangel auswärtiger Mühlen und theils darin finden, daß die Windmühlen vielfach haben still liegen müssen. Viele Händler und Bäcker, welche sich früher ferngehalten, seien gezwungen gewesen, oder haben ihren Vortheil darin gesehen, die Neustadtmühle in Anspruch zu nehmen, und dadurch sei hauptsächlich der Betrieb in dem Maße erhöht worden.

Referent kommt nun auf den Antrag selbst zu sprechen.

Der Antragsteller führe als ersten Beweggrund seines Antrags aus, daß viele Klagen von Leuten über langes Warten auf Ablieferung des Mehls laut geworden seien. Die Commission habe die betreffenden Listen, welche in der Mühle geführt werden, eingesehen. Hiernach scheide sich das ganze Geschäft in Großbetrieb und Kleinbetrieb; bei ersterem werde das aus dem in größeren Mengen eingelieferten Getreide hergestellte Mehl an die Auftraggeber in natura zurückgeliefert, während bei letzterem, wo es sich nur um geringere Quantitäten handele, aus bereit gehaltenen Vorräthen ein entsprechendes Gewicht an Mehl in Tausch gegeben werde. Es stelle sich nun heraus, daß im Verhältniß zum Großbetriebe nur ein kleiner Theil auf den Kleinbetrieb komme. So seien z. B. in den  $\frac{3}{4}$  Jahren von 1883 von 51160 Centner nur 10648 Centner auf den Kleinbetrieb entfallen. Außerdem komme hinzu, was das Verhältniß noch bedeutend ändere, daß 11579 Centner Schrot gemahlen seien, die nur auf den Großbetrieb kämen. Von dem Kleinbetriebe gehe noch die Hälfte auf die Landbevölkerung über, so daß für die städtische Bevölkerung nur ungefähr der zehnte Theil des ganzen gemahlten Quantums sich herausstelle.

Referent habe die hierüber geführten Bücher persönlich eingesehen und gefunden, daß die kleineren Partien immer Zug um Zug abgeliefert würden; kaum sei ein Tag vergangen, daß diejenigen, welche kleinere Quantitäten einliefern, ihr Mehl nicht wiederbekämen. Früher sollen Störungen vorgekommen sein, das sei aber in den letzteren Jahren nicht der Fall gewesen. Die Klagen könnten also nur von einigen der Händler oder Bäcker und wahrscheinlich nur von einigen der Händler, die in größeren Quantitäten mahlen lassen, ausgegangen sein. Derartige größere Posten blieben allerdings wohl 4 Wochen stehen, was man schon daran sehen könne, daß bis Ende September cr. etwa 51000 Centner in diesem Jahre eingegangen und nur etwa 47000 Centner abgeliefert seien. Es wäre aber sehr bedenklich, wenn man, um diese Klagen zu beseitigen, gleich eine umfassende Aenderung der Mühle vornehmen wollte. Die Verhältnisse, welche den erhöhten Betrieb verursacht, könnten sich rasch wieder ändern und wenn die Leute ihren Vortheil nicht mehr dabei fänden, in der Neustadtmühle mahlen zu lassen, so würden sie ohne Bedenken und unbekümmert um die großen Kosten, welche der Stadt durch eine Umgestaltung der Mühle erwachsen wür-

den, abgehen, und schon diese Erwägung könnte die Versammlung bestimmen, dem Antrage nicht zu willfahren.

Der Herr Antragsteller habe ferner geäußert, die Dampfkraft lasse sich in den gegebenen Räumen mit wenig Kosten und leichter Mühe erweitern. Auch das sei nicht der Fall. Der Betrieb werde mit 10 Gängen gehandhabt, davon seien 6 Gänge nur auf Wasser eingerichtet und würden durch 3 Turbinen, die übrigen 4 durch eine größere getrieben. Bei Letzterer könne statt der Wasserkraft auch die Dampfkraft in Anwendung kommen. Die Dampfmaschine liege aber so zu den übrigen 6 Gängen, daß es nur mit einem vollständigen Umbau der Mühle möglich sein würde, jene 6 Gänge mit der Dampfkraft in Verbindung zu bringen. Eine derartige Umwandlung würde also mit sehr erheblichen Kosten verbunden sein. Der Oberingenieur Mitgau habe schon früher den Plan gehabt, die 6 Gänge mit der Dampfkraft in Verbindung zu bringen, aber so zu sagen aus entgegengesetztem Grunde. Es sei dies zu einer Zeit gewesen, wo die Mühle bestrebt gewesen sei, die Bäcker mehr und mehr heranzuziehen, und um besseres Mehl liefern zu können, habe er die Idee gehabt, den ganzen Betrieb zu ändern und auf Walzenbetrieb einzurichten. Der hierüber aufgestellte Kostenanschlag habe sich, ohne daß eine zweite Maschine in Aussicht genommen sei, auf 50000 *M.* belaufen. Nach Herrn Mitgaus Aussage würden aber jetzt, da die jetzige Maschine schon mangelhaft geworden und größerer Reparaturen bedürfte, und die Aufstellung einer 2. Maschine nöthig sein würde, mindestens 100000 *M.* erforderlich sein. Eine Folge der großen Ausgabe würde aber sein, daß der jetzige billige Mahllohn, der dazu beitrage, die Händler und Bäcker heranzuziehen, unmöglich auf derselben Stufe zu halten sein würde. Jetzt schon, wo die Dampfkraft des knappen Wassers wegen stark in Anspruch genommen werde, seien die Kosten wesentlich erhöht worden. Das würde aber dann noch mehr der Fall sein, der Mahllohn würde so sehr erhöht werden müssen, daß wahrscheinlich die ganzen Bäcker und Händler abspringen würden.

Aus all diesen Gründen könne die Commission den Rieke'schen Antrag nicht zur Annahme empfehlen.

Herr Rieke: Die Gründe, welche gegen seinen Antrag vorgebracht seien, könnten ebenso gut dafür vorgebracht werden. Der sog. Kleinbetrieb sei nur für Landleute und ein paar Gärtner im Gange; es handle sich also hauptsächlich nur um den großen Betrieb, um die Händler. Diese bezahlten aber ihre Steuern wie jeder Andere, es dürfe daher kein Unterschied gemacht werden. Richtig sei, daß die ungünstigen Wasser- und Windverhältnisse in diesem Jahre zu Gunsten des Betriebes der Neustadtmühle eingewirkt hätten. Es spreche aber noch ein anderer Grund für seinen Antrag: auch in sanitärer Beziehung sei es wünschenswerth, daß die Neustadtmühle eine größere Leistungsfähigkeit erhalte. Ihm sei auswärts gemahlene Mehl zu Gesicht gekommen, welches sich zu einer förmlichen Steinmasse gestaltet habe und erst

durch Klopfen und abermaliges Mahlen in der Mühle zu wirklichem Mehle habe gemacht werden müssen. Ein solches Mehl sei als menschliche Nahrung eher schädlich als nützlich; in der Neustadtmühle komme dergleichen nicht vor. Wie die Stadt dafür Sorge, daß ordentliche Beleuchtung und gutes Wasser vorhanden sein müsse, so würde sie auch die Verpflichtung übernehmen können, daß die Bewohner mit gutem Mehl versehen würden. Die erforderlichen Kosten seien verhältnißmäßig nicht groß, denn es handle sich um eine sehr wichtige Sache. Man habe doch an anderen Stellen das Geld nicht gespart, z. B. für den theuern Bauplatz in der Münzstraße. Die Bevölkerung der Stadt nehme immer mehr zu, es müsse also auch dafür gesorgt werden, daß ein Etablissement wie die Neustadtmühle gehörig leistungsfähig sei. Die Neustadtmühle besitze einmal das Vertrauen der Bevölkerung; sie mahle unter viel günstigeren Verhältnissen als andere Mühlen und es habe sich herausgestellt, daß sie reell bediene. Platz zur Vergrößerung der Mühle sei genügend vorhanden. Sollte, wie anzunehmen sei, sein Antrag nicht durchgehen, so möge man wenigstens mit der Eisenbüttler Mühle demnächst eine Erweiterung vornehmen, und auf diese Weise seinem Antrage entgegenkommen.

Herr Wolff glaubt nicht, daß die von Herrn Riecke vorgebrachten Gründe die Versammlung bewegen könnten, ein anderes Urtheil über dessen Antrag zu fällen, als bereits in der Commission geschehen sei. Der Herr Referent habe die Frage, um die es sich handle, so präcise aufgestellt, seine Gründe seien so einleuchtend, daß es überflüssig wäre, noch ferner darüber zu sprechen, wenn ihm nicht die selben noch vom Herrn Antragsteller vorgebrachten Gründe veranlaßten, noch einige Gesichtspunkte hervorzuheben. Der Betrieb der Neustadtmühle schließe, wie der Herr Antragsteller sich auch bei den Commissionsverhandlungen überzeugt habe, insofern keinen Uebelstand in sich, als Niemand, der Korn für seinen eigenen Bedarf mahlen lasse, auch nur eine Stunde zu warten brauche; durch die Ermittlungen des Herrn Referenten sei festgestellt worden, daß alle diejenigen Leute, welche, was ihren Mehlsbedarf anlangt, so zu sagen aus der Hand in den Mund leben, so prompt und schnell wie irgend möglich bedient würden. Es sei ferner festgestellt, daß der tägliche Bedarf verschwindend klein sei gegen den Bedarf der Händler. Letztere hätten aber erst seit etwa einem Jahre unter ganz bestimmt nachweisbaren Umständen der Neustadtmühle ihre Kundschaft zugewandt. In demselben Augenblicke nun, wo diese Umstände aufhörten, würden sie sich wieder dahin wenden, wo sie früher hätten mahlen lassen, weil sie es dort billiger hätten. Auf solche Verhältnisse hin könne die Stadt unmöglich ein derartiges Etablissement so großen und kostspieligen Umwandlungen unterziehen; das würde vom Standpunkte der Steuerzahler aus — den Herr Riecke ja immer im Auge habe — leichtsinnig genannt werden müssen. Kein Geschäftsmann würde so handeln. Es sei aber eine Parallele zwischen der Neustadtmühle und den Gas- und Wasserwerken unzutreffend. Die Parallele weiter gezogen, würde jede

Industrie, die sich mit der Production von Genußmitteln beschäftige, der Controle des Staats oder der Stadt unterworfen werden müssen; und das werde seitens der Mitbürger im Allgemeinen nicht gewünscht werden. Sollte die Neustadtmühle dem Bedürfnisse nicht mehr genügen, dann müsse man nach seiner Ansicht ein Weiteres der Privatindustrie überlassen. Er stehe auf dem Standpunkte, und habe darin gewiß die Zustimmung des größten Theils der Versammlung, daß Staat wie Stadt so wenig Industrie treiben solle, wie möglich; nur wo es sich um allgemeine Verkehrsinteressen handle, denen Einzelne nicht genügen könnten, wie z. B. bei Schaffung von Gas und Wasser, da solle Staat oder Stadt eintreten. Er halte eine Erweiterung der Neustadtmühle nicht für räthlich.

Der Antrag des Herrn Kiefe wird darauf dem Antrage der Commission gemäß abgelehnt.

III. berichtet Herr Kybig für die Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 2. d. Mts., betreffend die Bewilligung eines Zuschusses zu den Kosten der Drucklegung der Bugenhagen'schen Kirchenordnung.

Die älteste Verfassungsurkunde der lutherischen Kirche unserer Stadt, Bugenhagens Kirchenordnung, liegt in doppelter Gestalt vor: der ursprünglichen niederdeutschen und einer jüngeren hochdeutschen. Die letztere ist allein zur officiellen Geltung gelangt, während die erstere in Vergessenheit gerathen und in der Mehrzahl ihrer Exemplare der Vernichtung anheimgefallen ist. Heutigen Tages gehören solche zu den Seltenheiten, um deren Erwerbung viele öffentliche Bibliotheken vergebens bemüht sind. Lübeck, dessen älteste Kirchenordnung ebenfalls von Bugenhagen herrührt, hat einen Neudruck derselben schon vor einigen Jahren veranstaltet. In Hamburg steht dergleichen bevor. Der Verlagsbuchhändler Zwißler in Wolfenbüttel hat sich nun bereit erklärt, die Hand zum Neudruck zu bieten, der auch typographisch genau nach dem Muster des Originals hergestellt werden soll, wenn die städtischen Behörden auf 100 Exemplare zu subscribiren geneigt wären. Der Preis des Exemplars würde sich auf 6 *M.* stellen. Der Stadtarchivar Hänßelmann hält in seinem an den Stadtmagistrat in dieser Angelegenheit erstatteten Berichte ein derartiges Opfer für einen würdigen Beitrag unserer Stadt zur vierten Säkularfeier der Geburt Martin Luthers und hat gebeten, die erforderlichen Mittel zu verwilligen und ihn zu beauftragen den fraglichen Druck zu besorgen.

Der Stadtmagistrat ersucht, den Neudruck der niederdeutschen Bugenhagen'schen Kirchenordnung für hiesige Stadt zu genehmigen und zu solchem Behufe die Summe von 600 *M.* aus der Stadtcasse zu verwilligen. Für die Bewilligung spreche auch noch der Umstand, daß die Stadt mit den 100 Exemplaren in die Lage versetzt werde, anderen Städten gegenüber, von denen sie werthvolle Bücher, überhaupt Drucksachen,

für die städtische Bibliothek wiederholt als Geschenk erhalten habe, — (wie deren einige in heutiger Sitzung auslagen,) — sich erkenntlich zu zeigen.

Die Commission empfiehlt den Magistratsantrag, worauf derselbe genehmigt wird.

IV. beschließt die Versammlung nach einem von Herrn von Seckendorf namens der Finanzcommission erstatteten Berichte dem betreffenden Magistratschreiber vom 4. v. Mts. gemäß die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß die Magistratschreiber Eduard Floto und Carl Grüne zum 1. Januar k. J. auf Lebenszeit und unter Zubilligung des Minimalgehalts von je 1200 *M.* angestellt werden.

V. motivirt Herr Reuter seinen eingangs erwähnten selbstständigen Antrag, betreffend die Verlängerung der Frist zur Ausfüllung der Listen der Steuerpflichtigen und Wahlberechtigten.

In §. 1 des Statuts vom 4. October 1877 sei die Bestimmung enthalten, daß die gedachten Listen binnen 8 Tagen, vom Tage des Empfanges des Listenformulars angerechnet, ausgefüllt zurückgeliefert werden sollten. Nun handle es sich aber nicht bloß um die Ausfüllung der in §. 1 bezeichneten Formulare, wonach die Hausbesitzer die Bewohner ihres Hauses namhaft zu machen haben — was allerdings wohl innerhalb der gesetzten Frist zu bewerkstelligen sei — sondern auch um die Ausfüllung der in §. 4 vorgesehenen Listen für diejenigen Einwohner, welche Gesellen, Gehülfen, Aufseher u. s. w. in Dienst haben und verpflichtet sind, über deren Gehalt, Lohn oder sonstige Einkünfte, freie Wohnung, Beföstigung u. s. w. Auskunft zu ertheilen. Dies seien aber Fragen, deren Beantwortung häufig mit nicht geringen Schwierigkeiten verbunden sei. Namentlich sei es Arbeitgebern mit vielen Arbeitern, die sie vielleicht nur zweimal im Monate, am Tage der Lohnzahlung, zu sehen bekommen, oftmals beim besten Willen nicht möglich, die vorgeschriebene Frist innezuhalten. Er bitte seinen Antrag, der nichts unbilliges anstrebe und nur verhindern solle, daß in den gedachten Fällen nicht gleich mit Strafe vorgegangen werden könne, zu unterstützen. Der Stadtmagistrat werde es an der Hand haben, schon ohne Aenderung des Statuts Remedur zu schaffen.

Der Antrag, genügend unterstützt, wird der Statutencommission zur Vorprüfung überwiesen.

Schließlich

VI. nimmt Herr Winter das Wort zur Begründung seines selbstständigen Antrags wegen Schaffung einer besonderen Baucommission neben dem Stadtbauamte.

Das Stadtbauamt bestehe in seiner jetzigen Beschaffenheit seit ungefähr 20 Jahren, sei also zu einer Zeit errichtet worden, in welcher die Bauthätigkeit sowohl seitens

der Privaten als auch seitens der Commune wenig erheblich war. Dies rechtfertige es, daß man der Zeit dem Stadtbauamte, welches eigentlich eine staatlich angeordnete Behörde zur Ausübung der Baupolizei sei, gleichzeitig die Thätigkeit als städtische Baucommission mit übergeben habe. Nachdem aber jetzt die Bauthätigkeit, wie man alljährlich aus dem Etat ersehen könne, für die Commune eine so bedeutende Ausdehnung gewonnen habe, glaube er, daß es nicht mehr gerechtfertigt sei, die bisherigen Verhältnisse bestehen zu lassen. Das Stadtbauamt, als staatlich eingesetzte Behörde, sei eigenartig zusammengesetzt. Es bestehe aus 3 Stadtverordneten — später aus 4 — einem Magistratsmitgliede, dem Polizeidirector und dem ersten städtischen Baubeamten. Die letzteren drei könnten sich vertreten lassen, die Stadtverordneten nicht. Der städtische Baubeamte referire über Sachen, die er in baupolizeilicher Hinsicht vorlegen müsse und der Magistrat referire oder lege Sachen vor, welche die Commune angehen, soweit er es für angemessen finde; erst neulich sei ein Fall vorgekommen, wo dieses der Magistrat nicht für nöthig erachtet habe. Bei der Abstimmung seien nun die 3 Stadtverordneten im Nachtheile, da, wenn dieselben für eine Sache stimmten, die übrigen Herren aber dagegen, die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag gebe; und dieses sei auch in Zukunft noch der Fall, wenn 4 Stadtverordnete dem Stadtbauamte angehörten, denn wenn ein Stadtverordneter fehle oder mit den übrigen drei Herren stimme, dann seien die übrigen 3 Stadtverordneten in der Minorität; sie würden überstimmt, und wenn nachher in der Stadtverordnetenversammlung gesagt würde, das Stadtbauamt habe in seiner Majorität entschieden, dann habe die Versammlung nicht das reine Resultat, wie sie es von den anderen von ihr gewählten Commissionen gewohnt sei, denn die 3 Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung kämen einfach nicht zur Geltung.

Man stehe im Angesichte des neuen Stadtbauplans mit seinen Consequenzen, der Ringstraße u. s. w., außerdem sei die Bauthätigkeit so gewaltig gewachsen, daß es schon dieserhalb unbedingt nöthig sei, eine besondere Baucommission zu haben. In eine solche Baucommission könnten auch recht gut Mitglieder des Stadtbauamts gewählt werden; aber auch diejenigen Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung, welche, weil sie das Baufach erwerbsmäßig betreiben, von dem Stadtbauamte ausgeschlossen seien, könnten sich in der Baucommission bei Vorprüfung der städtischen Bau Sachen sehr nützlich erweisen.

Er glaube, daß jede Stadt ihre besondere Baucommission habe, hier lägen nur insofern besondere Verhältnisse vor, als der Staat die Polizei überhaupt ausübe.

Es sei wichtig genug, daß die Versammlung eine Baucommission von vielleicht 5 Mitgliedern wähle; man werde dann ein reines Resultat aus dieser Commission bekommen.

Ferner möchte für Schaffung einer Baucommission der Umstand sprechen, daß dem Stadtbauamte niemals die Acten u. vorgelegt würden. Es werde keine Tages-



ordnung bekannt gemacht und die Mitglieder des Stadtbauamts kämen unvorbereitet in die Sitzung, während, wenn man eine Baucommission habe, der Vorsitzende den Mitgliedern die Acten zugänglich machen würde und diese dann wüßten, warum es sich handle. Alles dieses spreche für seinen Antrag, er bitte denselben zu unterstützen.

Auch dieser Antrag, genügend unterstützt, wird der Statutencommission übergeben,

sodann die Sitzung geschlossen.

Vertraulich wird über Steuerreklamationen (Verzeichniß III) berathen,

endlich

**in gemeinschaftlicher Sitzung**

unter dem Voritze des Herrn Oberbürgermeisters Pockels über Steuerreklamationen in der Recursinstanz.

---

1883.

(Fortsetzung der Beilage zu № 283 de 1883  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

№ 15.

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 22. November 1883.

---

Öeffentlich:

Selbstständiger Antrag des Herrn Wilke, betreffend:

- I. Die Aufnahme der Bergfelds- und Kramerstraße in das Ortsstraßen-Verzeichniß,  
Vorlagen des Stadtmagistrats, betreffend:
- II. den Ankauf des Rasch'schen Hauses am Langenhofe,
- III. die Anleihe von Kirchen- und Stiftungscapitalien.

Entschuldigt die Herren Hollmann, Munte, Otto, Ramdohr, Kieke und du Roi. — Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Schöttler und Stadtrath Kettemeyer.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Kybik,

I. theilt Herr Heymann namens der Statutencommission mit, daß Herr Wilke seinen in der Sitzung am 11. October c. eingebrachten Antrag: »die Bergfelds- und Kramerstraße in das Ortsstraßen-Verzeichniß aufzunehmen« in der betreffenden Commissionsitzung vorläufig zurückgezogen habe, nachdem der Vertreter des Stadtmagistrats erklärt, daß die vom Antragsteller bezüglich dieser beiden Straßen bezeichneten Uebelstände geprüft und event. beseitigt werden sollten.

## Sodann

II. berichtet Herr von Seckendorff für die Finanzcommission über ein Magistratschreiben vom 15. d. Mts., den Ankauf des am Langenhofe sub M. ass. 41 belegenen Hauses des Geometers Rasch betreffend.

Am 26. Februar 1880 beschloß die Stadtverordnetenversammlung auf Vorschlag des Stadtmagistrats das gedachte Haus zur Verbreiterung des Langenhofes anzukaufen und ermächtigte dabei die Finanzcommission, entweder einen im Wege gütlicher Vereinbarung zu ermittelnden Kaufpreis zu genehmigen, oder aber sich für Einleitung des Expropriationsverfahrens zu erklären. Dieser Beschluß hat indeß aus verschiedenen Gründen nicht zur Ausführung gebracht werden können. Es ist dem Stadtmagistrate aber jetzt Gelegenheit geboten, das Haus für 36 000 M. in den Besitz der Stadt zu bringen. Die städtische Bauverwaltung hält diesen Kaufpreis für angemessen, und da auch die Herzogliche Landesregierung sich bereit erklärt hat, eine verhältnißmäßige Beihilfe aus Staatsmitteln zu gewähren, wenn ihr das nicht zur Straßenverbreiterung erforderliche Terrain zur freien Disposition gestellt würde, so beantragt der Stadtmagistrat, zu dem Ankaufe des Rasch'schen Hauses die Zustimmung zu erteilen und den bezüglichen notariellen Kaufcontract vom 14. d. Mts. zu genehmigen.

Auf Befürwortung der Commission wird dem Magistratsantrage gemäß beschlossen.

III. Nach einem Schreiben des Stadtmagistrats vom heutigen Tage, über welches namens der Finanzcommission gleichfalls Herr von Seckendorff berichtet, steht die staatliche Genehmigung zu der von den städtischen Behörden beschlossenen Anleihe der Stadtgemeinde resp. des Kreiscommunalverbandes noch aus. Die Stadtkasse hat aber inzwischen für Schulhausbauten und für die Erweiterung des Wasserwerks so erhebliche Summen zahlen müssen, daß ihre Mittel nahezu erschöpft sind. Es sind nun dem Stadtmagistrate 256 600 M. an Kirchen- und Stiftungscapitalien gegen 4 % Zinsen p. a. und unter der Bedingung zur Verfügung gestellt, daß die Stadt diese Capitalien durch Ueberweisung von Schulverschreibungen aus der beschlossenen Anleihe des Kreiscommunalverbandes zum Emissionscourse zurückzahlen könne. Der Stadtmagistrat ersucht um die Ermächtigung, die gedachten Capitalien je nach Bedarf für Rechnung der Stadt anzuleihen.

Die Commission empfiehlt die Genehmigung des Antrags, welche ohne Weiteres ausgesprochen wird.

Schluß der Sitzung.

1883.

(Fortsetzung der Beilage zu № 287 de 1883  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

№ 16.

**Verhandlungen**  
der  
**Stadtverordneten zu Braunschweig.**  
Sitzung am 13. December 1883.

---

Öffentlich:

Vorlagen des Stadtmagistrats, betreffend:

- I. Stadthaushaltsplan,
- II. Anstellung eines Magistratschreibers,
- III. Abnahme der Rechnungen vom Jahre 1880,

Anträge von Stadtverordneten, betreffend:

- IV. Verlängerung einer Frist zur Einreichung statistischer Nachweise,
- V. Wahl einer Baucommission.

Entschuldigt die Herren Ding, Hollmann, Meyer, Munte und Till. — Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Haake und Stadtrath Ketemeyer.

**Nach Eröffnung der Sitzung**

werden zunächst die Protokolle sub Nris. 12, 13, 14 und 15 zur Genehmigung gestellt. Dieselbe wird ausgesprochen, nachdem von Herrn Wolff folgende, von der Versammlung als begründet anerkannte Ausstellung gemacht worden ist: Auf Seite 215 oben ist an Stelle der Worte »der Controle . . . gewünscht werden« zu setzen: »nicht nur der Controle des Staats oder der Stadt unterworfen werden müssen — dies sei ja übrigens schon in genügendem Maße der Fall — sondern auch in den Betrieb dieser Gemeinwesen übergehen und das werde vielleicht von Herrn Rieke, aber jedenfalls seitens der Mitbürger im Allgemeinen nicht gewünscht werden.«

### Zur Tagesordnung übergehend

I. berichtet Herr von Seckendorff namens der Finanzcommission über den der Versammlung vom Stadtmagistrate mittelst Schreibens vom 7. v. Mts. zur Genehmigung unterbreiteten Stadthaushaltsplan für das Jahr 1884. Derselbe enthält:

- 1) den Hauptetat der Stadtcasse nebst den mit der letzteren durch Zuschuß oder Ueberschuß in Verbindung stehenden Neben-Etats: der Realschule, der höheren Mädchenschule, des Lehrerinnen-Seminars, der Mädchenschule, der Bürgerschulen, der Turnhalle, für die Armenpflege, für die Begebesserung, des Gaswerks, des Wasserwerks und der Neustadtmühle;
- 2) den Hauptabschluß des Stadthaushalts incl. der mit demselben in Verbindung stehenden Specialverwaltungen.

Dem Stadthaushaltsplane sind angehängt die selbstständigen Etats des Schlachthaus, der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde und des Kreisfonds.

1. Der Hauptetat der Stadtcasse zerfällt in den ordentlichen und außerordentlichen Etat.

Der ordentliche Etat lautet in der Wiederholung:

#### Einnahme:

|                                                                                              |                |
|----------------------------------------------------------------------------------------------|----------------|
| Eiserner Betriebsfonds                                                                       |                |
| 69500 M. — S.                                                                                |                |
| I. Aus dem Gämmererwerb-<br>mögen . . . . .                                                  | 79687 M. 15 S. |
| II. Für kirchliche Zwecke . . . . .                                                          | — „ — „        |
| III. Für das Unterrichtswesen . . . . .                                                      | — „ — „        |
| IV. Für Kunst und Wissen-<br>schaft . . . . .                                                | — „ — „        |
| V. Für die Armenpflege . . . . .                                                             | — „ — „        |
| VI. Für das Medicinalwesen . . . . .                                                         | — „ — „        |
| VII. Für Vereinszwecke und<br>Volksfeste . . . . .                                           | 616 „ 67 „     |
| VIII. Für das Feuerlöschwesen . . . . .                                                      | 16775 „ — „    |
| IX. Für die Ortspolizei . . . . .                                                            | 21068 „ 12 „   |
| X. Für den Straßenbau . . . . .                                                              | 1500 „ — „     |
| XI. Aus Gemeindesteuern und<br>sonstigen Abgaben . . . . .                                   | 735000 „ — „   |
| XII. Aus Staatszuschüssen zur<br>Bestreitung der Ausgaben<br>für Staatsbedürfnisse . . . . . | 85600 „ — „    |
| XIII. Aus besonderen Amtsver-<br>richtungen der Stadtver-<br>waltung . . . . .               | 4450 „ — „     |
| XIV. Insgemein . . . . .                                                                     | 46603 „ 06 „   |

Summa der ordentl. Einnahmen 991300 M. — S.

#### Ausgabe:

|                                                          |                 |
|----------------------------------------------------------|-----------------|
| Eiserner Betriebsfonds                                   |                 |
| 69500 M. — S.                                            |                 |
| Auf das Gämmererwerb-<br>mögen . . . . .                 | 156064 M. 16 S. |
| Für kirchliche Zwecke . . . . .                          | 3624 „ — „      |
| Für das Unterrichtswesen . . . . .                       | 339050 „ — „    |
| Für Kunst und Wissen-<br>schaft . . . . .                | 5099 „ 90 „     |
| Für die Armenpflege . . . . .                            | 124300 „ — „    |
| Für das Medicinalwesen . . . . .                         | 1465 „ — „      |
| Für Vereinszwecke und<br>Volksfeste . . . . .            | 2417 „ 17 „     |
| Für das Feuerlöschwesen . . . . .                        | 43500 „ — „     |
| Für die Ortspolizei . . . . .                            | 141094 „ 45 „   |
| Für den Straßenbau . . . . .                             | 14750 „ — „     |
| Für die Gemeindesteuer<br>und sonstige Abgaben . . . . . | 3540 „ — „      |
| Für Staatsbedürfnisse . . . . .                          | 13150 „ — „     |
| Für die Stadtverwaltung . . . . .                        | 125780 „ 50 „   |
| Insgemein . . . . .                                      | 17464 „ 82 „    |

Summa der ordentl. Ausgaben 991300 M. — S.

Der außerordentliche Etat lautet in der Wiederholung:

**Einnahme:**

|                                                                          |                 |
|--------------------------------------------------------------------------|-----------------|
| I. Aus der Bewegung des Stammvermögens . .                               | 666085 M. 68 S. |
| II. Vorrathsvermögen . .                                                 | 254808 „ 38 „   |
| III. Fürverkaufte Grundstücke und Berechtigungen . .                     | 1080 „ — „      |
| IV. Erstattete Vorschüsse und Ersatz auf außerordentliche Ausgaben . . . | 10314 „ 86 „    |
| V. Insgemein . . . . .                                                   | — „ — „         |

Gesammtbetrag der außerordentlichen Einnahme . . . . 932288 M. 92 S.

**Ausgabe:**

|                                               |                 |
|-----------------------------------------------|-----------------|
| Aus der Bewegung des Stammvermögens . .       | 139435 M. 68 S. |
| An Vorschüssen . . .                          | — „ — „         |
| Für angekaufte Grundstücke und Berechtigungen | 136353 „ 24 „   |
| Für Bauten und öffentliche Anlagen . . . .    | 656500 „ — „    |
| Insgemein . . . . .                           | — „ — „         |

Gesammtbetrag der außerordentlichen Ausgabe . . . . 932288 M. 92 S.

Die Nebenetats bezw. Schulcassenetats gestalten sich folgendermaßen:

a. Etat der städtischen Realschule. Einnahme 30 135 M. 19 S. Ausgabe 61 835 M. 19 S.

Zuschuß aus der Stadtcasse 31 700 M.

b. Etat der städtischen höhern Mädchenschule. Einnahme 32 500 M. Ausgabe 48 800 M.

Zuschuß aus der Stadtcasse 16 300 M.

c. Etat des Lehrerinnen-Seminars. Einnahme 1000 M. Ausgabe 5100 M.  
Zuschüsse aus der Klosterreinertragscasse und aus der Stadtcasse je zur Hälfte 4100 M.

d. Etat der städtischen Mädchenschule. Einnahme 21 918 M. Ausgabe 34 518 M.

Zuschuß aus der Stadtcasse 12 600 M.

e. Etat der Bürgerschulcasse. Einnahme 95 537 M. 82 S. Ausgabe 393 537 M. 82 S.

Zuschüsse aus der Stadtcasse und dem Kreisfonds 298 000 M.

f. Etat der städtischen Turnhalle. Einnahme und Ausgabe 2274 M. 5 S.

g. Etat der Armencasse. Einnahme 92050 M. 38 S. Ausgabe 223 350 M. 38 S.

Zuschüsse vom Kreisfonds und aus der Stadtcasse 131 300 M.

Anhang zu diesem Etat (Arbeits- und Wirthschaftsrechnung des städtischen Pflege-, Armen- und Krankenhauses). Einnahme 14 732 M. 65 S. Ausgabe 84 875 M.

Zuschuß aus der Armencasse 70 142 M. 35 S.

h. Etat der Wegebau- und Unterhaltungs-Etat. Einnahme 20 901 M. Ausgabe 63 095 M.

Zuschuß aus dem Kreiscommunalfonds 42 194 M.

Neubau-Etat (Städterweiterungsfonds). Einnahme 355 231 *M.*,  
darunter angeliehene Capitalien 350 000 *M.* Ausgabe  
355 231 *M.*

i. Voranschlag für das städtische Gaswerk. Einnahme 536 448 *M.* Aus-  
gabe 428 603 *M.*

Ueberschuß 107 845 *M.*

k. Voranschlag für das städtische Wasserwerk. Einnahme 166 800 *M.* Aus-  
gabe 139 858 *M.*

Ueberschuß 26 942 *M.*

l. Etat der Neustadtmühle. Einnahme 36 780 *M.* Ausgabe 32 280 *M.*

Ueberschuß 4500 *M.*

2. Hauptabschluß des ordentlichen Stadthaushaltes, incl. der mit  
demselben durch Zuschuß oder Ueberschuß in Verbindung stehenden städtischen Ver-  
waltungen:

|                                                      | <b>Einnahme:</b>             | <b>Ausgabe:</b>               |
|------------------------------------------------------|------------------------------|-------------------------------|
| I. Kämmerereivermögen (im engeren Sinne)             | 79687 <i>M.</i> 15 <i>S.</i> | 156064 <i>M.</i> 16 <i>S.</i> |
| II. Kirchenwesen . . . . .                           | — " — "                      | 3624 " — "                    |
| III. Unterrichtswesen . . . . .                      | 209395 " 06 "                | 548445 " 06 "                 |
| IV. Kunst und Wissenschaft . . . . .                 | — " — "                      | 5099 " 90 "                   |
| V. Armenpflege (siehe Anmerkung 1) . . . . .         | 135150 " 38 "                | 259450 " 38 "                 |
| VI. Medicinalwesen . . . . .                         | — " — "                      | 1465 " — "                    |
| VII. Vereinswesen und Volksfeste . . . . .           | 616 " 67 "                   | 2417 " 17 "                   |
| VIII. Feuerlöschwesen . . . . .                      | 16775 " — "                  | 43500 " — "                   |
| IX. Ortspolizei . . . . .                            | 21068 " 12 "                 | 141094 " 45 "                 |
| X. Straßenbau (siehe Anmerkung 2) . . . . .          | 64595 " — "                  | 77845 " — "                   |
| XI. Gemeindesteuern u. . . . .                       | 735000 " — "                 | 3540 " — "                    |
| XII. Staatszuschüsse und Staatsbedürfnisse . . . . . | 85600 " — "                  | 13150 " — "                   |
| XIII. Stadtverwaltung . . . . .                      | 4450 " — "                   | 125780 " 50 "                 |
| XIV. Insgemein . . . . .                             | 46603 " 06 "                 | 17464 " 82 "                  |

Zusammen 1398940 *M.* 44 *S.* 1398940 *M.* 44 *S.*

Der Etat des städtischen Schlachthauscs hat in Einnahme und Aus-  
gabe 86 000 *M.*;

der Etat für die Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde desgl.  
18 268 *M.* 92 *S.*;

der Etat der Kreis-Communal-Casse 187 591 *M.* 9 *S.*

Die Finanzcommission hat bei der Prüfung des Haushaltsplans nichts gegen  
denselben zu erinnern gefunden; sie giebt deshalb anheim, die beantragte Genehmigung  
auszusprechen.

Bei der Berathung des Etats wird der in früheren Jahren dabei beobachtete Modus angewandt: der Herr Referent geht die einzelnen Capitel der Reihe nach durch, hinter jedem eine kurze Zeit pausirend, und wird das betreffende Capitel, wenn Niemand Einwendungen erhebt, allemal als genehmigt angesehen, wobei die Abstimmung über die Vorlage im Ganzen vorbehalten bleibt. Eine besondere Abstimmung erfolgt nur in solchen Fällen, wo der Stadtmagistrat in seinem Begleitschreiben nach den maßgebenden Vorschriften eine besondere Zustimmungsertheilung beantragt hat.

Zu Cap. VII des ordentlichen Etats stellt Herr Günther die Anfrage, ob die daselbst in Ausgabe gestellten städtischen Beiträge zum Unterhalte des Schützenwesens, welche ihm etwas hoch erscheinen, sich auf verbrieft Rechte stützten und in wie weit dieses der Fall sei,

worauf Herr Oberbürgermeister Pockels erwiedert, daß das Schützenwesen einen seit unvordenklichen Zeiten begründeten Anspruch auf Subventionirung seitens des Staats und der Stadt habe und die Beitragspflicht des ersten auch in dem zwischen Staat und Stadt i. J. 1858 abgeschlossenen Vertrage anerkannt sei.

Bei Cap. IV, des außerordentlichen Etats, wo 45 500 *M.* für Einrichtung des Hasanenholzes zum Stadtparke in Ausgabe gestellt sind, fragt Herr Riecke an, ob diese Summe zur vollständigen Fertigstellung des gedachten Stadtparks ausreichend sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt hierauf, daß nach den Versicherungen des mit der Einrichtung des Hasanenholzes beauftragten Sachverständigen dasselbe mit der eingestellten Summe in dem von den städtischen Behörden beschlossenen beschränkten Maße hergestellt werden könne.

Bei Berathung des Etats der städtischen Realschule beantragt Herr Blasius 20 bis 30 *M.* für Controlirung der Lustheizung in gedachter Schule auszuwerfen. Die über die Lustheizung verschiedentlich laut gewordenen Klagen habe er bislang nicht als im vollen Maße begründet anerkennen können. Durch in letzterer Zeit in der städtischen Realschule angestellte Beobachtungen habe er indeß die Ansicht gewonnen, daß die Lustheizung unter Umständen sehr unangenehme Folgen für Lehrer und Schüler haben könne, und zwar dann, wenn nicht genügend Sorge getragen werde, daß das in der Heizkammer befindliche Wasserbecken auch wirklich immer mit Wasser gefüllt sei. Hierauf aber stets Bedacht zu nehmen, sei um so schwieriger, als versäumt sei, an der Lustheizung einen Apparat anzubringen, mittelst welchem man jeder Zeit mit Leichtigkeit wahrnehmen könne, ob und wie viel Wasser in dem Wasserbecken vorhanden sei. In der städtischen Realschule sei es nun vorgekommen, daß sämtliche Apparate, welche dem Wasserbecken das Wasser zuzuführen haben, nicht functionirt hätten und dieses könne auch in allen anderen Schulen statt haben. Es empfehle sich daher, einer bestimmten, qualificirten Persönlichkeit die Controle über die Lustheizung sämtlicher städtischer Schulen zu übertragen und eine gewisse Summe, vielleicht 100 *M.*, zu diesem Zwecke in den Etat aufzunehmen. Man würde auf diese



Weise manchen Unannehmlichkeiten abhelfen können, deren Grund man früher nicht eingesehen habe.

Herr Oberbürgermeister Pockels ist mit der Tendenz des Antrags des Herrn Vorredners völlig einverstanden; er erklärt sich bereit, eine Enquete in dieser Beziehung anzustellen und nach Anhörung des Schulvorstandes und Zustimmung des Stadtmagistrats eine bezügliche Vorlage an die Versammlung gelangen zu lassen. Momentan eine bestimmte Summe in den Etat einzustellen und diesen dadurch zu modificiren, empfehle sich aber schon deshalb nicht, weil man den erforderlichen Aufwand ziffernmäßig noch nicht übersehen könne.

Herr Blasius zieht darauf seinen Antrag unter dem Ausdrucke des Dankes für das bereitwillige Entgegenkommen des Herrn Oberbürgermeisters zurück.

Im Etat der Bürgerschulcasse figurirt ein Ausgabeposten von 45 *M.* für Anschaffung und Aufstellung einer Pumpe im Keller des Wohngebäudes der unteren Bürgerschule auf der Reichenstraße zur Entfernung des Grundwassers, welchen Herr Wilke zu streichen bittet. Es sei bekannte Thatsache, daß man durch das Aufstellen und Functionirenlassen einer Pumpe das Wasser von den Nachbargrundstücken entferne, sich selbst aber zuführe. Er bitte, den Stadtmagistrat zu ersuchen, gedachten Keller cementiren zu lassen, das Grundwasser werde alsdann mit einem Male beseitigt werden.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt, daß er die von dem Herrn Vorredner erhobenen Bedenken zur Kenntniß der städtischen Bauverwaltung, deren Gutachten die Einstellung jenes Postens veranlaßt habe, bringen und event. dahin wirken werde, daß die Summe nicht zur Verausgabung gelange.

Herr Wilke zieht seinen Antrag auf Grund dieser Erklärung zurück.

Nachdem der Stadthaushaltsplan durchberathen ist und aus der Versammlung Einwendungen gegen die einzelnen Positionen nicht erhoben sind, auch u. a. ausdrücklich die Zustimmung dazu ertheilt ist, daß dem Antrage des Stadtmagistrats gemäß die Gemeindesteuern pro 1884, wie in den Vorjahren, mit 10 Simplen ausgeschrieben werden, wird derselbe im Ganzen, wie er vorgelegt ist, genehmigt.

Man geht nun über zur Berathung der dem Haushaltsplane angehängten selbstständigen Etats des Schlachthauses, der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde und des Kreisfonds.

Zum Etat des Schlachthauses beantragt der Stadtmagistrat auf Vorschlag der Deputation eine Ermäßigung der Schlachtgebühren auf folgende Sätze:

- für den Ochsen und Stier von 4 *M.* auf 3,60 *M.*,
- für die Kuh und das Rind von 2,50 *M.* auf 2,25 *M.*,
- für das Schwein von 1,50 *M.* auf 1,35 *M.*,
- für das Kalb von 0,70 *M.* auf 0,65 *M.*,

für das Schaf von 0,40 *M.* auf 0,35 *M.*,

für das Pferd von 3 *M.* auf 2,70 *M.*

Herr Wille empfiehlt den Antrag abzulehnen, dafür aber den Stadtmagistrat zu ersuchen, die sich aus den Einnahmen ergebenden Ueberschüsse zur Vergrößerung des Betriebs- bz. Unterhaltungsfonds zu verwenden. So seien z. B. Einrichtungen zur Beschaffung eines sichern Viehtransports durch die Stadt dringend nothwendig. Durch das neulich beschlossene Statut sollten die Schlachter gezwungen werden, das Vieh gehörig gefesselt durch die Stadt zu transportiren, sie umgingen diese Vorschrift aber, indem sie die Thiere Nachts durch die Stadt trieben. Die Schlachter müßten gezwungen werden, das Vieh durch die Stadt zu fahren. Redner führt einen ihm vor Kurzem passirten Fall an, wo er mit seinen Angehörigen durch den nächtlichen Transport von Vieh durch eine enge Straße in große Gefahr gerathen ist.

Herr Oberbürgermeister Pockels hält es nach der finanziellen Lage des Schlachthauses nicht allein für wirthschaftlich zulässig, sondern auch für gesetzlich geboten, die vom Magistrate auf Antrag der Verwaltungsdeputation empfohlene Herabsetzung der Gebühren eintreten zu lassen. Zur Bestreitung außerordentlicher Ausgaben durch Abnutzung der vorhandenen Baulichkeiten, Anschaffung maschineller Einrichtungen u. s. w. sei bereits eine Summe von 42000 *M.* zurückgestellt. Die Beschaffung von Vorrichtungen zum Zwecke eines sicheren Viehtransports habe aber mit dem Schlachthause nichts zu thun. Er wolle jedoch nicht unterlassen mitzutheilen, daß auch der Stadtmagistrat sich mit dieser Frage neuerdings, und zwar besonders veranlaßt durch die auf den Entwurf des Statuts wegen des Viehtransports sich beziehende, auch den Stadtverordneten abschriftlich zugegangene Eingabe der hiesigen Knochenhauer-Innung wieder beschäftigt habe und der Versammlung baldigst Vorschläge, welche auch wohl den Wünschen des Herrn Vorredners im Wesentlichen entsprechen würden, unterbreitet werden sollten.

Der Etat des Schlachthauses wird darauf ohne Aenderung genehmigt, desgl. die Herabsetzung der Gebühren.

Bei Berathung des Etats der polizeilichen Abgabe für Hunde beantragt Herr Günther, die für den Handwerkerverein ausgeworfene Summe von 600 *M.* auf 1000 *M.* zu erhöhen. Das segensreiche Wirken des Vereins sei bekannt; er bedürfe aber einer kräftigeren Unterstützung, da namentlich die Vereinschule, welche stark frequentirt werde, größere Aufwendungen an Geldmitteln erfordere. Ein beim Stadtmagistrate dieserhalb bereits gestellter Antrag sei abschlägig beschieden worden.

Herr Oberbürgermeister Pockels giebt anheim, Herrn Günther's Antrag abzulehnen, weil die Organisation des Fortbildungsschulwesens sich augenblicklich in einem Stadium befinde, daß der Magistrat nicht für angezeigt erachten könne, die Schulen der verschiedenen in Frage kommenden Vereine noch in höherer Weise fortlaufend zu unterstützen, als es gegenwärtig der Fall sei. Der Stadtmagistrat stehe indeß dem

Anträge des Handwerkervereins auf weitere Unterstützung sympathisch gegenüber und habe derselbe in Aussicht genommen, eine Vorlage wegen einer außerordentlichen Unterstützung dieses Vereins, wie sie demselben in früheren Jahren schon einige Male zu Theil geworden sei, einzubringen. Diese Vorlage würde aber, da über die etatmäßigen Mittel der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde bereits verfügt sei, erst nach der Execution des diesjährigen Etats, die voraussichtlich Ueberschüsse ergeben werde, erfolgen können.

Nach einigen ferneren Bemerkungen seitens der Herren Nieß und Reiche wird der Antrag des Herrn Günther abgelehnt und der Etat qu. ohne Aenderung genehmigt.

Dem Etat der Kreiscommunalcasse wird ohne Debatte zugestimmt.

II. Der Stadtmagistrat hat der Versammlung unterm 18. October c. die über die Verwaltung des städtischen Haushalts geführten Rechnungen v. J. 1880 zur Prüfung überreicht. Die Finanzcommission hat, wie Herr Sievers als deren Referent mittheilt, diese Prüfung vorgenommen und Anlaß zu Ausstellungen nicht gefunden; sie beantragt deshalb, daß die Versammlung die gedachten Rechnungen als richtig anerkenne.

Der Antrag der Commission wird ohne Weiteres angenommen.

V. wird in Gemäßheit des Magistratschreibens vom 3. d. Mts., über welches namens der Statutencommission Herr Schwarzenberg berichtet, beschlossen, sich mit der Anstellung des seit 1873 in den Bureaux des Stadtmagistrats beschäftigten Hülfschreibers Pomarius zum 1. Januar k. J. als Magistratschreiber und unter Zubilligung eines Jahresgehalts von 1200 M. einverstanden zu erklären.

Nachdem der Herr Vorsitzende sodann erklärt hat, daß Herr Reuter seinen Antrag vom 8. vor. Mts., betreffend die Verlängerung der Frist zur Ausfüllung der Listen der Steuerpflichtigen und Wahlberechtigten, nach den Verhandlungen in der Statutencommission zurückgezogen habe,

VI. nimmt Herr Reuter das Wort, um namens der Statutencommission über den von Herrn Winter in der Sitzung am 8. November c. eingebrachten Antrag, die Wahl einer Baucommission betreffend, zu berichten.

Referent schickt zur geschichtlichen Entwicklung der durch diesen Antrag angeregten Frage Folgendes voraus. In früheren Jahren habe eine Baudeputation bestanden; dieselbe sei zusammengesetzt gewesen aus einem den Vorsitz führenden Magistratsmitgliede, drei Stadtverordneten und dem Stadtbaumeister. Dieser Deputation seien alle die Stadt betreffenden Bauangelegenheiten, so auch die Sachen über Straßenpflasterungen, kurz alles, was das Bauwesen umfasse und auf Kosten der Stadt hergestellt werden mußte, vorgelegt worden.

Im Jahre 1855 wurde eine neue Feuerordnung erlassen und §. 52 derselben schrieb eine andere Zusammensetzung der Baudeputation vor, indem eine Behörde geschaffen werden sollte, welche die Dispensation von verschiedenen feuerpolizeilichen Vorschriften ertheilen konnte; die Deputation sollte deshalb bestehen aus einem Magistratsmitgliede, drei Stadtverordneten, dem Stadtbaumeister und dem Polizeidirector. In dieser Weise bestand die Deputation fort bis 1862 die neue Bauordnung für Braunschweig berathen wurde, welche die Errichtung eines Stadtbauamtes vorschrieb. Diese Bauordnung trat am 1. Mai 1863 in Kraft, und in der ersten Sitzung der Stadtverordneten im Jahre 1863, wo die Commissionswahlen stattfanden, wurde beschlossen, daß die Mitglieder der bisherigen Baudeputation, die Herren Häusler, Graß und Lissebon, auch gleichzeitig Mitglieder des Stadtbauamtes sein und die Functionen der Baudeputation auf das Stadtbauamt übergehen sollten. Die genannten Herren wurden in jener Sitzung wieder in die Baudeputation gewählt und waren somit beim Inkrafttreten der neuen Bauordnung Mitglieder des Stadtbauamtes.

Von jener Zeit bis etwa zum Jahre 1877, seien die für Rechnung der Stadt auszuführenden Bau Sachen sammt den Kostenanschlägen sämmtlich den von der Stadtverordneten-Versammlung gewählten Mitgliedern des Stadtbauamtes vorgelegt und von diesen geprüft; später und namentlich seit Einführung der städtischen Bauverwaltung, welche ja häufig mit dem Stadtbauamte verwechselt werde, bei der aber die Stadtverordneten-Versammlung überall nicht vertreten sei, wäre dies nicht mehr regelmäßig, in Bezug auf Reparaturbauten überall nicht mehr geschehen.

Durch §. 62 der Städteordnung sei den Stadtverordneten das Recht eingeräumt, Commissionen aus ihrer Mitte zu wählen, auch sei in §. 4 der Geschäftsordnung eine Baucommission vorgesehen. Aus diesem Grunde glaube die Statuten-Commission — wenn sie auch mit der Motivirung des Herrn Antragstellers nicht in allen Theilen einverstanden sei — daß der Wahl einer Baucommission nichts im Wege stehe. Dieser Commission würden alle diejenigen Bau Sachen vorzulegen sein, welche für Rechnung der Stadt ausgeführt werden sollen; sie würde, da bei derartigen Sachen in der Regel auch juristische und finanzielle Fragen in Betracht kommen, meistens gemeinschaftlich mit der Statuten- oder Finanzcommission berathen und es sei deshalb, da diese beiden Commissionen schon je aus 7 Mitgliedern bestehen, wünschenswerth, daß die Baucommission nicht allzu zahlreich gegriffen würde. Die Statutencommission schlage deshalb vor, für diese Commission drei Mitglieder zu wählen; es würde dies mit einer der gedachten beiden Commissionen zusammen 10 Mitglieder abgeben, eine immerhin erhebliche Zahl einer Versammlung von 27 Personen gegenüber.

Es könne nun die Frage entstehen, ob es nicht zweckmäßig sei, 3 Mitglieder des Stadtbauamtes mit diesen Functionen zu beauftragen — deren nach der Genehmigung des neuen Ortsbaustatuts 4 vorhanden sein würden — allein eine solche Verschmelzung der Eigenschaften, wie i. J. 1863 beliebt worden, scheine der Commission aus

dem auch von Herrn Winter angeführten Grunde nicht zweckmäßig zu sein, weil bei der Wahl der Mitglieder des Stadtbauamtes insofern eine gewisse Beschränkung stattfinde als diejenigen Stadtverordneten, welche das Baufach gewerbmäßig betreiben, nicht in das Stadtbauamt gewählt werden dürfen, während dieser Grund bei der Bau-Commission, welche die städtischen Bausachen lediglich von der technischen Seite aus zu prüfen habe, nicht vorliege. Deshalb empfehle die Statutencommission zu beschließen, daß vom nächsten Jahre an auf Grund der bestehenden Bestimmungen eine Baucommission von 3 Mitgliedern gewählt werde, welche die Vorlagen der auf Kosten der Stadt auszuführenden Bauten zu prüfen habe.

Herr Winter hält eine Baucommission von 5 Mitgliedern für zweckmäßiger als eine solche von 3 Mitgliedern. Man müsse dieser Commission doch auch etwas Selbstständigkeit zubilligen; sie müsse auch einmal für sich tagen können und das würde bei 3 Personen häufig schwer halten, weil man immer darauf rechnen müsse, daß der Eine oder Andere zur Sitzung zu kommen behindert sei. Es könnten ja auch Mitglieder der Statuten- und Finanzcommission mit in die Baucommission gewählt werden, wodurch auch schon die Mitgliederzahl der zusammenwirkenden Commissionen verringert würde. Er gebe anheim, 5 Mitglieder in die Baucommission zu wählen.

Nach einigen Bemerkungen des Herrn Referenten wird der Commissionsantrag mit der von Herrn Winter gewünschten Modification angenommen,

und sodann die Sitzung geschlossen.

**1883.**

(Fortsetzung der Beilage zu № 303 de 1883  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

**№ 17.**

**Verhandlungen**  
der  
**Stadtverordneten zu Braunschweig.**  
Sitzung am 17. December 1883.

---

Öeffentlich:

Vorlagen des Stadtmagistrats, betreffend:

- I. Programm des Centralfriedhofs,
  - II. Herstellung einer Fußgängerbrücke zwischen Ottmerstraße und Monumentplatz,
  - III. Herstellung einer Brücke für Fußgänger und leichtes Fuhrwerk zwischen Leonhardstraße und Promenade am Magnithore,
  - IV. Städtische Anleihe,
  - V. Bewilligung der Mittel zur Verstärkung des Nachtwachdienstes auf einer städtischen Straße,
  - VI. bezgl. eines Zuschusses zu den Aufwendungen des Vereins gegen Bettelerei bei Unterstützung Durchreisender,
- Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten,
- VII. Wahl zweier Magistratsmitglieder.

Vertraulich:

Sitzung der Stadtverordneten.

- 1) Wahl von Bezirksvorstehern und Armenpflegern,
  - 2) Anstellung eines Lehrers an der höheren städtischen Mädchenschule,
  - 3) Wahl von Schiedsmännern, erforderlich bei Ausübung des Reichsgesetzes, Viehsteuern betreffend.
- 

Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Pöckel, Herr Bürgermeister Rittmeyer und die Herren Stadträthe Götte, Haake, Schöttler, Ketemeyer und Grote.

Der Herr Vorsitzende Otto eröffnet die Sitzung, indem er zunächst mittheilt, daß der Stadtmagistrat mittelst Schreibens vom 26. v. M. der Versammlung den Bericht über den Zustand und die Verwaltung der städtischen Angelegenheiten während des Jahres 1882 überreicht, auch jedem der Herren Stadtverordneten einen Abdruck dieses Berichts zugestellt habe.

Ferner verliest der Herr Vorsitzende einen vom Stadtmagistrate unterm 1. d. Mts. der Versammlung zur Kenntnissnahme in Abschrift mitgetheilten Bericht des Schuldirectors Schaarschmidt an den Schulvorstand vom 22. v. Mts., aus welchem hervorgeht, daß der vor Kurzem beendigte Sprachheil-Unterricht bei den stammelnden und bei dem bei Weitem größten Theile der stotternden Kinder höchst erfreuliche, stellenweise sogar überraschende Resultate erzielt hat.

#### Der Tagesordnung gemäß

I. berichtet Herr Lüderßen namens der Statutencommission über die Vorlage des Stadtmagistrats vom 26. v. Mts., betreffend die Anlage eines Central-Friedhofes.

In weiterer Ausführung der in den Sitzungen am 14. September v. J. und 25. October c. behuf der Centralisirung des hiesigen Friedhofswesens gefaßten Beschlüsse und nachdem die Kirchenvorstände der Stadtkirchen in die Anlage eines gemeinschaftlichen Friedhofes auf dem stadtseitig hierzu ausersehenen Areal des Franzosenberges und der Moorbreite neben der Helmstedter Straße eingewilligt, hat der Vorsitzende des Stadtmagistrats mit einer vom Kirchenconvente erwählten Commission, dem Polizeidirector, dem Stadtbaurath und einigen zugezogenen Sachverständigen ein Programm aufgestellt, welches den künftigen Einrichtungen zu Grunde gelegt werden soll. Der Stadtmagistrat hat dieses Programm unter Erklärung seines Beitritts zu demselben mit dem Ersuchen überreicht, dasselbe zu prüfen und vorbehaltlich der Genehmigung des auf seiner Grundlage auszuarbeitenden Bauprojects und Kostenanschlags gutzuheißen.

Die Commission ist bei ihren Berathungen zu dem Resultate gelangt, daß sie das Programm lediglich zur Annahme empfehlen könne.

Bevor Referent auf das Programm, mit welchem die Mitglieder der Versammlung durch ein Circular bereits bekannt gemacht sind, näher eingeht, schickt er folgende Bemerkungen voraus:

Der Centralfriedhof solle zunächst für die 7 evangelischen Stadtkirchen-Gemeinden in Aussicht genommen werden. Die übrigen Religionsgemeinschaften kämen einstweilen noch nicht in Betracht; doch sei die Situation derartig, daß einem etwaigen Anschlusse derselben später nichts entgegen stehe, wann und in welcher Form,

werde man weiterer Entwicklung zu überlassen haben. Bei den Berathungen der Commission sei auch zur Sprache gekommen, was mit den alten Kirchhöfen, wenn sie ihrer jetzigen Benützung entzogen und zu städtischen oder sonstigen Zwecken in Anspruch genommen werden sollten, angefangen werde, und es seien Bedenken laut geworden, ob nicht die Stadt, welche jetzt große Opfer in der Angelegenheit zu bringen habe, später abermals in die Lage kommen könne, bedeutende Ausgaben machen zu müssen, wenn sie etwa Terrain der alten Friedhöfe im öffentlichen Interesse nöthig habe. Der Herr Oberbürgermeister habe aber erklärt, daß er das städtische Interesse auch nach dieser Richtung besonders im Auge haben werde. Andererseits sei nicht zu verkennen, daß wenn die Kirchen einen Vortheil haben, dieser auch der Stadtgemeinde wieder zu gute komme, indem die Kirchen fortwährend Zuschüsse von der Stadt erhielten und je besser sie sich ständen, desto besser es also auch für die Stadt sei. Man habe daher geglaubt, den angeregten Punkt einstweilen auf sich beruhen lassen zu können.

Referent geht nun zu dem Programme selbst über. Dasselbe theilt sich nach einer kurzen Beleuchtung der schon früher besprochenen Platzfrage in folgende Capitel:

- a. die Grabstätten und deren verschiedene Gattungen,
- b. die allgemeine Anordnung und Eintheilung des Friedhofes,
- c. Friedhofsbauten.

Von den verschiedenen Gattungen der Grabstätten sind zu unterscheiden: Gräber für Kinder, Gräber für Erwachsene und Erbbegräbnißstätten (Grüfte). Die beiden erstgedachten Abtheilungen zerfallen wieder in gemeinsame Gräber (allgemeine Gräber, Reihengräber oder ungelöste Grabstellen) und Einzelgräber (eigene Gräber oder gelöste Grabstellen). Dieser Punkt schließt sich mit Recht den bisherigen Sitten und Gewohnheiten in Braunschweig an. Nach dem Programme sind etwa 25 gewölbte Erbbegräbniße vorzusehen, von denen 4—6 unter demnächst zu überdeckenden Arkadengängen und zwar sofort anzuordnen, die übrigen aber vorerst nur räumlich zu disponiren sind. Die Erbbegräbniße werden 3 m lang, 3 m breit und 2,1 m hoch sein. (Die programmäßigen Aufwendungen für bauliche Vorrichtungen von Erbgrüften werden der Stadt nicht zur Last gelegt werden.) Es sind eigene Gräber mit Monumenten und solche ohne Monumente vorzusehen; die Zeitdauer ihres Bestehens ergibt sich aus dem Begräbnißregulative vom 12. December 1856, welches einen 50jährigen Umtrieb vorschreibt. Die Reihengräber (gemeinsame Gräber) sind getrennt für Erwachsene, Kinder unter 4 Jahren und von 4—14 Jahren, vorzusehen; die Zeitdauer ihres Bestehens hat wiederum dem obenbezeichneten Regulative zu entsprechen, wonach ein 30jähriger Umtrieb stattfinden soll. Die Reihengräber sind durch Erdwände von einander zu trennen und zwar so, daß letztere zwischen je mehreren (mit besonderen Grabhügeln versehenen) Gräbern aus geschüttetem Boden bestehen dürfen.



Die Längenaxen der Gräber werden thunlichst von Westen nach Osten gelegt und die Leichen mit dem Kopfe an das Westende des Grabes gebettet werden.

In der Anordnung und Eintheilung der Friedhöfe haben bisher hauptsächlich zwei Systeme Anwendung gefunden: Eintheilung nach Art der englischen Parks und Eintheilung nach geometrischen Grundformen. Nach dem Programme sind beide Systeme zu vereinigen, und ist den einzelnen Quartieren, insoweit dieselben nach geometrischen Grundformen eingerichtet werden, eine Größe von in maximo 25 a zu geben. Die Hauptwege, auf denen sich zwei Wagen begegnen können, werden 7 m, die Wege, auf denen die Wagen nur nach einer Richtung fahren,  $3\frac{1}{2}$  m und die Promenadenwege 2 m breit sein. Sämmtliche Wege sind seitlich mit Bäumen resp. Buschwerk zu bepflanzen. Die Felder, welche gemeinsame Gräber aufzunehmen haben, sind mit eigenen Gräbern zu begrenzen.

Bezüglich der Friedhofsbauten ist Folgendes im Programme vorgesehen: Der Verwalter des Friedhofs soll nicht auf dem Friedhofe, sondern thunlichst inmitten der Stadt wohnen, dagegen sind Dienstwohnungen erforderlich für den Aufseher des Friedhofs (Voigt), für einen Gärtner und für einen Portier. An Amtlocalen sind erforderlich a. ein Zimmer für den Verwalter resp. für das Aufsichtsorgan im Verwaltungsgebäude, b. ein Zimmer für Aerzte neben dem Leichenhause, c. ein Zimmer für Geistliche neben der Kapelle, d. für Sargträger im Verwaltungsgebäude. Ein Blumenverkauf im Verwaltungsgebäude soll nicht vorgesehen werden. Für Leidtragende sind zwei heizbare Wartezimmer von je etwa 35 qm groß neben der Kapelle so anzuordnen, daß deren einheitliche Benutzung mit letzterer möglich ist. Die Friedhofskapelle ist für 300 Personen, ohne Heizungsanlage, herzurichten. In der Leichenhalle sind einzurichten: ein Sectionszimmer und ein Raum zur Unterbringung von 30 Leichen und zwar 6 Einzelzellen und 2 gemeinschaftliche Säle à 12 Leichen. (Die Herrichtung eines Sectionslocals und eines Aufenthaltszimmers für Aerzte resp. Gerichtspersonen ist in der Erwartung vorgesehen, daß Herzogliches Staatsministerium zu diesen als ein onus jurisdictionis aufzufassenden Anlagen einen angemessenen Zuschuß leisten werde.) Daneben ist durch Unterkellerung des Leichenhauses Raum zur Aufnahme von an ansteckenden Krankheiten Gestorbenen resp. zu erster Benutzung bei Epidemien (bis zur Fertigstellung von Baracken) zu schaffen. Dieser Raum ist mit Heiz- und Kühlvorrichtungen nicht zu versehen, da dort nur Solche aufzunehmen sind, bei denen der Verdacht des Scheintods ausgeschlossen ist. Ferner ist in der Leichenhalle ein Wärterzimmer vorzusehen. Die Fronten des Leichenhauses sind am zweckmäßigsten nach Nord und Süd zu projectiren. Für das Publikum sind Schutzhallen (Wetterdächer) zu erbauen. Ferner sollen Geräthehäuser, Aborte und ein Gewächshaus hergerichtet, auf ein Gebäude für Leichenverbrennung soll jedoch nicht

Rücksicht genommen werden. Wenn irgend thunlich soll der Friedhof mit der städtischen Wasserleitung verbunden werden.

Nach Eröffnung der Discussion bemerkt Herr Oberbürgermeister Pockels auf eine bezügliche Anfrage des Herrn Günther, daß unter »gemeinsamen Grabstellen« nicht solche zu verstehen seien, bei denen die Särge wie seither über einander gestellt würden; solche Grabstellen werde man auf dem neuen Friedhofe überhaupt nicht anlegen. Mit gemeinsamen Grabstellen seien solche gemeint, welche mehrere Särge nebeneinander aufnehmen könnten. Die Gräber sollen auch auf dem in der Mitte einer einzelnen Abtheilung projectirten Felde nicht gemeinsam in großer Anzahl gemacht werden, sondern sie sollen dort nur gemeinsam angelegt werden dürfen, mit anderen Worten: es müsse der Friedhofsverwaltung die Möglichkeit bleiben, bei einer größeren Sterblichkeitsziffer, z. B. bei Epidemien, eine größere Menge von Särgen nebeneinander aufzunehmen, die dann wieder durch Zwischenwände von einander getrennt würden. Es solle dann jedes einzelne Grab einen besondern Grabhügel haben.

Herr Munte kann sich nicht damit einverstanden erklären, daß der Friedhof nur mit einer lebenden Hecke eingefriedigt werde, weil dieselbe nicht so bald so dicht werden würde, daß Kinder und Hunde vom Betreten des Friedhofsterrains zurückgehalten würden. Er hätte gewünscht, daß die Einfriedigung aus einer Mauer oder Stacketerie bestände, wenn diese auch theurer zu stehen komme.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt hierauf, daß eine Mauer oder eine Fundamentirung mit darauf befindlicher Stacketerie zur Einfriedigung einer 72 Morgen großen Fläche allerdings exorbitant hohe Opfer erfordern würde. Wenn man eine lebende Hecke wähle, so werde es nicht nöthig sein, sofort das ganze Feld einzufriedigen, sondern man könne sich zunächst auf eine Einfriedigung desjenigen Theils beschränken, der voraussichtlich in einer gewissen Frist in Benutzung und Frage kommen würde. Der finanzielle Punkt habe die Commission übrigens nicht allein bestimmt, sich für eine lebende Hecke zu entscheiden, sondern es sei die Ansicht geltend gemacht, daß auf einer, namentlich der Magdeburger Straße gegenüber, sich so lang erstreckenden Front eine Mauer einen düstern Eindruck machen würde, wogegen eine grüne Hecke aus landschaftlichen Rücksichten nach jeder Richtung hin zu empfehlen sei. Wenn nun geplant werde, den Friedhof je nach Bedarf mit einer lebenden Hecke einzufriedigen, so solle darauf Rücksicht genommen werden, daß bis dahin, wo dieselbe eine feste Grenze gegen unrechtmäßige Eindringlinge bilden werde, vor oder hinter ihr eine Schutteinrichtung in Form eines Stacks aus rohen Latten hergerichtet werde.

Herr Munte erklärt sich nach diesen Ausführungen befriedigt.

Herr Rieke giebt zu bedenken, ob man nicht besser thue, nach dem Vorbilde mancher anderen Städte die Beamtenwohnungen mehr außerhalb des Friedhofs und

nur das Nothwendigste, das Gewächshaus und die Todtengräberwohnung, in denselben zu verlegen. Ueberhaupt sei von der letzteren in dem Programme keine Rede.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Die Bestimmungen über dasjenige Personal, welches demnächst auf dem Friedhofe zu amtiren und auch dort zu wohnen haben würde, liegen natürlicherweise nicht bei der Versammlung sondern bei den Kirchenorganen resp. den Aufsichtsbezirken der letzteren. Die Commission habe nur geglaubt, zumal in ihrer Sitzung eine größere Anzahl von kirchlichen Vertretern zugegen gewesen, dem Techniker, also dem Stadtbaurathe, in Bezug auf die dort herzurichtenden Wohnungen die Directive geben zu müssen, und sei man im Schoße der Commission einstimmig darüber gewesen, daß der eigentliche Verwalter, der hauptsächlich die rechnungsmäßige Seite des Friedhofswesens zu besorgen haben werde, nicht auf den Friedhof gehöre, sondern, um leicht Jedem zugänglich zu sein, möglichst inmitten der Stadt wohnen müsse, daß aber auf dem Friedhofe selbst vor allen Dingen Jemand wohnen müsse, der die unmittelbare Aufsicht über den ganzen Friedhof habe. Ob man diesen unmittelbaren Aufseher Voigt oder Todtengräber oder sonst wie nennen wolle, möge man den Bestimmungen der kirchlichen Organe überlassen. Es sei auch sehr wohl möglich, daß eine Persönlichkeit sich finde, welche geeignet sei, neben dem Amte eines Aufsehers auch die Functionen eines Gärtners zu übernehmen. Wie aber auch die Besetzung solcher einzelnen Stellen zu erreichen sein werde, müsse man bei der Größe des Friedhofes und den Zweckbestimmungen, die er, namentlich auch in sanitärer Beziehung, erfüllen solle, darauf halten, daß dort drei Personen wohnen. Die Wohnungen für diese Leute aber außerhalb des Friedhofes zu projectiren, sei nicht rathsam, sie gehörten einmal auf den Friedhof. Die Wohnungen sollten ja auch nicht inmitten der Grabstellen zu liegen kommen; der Techniker werde die Anlagen so projectiren, daß vor den Eingang dasjenige Gebäude zu liegen kommen werde, welches im Obergeschoß die dort beschäftigten Persönlichkeiten enthalte.

Herr Schwarzenberg bittet, näher zu erläutern, wer von den im Programme bezeichneten Persönlichkeiten die Functionen eines Todtengräbers zu versehen habe? Einer von den gedachten drei Personen werde doch diese Functionen mit zu übernehmen haben, andernfalls würde wohl nicht einmal soviel Personal nöthig sein.

Herr Oberbürgermeister Pockels: In den ersten Jahren, wo die Zahl der auf dem Friedhofe vorhandenen Gräber nur eine geringe und die Aufsicht über den ganzen Friedhof nur eine leichte sei, werde wohl die Aufsicht dreier Personen noch nicht erforderlich sein. Wenn man aber jetzt einen Bau projectire, so thue man das so zu sagen für ewige Zeiten; man könne nicht zur Ausführung eines besonderen Wohnhauses erst dann schreiten, wenn das Bedürfniß sich dafür geltend

make; man würde sonst niemals ein architektonisches Ganzes erzielen können. Er glaube indeß nicht, daß die kirchlichen Organe gleich von vornherein alle drei vorgeesehenen Stellen besetzen würden; man werde aber dazu gezwungen sein, wenn die Sache erst einen größeren Umfang angenommen habe und die Aufsichtsführung und Verwaltung eine erheblich schwierigere geworden sei. Von den gedachten drei Personen übe eine das Amt des Todtengräbers aus, d. h. in dem Sinne wie wir es bislang gewohnt gewesen seien. Diejenigen Bediensteten unserer Kirchhöfe, welchen man die Bezeichnung »Todtengräber« beilege, seien ja eigentlich keine Todtengräber sondern Aufseher, die sich zum Graben der Gräber ihre Leute halten. Nun wolle man aber in Zukunft nicht sieben solcher sog. Todtengräber, sondern nur einen haben.

Bezüglich der vom Herrn Referenten angeregten Frage, ob eine demnächstige Inanspruchnahme der alten Friedhöfe wiederum mit Opfern verbunden sein würde, führt der Herr Oberbürgermeister sodann auf specielle Anregung des Herrn Vorsitzenden Folgendes aus: Die Aufstellung eines Programmes für die Vereinigung unseres Friedhofswesens sei für die hiesige Stadt ein Novum. Er habe sich die Zukunft unserer einzelnen Friedhöfe so gedacht, daß wenn sie einmal aufhören, Friedhöfe zu sein, das Verfügungsrecht den betreffenden Kirchengemeinden verbleiben müßte. Diese Zukunft liege aber nach seinem Dafürhalten in ganz unabsehbarer Ferne, weil die Friedhöfe als solche zu existiren aufhörten nicht schon zu der Zeit, wo die letzte Beerdigung 30 bis 50 Jahre verflossen, sondern erst dann, wenn die darauf befindlichen Denkmäler verwittert oder zerfallen seien. Voraussichtlich werde eine große Anzahl von Monumenten auf unseren einzelnen Friedhöfen, namentlich solche, die seitens der Stadt zur Erinnerung an verdiente Persönlichkeiten errichtet seien, auf viele Generationen hindurch conservirt werden. Die Sache würde sich also, mit anderen Worten, factisch so gestalten, daß unsere Friedhöfe auch nach Ablauf von 30—50 Jahren sich als Parks characterisirten, die seitens der Kirchengemeinden zu unterhalten wären, an deren Eigenthum sie zurückfallen würden. Wenn nun jetzt eine Sicherung der Friedhöfe gewünscht werde mit der Wirkung, daß sie demnächst gewissermaßen unter den Schutz der politischen Gemeinde gestellt und auf ihre Kosten unterhalten würden, so glaube er, daß hiergegen kirchlicherseits durchaus keine Einwendung erhoben werden könne, weil man durch solche Vereinbarung den Kirchen keinen Vortheil entziehe. Als Bauplätze würden die Kirchhöfe niemals verkauft werden, man würde also den Kirchen nur eine Last abnehmen, und er sei gern bereit, mit den kirchlichen Organen in dieser Richtung zu verhandeln. Er möchte nur constatirt sehen, daß solche von ihm eingeräumte Vereinbarung nicht etwa als nachträgliche *conditio sine qua non* für die Einrichtung des Friedhofswesens aufgefaßt werde, denn das würde bei Lage der Sache die ganze Angelegenheit nur verzögern.

Der Herr Vorsitzende bemerkt, wie es der Statutencommission nur darauf

angekommen sei, die Stadt davor zu schützen, daß, wenn sie später diese Plätze zu öffentlichen Zwecken nöthig hätte, sie nicht etwa ganz unerschwingliche Opfer bringen müsse, indem sie die Plätze vielleicht gar als Bauterrain zu erkaufen hätte.

Herr Kieke hält, da das Terrain zum Centrafriedhof unentgeltlich hergegeben werde, für völlig richtig, wenn die alten Kirchhöfe, sobald sie nicht mehr benutzt würden, an die Stadt unentgeltlich abgetreten werden.

Herr Semler: Das Terrain des Centrafriedhofs werde den Kirchengemeinden von der Stadt unentgeltlich überwiesen, und sei als *extra commercium* zu betrachten; sobald aber der Zweck, wozu das Terrain abgegeben werde, aufhöre, sei dasselbe ganz naturgemäß nicht als Privateigenthum der Kirche anzusehen, sondern dem wieder zurückzugeben, dem es angehört habe, der Stadt.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Der Herr Vorredner habe die mögliche Zukunft des Centrafriedhofs im Auge, während Herr Kieke von den einzelnen Friedhöfen spreche. In beiden Beziehungen würde aber eine Vereinbarung mit rechtlich bindender Wirkung nicht getroffen werden können, weil die Friedhöfe als *res religiosae* sich außer Verkehr befinden, also auch die Kirche nicht so darüber verfügen könne, daß sie die einzelnen Friedhöfe demnächst ohne Weiteres der Stadt überweisen könnte. Er sei übrigens der Ansicht, daß die Stadt nicht darauf ausgehe, sich aus der jetzigen Ueberweisung des Centrafriedhofs an die Kirchengemeinden demnächst einen materiellen Vortheil zu verschaffen. Er werde, die Zustimmung der Versammlung vorausgesetzt, eine Vereinbarung dahin anzustreben suchen, daß die einzelnen Friedhöfe, wenn sie nicht mehr benutzt würden, nicht als Eigenthum der Kirchengemeinden, sondern als öffentliche Parks angesehen würden.

Nachdem Herr Reuter noch bemerkt hat, daß nach seiner Ueberzeugung die Kirchengemeinden gern bereit sein würden, die Friedhöfe an die Stadt abzutreten, wenn sie nicht mehr zur Beerdigung benutzt würden, da ihre Unterhaltung nicht unerhebliche Geldopfer erfordern werde,

gelangt der Magistratsantrag zur Annahme.

Ueber die beiden folgenden Punkte der Tagesordnung: Herstellung einer Fußgängerbrücke zwischen Dttmerstraße und Monumentsplatz sowie Herstellung einer Brücke für Fußgänger und leichtes Fuhrwerk zwischen Leonhardstraße und Promenade am Magnithore hat namens der Finanzcommission Herr Sievers zu berichten. Auf Wunsch der Versammlung geschieht die Berichterstattung über beide Gegenstände unter Eins.

II. Nach einem Schreiben des Stadtmagistrats von 5. d. Mts. hat der Plan der Erbauung einer Bollbrücke über die Oker zwischen der Dttmerstraße und dem

Monumentsplätze für 106 000 *M.* aufgegeben werden müssen, weil die Anlegung der nach dem neu zu erbauenden Gymnasium führenden Verbindungsstraße zwischen dem Magnithore und der Leonhardstraße bereits die Erbauung einer Vollbrücke bedingt und das Bedürfnis zur Herstellung noch zweier solcher Brücken auf der kurzen Strecke zwischen der August- und Steinhörbrücke nicht anerkannt werden kann. Der Stadtmagistrat hält eine Fußgängerbrücke an gedachter Stelle zur Vermittelung des dortigen Verkehrs für völlig ausreichend. Nach einer Kostenberechnung der städtischen Bauverwaltung würde eine eiserne Fußgängerbrücke in der Höhe des Niveau der Ottmerstraße und der Fahrbahn am Monumentsplätze in der Breite von 2,6 m 28 000 *M.* und eine in Holzconstruction hergestellte Brücke in der nämlichen Niveauhöhe 9 000 *M.* kosten. Bei Berathung in der Commission hat die Mehrheit anfangs, in Anbetracht, daß in vielleicht nicht ferner Zeit die Anlage eines Bahnhofs bei St. Leonhard eine directe Verbindung mit der Innenstadt durch eine Vollbrücke nöthig machen würde und der jetzige Bau nur als ein Provisorium zu betrachten sei, sich der Ansicht zugeneigt, das wenigstens kostspielige Project, eine Holzbrücke, zu wählen, indessen griff die Meinung Platz, daß jene Eventualität doch in längerer Reihe von Jahren noch nicht eintreten würde, und so entschied man sich aus ästhetischen und Nützlichkeitsrücksichten dafür, den Bau einer eisernen Fußgängerbrücke zu befürworten. Wenngleich nun das Stadtbauamt sich für die Erbauung einer auch für leichtes Fuhrwerk eingerichteten eisernen Brücke ausgesprochen hat, so glaubt der Magistrat doch aus obengedachten und aus finanziellen Gründen die Erbauung einer eisernen Fußgängerbrücke in der bezeichneten Weise empfehlen zu sollen und ersucht die Versammlung sich in diesem Sinne auszusprechen.

Die Commission giebt anheim, dem Magistratsantrage zuzustimmen.

III. Nach dem fernern Schreiben des Stadtmagistrats von 3. d. Mts. hat die städtische Bauverwaltung zur Ueberbrückung der Oker auf der zwischen der Leonhardstraße und der Promenade am Magnithore herzustellenden Verbindungsstraße drei Projecte zur Auswahl vorgelegt, als:

- 1) Herstellung einer massiven gewölbten Brücke von 11 m Breite für 158 000 *M.*
- 2) Herrichtung einer eisernen, für jeglichen Verkehr geeigneten Brücke mit chaussirter Fahrbahn und Plattenfußwegen für 140 000 *M.* und
- 3) Herrichtung einer eisernen, nur für leichtes Fuhrwerk dienenden 9 m breiten Brücke mit Holzbeschlag für 95 000 *M.*

Die städtische Bauverwaltung hat das letztgedachte Project befürwortet, wogegen das Stadtbauamt sich für das erstgedachte ausgesprochen hat. Das Stadtbauamt

geht von der Ansicht aus, daß die Leonhardstraße mit der Zeit als öffentlicher Verkehrsweg eine große Bedeutung erlangen und in Rücksicht auf die ungünstigen Steigungsverhältnisse der Helmstedterstraße voraussichtlich einen Theil des Verkehrs von derselben ausnehmen werde, und daß die Herzogliche Landesregierung gewiß bereit sein werde, der Stadt für die Entlastung der Helmstedterstraße, welche eine Ersparung an Unterhaltungskosten erwarten lasse, ein Aequivalent zu bieten.

Der Stadtmagistrat hat sich für das dritte, von der städtischen Bauverwaltung befürwortete Project entschieden. Seiner Meinung nach ist so gut wie gar keine Aussicht vorhanden, daß die herzustellen Verbindungstraße sich jemals zu einer Haupt-Verkehrsstraße, welche einer Brücke zur Uebersührung größerer Lasten bedürfe, emporheben werde. Für alles auf der Helmstedterstraße in die hiesige Stadt gelangende schwere Fuhrwerk, dessen Ladung — Bauholz, Brennholz, Steine u. — für den östlichen und nördlichen Theil der Stadt bestimmt ist, sei der in das Steintor führende Straßentractus der nächste Weg und es sei nicht anzunehmen, daß dieser Weg zu Gunsten des, einen Umweg bildenden Tractus über die Leonhardstraße nur mit Rücksicht auf die ungünstigen Steigungsverhältnisse der Helmstedterstraße unmittelbar vor dem Steintore aufgegeben werde, zumal die von Königsutter u. s. w. kommenden Lastfuhrwerke an verschiedenen anderen Stellen der betreffenden Staatsstraße z. B. bei Borum, Abbenrode, Kremlingen und Kl.-Schöppenstedt noch ungünstigere Steigungsverhältnisse zu überwinden haben und zu diesem Zwecke ohnehin mit den nöthigen Zugthieren resp. Hemmvorrichtungen versehen seien. Für alles schwere, die Helmstedterstraße passirende Fuhrwerk aber, dessen Ladung für den westlichen und südlichen Theil der Stadt bestimmt sei, werde schon jetzt die von der Helmstedterstraße abzweigende Wörthstraße, Campe- und Wolfenbüttlerstraße, sowie die Brücke am Augustthore vielfach benützt und würde für diesen Wegetractus, welcher keinerlei ungünstige Steigungsverhältnisse enthält, der Weg über die Leonhardstraße in das Magnithor keinen vortheilhaften Ersatz darbieten, da das Terrain von der Promenade am Magnithore nach dem Delschlägern zu steil abfalle, auch die dort zu passirenden Straßen eng und für schweres Fuhrwerk keineswegs sehr geeignet seien. Es sei auch noch besonders hervorzuheben, daß der Character des dort jetzt im Werden begriffenen Stadttheils es keineswegs wünschenswerth erscheinen lasse, daß die Leonhardsstraße zur Heerstraße gemacht würde, da bei Anlage der Straßen die aufzuführenden Gebäude in villenartigem Style gedacht seien und in Folge dessen die Straßen selbst mehr als Promenadenwege gehalten werden müssen, und dieses würde durch Anlage einer Brücke für schweres Fuhrwerk durchaus beeinträchtigt.

Der Magistrat ersucht deshalb, zumal in fernerer Erwägung, daß Project 3 etwa 60 bis 70000 M. billiger zu stehen kommen würde als Project 1 und auf Ersatz dieser Mehrkosten aus Staatsmitteln nach eingezogenen Erkundigungen nicht zu rechnen

ist, sich für das 3. Project: Herstellung einer eisernen, nur für leichtes Fuhrwerk dienenden Brücke, auszusprechen.

Die Commission beantragt, sich dem Ersuchen des Stadtmagistrats entsprechend für das 3. Project zu entscheiden. Es sei aber in der Commission zur Sprache gebracht, daß eine Brücke von 9 m Breite mit einer 5 m breiten Fahrbahn wie sie der Magistrat wünsche, wohl zu schmal sei und daß, wenn man einmal eine derartige Brücke baue, man sie auch so herstellen möge, daß der Verkehr bequem und ungefährlich sei. Man sei deshalb in der Commission dahin übereingekommen, die Erbauung einer 10 m breiten Brücke mit 6 m breiter Fahrbahn vorzuschlagen, wodurch nach einer Berechnung des Stadtbauraths Winter statt 95 000 *M.* etwa 106 000 *M.* Kosten sich herausstellen würden. Ferner sei von einer Seite darauf hingewiesen, ob dann die Sicherheit der projectirten Brücke auch genügen würde, wenn trotz des Verbots einmal ein schweres Fuhrwerk über die Brücke hinfahre? Das Gutachten des Stadtbauraths Winter (welches Referent verliest) lautet beruhigend in dieser Beziehung. Eine Brücke von 6 m Fahrbahnbreite sei also eine allen Anforderungen entsprechende. Es sei ferner in der Commission befürwortet, daß bei der Construction der Brücke die Fußwege der Fahrbahn gegenüber etwas höher gelegt werden möchten, um dieselben vor dem Wagenverkehr sicher zu stellen. Ferner beantrage die Commission, die Verwilligung der erforderlichen 106 000 *M.* auszusprechen und zugleich dem Magistrate soweit Vollmacht zu geben, daß er auch eine gewisse Ueberschreitung dieser Summe gutheissen und über die Detailfragen selbst bestimmen könne, um nicht eine Verzögerung in der Ausführung dadurch hervorzurufen, daß diese Einzelheiten einer nochmaligen Berathung unterworfen werden müßten. Die Commission empfehle also Annahme des Magistratsantrags, mit der Modification jedoch, daß nicht eine Brücke von 9 m Breite, sondern eine solche von 10 m Breite mit 6 m breiter Fahrbahn und je 2 m breiten Fußwegen vorgesehen werde.

Vor Eintritt in die Special-Debatte über beide Referate, welche der Herr Vorsitzende zur Vermeidung von Mißverständnissen möglichst den Gegenständen nach getrennt zu halten empfiehlt,

gibt Herr Bürgermeister Rittmeyer auf einige aus der Versammlung laut gewordene Bedenken, daß man bei einer so oberflächlichen Veranschlagung wie der vorliegenden nicht so ohne Weiteres eine bestimmte Summe verwilligen könne, namens des Stadtmagistrats die Erklärung ab, daß der Versammlung vorher erst noch die Specialanschläge zur Genehmigung vorgelegt werden sollten.

Die Discussion über den Gegenstand, die Herstellung einer Fußgängerbrücke zwischen Dttmerstraße und Monumentsplatz betreffend,

wird von Herrn Munte eröffnet, welcher sich unter Hinweis auf den bedeutenden Verkehr vor dem Augustthore für eine breitere Brücke, als sie vom Stadtmagistrate



projectirt ist, ausspricht. Man möge dort eine der Stadt würdigere Brücke herstellen die den Millionen, welche auf der anderen Seite der Oker verbaut würden, angemessen sei. Die Augustthorbrücke reiche für den dortigen Verkehr bald nicht mehr aus, namentlich aber sei bei Märkten und sonstigen Gelegenheiten auf dem St. Leonhardplatz diese Brücke so belebt, daß kaum gefahrlos durch die Passage durchzukommen sei. Er bitte, den Stadtmagistrat zu ersuchen, ein Project zur Erbauung einer Brücke für leichtes Fuhrwerk von mindestens 10 m Breite vorzulegen.

Herr Rieke schließt sich diesen Ausführungen an,

Herr Wolff dagegen nicht. Die Erbauung einer Brücke nach dem Sinne des Herrn Munte halte er für höchst unpraktisch. Von wirklicher Bedeutung für den Verkehr an dieser Stelle könne doch nur der Umstand sein, wenn ein Bahnhof bei St. Leonhard angelegt und von dort aus die directeste Verbindung mit dem Innern der Stadt unter Schaffung eines Durchbruchs nach der Auguststraße zu herzustellen gesucht würde. Für diesen Fall würde aber auch eine Brücke, wie sie Herr Munte wünsche, nicht einmal genügen, alsdann müßte eine Brücke gebaut werden, die auch schweres Fuhrwerk tragen könne, die allen Ansprüchen genüge und diese würde etwa 170 000 bis 180 000 M. kosten. Nach Ansicht einer großen Anzahl von Commissionsmitgliedern sei nun aber in den nächsten 10 Jahren nicht daran zu denken, daß der gedachte Bahnhof ins Leben gerufen werde, es handle sich also vor der Hand nur um Herstellung eines Provisoriums und hierfür eine so unverhältnißmäßig hohe Summe zu verwilligen, würde man nicht verantworten können. Maßgebend beim Beschluß der Commission sei auch der Umstand mit gewesen, daß man bei Herstellung der Brücke vom Magnithore nach der Leonhardstraße auf der kurzen Strecke zwischen Augustthor und Steinthor bereits 3 Fahrbrücken haben werde; man würde also eine Brücke nach Herrn Munte's Sinne eigentlich nur zu dem Zwecke errichten, daß man solchen Leuten, welche sich zu Wagen aus der Gegend der Campestraße, Dittmerstraße u. nach dem Innern der Stadt begeben wollten, Gelegenheit gebe, dieses auf einem etwas kürzeren Wege zu ermöglichen; sie würden alsdann des kleinen Umwegs über die Augustthor- oder Magnithorbrücke überhoben werden. Derartige Bequemlichkeitsrücksichten aber, namentlich bei der gegenwärtigen Finanzlage der Stadt, mit einem Mehraufwande von etwa 70 bis 80 000 M. zu erkaufen, könne niemand befürworten. Wenn die Augustthorbrücke für den jetzigen Verkehr zu schmal sei, dann müsse man bei Herzoglicher Landesregierung ihre Verbreiterung zu erlangen suchen. Zu wünschen sei ja, daß sämtliche hiesige Thorbrücken verbreitert würden, denn sie seien alle zu schmal. Es sei indeß nicht zu verkennen, daß auch die Augustthorbrücke durch die demnächstige Brücke am Magnithore mit entlastet werden würde.

In der Commission sei man anfänglich zweifelhaft darüber gewesen, ob man die Wahl einer hölzernen oder einer eisernen Brücke empfehlen sollte. Man war der

Ansicht, daß wenn man sich nur darauf beschränken wolle, wiederum einen Nothbehelf an Stelle der jetzt abgängig gewordenen Brücke zu schaffen, eine hölzerne Brücke genügen würde; sie passe auch völlig in den Rahmen der Landschaft. Da man aber eine Brücke haben wolle, welche im Niveau der Ottmerstraße und der Promenade liegen, also etwa 60 m lang sein solle, so würde sich eine hölzerne Brücke außerordentlich schlecht ausnehmen und habe man sich deshalb für eine eiserne Fußgängerbrücke entschieden. Wenn später einmal der Bahnhof bei St. Leonhard ins Leben gerufen würde, dann müsse nach Ansicht der Majorität der Commission selbstverständlich eine Vollbrücke an der gedachten Stelle geschaffen werden, als Provisorium genüge aber die vom Magistrat vorgeschlagene eiserne Brücke vollständig.

Herr Kybik: Die Commission habe bei Befürwortung der Errichtung einer eisernen Fußgängerbrücke auch gerade die Rücksicht ins Auge gefaßt, daß eine eiserne Brücke von weit längerer Dauer sei als eine hölzerne, weil sie nicht von der Ansicht ausgegangen sei, daß dieselbe bald durch eine andere ersetzt werden würde. Die Commission habe auch die Ansicht nicht getheilt, daß die Brücke durch eine steinerne Vollbrücke würde ersetzt werden müssen, wenn später einmal ein Bahnhof bei St. Leonhard etablirt würde. Einmal sei dies noch sehr zweifelhaft, dann aber, wenn es wirklich geschehe, würde höchst wahrscheinlich doch nur ein Güterbahnhof in Frage kommen, der von beiden Endpunkten, von der Helmstedter- und Salzbadlumerstraße ab befahren werden würde, und die Zugänge von den beiden Thorbrücken aus würden für den Frachtverkehr vollauf genügen. Selbst aber, wenn ein Personenbahnhof dort entstehen würde, was bei der günstigen Lage des jetzigen Personenbahnhofs weniger zu erwarten sei, so würde doch schwerlich der Zeitpunkt eintreten, wo eine Vollbrücke am Windmühlenberge nöthig wäre, weil für den Fuhrverkehr zu diesem Bahnhofs die neue Fahrbrücke am Magnithore, neben der bestehenden Fahrbrücke, genügen dürfte. Was die letztere neue Brücke anlange, so sei es auch gar nicht erwünscht, den schweren, aus der Richtung von Königsutter her kommenden Frachtfuhrverkehr jemals auf diesen Theil der Promenaden zu leiten, es empfehle sich vielmehr, diesen Verkehr auf der Helmstedterstraße zu belassen; deshalb sei auch die Brücke zwischen dem Magnithore und der St. Leonhardstraße nur für leichtes Fuhrwerk projectirt worden.

Herr Bürgermeister Rittmeyer erwähnt einer Eingabe der Steinthor- und Augustthorbidistrictsvereine, welche sich für Herstellung einer eisernen Vollbrücke ausspricht. Der Stadtmagistrat habe aus den vom Herrn Referenten bereits hervorgehobenen Gründen den Wünschen dieser Vereine nicht entgegenkommen können. Auf der 830 m langen Strecke vom Augustthore bis zum Steinthore würden sich nach Herstellung der Brücke am Magnithore 3 Fahrbrücken befinden und das genüge nach Ansicht des Stadtmagistrats zur Vermittlung des Wagonverkehrs vollkommen. Für den Stadtmagistrat habe es sich nur darum handeln können, ob eine hölzerne Brücke

unten dicht über dem Wasser oder eine eiserne im Niveau der Dttmerstraße und Promenade hergestellt werden solle und aus Rücksicht auf die Promenade und den gegenüber liegenden neuen Stadttheil habe er eine schöne Brücke von eiserner Construction empfehlen zu müssen geglaubt.

Herr Munte, welcher aus den soeben gehörten Ausführungen entnommen hat, daß er mit seiner Ansicht nicht durchdringen werde, bittet, ihm wenigstens soweit entgegenzukommen, daß der Stadtmagistrat ersucht werde, eine eiserne Brücke von 6 bis 8 m Breite errichten zu lassen und stellt einen diesbezüglichen Antrag.

Herr Wilke: Wenn Eisenbahnbrücken für eingleisige Bahnen gebaut würden, so gebe man denselben eine solche Construction, daß sie event. auch zur Aufnahme eines zweiten Gleises hergerichtet werden könnten. Dasselbe Princip könne auch im vorliegenden Falle verfolgt werden. Man könnte dem Wunsche des Herrn Munte gerecht werden, wenn man eine Fußgängerbrücke baute, wie etwa die am Bahnhofe vorhandene, und machte die Fundamente derselben gleich so breit, daß durch Verbreiterung des Oberbaues zu beiden Seiten leicht eine Fahrbrücke für leichtes Fuhrwerk daraus hergestellt werden könnte. Redner bittet, den Antrag des Herrn Munte anzunehmen, dabei aber den Stadtmagistrat zu ersuchen, bei Einrichtung der nothwendigsten Fundamentirung (Pilotage und Ummauerung) darauf Bedacht nehmen zu lassen, daß event. darauf später auch eine Brücke zur Aufnahme von leichtem Fuhrwerk hergerichtet werden könne.

Herr Stadtrath Schöttler spricht sich für den Antrag des Herrn Munte aus. Es sei zweckmäßig, die Brücke gleich von vornherein etwas breiter herzustellen, als projectirt worden, nur brauche sie nicht so breit zu sein, wie es Herr Munte wünsche. Bei den meisten Brücken an den verschiedenen Thoren sei das Trottoir für Fußgänger 1,9 m bis 2 m breit; wenn nun volle Doppelbreite, also 4 m, genommen würde, was vielleicht einen Mehraufwand von 5—6000 M. erfordere, dann erreiche man für mehrere Generationen das, was man zu erreichen beabsichtige.

Herr Rieß empfiehlt Annahme des Magistratsantrags, wie er von Herrn Munte modificirt worden. Wenn die Fundamentirung gleich so breit gemacht würde, daß sie später eine Fahrbrücke aufzunehmen im Stande sei, dann würde man auch bald in die Nothwendigkeit versetzt werden, die Gelder für eine Fahrbrücke zu verwilligen.

Nachdem Herr Munte noch Herrn Stadtrath Schöttler gegenüber bemerkt hat, daß das Trottoir der hiesigen Thorbrücken auch überhaupt zu schmal sei und der Personenverkehr sich deshalb meistens mit auf die Fahrbahn erstreckte,

bringt Herr Wolff mit Rücksicht auf die vorangegangenen Ausführungen, namentlich aber die des Herrn Stadtrath Schöttler, zu dem Antrage des Herrn Munte das Amendement ein, statt 6 bis 8 m — 4 m zu sagen.

Herr Rieke stellt, da man die Brücke nun doch einmal breiter haben wolle, als der Magistrat beabsichtige, man also auch von den Kosten einer Fahrbrücke nicht mehr weit entfernt sei, den Antrag, den Stadtmagistrat um Herstellung einer Fahrbrücke für leichtes Fuhrwerk zu ersuchen;

wozu Herr Bürgermeister Rittmeyer bemerkt, daß die Differenz an Kosten für Herstellung einer 4 m breiten eisernen Fußgängerbrücke und einer Fahrbrücke für leichtes Fuhrwerk denn doch eine ganz bedeutende sei und die ansehnliche Summe von ca. 70 000 *M.* repräsentire.

Es wird zur Abstimmung geschritten, wobei der Antrag des Herrn Rieke und der des Herrn Munte, ersterer mit bedeutender Majorität, abgelehnt, der Antrag des Herrn Wilke mit 14 Stimmen und der des Herrn Wolff mit 23 Stimmen angenommen, also beschlossen wird:

den Stadtmagistrat zu ersuchen, der Versammlung ein Project zur Erbauung einer eisernen Fußgängerbrücke von 4 m Breite, bei Einrichtung der nothwendigsten Fundamentirung (Pilotage und Ummauerung) in einer Weise, daß event. darauf später auch eine Brücke zur Aufnahme von leichtem Fuhrwerk hergerichtet werden kann, vorzulegen.

Zu dem zweiten vom Herrn Referenten vorgetragenen Gegenstande, die Herstellung einer Fahrbrücke für leichtes Fuhrwerk zwischen dem Magnithore und der Leonhardstraße betreffend, nimmt zunächst

Herr Ramdohr das Wort, indem er Folgendes ausführt: Die Steinthor- und Augustthordistrictsvereine hätten sich in einer Eingabe an den Stadtmagistrat dringend für die Herstellung einer Rollbrücke an gedachter Stelle verwandt. Es seien darin die Nachtheile und Gefahren geschildert, mit denen das Befahren der Helmsiedterstraße unmittelbar vor dem Steinthore mittelst schweren Fuhrwerks, namentlich im Winter, verbunden sei, und es sei als im hohen Grade wünschenswerth hingestellt, daß dieser Fuhrwerksverkehr auch über die neuzuerbauende Brücke geleitet werden könne. Wenn nun der Stadtmagistrat hervorgehoben habe, daß an anderen Stellen der Helmsiedterstraße noch weit abschüssigere Stellen vorhanden und von größeren Unglücksfällen bislang nichts bekannt geworden sei, so könne er nicht unerwähnt lassen, daß man es hier mit einer unmittelbar vor der Stadt belegenen Chausseestrecke zu thun habe, wo man etwas mehr Rücksicht nehmen müsse als bei Stellen im freien Felde. Ein anderer Nachtheil der Helmsiedterstraße sei der, daß deren Einmündung in die Stadt eine indirecte sei. Ferner werde sich mit der Zeit auch wohl die Nothwendigkeit herausstellen, daß die Pferdebahn mit dem Centralfriedhofe verbunden würde; die Straßenstrecke unmittelbar vor dem Steinthore sei indeß nach den von ihm bei Sachverständigen eingezogenen Informationen zur Anlage einer Pferdebahn ihrer Abschüssigkeit wegen völlig untauglich. Werde nun aber eine Brücke zur

Aufnahme auch schweren Fuhrwerks am Magnithore hergestellt, dann könnte die Pferdebahn über die Leonhardstraße geleitet, auch sonst die Helmstedterstraße zur Hälfte entlastet werden. Es müßte dann allerdings auch die Uebergangsstrecke von der Leonhardstraße nach der Helmstedterstraße in Stand gesetzt werden, wofür ja auch bereits ein Theil der Kosten mit 38000 *M.* in den Etat pro 1884 aufgenommen sei. Wenn die Straße am Magnithore auf eine kurze Strecke auch etwas steil sei, so sei sie doch eine von denjenigen Straßen, welchen Canalisirung und Neupflasterung in erster Linie zugeeignet sei. Sollte sich nun auch die Hoffnung einmal verwirklichen, daß das Militäretablissement vom Magnithore entfernt würde, dann würde man eine angemessene Verbindung zwischen der Leonhardstraße und dem Innern der Stadt herstellen können. Es sei dies allerdings nur ein Zukunftsbild, aber wenn man einmal zum Wohle der Zukunft etwas unternehmen wolle, dann müsse man gleich den ersten Schritt danach einrichten; wenn späterhin doch einmal eine Vollbrücke dort errichtet werden müßte, dann würden die Kosten noch bedeutendere sein.

Herr Wolff: Die Bedenken des Herrn Vorredners seien auch im Schoße der Commission reiflich erwogen worden. Die Gefahren und Nachtheile, welchen der Verkehr auf der steilen Strecke der Helmstedterstraße, namentlich bei ungünstigem Wetter, ausgesetzt sei, würden zum großen Theil durch die leichtere Brücke am Magnithore beseitigt werden, da eine große Menge von Fuhrwerken diese Brücke benutzen und so der Fuhrwerksverkehr auf der Helmstedterstraße gemindert werden werde. Das schwere Fuhrwerk würde doch nach wie vor entweder ins Steinthor oder ins Augustthor fahren, weil die Straße am Magnithore zu steil und eng sei, als daß es diese passieren könnte, und so stark, daß später einmal die Pferdebahn hinübergeführt werden könne, würde ja die Brücke am Magnithore hergestellt werden. Redner empfiehlt, dem Magistratsantrage mit dem Zusatzantrage der Commission beizustimmen.

Herr Blasius bittet gleichfalls, dem Commissionsantrage zuzustimmen. Die Bedenken des Herrn Ramdohr bezüglich der Anlage einer Pferdebahn auf der Helmstedterstraße könne er nicht theilen; in verschiedenen anderen Städten, z. B. in Edinburgh, habe die Pferdebahn doppelt so starke Steigungen zu überwinden als die am Steinhore, man werde also, wenn es erforderlich werden sollte, auch hier in dieser Beziehung vorgehen können. Daß man das schwere Fuhrwerk nicht am Gymnasium vorbeileiten wolle, sei völlig in der Ordnung, denn der Unterricht würde nur zu häufig dadurch gestört werden.

Herr Bürgermeister Rittmeyer: Auch bezüglich dieser Brücke liege, wie Herr Ramdohr schon erwähnt habe, ein Gesuch der Augustthor- und Steinthor-Districtsvereine vor, in welchem um Herrichtung einer massiven, auch schweres Fuhrwerk tragende Brücke gebeten werde. Ferner liege ein Gesuch von Anwohnern des Del-

schlägern vor, welches sich in gleichem Sinne äußere. Bei der großen Kostendifferenz zwischen einer Vollbrücke und einer nur für leichtes Fuhrwerk berechneten Brücke habe der Magistrat sich aber für die letztere entscheiden zu müssen geglaubt, zumal diese doch auch schon eine große Menge von Fuhrwerken tragen könne. Auch die Pferdebahn werde über diese Brücke geführt werden können. Ein Pferdebahnwagen führe etwa 40 bis 60 *Ctr* mit sich; die Brücke werde aber 80 *Ctr* und im Nothfalle 150 *Ctr* nebst ringsum stehenden Menschen tragen können. Auch die gewöhnlichen Landfuhrwerke würden hinüberfahren können, nur schwere Dampfkessel, Kohlen- und Steinladungen u. s. w. dürften nicht hinüber geleitet werden. Allein dieser Fuhrwerke halber aber 70—80 000 *M.* auszugeben, halte er nicht für gerechtfertigt. Er bitte, den Magistratsantrag anzunehmen.

Herr Winter hält es im Interesse sämmtlicher Fuhrwerks- und Pferdebesitzer hiesiger Stadt für nothwendig, daß eine zweite Stelle geschaffen werde, über welche der ins Steinthor kommende schwere Fuhrwerksverkehr hinübergeleitet werden könne; die Pferde litten an der steilen Strecke der Helmsfledterstraße ganz ungemein. Die von der Leonhardstraße kommenden Fuhrwerke brauchten auch nicht durch die für sie ungünstige Straße am Magnithore zu fahren, um nach dem Innern der Stadt zu gelangen, sie könnten bei den Husarenställen kurz umbiegen und erreichten dann binnen Kurzem dieselbe Stelle, wie wenn sie ins Steinthor gekommen wären. Die Zukunft werde es lehren, daß es am zweckmäßigsten sei, eine auch für schweres Fuhrwerk passende Brücke an jener Stelle zu erbauen und er bitte sich in diesem Sinne zu entscheiden. Redner fragt noch an, wie es mit dem Zuschusse der Landesregierung stehe, den man erwartet habe, weil die Helmsfledterstraße durch diese Brücke entlastet und auf diese Weise erhebliche Unterhaltungskosten an gedachter Straße erspart würden.

Herr Bürgermeister Rittmeyer bemerkt hierauf, daß nach unter der Hand eingezogenen Erkundigungen wenig Hoffnung zur Erlangung eines staatsseitigen Zuschusses zu denjenigen Mehrkosten, welche aus der Herstellung eines zur regelmäßigen Aufnahme auch des schwersten Fuhrwerkes bestimmten Brücke beim Magnithore erwüchsen, vorhanden sei. Es komme dabei schon der Umstand in Betracht, daß sich kaum ermitteln lasse, wie viel von dem Verkehr auf die Brücke am Magnithore übergehe und wieviel auf der Staatsstraße verbleibe.

Herr Hollmann würde sich auch nur höchst ungern für die Erbauung einer massiven Vollbrücke am Magnithore entscheiden, grade aus dem Grunde, weil alsdann der gesammte schwere Fuhrwerksverkehr am neuen Gymnasium vorbeigeführt würde. Er wolle aber behufs besserer Information zur Abstimmung nicht unterlassen mitzutheilen, daß die Beschwerden der Steigung am Steinthore weit größer seien, als die

Versammlung im Allgemeinen anzunehmen scheine. So fahre z. B. dasjenige Fuhrwerk, welches schwere Transporte vom Bahnhofe nach der Kasianienallee zu befördern habe, nur um den Pferden die Hälfte der Steigung am Steinhore zu ersparen, zum großen Theile über die Leonhard- und Berramstraße. Er sei der festen Meinung, daß wenn eine massive Vollbrücke am Magnithore erbaut würde, selbst das schwere Fuhrwerk, welches vom Steinwege heraufkomme, nicht den Weg durch das Steinhore nehmen, sondern ungeachtet des kleinen Umweges über die neue Brücke fahren würde.

Herr Reiche: Wenn man eine Brücke für schweres Fuhrwerk am Magnithore herstellen wollte, dann hätte dürfen weder das Gymnasium noch die neue Bürgerschule in jene Gegend gebracht werden. Er stimme schon deshalb nicht für eine solche Brücke an dieser Stelle, weil, abgesehen von den durch das Geräusch vorüberrollender schwerer Wagen verursachten Unterrichtsstörungen, Eltern und Lehrer fortwährend in Angst sein müßten, daß den Kindern auf ihrem Schulwege kein Unfall passire.

Herr Overbürgermeister Pockels: Wenn hier mehrfach die Abschlüßigkeit der Helmsfledtersstraße vor dem Steinhore ins Feld geführt werde, so wolle er dem gegenüber constatiren, daß nach seiner Erinnerung, die sich auf eine langjährige Stellung bei Herzoglicher Polizei-Direction stütze, dort niemals ein Unglücksfall in Folge jener Abschlüßigkeit vorgekommen sei. Auch die Wegebauverwaltung wisse von derartigen Unglücksfällen nichts. Ferner wolle er darauf aufmerksam machen, daß bei Herstellung einer Vollbrücke am Magnithore auch in Folge davon die Leonhardstraße zur Heerstraße ausgebaut werden müßte, dieser Straße also der Character einer promenadenartigen Straße, den man ihr von vornherein beigelegt habe, vollständig genommen werden würde. Wenn man die Leonhardstraße mit denjenigen großen Aufwendungen ausbaue, welche eine Heerstraße erfordere, dann würden die Behauer um so größere Aufwendungen zu machen haben, indem sie auf Grund des neuen Baustatuts der Stadt das ersetzen müßten, was diese selbst dafür aufgewandt habe. Die Baulustigen würden aber alsdann gezwungen werden, ihren Raum gehörig auszunutzen, würden also nicht villenartig, sondern sehr eng bauen. Er bitte, der Magistratsvorlage die Zustimmung zu erteilen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Magistratsantrag mit dem Zusatzantrage der Commission mit großer Majorität angenommen, also beschlossen:

sich für das 3. von der städtischen Bauverwaltung vorgelegte Project: Herrichtung einer eisernen Brücke für leichtes Fuhrwerk, zu entscheiden, mit der Modification jedoch, daß in demselben nicht, wie vom Stadtmagistrate geplant, eine Brücke von 9 m Breite, sondern eine solche von 10 m Breite (6 m breite Fahrbahn und je 2 m breite Fußwege) vorgesehen werde.

Sobann

IV. berichtet Herr Wolff namens der Finanzcommission über ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 10. d. Mts., die Aufnahme einer städtischen Anleihe von 6 Millionen Mark betreffend.

Einem früheren Beschlusse der Versammlung gemäß hat der Stadtmagistrat an Herzogliches Staatsministerium das Ersuchen gerichtet, zu genehmigen, daß die Stadtgemeinde bis zu 2 Millionen Mark bei Herzoglicher Leihhausanstalt und mindestens 4 Millionen Mark durch den Kreiscommunalverband zu 4 % und unter den sonstigen beschlossenen Bedingungen anleihe. Herzogliches Staatsministerium hat nun unterm 7. d. Mts. rescribirt, daß das Leihhaus das gewünschte Darlehn nicht gewähren könne, und hält der Stadtmagistrat unter solchen Umständen für angezeigt, den Gesamtbedarf von 6 Millionen Mark durch Vermittelung einer Obligationen-Anleihe des Kreiscommunalverbandes zu beschaffen. Derselbe beantragt deshalb, sich im Principe damit einverstanden zu erklären,

- 1) daß der hiesige Kreiscommunalverband den Gesamtbedarf der Stadt von nominell 6 Millionen Mark durch Ausgabe von 4procentigen Inhaberpapieren mit Verpflichtung zur Amortisation durch Auslosung von jährlich  $\frac{1}{2}$  % und den Zinsersparnissen anleihe und an die Stadt gegen urkundliche Garantie wegen Erstattung der ihm aus der Amortisation und Verzinsung dieser Anleihe erwachsenden Kosten als Darlehn überweise,
- 2) daß die Stadtgemeinde dieses Darlehn unter den angeführten Bedingungen aufnehme.

Der Herr Referent giebt namens der Finanzcommission die Genehmigung des Magistratsantrags anheim und führt dabei noch Folgendes aus: Es sei in der Commission zur Sprache gekommen, ob es nicht besser wäre, statt einer 4procentigen Anleihe eine  $3\frac{1}{2}$ procentige aufzunehmen, man habe sich indeß nach näherer Erwägung aus folgenden Gründen dem Magistratsantrage gemäß für eine 4procentige Anleihe entschieden. Es sei allgemein bekannte Thatsache, die namentlich in Fachkreisen unbestritten dasiehe, daß  $3\frac{1}{2}$ procentige Obligationen unbeliebt seien. Hamburg habe eine  $3\frac{1}{2}$ procentige Anleihe aufgenommen, die nur verhältnißmäßig schwerer und ungünstiger habe abgegeben werden können, als eine 4procentige. Wenn man dem entgegenstelle, daß in Braunschweig der Cours der  $3\frac{1}{2}$ procentigen Landesschuldverschreibungen verhältnißmäßig sehr hoch sei, so könne mit Recht erwiedert werden, daß die Umstände, welche dies veranlaßten, ausnahmsweise seien. Die Schuld sei stark in der Tilgung begriffen und größtentheils in festen Händen, namentlich von Stiftungen, Anstalten und größeren Vermögensverwaltungen, die meistens bei der Auslosung wieder darauf zurückgriffen. Der hohe Cours sei daher ein ganz exceptioneller und hier nicht in



Betracht zu ziehen. Es sei auch mit Recht darauf hingewiesen, daß die Papiere des Kreiscommunalfonds pupillarische Sicherheit bieten würden. Solange aber noch 4procentige Hypotheken und ebenso verzinsliche Staatspapiere annähernd pari zu haben seien, würde immer von den Vormündern und Aufsichtsbehörden auf diese zurückgegriffen werden.

Dann sei noch folgender Gesichtspunkt in der Commission zur Sprache gekommen: Die Stadt behalte sich vor, nach einem gewissen Zeitraume, den das Herzogliche Staatsministerium auf 20 Jahre festgestellt habe, die Anleihe auch schon eher zurückzahlen zu können, als der Tilgungsplan gestatte. Man könne also, wenn die Geldverhältnisse sich weiter entwickelten in dem bisherigen Maße, die Zinsverhältnisse also heruntergingen, solche Tilgung demnächst mit großem Vortheil ausführen. Wenn man aber jetzt schon eine  $3\frac{1}{2}$ procentige Anleihe aufnehme, dann würde die Stadt in 20 Jahren kein Interesse mehr daran haben, solche Operationen auszuführen. Aus diesen Gründen schlage die Finanzcommission vor, es bei einer 4procentigen Anleihe zu belassen.

Der Magistratsantrag wird darauf genehmigt.

V. In seinem Schreiben vom 5. d. Mts. richtet der Stadtmagistrat das Ersuchen an die Versammlung, zur Verstärkung des Nachtwachdienstes auf der Bruchstraße für nächstes Jahr 300 *M.* zu bewilligen.

Herr von Seckendorff giebt als Referent der Finanzcommission die Genehmigung dieses Antrags anheim.

Nachdem Herr Wilke bemerkt, daß das Nachtwächterwesen hiesiger Stadt überhaupt einer Revision bedürfe,

und Herr Stadtrath Ketemeyer darauf erklärt hat, daß der Magistrat bereits Schritte in dieser Beziehung gethan und auch baldigst eine Umgestaltung des Nachtwächterwesens vorzunehmen beabsichtige,

wird dem Magistratsantrage gemäß beschlossen.

Weiter

VI. berichtet Herr von Seckendorff für die Finanzcommission über ein Magistratschreiben vom 10. d. Mts., betreffend die Bewilligung eines Zuschusses zu den Aufwendungen des Vereins gegen Bettelerei bei Unterstützung Durchreisender.

Der gedachte Verein, welchem die Naturalverpflegung armer Reisender gegen entsprechende Entschädigung übertragen ist, hat im 3. Quartale d. J. 1588 Personen mit Aufwendung von etwa 450 *M.* unterstützt. Der Vereinsvorstand hat nun gebeten, ihm von dem ihm durch solche Unterstützung im Laufe des 2. Semesters c. mit voraussichtlich etwa 900 *M.* erwachsenden Kosten 600 *M.* zu ersetzen. Mit Rücksicht

darauf, daß durch die gedachte Thätigkeit des Vereins dem städtischen Armenbureau eine nicht unwesentliche Erleichterung zu Theil geworden und überdies dem hiesigen Ortsarmenverbande Kosten, welche ihm gesetzlich obliegen, erspart geblieben sind, hält der Stadtmagistrat die geforderte Summe für angemessen und giebt deren Bewilligung anheim.

Die Commission schließt sich dem Magistratsantrage an.

Herr G ü n t h e r spricht sich gegen die Bewilligung aus und zwar aus dem Grunde, weil die Durchreisenden zu gering unterstützt würden. Wenn den Leuten eine größere Unterstützung zu Theil würde, dann würde er von Herzen gern für die Bewilligung einer noch weit größeren Summe stimmen. Bei den jetzigen Unterstützungen könne man aber von den Leuten nicht verlangen, daß sie nicht mehr »sechten« sollten. Redner glaubt, daß es interessant wäre, wenn vom Verein gegen Bettelerei oder vom Stadtmagistrate statistische Erhebungen darüber angestellt würden, wie viel von den durchreisenden Handwerksburschen den Unterstützungskassen angehörten. Dem Vernehmen nach bekämen die Buchdrucker vom Verein gegen Bettelerei keine Unterstützung, weil sie von Seiten des Buchdrucker-Vereins unterstützt würden.

Der Magistratsantrag wird darauf genehmigt.

VII. Nach einem Schreiben des Stadtmagistrats vom 8. d. Mtz. hat die Armen-direction die Ausloosung der mit dem Schlusse v. J. ausscheidenden Bezirksvorsteher und Armenpfleger vorgenommen. Das Loos ist auf 6 Bezirksvorsteher und 56 Armenpfleger (welche in einem vorliegenden, in der nachfolgenden vertraulichen Sitzung zur Verlesung gelangenden Verzeichnisse namhaft gemacht sind) gefallen und giebt der Magistrat anheim, die erforderlichen Ersatzwahlen vorzunehmen. Ferner ersucht der Magistrat für den 9. Bezirk, welcher auf Beschluß der Armen-direction wegen Ueberlastung um 2 Quartiere vermehrt werden soll, zwei weitere Armenpfleger zu wählen.

Nachdem Herr Lüderßen namens der Statutencommission über diesen Gegenstand berichtet hat, wird aus der Versammlung ein Antrag auf vertrauliche Behandlung gestellt, über welchen der Geschäftsordnung gemäß in vertraulicher Sitzung Beschluß gefaßt wird.

(Der fragliche Antrag wurde in der nachfolgenden vertraulichen Sitzung angenommen.)

Herr Oberbürgermeister Pockels übernimmt sodann den Vorsitz und eröffnet die **gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten,**

in welcher zur Wahl zweier unbesoldeter Magistratsmitglieder an Stelle der mit Ende d. J. statutenmäßig ausscheidenden Herren Stadträthe Haake und Grote geschritten wird.

Vorweg bemerkt der Herr Vorsitzende, daß er, da bei früherer Gelegenheit Zweifel über die Auslegung der betreffenden Bestimmung der Städteordnung über den zu befolgenden Wahlmodus laut geworden seien, wenn kein Widerspruch erfolge, die Stimmzettel durch den Protokollführer sammeln und unnumerirt in die Urne legen lassen werde.

Da kein Widerspruch erfolgt, wird demgemäß verfahren.

Bei der nun folgenden Wahl vereinigen sich 26 Stimmen auf Herrn Stadtrath Haake; 3 Zettel sind unbeschrieben.

In fernerer Wahl entfallen 27 Stimmen auf Herrn Stadtrath Grote; 2 Zettel sind unbeschrieben.

Die Herren Haake und Grote sind somit wieder auf 6 Jahr zu unbesoldeten Magistratsmitgliedern gewählt.

Beide Herren nehmen ihre Wahl dankend an.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

In der darauf folgenden

### **Sitzung der Stadtverordneten**

werden vertraulich noch folgende Gegenstände erledigt:

- 1) Wahl von Bezirksvorstehern und Armenpflegern,
- 2) Anstellung eines Lehrers an der städtischen höheren Mädchenschule,
- 3) Wahl von Schiedsmännern, erforderlich bei Ausführung des Reichsgesetzes, die Abwehr von Viehseuchen betr.









